Freerk Huisken

Der demokratische Schoß ist fruchtbar...

Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus

VSA

Freerk Huisken
Der demokratische Schoß ist fruchtbar...

Freerk Huisken, Professor im Ruhestand an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Ausbildungssektors. Zuletzt erschien 2007 von ihm bei VSA: »Über die Unregierbarkeit des Schulvolks. Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw.« Er ist darüber hinaus Autor des Standardwerks »Erziehung im Kapitalismus«.

Freerk Huisken

Der demokratische Schoß ist fruchtbar...

Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.fhuisken.de

© VSA: Verlag Hamburg GmbH 2012, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-484-4

Inhalt

Vorwort 9

Ein Test 13

Kapitel 1: Warum Demokraten (Neo-)Faschisten nicht kritisieren, sondern nur verbieten können 18

1. Bürgerlich-demokratischer Antifaschismus 19
2. Linker Antifaschismus 31
3. Die geläuterten Aussteiger 37

Kapitel 2: Vom demokratisch angeleiteten »Glücksschmied« zum enttäuschten Nationalisten 41

1. Kritik des Privatmaterialismus im Namen des Gemeinwesens 41
2. Affirmation des Privatmaterialismus im Namen des Bürgerinteresses 43
3. Staatliche Erlaubnis zur Kritik im Namen des nicht aufgegangenen Privatmaterialismus 55
4. Vom enttäuschten Privatmaterialismus demokratischer Patrioten zu dem von der nationalen Führung enttäuschten Nationalisten 58

Fazit 62

Kapitel 3: Der Antikapitalismus der Faschisten 66

1. Das faschistische Ideal: Ein Kapitalismus ohne ökonomische Gegensätze 66
2. Neofaschistische Agitation irritiert die linke Antifa 69

Fazit 80

Kapitel 4: Demokratische und faschistische Politik – Differenz und Identität 83

1. Staat und Kapital 83
2. Imperialismus und Bündnispolitik 85
3. Ausländerpolitik 88
4. Zwischenfazit 91
5. Demokraten beugen vor: Notstandsgesetze 93

Kapitel 5: Warum die NPD in Wahlen ihre Ziele verfehlt und die Demokraten sie (dennoch) verbieten wollen 96

1. Warum die NPD in Wahlen ihre Ziele verfehlt 96
2. Warum Demokraten aus der politischen Konkurrenz zur NPD eine Feindschaft machen 100

Kapitel 6: Faschismus heute 108

1. Der bemühte neue Realismus der NPD 108
2. Der Antisemitismus der NPD 113
3. »Hitlers Fehler« 115
4. »Brauner Terror«: Enttäuschte Nationalisten auch noch von der NPD enttäuscht 117

Kapitel 7: Der Fehler der linken Antifaschisten 124

1. Parteinahme für die demokratische gegen die faschistische Variante bürgerlicher Herrschaft 124
2. Antifa in der Sinnkrise 128
3. Die Erfindung einer »wahren Demokratie« 133
4. Die Sache mit dem kleineren Übel 138

Fazit 142

Kapitel 8: Nationalismus – Produktivkraft auch in der Demokratie 144

1. Nationalismus versus Patriotismus 144
2. Nationalismus: Die abstrakte Parteilichkeit für die Nation 149
3. Der Patriot hat keine guten Gründe, er sucht sie sich für seine Parteilichkeit 155
4. Der unbedingte Wille zum Zurechtkommen macht Patrioten 159
5. Weltbürger, Kosmopolit, Europäer 160
6. Was hat der Patriot vom Patriotismus? 162
7. Der Nationalismus des Faschismus 165

Gespräch mit einem Schüler: »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. Warum auch nicht?« 167

Kapitel 9: Der demokratische Alltagsrassismus 173

1. Nationalismus ist ohne Rassismus nicht zu haben 173
2. Fehler der Erklärung von Rassismus 176
3. Der völkische Rassismus: Innen und außen 177
4. Der Rassismus des Klassengegensatzes: Arm und reich 181
5. Der Rassismus der Rechtsmoral: Gut und böse 184
6. Der Rassismus der Nationalsozialisten 187
7. Falscher Antirassismus von Gutmenschen 190

Kapitel 10: Wie man nationalistische und (neo-)faschistische Urteile und Parolen kritisieren sollte und wie besser nicht 192

1. »Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg.« ... 192
2. »In Deutschland leben zu viele Ausländer« 197
3. »Ausländer belasten den Sozialstaat« 201
4. »Ausländer sind krimineller als Deutsche« 204
5. »Der Drogenhandel ist fest in ausländischer Hand« 207
6. »Wir leben in einer Scheindemokratie. Die Macht ist in den Händen von unfähigen und korrupten Politikern« 209
7. »Die multikulturelle Gesellschaft ist der Untergang unseres Volkes im eigenen Land« 212
8. »Den Holocaust hat es nie gegeben ...« 215

Anhang 220

1. Attac und NPD – eine Satire! 220
2. Ein starkes Volk verdient zu leben ... – eine Satire? 224
3. Thesen des NHB zum NPD-Verbot – keine Satire! 226
4. Erlaubte Eingriffe nach den Notstandsgesetzen – erst recht keine Satire! 229

Vorwort

»... So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Dass keiner uns zu früh da triumphiert –
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.«[1]

So heißt es bei B. Brecht im Epilog seines »Arturo Ui«, alias A. Hitler. Sieht man einmal davon ab, dass es wohl kaum »die Völker« waren, die »seiner Herr« wurden, sondern dass dies jener Anti-Hitler-Koalition unter Führung der USA und der SU in einem Zweiten Weltkrieg gelang, in dem die Völker das Kanonenfutter abgaben; sieht man überdies davon ab, dass das deutsche Volk nebst Teilen von Völkern europäischer Nachbarstaaten – und das betrifft nicht nur Österreich – dem Weltherrschaftsansinnen der NSDAP durchaus sympathisierend gegenüberstand, also keineswegs ihrer »Herr« werden wollte, dann bleibt immer noch die Sache mit dem Schoß, der »fruchtbar noch« ist. Wie mag der Schoß weiterhin fruchtbar sein, wenn sich doch – laut Brecht – »die (!) Völker« dieses Regimes entledigt haben! Wer, wenn nicht Völker, bringen es denn an die Macht! Wer, wenn nicht Völker bzw. Volksteile, sind es, ohne deren Zustimmung sich auch eine Gewaltherrschaft auf Dauer nicht halten kann!

Der »Schoß« hat nach dem Zweiten Weltkrieg die Form eines demokratischen Gemeinwesens angenommen, das seinem Selbstverständnis zufolge nicht nur für faschistisches Gedankengut als vollständig »unfruchtbar« galt, sondern sich überdies in Deutschland als Bollwerk gegen Faschismus – was in der BRD unter der Kampfansage »Antitotalitarismus«[2] ein absolutes Verdikt über den Sozialismus bzw. Kommunismus einschloss – verstand. Die Erfahrung von ca. sechzig Jahren demokratischer Politik hat gezeigt, dass dieses Selbstverständnis keinen Bestand hat. Mit dem Aussterben der »un-

[1] B. Brecht, Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, Gesammelte Werke 4, Stücke 4, S. 1834, Frankfurt a.M. 1973. Das Stück wurde 1941 geschrieben, 1957 erstmals veröffentlicht und 1958 in Stuttgart uraufgeführt.

[2] Vgl. R. Gutte/F. Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht, Berlin 1999, Neuauflage Hamburg 2007, S. 296ff.

verbesserlichen« Alt-Nazis ist der Faschismus[3] in Deutschland keineswegs ausgestorben. Die Gründung (neo-)faschistischer Parteien und Kameradschaften, das Entstehen von faschistischen Skinhead-Bewegungen und der Umstand, dass sich deren relative Erfolglosigkeit im Kampf um Sitz und Stimme in Parlamenten gar nicht einer Ablehnung ihrer Parolen verdankt, diese vielmehr »in der Mitte der Gesellschaft« und dort nicht nur an Stammtischen durchgesetzt sind,[4] lässt nur einen Schluss zu: Die demokratische Form der Verwaltung einer kapitalistisch verfassten und weltweit erfolgreichen Ökonomie bringt regelmäßig (neue) Faschismen hervor.[5] Ein Blick über die Landesgrenzen bestätigt dieses Urteil: Im Westen und Osten, im Norden und Süden der demokratischen EU finden sich Gruppen und Parteien, die rechtsextrem bis explizit faschistisch argumentieren. Weder Politik noch Öffentlichkeit machen daraus ein Geheimnis. Deswegen hat B. Brecht auch mit seinem »*noch*« nicht recht und deswegen fehlt das »*noch*« im Obertitel meines Buches: Der demokratische Schoß *ist und bleibt* »fruchtbar«. Punkt! Er trocknet weder einfach so mit der Zeit noch mit der Durchsetzung demokratischer Prinzipien aus. Und umgekehrt ist die Etablierung einer rechtsextremen bis faschistischen Szene nicht etwa ein untrügliches Zeichen dafür, dass die hiesige Demokratie keine »wahre Demokratie« wäre, wie dies die linke Antifa gebetsmühlenartig wiederholt.[6] Eine andere als die existierende ist nun einmal nicht im Angebot und wahrer geht sie auch gar nicht. Es hilft alles nichts: Wer begreifen will, was es mit dem Faschismus auf sich hat, wer mehr als eine im Namen demokratischer Werte leicht zu habende pur moralische, also begriffslose Verurteilung des (Neo-)Faschismus leisten möchte, der muss sich die Frage vorlegen, ob sein gelerntes und zur politischen Gewohnheit verfestigtes positives Urteil über die Demokratie ei-

[3] Wer sich daran stört, dass hier durchgehend von Faschismus und Neo-Faschismus die Rede ist, wer also den deutschen Nationalsozialismus als »singuläres Verbrechen« von anderen Varianten faschistischer Politik abgrenzen will, der sei zum einen darauf aufmerksam gemacht, dass dies an eine Verharmlosung jeder faschistischen Politik grenzt; und dem sei zum anderen mitgeteilt, dass selbst das Insistieren auf Besonderheiten eines deutschen Faschismus das Urteil über Gemeinsamkeiten teilt, die jeder Spielart von Faschismus inne wohnen und die den Begriff des Faschismus ausmachen. Vgl. dazu K. Hecker, Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung, München 1996, S. 296.

[4] Vgl. dazu Kapitel 10.

[5] Vielleicht hilft hier der Hinweis darauf, dass dem deutschen NS-Faschismus die Weimarer Demokratie nicht etwa nur *voraus* gegangen ist, sondern jener *in* dieser entstanden ist, und zwar als Kritik an den sich als untauglich erweisenden politischen Bemühungen der demokratischen Parteien, Deutschlands Weltgeltung nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg zu restaurieren.

[6] Vgl. dazu Kapitel 7.

gentlich die Sache dieses Gemeinwesens trifft. Eins steht jedenfalls fest: Es spricht nicht *für* die demokratische Herrschaftsform, wenn im Namen ihrer Werte erzogene, in ihren Verkehrsformen sozialisierte und auf den Parlamentarismus eingeschworene Bürger mit unschöner Regelmäßigkeit aus ihren Erfahrungen politische Schlüsse ziehen, die der rechtsextremen bzw. faschistischen Gedankenwelt angehören.

Damit ist das »Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus« angesprochen. Es eint den bürgerlichen und den linken Antifaschismus – so sehr sich beide auch sonst unterscheiden mögen[7] –, dass sie in ihrer Kritik am neuen Faschismus explizit oder implizit an der herrschenden oder idealisierten Demokratie affirmativ *Maß* nehmen, d.h. über Formen der Negativabgrenzung mit allen Varianten von »un-« und »nicht...« kaum hinauskommen. Das trifft auch jene linke Variante antifaschistischer Demokratie-Kritik, die an dieser Form bürgerlicher Herrschaft nur das eine auszusetzen hat: dass sie den »Sumpf« für neofaschistisches Gedankengut darstelle. Es lebt dieser Befund von der Zerlegung der Demokratie in einen wahren, guten, dem Wohl des Volks zugetanen Kern dieser Staatsform und einer in ihrem Namen ausgeübten, aber verfehlten Politik, die es den Neonazis immer wieder erlaube, sich öffentlich als politische Alternative darzustellen. So gesehen passt der »Sumpf«, der *in* der Demokratie ausfindig gemacht wird – vom Himmel fallen die Neonazis nicht, wie linke Antifas wohl wissen –, dieser Auffassung zu Folge so gar nicht recht *zur* Demokratie. Es erweist sich, dass jene Kritik an der Demokratie, die sich darauf beschränkt, ihr die *Ermöglichung* von Faschismus vorzuwerfen, nicht nur das Wesen demokratischer Politik um Meilen verfehlt. Zudem leistet sie gerade nicht, was sie zu leisten vorgibt. Die Demokratieschelte gilt gar nicht der demokratischen Herrschaftsform und ihrem politischen Gehalt, sondern allein den *Politikern* in demokratischen Ämtern, denen Amtsmissbrauch oder -verfehlung, mithin gerade die Abweichung von all dem vorgeworfen wird, was sie als regierende und verwaltende Demokraten zu leisten hätten – wenigstens nach Meinung dieser der Demokratie freundlich gesonnenen Kritiker.

Ebenfalls unter das »Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus« fällt jene Abteilung linker Antifaschisten, die als Kritiker demokratischer Politik ihren Frieden mit ihr machen, indem sie beide politischen Systeme einem (Pseudo-)Vergleich unterziehen und in der Demokratie das »kleinere Übel« entdecken.[8] Der geradezu luxuriös anmutende Standpunkt gibt vor, man könnte zwischen politischen Systemen, die sich beide immerhin mit ziem-

[7] Vgl. dazu Kapitel 1.
[8] Vgl. dazu Kapitel 7.

lich viel Gewalt etablieren, als zwischen zwei »Übeln« *wählen*, wie man zwischen blauen und grünen Pullovern wählen kann. Er trägt nichts als ein kritisches Bekenntnis mit sich herum, dem man die abgeklärte Demokratiekritik entnehmen soll. Der Haken dieser Logik ist offensichtlich: Wenn das »größere Übel«, der Faschismus, aus dem »Schoß« des »kleineren Übels« kriecht, dann hebt sich nicht nur diese Sorte Vergleicherei auf, sondern dann hat man der Frage nachzugehen, wie Demokratie aus sich heraus regelmäßig die ihr wenig wohlgesonnene faschistische Konkurrenz hervorbringt. Es wird sich dabei und vergleichsweise nebenbei erweisen, dass an der Demokratie ein wenig mehr auszusetzen ist, als dass sie nur und noch ein »fruchtbarer Schoß« ist.

Das belegen geradezu jene Aufklärer, die mit Handreichungen gegen faschistische bzw. nationalistische Stammtischparolen aufwarten.[9] Denen ist kaum mehr zu entnehmen, als dass sie auf eine Parteinahme für das demokratische Deutschland hinauslaufen, in welcher die Maßstäbe der aufs Korn genommenen faschistischen bzw. nationalistischen Parolen nicht angegriffen, sondern – unfreiwillig – bestätigt werden.

Eine gesonderte Befassung mit dem Nationalismus täte gerade auch denen gut, die im Selbstbewusstsein auftreten, Kritiker von Nationalismus und natürlich auch von Rassismus zu sein. Dies belegt aufs Brutalste die Debatte, die nach der Aufdeckung der Mordserie des NSU an Migranten die Öffentlichkeit beherrscht.[10] Erneut zeigen die Antifaschisten in den herrschenden Parteien und in Teilen der linken Antifa, dass ihnen außer einer Neuauflage der juristischen Kriminalisierung der NPD und verstärkt auch ihres Umfeldes nicht viel einfällt. Sie belegen damit die zentrale These dieses Buches: Demokraten aller Couleur können (Neo-)Faschisten nicht kritisieren, sondern nur verbieten.

[9] Vgl. dazu Kapitel 10.
[10] Vgl. dazu Kapitel 6.4.

Ein Test

Auf (neo-)faschistische Parolen fällt der aufgeklärte, kritische, gebildete und in Sachen *political correctness* geschulte Demokrat nicht herein. Der deutsche schon gleich gar nicht. Dagegen weiß er sich gefeit – im Unterschied zu Stammtischbrüdern, denen er jede Faschisterei zutraut. Die neuen Faschisten hält er für die Neuauflage der Hitlerei mit Antisemitismus, Rassismus, Chauvinismus, Abschaffung aller demokratischen Freiheiten und Kriegstreiberei. Um zu wissen, wie Faschisten denken, muss er weder die NPD-Programme studieren noch Hitlers »Mein Kampf«. All das ist Schmutz-Lektüre, mit der man sich nicht befasst. Umgekehrt ist er sich sicher, dass er das »verbrecherische« politische Gedankengut zweifelsfrei von demokratischer Programmatik unterscheiden kann. Eines hat er gelernt: Es gibt keinen größeren Gegensatz als den zwischen der menschenverachtenden und menschenvernichtenden Politik der Faschisten und jener von Demokraten, die immerhin die Würde des Menschen und die Freiheit der Person zu obersten Verfassungsgrundsätzen erklärt haben.

So ungefähr ist auch das politische Selbstbewusstsein der Mehrheit deutscher Studierender gestrickt, denen ich in Lehrveranstaltungen zum Thema »Faschismus« regelmäßig den nachfolgenden Fragebogen vorgelegt habe. Obwohl den Leser dieses Buches selbstredend ein völlig anderes politisches Bewusstsein auszeichnet – immerhin hat er das Buch erworben –, möge er sich doch einmal demselben Test auf politisches Unterscheidungsvermögen unterziehen:

»Die nachfolgenden programmatischen Äußerungen sollen einer der genannten Parteien und zwar jedes Zitat möglichst nur e i n e r Partei zugeordnet werden: CDU/CSU, FDP, SPD, GRÜNE, DIE LINKE, NPD, NSDAP (bzw. A. Hitler).

1. *Die kleinste Gemeinschaft innerhalb des Volkes ist die Familie. Ihr gehört daher die besondere Zuwendung und Pflege des Staates. Die Familie ist vor allen anderen Lebensgemeinschaften zu fördern.*

2. *Der Zustand einer Gesellschaft lässt sich gerade an ihrem Umgang mit den Menschen der älteren Generation ablesen. In weiten Teilen der BRD-Konsumgesellschaft ist die Mentalität gängig, Senioren leichterdings ins*

Pflegeheim abzuschieben .... Die (XY-Partei) setzt auf die Familie als Solidargemeinschaft und will daher mit allen Mitteln aus der Pflegeversicherung die Pflege zu Hause fördern. Familien, welche ältere Angehörige im häuslichen und damit menschlicheren Rahmen pflegen, müssen vom Staat gefördert werden.

3. *Die PISA-Studie hat die Krise des BRD-Bildungssystems eindrucksvoll belegt. Die (regierenden) Parteien haben ein vorbildliches Bildungssystem aus ideologischen Gründen in eine mittelmäßige Verwahranstalt für Jugendliche verwandelt. Weite Teile der Jugendlichen in unserem Land drohen zu nützlichen Konsumidioten der Großkonzerne und Medien zu verkommen.*

4. *Die (XY-Partei) tritt einem Rückzug des Staates aus dem Bildungswesen entschieden entgegen, ebenso jedem Versuch, den Zugang zu höherer Bildung von finanziellen Voraussetzungen abhängig zu machen. Wir lehnen die Einführung von jeder Art von Schul- und/oder Studiengebühren grundsätzlich ab.*

5. *Der Mensch ist Teil der Natur. Deswegen ist Natur nicht einfach nur ›Umwelt‹ des Menschen ... Der Schutz der Natur kann daher nicht einseitig auf ökonomischen Überlegungen beruhen. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist wichtiger als alle Rentabilität von Betrieben.*

6. *Alle gentechnisch veränderten Waren müssen in Deutschland der Kennzeichnungspflicht unterliegen. Für die Erforschung und Weiterentwicklung alternativer Energien sind Mittel aus dem Atomforschungsprogramm bereitzustellen.*

7. *Die ... Parteien behaupten, die fehlenden deutschen Kinder könnten durch Millionen zusätzlich ins Land geholter ›Einwanderer‹ ersetzt werden. Dies ist ein weiterer Versuch, den breiten Widerstand gegen die multikulturellen Wahnideen ... zu brechen.*

8. *Wir brauchen ... eine Wirtschaftsordnung, die die Sicherung der sozialen Rechte unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen wieder eine echte Volkswirtschaft, dann gibt es auch Arbeit für alle Deutschen.*

9. *Für viele Arbeitnehmer gehen schon seit Mitte der 90er Jahre die Löhne immer weiter in den Keller. Die Anzahl der Niedriglohnempfänger steigt. Trotzdem wächst die Arbeitslosigkeit. Geringqualifizierte bleiben auf der Strecke. Aber auch höher Qualifizierte werden zunehmend in den Niedriglohnbereich gedrückt.*

10. *Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muss es sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muss im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.*

11. *Es ist ... nicht ein Spiel des Zufalls, dass der eine Mensch mehr leistet als der andere. In dieser Tatsache wurzelt der Begriff des Privateigentums, der langsam in den allgemeinen Rechtsbegriff übergegangen ... und zu einem komplizierten Vorgang des wirtschaftlichen Lebens geworden ist.*

12. *Die Bundeswehr wird ... als militärischer Arm zur Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Ziele, wie Globalisierung und Überfremdung, missbraucht. Überall in der Welt sollen Völker, die sich gegen den Führungsanspruch der USA auflehnen und die durch wirtschaftliche Maßnahmen nicht zu disziplinieren sind, auf den erwünschten Kurs gezwungen werden.*

13. *Der Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Daher bejaht die (XY-Partei) den soldatischen Dienst in der Bundeswehr. Frauen können freiwillig am Wehrdienst teilnehmen ...*

14. *Jeder souveräne Staat muss die Fähigkeit und das Recht besitzen, seinen eigenen Bestand und die Lebensinteressen seines Volkes zu verteidigen.*

15. *Der Staat hat ... über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen. Und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen. Er ist Wahrer des Ganzen. Die Austauschbarkeit der Regierungen durch demokratische Entscheidungen, die Kontrolle der Machtinhaber durch das Volk und die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Entscheidungen sind die Grundlage einer jeden gesetzlichen Ordnung. ... Der Einfluss des Volkes muss durch Volksentscheide und direkte Wahlen gestärkt werden.«*[1]

Die Studierenden, die sich jeweils eifrig an die Arbeit gemacht und auch wirklich alle Parteien untergebracht haben, waren schon recht verblüfft, wenn ich sie darüber aufklärte, dass *alle* Zitate aus programmatischen Schriften

[1] Einige Zitate werden im Folgenden explizit angesprochen. Alle anderen sollten sich sowohl hinsichtlich ihres faschistischen Gehalts als auch hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit demokratischen Parteileitsätzen nach der Lektüre aufgelöst haben. Auf eine explizite Besprechung *aller* Zitate verzichte ich deswegen.

der NPD oder der NSDAP bzw. aus Hitlers »Mein Kampf« stammten. Sie fühlten sich regelmäßig von mir hereingelegt und warfen mir die Benutzung unlauterer Verfahren vor – es mag einigen Lesern gerade eben ähnlich gegangen sein. Sie schimpften mich: Ich hätte die Sätze manipuliert, umformuliert und aus ihrem Zusammenhang gerissen. Letzteres ist zwar nicht zu bestreiten, macht es nun einmal ein Zitat aus, dass es nur einen Ausschnitt aus einem längeren Text wiedergibt, doch habe ich mich bemüht, diesen jeweils authentisch auszuwählen. Umformulierungen oder andere Formen von Manipulation liegen nicht vor. Die Verblüffung der Studierenden löst sich anders auf: Von wenigen Ausnahmen abgesehen waren sie nicht in der Lage, in den Textpassagen das faschistische Gedankengut zu erkennen. Dabei kann und soll die inhaltliche Nähe zu entsprechenden programmatischen Aussagen der demokratischen Parteien, die sie zu der falschen Zuordnung verleitet hat, gar nicht geleugnet werden. Sogar Wortgleiches findet sich in programmatischen Äußerungen faschistischer und demokratischer Parteien.

Doch genau darin liegt das intendierte Ergebnis dieser Übung: Die Studierenden waren durchweg darüber verwundert, dass ihre eigene Vorstellung von faschistischer Denke brutal in Zweifel gezogen wurde. Anders gesagt, erschüttert wurde – und ich verhehle nicht, dass es mir genau darauf ankam – eine falsche politische Sicherheit: Von faschistischen Parolen hatten sie den knallharten *Einspruch* gegen ihre Vorstellung von rein demokratischen Grundsätzen erwartet[2] und mussten nun das Gegenteil zur Kenntnis nehmen, nämlich eine so weitreichende inhaltliche *Deckungsgleichheit* zwischen demokratischer und neofaschistischer Programmatik, dass die meisten Zitate in der Tat nur schwer oder überhaupt nicht zweifelsfrei zuzuordnen sind. Bei der Zuordnung der Parteien zu den Zitaten haben also die Studierenden – so gesehen – doch gar nicht viel falsch gemacht. Ihr Fehler fasst sich vielmehr in dem ungläubigen Staunen über die Auflösung bzw. in der Empörung über den sofort geäußerten Manipulationsverdacht zusammen.[3] Ihm liegen Fehlurteile über das System demokratischer Politik ebenso zugrunde wie eine falsche Reduktion des Faschismus auf Holocaust, auf Euthanasie oder auf die brutale Ausschaltung jeder abweichenden politischen Strömung.

---

[2] So wurde nur Zitat 10 fast durchweg der NPD zugeordnet.

[3] Die wenigen Studierenden, die richtig lagen, lagen zumeist auch falsch. Sie waren mit der Politik der demokratischen Parteien vorschnell fix und fertig und erklärten ihre Zuordnung mit dem Hinweis, dass doch alles »dieselbe Wichse« sei, die bürgerlichen Parteien »kryptofaschistisch« wären und die demokratischen Prinzipien mit Füßen treten würden. Es wird sich herausstellen, dass auch diese linke Form von »Aufgeklärtheit« die Sache nicht trifft.

Das bedeutet aber zugleich, dass sich damit die *antifaschistische* Gesinnung – und es gab kaum einen unter den Studenten, der diese nicht für sich in Anspruch nahm – gründlich blamiert hat. Ihr »anti« traf und trifft nur eine Karikatur des Faschismus, die sich aus nichts anderem als aus einer parteilichen Vorstellung von Demokratie erklärt. Jede Kritik des alten oder neuen Faschismus hat mit dieser Karikatur aufzuräumen und sich dabei jeder Parteilichkeit zu enthalten. Was dann noch als Antifaschismus stehen bleibt, wird man sehen.

Kapitel 1: Warum Demokraten (Neo-)Faschisten nicht kritisieren, sondern nur verbieten können

Ein jedes Mal, wenn die NPD oder eine ähnliche Gruppierung eine Demonstration, eine öffentliche Kundgebung, eine Mahnwache oder etwas Vergleichbares ankündigt, kann sie sich einer aufgeregten öffentlichen Aufmerksamkeit sicher sein, die in keinem Verhältnis zu Bedeutung und Größe ihrer angekündigten Aktion steht. Seine Bedeutung erhält das NPD-Vorhaben immer erst durch Versuche von Stadtoberen, Parteien und besonders der linken Antifa, es juristisch und/oder politisch zu verhindern. So tobt denn wochenlang ein öffentlicher Streit und bewegt sich daneben durch alle Instanzen deutscher Gerichtsbarkeit, bis schließlich der Aufmarsch, der Kongress, die Gedenkfeier verboten oder erlaubt wird.

Auf diese Weise bewahren deutsche Nationaldemokraten und ihr Anhang weniger durch ihre Politik als vielmehr durch die Reaktionen auf sie ihren Ruf, die zur Zeit wohl bestgehasste politische Richtung und größte Gefahr für die nationale Demokratie mit ihren Freiheiten zu sein. Mit markigen Parolen und angeführt durch lokale politische und gewerkschaftliche Prominenz machen sich denn auch immer wieder bürgerliche und linke Kämpfer gegen deutsche Nationaldemokraten gemeinsam auf den Weg zur Gegendemonstration. Abgeschirmt durch üppige Polizeipräsenz treffen sie auf eine eher bescheidene Anzahl der rechten Kameraden, die sich zur erlaubten Aktion versammelt und sich mit einer Protestversammlung konfrontiert sieht, die ihren eigenen Auflauf an Masse und Lautstärke um einiges überbietet. So wehrt man den Anfängen, betonen die Redner der *bürgerlichen* Abwehrfront, sichtbar stolz auf ihre mitdemonstrierenden loyalen Volksgenossen, die die sozial-, steuer- und arbeitsmarktpolitischen Segnungen der regierenden Herrschaften angesichts der wieder einmal beschworenen Gefahr einer drohenden neuen NS-Barbarei dann vielleicht etwas eher schlucken – was zweifellos zu viel der Ehre für die braune Ansammlung hinter dem Polizeikordon wäre.

Zugleich warnen die Antifaschisten in Amt und Würden ihre oft schwarz gewandeten Mitstreiter von der linken Antifa davor, sich auf eine Konfrontation mit den rechten Glatzen einzulassen. Das zeugt davon, dass sie die Allianz mit den linken Antifaschisten für durchaus trügerisch halten. Nicht weil sie ihnen die sachliche Gemeinsamkeit, den demokratiefreundlichen

Antifaschismus, nicht abnehmen würden, sondern weil sie in ihnen Ordnungsstörer vermuten, die es nicht bei Reden und Transparenten belassen wollen, sondern es auf »Randale« abgesehen haben. Ordentlich, d.h. ohne Konfrontation mit den rechtsextremen Kameraden und ohne Polizeiintervention, hat diese öffentliche Feier des erfolgreichen Zusammenschlusses von Oben und Unten, von Führung und Volk im Namen demokratischer Errungenschaften schon abzulaufen. Und gerade deswegen: Deutlicher lässt sich dabei die von der Politprominenz an die Wand gemalte »Gefahr (!) von rechts außen« kaum blamieren. Heißt doch ihre zentrale Sorge: Unter ihrer Regie und »gewaltfrei«, d.h. nach den Regeln des staatlich erlaubten Demonstrierens, hat der Aufmarsch gegen die Rechtsextremen abzulaufen. Und wenn es dennoch etwas ruppiger zugeht, dann ist dies für die Politprominenz immer die willkommene Gelegenheit, auf eine »Gefahr, die auch von links außen« kommt, zu verweisen. Es darf nicht verwundern, dass Presse, Funk und TV diesen Beurteilungsmaßstab teilen und sich deswegen weder groß um Anlass und Grund der Aufmarsches der NPD scheren noch das Publikum über die Kritik informieren, die deren Gegner in Reden und Parolen äußern. Das ist in einer Hinsicht sehr sachgerecht: Denn da gibt es auch nicht viel mehr zu berichten als die dauernd wiederholte Behauptung einer Gefahr, die von neuen Nazis mit Glatzen oder in Nadelstreifenanzügen dem deutschen Nachkriegsgemeinwesen immer noch drohe.

In anderen Hinsichten ist es jedoch weniger sachgerecht: Weder nehmen sich diese Medien den neuen Faschismus einmal gründlich zur Brust, verfallen also auf die Prüfung dieses von den Antifaschisten aller Couleur vorgestellten Bedrohungsszenarios, noch fällt ihnen die Widersprüchlichkeit eines politischen Anliegens auf, das jenes Gemeinwesen schützen will, von dem aus sich die neuen Faschisten zu ihrer politischen Kritik aufmachen, das also faschistisches Gedankengut und faschistische Gruppierungen immer wieder aufs Neue aus sich heraus generiert.

1. Bürgerlich-demokratischer Antifaschismus

Vor dem 1. Mai 2011 war es in Bremen wieder einmal so weit. Die NPD wollte den »Tag der Arbeit« zum Anlass nehmen, mit Protestmarsch und einem Sozialkongress auf ihre Kritik am Sozialstaat und der Arbeitsmarktpolitik der regierenden Parteien aufmerksam zu machen. Die »Szene« schmiedete Bündnisse und arbeitete an Flyern; und ein Zusammenschluss von Redakteuren und Redakteurinnen Bremer bzw. norddeutscher Zeitungen, Radio- und Fernsehsender brachte unter dem Titel »Neonazis in Bremen –

und wie man sie aufhält« eine 16-seitige Zeitung heraus, die *exemplarisch* für die Art und Weise steht, wie sich die korrekt-politisierte Öffentlichkeit[1] mit den neuen braunen Gruppierungen auseinandersetzt. Auf 16 Seiten lässt sich viel unterbringen. Was erfährt man dort nicht alles über die Neonazis: »Knallhart und gefährlich« seien sie, weil sie mit Schlägern, mit Hooligans und Hells Angels zusammenarbeiten würden. Sogar angeklagt seien einige von ihnen deshalb. Getarnt würden sie sich ins Web schleichen und sich auf Facebook, Twitter oder schülerVZ unerkannt – natürlich nur von den pfiffigen Journalisten enttarnt – breit machen. Ihre Bands werden benannt und ihre Führer abgebildet. Dass sich die NPD – allein aus Mangel an Zuspruch, heißt es – mit der DVU vereinigt habe, erfährt der Leser ebenso wie einiges über ihren chronischen Geldmangel. Besonders perfide seien ihre Aktionen auf Schulhöfen, auf denen junge Neonazis CDs mit Hetz-Parolen und -Liedern an die überforderte Schuljugend verteilen würden – wo sie von eifrigen Lehrern auf Geheiß der Bremer Bildungsbehörde sofort eingesammelt würden.[2]

All dies wird in einem Tonfall vorgestellt, der keinen Zweifel daran lässt, dass das zusammengetragene Material samt und sonders bereits für sich gegen diese neuen Nationaldemokraten sprechen würde. Dabei ließen sich ohne größere Schwierigkeiten alle genannten Fakten auch anders herum deuten: Seit wann spricht Gewaltausübung gegen staatliche Ordnungskräfte, seit wann gelten rechtskräftig verurteilte Politiker als rechtsradikal und seit wann ist die Benutzung sozialer Netze im Internet ehrenrührig? Spricht Geldmangel gegen das System des Geldes oder gegen den, dem es daran mangelt? Ist der Zusammenschluss von Parteien und Gewerkschaften, von Betrieben oder Vereinen als ein Zeichen verachtenswerter Schwäche oder als ein Signal des Aufbruchs zu werten, um sich in der jeweiligen Konkurrenz behaupten zu wollen? Die *Verurteilung* der NPD steht ganz offensichtlich *vor* dieser Sammlung von Zeugnissen aus ihrem Umfeld fest und bedarf keiner weiteren Begründung.

1.1. Überhaupt findet sich in der ganzen Zeitung nichts über die politische Zielsetzung dieses Vereins, nichts über die Stoßrichtung seines angekündigten Kongresses. Wer etwas über die Programmatik der Partei erfahren will,

[1] Die wissenschaftliche Befassung mit der neuen Rechten, wie sie vor allem von W. Heitmeyer und Mitarbeitern repräsentiert wird, ist hier nicht noch einmal gesondert Thema. Vgl. dazu meine Arbeiten in der »deutschen jugend«, z.B. in Heft 11/93, S. 496, Zur Kritik von W. Heitmeyers Rechtsextremismustheorie – Theoretisch desorientiert, politisch orientiert.

[2] Die CDs werden regelmäßig sofort auf den Index gesetzt.

wer sich darüber kundig machen will, warum sie so »gefährlich« ist, sucht in allen Artikeln vergebens. Und die Ankündigung, der Leser bekomme Handreichungen, mit denen man die »Neonazis aufhalten könne«, erschöpft sich in der Insinuierung ihrer Gefährlichkeit. Es gibt im ganzen Machwerk nur einen Hinweis, dem sich so etwas wie inhaltliche Kritik entnehmen lässt. Im Editorial heißt es:

»Rechtsextremisten sind erklärte Feinde der Demokratie. Und sie sind besonders heimtückische Feinde, weil sie die demokratischen Freiheiten für ihre verfassungsfeindlichen Zwecke missbrauchen. Sie reizen Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Wahlrecht und Parteienprivileg bis aufs Äußerste aus – mit dem Ziel, all diese Errungenschaften am Ende abzuschaffen.«[3]

Worin ihre Feindschaft zur Demokratie besteht, *was* sie gegen Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Wahlrecht und Parteienprivileg haben, wird nicht erläutert. Der *Ge*brauch dieser Freiheiten gilt den Journalisten bereits als *Miss*brauch, weil es die Falschen sind, die sich ihrer bedienen – was umgekehrt auf den demokratischen Merksatz verweist, dass eigentlich nur bei jenen Bürgern die Freiheiten zur Äußerung eigener, abweichender Meinung in den richtigen Händen sind, die gar keine Veranlassung haben, sie zu benutzen. Es wird der NPD sogar der Umstand, dass sie sich an die demokratischen Spielregeln *hält*, als besondere Heimtücke angelastet – was zwar nicht den Schluss nahelegen soll, dass die Benutzung der demokratischen Freiheiten durch faschistische Propagandisten die Abschaffung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit zur Folge haben müsste, jedoch deutlich macht, dass solche Freiheiten wohl nicht jedermann offenstehen.

Entnehmen lässt sich dieser für die öffentliche Befassung mit dem Neofaschismus typischen Weise so einiges. Die Behauptung – und mehr ist es nicht –, die neuen deutschen Nationaldemokraten seien so gefährlich, weil un- oder gar anti-demokratisch, will sie allein an der *Abweichung* vom herrschenden politischen System, seinem Wertekanon und seinen Regeln blamieren. Um eine Kritik handelt es sich dabei nicht, und das Rätsel, warum sie sich dann »nationale *Demokraten*« nennen, bleibt ungelöst. Wo die Benennung einer *negativen* Abweichung – un-, anti-, nicht- – als Urteil stehen bleibt, da erfährt man eben nur, was die NPD *nicht* will; aber nichts darüber, was sie denn nun an der Demokratie kritisiert, und erst recht nichts darüber, *was* sie denn an die Stelle der Demokratie setzen will. Das Schweigen über den Gehalt der Demokratie-Kritik könnte den Leser, der weiß, dass es auch unter Demokraten eine Fülle von öffentlich diskutierten Varianten solcher

[3] »Neonazis in Bremen – und wie man sie aufhält«, Bremen 2011, S. 2.

Kritik gibt,[4] einigermaßen irritiert zurücklassen, wenn der nicht – geschult wie er ist – bei sich sofort die unterstellte Herrschaftsform nebst der darin eingeschlossenen gewünschten Parteilichkeit bei sich abrufen würde: Die sind für Diktatur; die ist schlecht und menschenverachtend,[5] ganz im Unterschied zur Demokratie, die gut und menschenbeachtend ist. Der ganze Vergleich zwischen faschistischer Diktatur und Demokratie, der ohne ein Urteil auskommt und sich auf im Kopf festgeklopfte Urteile des Lesers verlässt, ist also gar keiner, sondern eine absurde zirkuläre Argumentation: Das abwertende Urteil über den Faschismus lebt von der negativen Abgrenzung zur Demokratie, die umgekehrt in dieser Logik deswegen als schätzenswert gilt, weil Faschisten sie beseitigen wollen.[6] Das Urteil bleibt gänzlich leer, weil sich negative und positive Bewertungen immer nur aus der wechselseitigen inhaltslosen Abgrenzung der beiden politischen Konzepte voneinander ergeben. Unterstellt man einen Leser, der jene demokratische Sozialisation nicht erfolgreich hinter sich gebracht hat, von der die Verfasser dieser und aller ähnlichen Traktate ausgehen, so hätte man ihm weder irgendeinen Grund geliefert, *für* Demokratie, noch ein Argument geliefert, *gegen* Faschisten Stellung zu beziehen. Allerdings bleibt es nicht beim Verlass auf den durchgesetzten politischen Anstand hiesiger Bürger, der die geläufige Auseinandersetzung mit der NPD charakterisiert. Eine Agitation, welche in der Warnung vor Rechtsextremismus eine Parteilichkeit beim Leser abruft, ist immer zugleich offensive Volkserziehung: Wenn Ihr Demokraten sein wollt, dann habt Ihr Euch von den neuen Nazis abzusetzen! Ausgrenzung lautet das Gebot.

All das hat mit Kritik des Neofaschismus nichts zu tun, sondern ist ihr *Ersatz durch leere politisch-moralische Denunziation.*

1.2. Dazu passt gut jene Tour der Auseinandersetzung mit der unerwünschten politischen Strömung, in welcher Identifikation und Decodierung von Accessoires der neuen Faschisten als Kritikersatz fungieren. Nicht nur die angesprochene Bremer Zeitung, sondern auch der Verfassungsschutz, die Bundeszentrale für politische Bildung, Landesregierungen, viele der Volksparteien, darunter auch »Die Linke«, die Gewerkschaften und auch einige

[4] Dazu gehört die Debatte über die Dauer von Legislaturperioden, das aktive und passive Wahlalter oder auch über den Einbau von mehr unmittelbarer Volksbeteiligung, wie dies auch die NPD vorschlägt. Vgl. Zitat Nr. 15 im Fragebogen.

[5] Natürlich wird die »Diktatur des Proletariats« gleich mit verachtet.

[6] Wie so ein Vergleich anzustellen ist, der erst beide Seiten für sich abzuklären und dann über die Analyse von Gleichem die Differenzen zwischen den Vergleichsobjekten herauszufinden hat, soll im weiteren Verlauf vorgeführt werden.

Antifa-Bündnisse führen den Kampf gegen Neonazis und Skins als deren Identifizierung. Jungen und alten Deutschen wird mit vielfarbigem Aufwand gezeigt, woran sie diejenigen erkennen können, auf deren Propaganda sie nicht hereinfallen sollen.[7] Da wird ihre Kleidung vorgestellt, Zahlencodes werden decodiert, Tattoos entschlüsselt, rechtsextreme Musiklabels benannt und die Läden aufgeführt, in denen Neonazis sich ihre Kleidung und Kampfmontur zusammenkaufen.[8] Die Konterfeis von NPD-Funktionären komplettieren diese Steckbriefgalerien, mit denen die demokratischen Wächter der politischen Bildung der deutschen Jugend vor allem durch Schulen ziehen. Enttarnt wird, was Nazis offen zeigen, jedenfalls wenn sie ihre Gesinnung demonstrieren wollen und dafür nach der Tagesarbeit ihren Kampfdress anlegen. Für welche politischen Ziele heute die rechte Symbolik steht, das wird nicht ausgeführt. Kein Wort der Kritik an den Vorstellungen, auf die Symbole doch wohl verweisen.

Diese zweite Art der »Auseinandersetzung« lebt – zum einen wenigstens – von der Vorstellung, deutsche Bürger würden sich sofort von Neofaschisten *abwenden*, wenn sie nur *erkennen* könnten, wer aus ihrem Umfeld zu den neuen Rechtsradikalen gehört, wie diese aussehen und sich kleiden, wie sie reden und welche Mucke rechtsradikal ist. Die selbst ernannten Verfassungshüter gehen also davon aus, dass die neuen Rechten mit ihren politischen Auffassungen beim deutschen Volk ohnehin keine Chance hätten, wenn sie mit diesen *offen* auftreten würden. Umgekehrt scheint das – der Decodierungslogik zu Folge – gerade nicht der Fall zu sein: Wo es einer *Enttarnung* der Neonazis bedarf, scheinen die politischen Auffassungen der NPD etc. den Verfassungshütern fast wie eine *Tarnung* vorzukommen. Wer sich mit Geheimcodes verständigt, wer Anleihen bei gängigen Musikprofilen macht, wer sich mit cooler Kleidung bestimmter Marken tarnt, der versteckt dann

[7] So etwa das Bundesamt für Verfassungsschutz: Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten, Köln 2008; der DGB: Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen, Berlin 2004 oder auch Die Linke: Was tun gegen Rechtsextremisten?, Berlin 2006.

[8] Die 88 steht hier für die doppelte Nennung des achten Buchstabens im Alphabet und bedeutet »Heil Hitler«, die 18 hat in dieser Logik die Bedeutung »Adolf Hitler« und die 192 signalisiert »Adolf is back«. Zur Identifizierung wird vermittelt, welche Textilmarken Neofaschisten favorisieren; die englischen Textilmarken Consdaple, Pitt Bull oder »Lonsdale« – wegen der Buchstabenkombination »nsda(p)«; Schnürsenkelkunde muss betrieben werden, um rechtsextreme Unterabteilungen identifizieren zu können etc. In dieser Hinsicht mutet es fast schon widersinnig an, dass die Berliner Versammlungsbehörde den Neofaschisten für eine Demo die Einhaltung einer Kleiderordnung gebot: keine Springerstiefel, keine Schuhe mit Stahlkappen, keine Bomberjacken, keine verbotenen Kennzeichen oder Zeichen, die Kennzeichen verbotener Organisationen sind.

wohl auch seine wahren politischen Absichten. Das »Böse« und »Ungehörige« neofaschistischer Parolen wird demnach nur kenntlich, wenn ihre Verkünder getrennt vom Gehalt ihrer Sprüche »demaskiert« werden – eben mit der Deutung auf Springerstiefel, Runen oder Zahlensymbole.

Für den deutschen Nachwuchs, der noch keine Sicherheit in der gewünschten politischen Moralität entwickelt hat, kann das jedoch ein Problem bedeuten, mutmaßen diese Aufklärer. Irgendwie scheinen sie an die Manipulationskraft von NPD-Methoden zu glauben: Neofaschisten, als schlaue Rattenfänger maskiert, fangen die Jugend unter Nutzung von deren Hard-Rock- oder Hip-Hop-Vorlieben für ihre Sache ein, ohne dass die etwas davon merkt! Plötzlich, so geht der Manipulationsgedanke, wachen dann jugendliche Musikliebhaber als Jung-Nazis auf. Wie die zu Parteigängern der »Hetzlieder« werden, ohne deren Gehalt auch nur zur Kenntnis genommen, geschweige denn sich zu eigen gemacht zu haben, ist unerfindlich. Es wird eben niemand nur *über* Heavy Metal oder Rap zum Ausländerfeind oder NPD-Anhänger. Eine politische Affinität muss schon vorgelegen haben, wenn die der Musik unterlegten Texte, auf deren Verständlichkeit die NPD größten Wert legt, auf Gegenliebe stoßen. Es handelt sich dabei um einen von den Entlarvern erfundenen Widerspruch, der sich in ihre eigene Unwilligkeit bis Unfähigkeit zur politischen Auseinandersetzung auflöst. Fernhalten will man den Nachwuchs von den neuen Rechten, weshalb diese Sorte Enttarnung auch noch eine andere Seite hat: Das *Deuten* auf die Faschisten soll bereits ausreichen, um sie damit auszugrenzen. Jede Auseinandersetzung mit ihren Parolen gilt nicht etwa als überflüssig, sondern geradezu als *gefährlich*. Sie gilt als eine *Aufwertung* der Rechtsextremen – was an der Weigerung, sich über die Auseinandersetzung mit der NPD des rechtsextremen Gedankenguts zu entledigen, nicht bemerkt wird.

Genau deswegen gilt es die Rundschreiben von Bildungsbehörden, Schulhofagitation von Rechtsextremen nicht zum Gegenstand einer Erörterung zu machen, sondern zu kassieren und als Sondermüll zu entsorgen.[9] Auf jeden Fall gibt damit die über Identifikation und Entschlüsselung erfolgende Ausgrenzung zu verstehen, dass der politischen Selbstentlarvung der Neonazis nicht so recht getraut wird. Es lebt dies vom Verdacht, dass eine noch unreife Jugend vielleicht doch für *Parolen* der neuen Nazis anfällig ist. Da

[9] So empfiehlt auch die Linkspartei: *»Wenn versucht wird, CDs oder rechtsextreme Propaganda auf Schulhöfen zu verteilen, sollte die Schulleitung von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und die Verteiler vom Schulgelände verweisen … Werden Flugblätter mit rechter Propaganda auf der Straße verteilt, muss sofort die Polizei gerufen werden ...«*, Die Linke, Was tun gegen Rechtsextremisten?, a.a.O., S. 32f.

ist Abgrenzungsarbeit fällig: Denn *nur* den eindeutig an Schnürsenkeln und Tattoos identifizierten Neofaschisten darf man es nicht durchgehen lassen, wenn sie erklären, dass es mit Deutschland wegen der Ausländer bergab geht. Wenn dagegen anerkannte Demokraten vom Range eines Innenministers Ähnliches von sich geben, ist das ein Zeichnen von nationalem Verantwortungsbewusstsein. Diese Sorte antifaschistischer Aufklärung gibt damit zu verstehen, dass aus den politischen Urteilen der Neofaschisten die hierzulande gewünschte Ausgrenzung – ihre Parolen seien »ungehörig«, »gefährlich«, »undemokratisch«, es handele sich um die ewig-gestrigen Braunen, die Deutschlands Ansehen besudeln – gar nicht zu folgern ist.

Dumm ist es, wenn sich diese Rechtsextremen gleich dreifach tarnen, wenn sie zusätzlich zur angeblich getarnten Politik auch noch ihr ohnehin angeblich getarntes Outfit noch einmal maskieren und Lonsdale-Shirt nebst Springerstiefeln unter Boss-Jackett und Levis-Jeans verbergen. Die »Nadelstreifenfaschisten« stellen für diese Sorte Befassung in der Tat ein besonderes Problem dar: Denn wie soll man die Nadelstreifen der neuen Faschisten von den Nadelstreifen eines Wulff, Westerwelle oder Seehofer unterscheiden? Wie sollen rechtschaffene demokratische Bürger den Feind erkennen, wenn sogar der ehemalige NPD-Vorsitzende Udo Voigt »*in weißem Hemd, Krawatte und schwarzer Winterjacke auf dem Berliner Alexanderplatz* (erscheint) – *ganz wie ein Familienvater, der mit Frau und Kindern im Park spazieren gehen will«.* Obwohl er doch tatsächlich »*gekommen (war), um mit seinen Parteigängern gegen das Gedenken zum 8. Mai zu polemisieren*«.[10] Dann helfen nur noch Steckbriefe mit Konterfeis.

Um die Absurdität dieser Vorgehensweise noch einmal explizit herauszustreichen: Wer eine begründete Kritik an den politischen Grundsätzen des Neofaschismus hat, für den ist es völlig gleichgültig, wie deren Vertreter aussehen, der muss weder ihren gewöhnlichen Phänotypus noch die in der Fascho-Szene gebräuchlichen Codes studieren. Der muss weder wissen, dass die Vertreter dieser Grundsätze politisch in die Schublade »*neo*-faschistisch«[11] fallen, noch muss er über Kenntnisse des historischen Faschis-

[10] So hieß es in einer Tagesschau nach dem »Tag der Befreiung« (www.tagesschau.de, 9.5.2005).

[11] Dass die heutigen Faschisten durchweg »*Neo*-Faschisten« geheißen werden, hat schon einen schiefen Beiklang. Nahegelegt wird damit gerade nicht, dass es sich bei der NPD um eine aktuelle Spielart jener politischen Parteien handelt, denen die Berufung auf Prinzipien des Faschismus gemeinsam ist. Vielmehr soll die Vorsilbe »Neo-« darauf verweisen, dass es sich dabei um eine Neuauflage der spezifischen *deutschen* Hitlerei von 1933-1945 handelt. Dies taugt dazu, die aktuelle Nationaldemokratie keiner weiteren Befassung für wert zu befinden, sondern sie 1:1 zu dem Bild von Faschismus – Holocaust,

mus verfügen. Er stört sich weder an der *Präsentation* der Vertreter dieser Grundsätze noch an deren Rückgriff auf die NS-Vergangenheit, sondern allein an den *in* den Grundsätzen zum Ausdruck kommenden aktuellen *politischen Überzeugungen* und *Programmatiken*.

1.3. Neben der Rattenfänger-Schläue wird den Nationaldemokraten aber auch das glatte Gegenteil attestiert: Wer deren undemokratischem, menschenverachtendem Gedankengut anhängt, der muss »verwirrt«, »irregeleitet« und »dumm« sein. Von »brauner Pest« und »rechtem Gesocks«, von »Abschaum« ist die Rede. Illustriert wird diese Sorte von Beschimpfung, die sonst eher dem Vokabular der gerade angeprangerten Neofaschisten zugerechnet wird, mit Bildern von Parolen brüllenden, glatzköpfigen, Bier trinkenden Skins.[12] Der Frage, was die Neonazis denn sind, schlau oder dumm, raffiniert oder stupid, muss man wirklich nicht nachgehen. Das passt beides zusammen; zwar nicht dem sachlichen Gehalt, aber der Botschaft nach: Die neuen Nazis sollen politisch ausgegrenzt und für nicht befassungswürdig erklärt werden. Da tut das Urteil »raffiniert« ebenso seinen Dienst wie der Befund »verwirrt«.

Letzterem ist überdies der Übergang zum Krankheitsbefund zu entnehmen: Wer »hirnlos« ist und »nicht sauber tickt«, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob er noch zurechnungsfähig ist, ob bei ihm nicht eine Form von Geisteskrankheit vorliegt – womit diese erzdemokratischen Kritiker der Neofaschisten schon wieder geistige Anleihen bei denen machen, die sie hier in die Pfanne hauen. Die Konsequenz dieser *Ab-* und *Ausgrenzung* ist erneut eindeutig: Wer irregeleitet oder gar krank im Kopf ist, dem muss man gar nicht erst zuhören. Der Lehrsatz sitzt: Wer nicht so politisch denkt und mitmacht, wie es sich hierzulande gehört, der muss »verwirrt« oder »verrückt« sein. Mit dessen Parolen muss man sich gar nicht und schon gar nicht ernsthaft auseinandersetzen. Umgekehrt bedeutet dies, dass nur die gewünschte Normalität im Denken und Tun als vernünftig und als Zeichen von gesunder Intelligenz gilt. Das Lob der *political correctness* erweist sich erneut als Synonym für geistige Anpassung.

Euthanasie, Kriegstreiberei ... – hochzurechnen, mit dem die Deutschen nach 1945 konfrontiert worden sind, und das, wie zu zeigen sein wird, nicht einmal die halbe Wahrheit über den Faschismus enthält, weil es allein das zu Faschismus erklärt, womit sich die deutsche Demokratie vom Nationalsozialismus *absetzen* kann.

[12] Inwieweit das Jugendliche überzeugt, die Koma-Saufen zur Freizeitbeschäftigung erklären, steht dahin. Auch kann es einige Probleme bereiten, bierselig siegestrunkene und als harmlos geltende deutsche Fußballfans, die sich »nur« an deutschen Erfolgen erfreuen, von den »bösen« Nazi-Skins zu unterscheiden.

Auch diese geläufigen Urteile über Neofaschisten werden benutzt, *ohne* dass an den neofaschistischen Parolen oder Konzepten eine »Dummheit« oder eine an »Verwirrung« grenzende politische Absurdität *nachgewiesen* worden wäre. Allenfalls wird die Ausgrenzung durch Erfolge bei der Fahndung nach NS-Anleihen oder NS-Verherrlichungen unterfüttert. Da ersetzt dann der Verweis auf eine antisemitische Äußerung eines NPD-Funktionärs die Kritik an seiner neofaschistischen Sozial- oder Familienpolitik. Da gilt dann das »Unwort« vom »Bombenholocaust« als Beleg für das ewig Gestrige und macht es unnötig, die Wirtschafts- oder Außenpolitik der heutigen NPD einer Kritik zu unterziehen.[13]

1.4. Alle genannten Verfahren stehen immer nur für das eine: Hier droht eine Gefahr von rechts außen. Und gefährlich für das demokratische Gemeinwesen sollen diese Parteiungen sein, weil, so heißt es, ihr *Gedankengut* undemokratisch und verfassungsfeindlich, weil die *Präsentation* ihrer Anliegen pure Manipulation ist und weil der *Geisteszustand* ihrer Anhänger einen Krankheitsbefund nahelegt. Darin erschöpft sich in der hoch entwickelten Demokratie die öffentliche Kritik, die politische Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern – von rechts, aber auch von links.[14]

Eine Form der Auseinandersetzung, die diese Ausgrenzungslogik fortsetzt, bot vor einiger Zeit Franz Müntefering (SPD), der zu den Wahlerfolgen der NPD klarstellte: »*Verantwortlich für die Wahlerfolge der NPD sind allein die Wähler. Niemand hat das Recht, aus Protest die Rechtsradikalen zu wählen.«*[15] Hier wird die Ausgrenzung der NPD gleich zum Wählerauftrag erklärt. Was dann wohl umgekehrt heißen soll, dass alle diejenigen, die diesem Auftrag nicht nachkommen, gegen demokratisches Recht verstoßen. Merkwürdig ist das schon. Man soll *zugelassene* rechtsextreme Parteien nicht nur *nicht wählen*, man soll sie gleich nicht wählen *dürfen*. Wer

[13] Das ist einerseits die *Verharmlosung* der NPD zum *Traditionalistenverein*, der bloß Führers Geburtstag zelebriert und die SS glorifiziert. Andererseits impliziert es die *Weigerung*, sich mit der Frage zu befassen, wie eigentlich neofaschistische *Politik* 60 Jahre *nach* dem Ende der NS-Zeit, nach einer 60jährigen Erfolgsgeschichte der deutschen Nachkriegspolitik aussieht. Vgl. dazu Kapitel 6.

[14] Alle drei vorgestellten Verfahren der politischen Ausgrenzung kommen im Umgang demokratischer Politik mit Sozialisten und Kommunisten fast identisch zum Einsatz. Dass mit deren Parteien immer dann, wenn sie bei Teilen der Bürger ankommen, jedoch ungleich umstandsloser umgegangen wird, erklärt sich daraus, dass Demokraten in Gegnern von staatlicher Herrschaft eher ihre erklärten Feinde sehen als in jenen Vereinen, die von deren absoluter Gültigkeit gar nicht genug haben können.

[15] Mitschrift nach Interview in den Tagesthemen.

sich daran nicht hält und die Falschen wählt, hat nach Müntefering eigentlich sein Wahlrecht verwirkt.[16]

Da regierende Demokraten bei zugelassener NPD und festgeschriebener Wahlfreiheit das »Falsch-*Wählen*« nicht verbieten können und auch nicht verbieten wollen, erwägen sie immer wieder, die rechtsextremen Wahl-*Parteien* zu verbieten. Dann können Falschwähler nur richtig oder – was für die regierenden Demokraten bei aller Kritik am Nichtwähler immer noch die bessere Alternative ist – gar nicht wählen. Bekanntlich sind die Demokraten jedoch mit ihrem NPD-Verbotsantrag schon einmal gescheitert, weil als Quellen verfassungsfeindlicher Äußerungen aus den NPD-Reihen fast mehr V-Leute des Verfassungsschutzes aufgeboten wurden als nicht eingekaufte Nazis. Deswegen basteln Demokraten zwischenzeitlich an neuen und verschärften Verbotsverfahren und Auflagen für rechtsextreme Kameradschaften, mit denen *unterhalb* des Parteienverbots jede störende politische Aktivität verboten werden kann. Wo es geht, wird der politische Konkurrent *kriminalisiert.*

Neu ist das wahrlich nicht. Schon immer war es eine probate Methode, unerwünschte politische Agitation, (rechts-)radikale Verlautbarungen und Betätigungen unter Strafandrohung zu stellen. Das Strafgesetzbuch enthält nicht umsonst zu diesem Zweck diverse Verbots-Paragrafen wie »Volksverhetzung«, »Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener«, »Verbreiten von Propagandamitteln« und »Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen«.[17] Aber den Innenministern reicht das nicht. Fleißig entde-

---

[16] Nebenbei ist dies eine schöne Auskunft über die Demokratie, die regierende Erz-Demokraten damit dem Volk erteilen. Wenn Parteien zugelassen werden, heißt das noch lange nicht, dass man sie wählen darf! Oder: Wahlfreiheit bedeutet die Freiheit des Bürgers, die *richtigen*, die erwünschten Parteien zu wählen. Die Rechtsextremen gehören nicht dazu und – ginge es nach den Parteien, die sich seit Jahrzehnten die Macht in Bonn bzw. Berlin einträchtig teilen – die Linksextremen erst recht nicht. Dazu passt auch die Stoiber-Schelte von einst, dass die »frustrierten« Ossis doch nicht erneut über die Wahl der Linkspartei/PDS Einfluss auf die Kanzlerwahl nehmen dürften. Irgendwie sind sie für Stoiber noch nicht reif für die Demokratie. Und übrigens nicht nur für ihn: Die Art und Weise, wie die SPD dies als »Entgleisung« ausschlachtet, macht deutlich, dass sie sich als der wahre Ossi-Anwalt präsentieren möchte – nämlich gegen die »verbohrten Stalinisten« von der LINKEN.

[17] Weil der gemeine Bürger selten in Gesetzbüchern schmökert und folglich nicht genau weiß, was seine Herrschaft gerade als verboten definiert, agitiert die Politik ihn zur Denunziation, erläutert ihm, welche Symbole, Grüße, Lieder, Parolen verboten sind und ruft ihn dazu auf, als anständiger Deutscher seiner Funktion als Hilfssheriff gerecht zu werden: Ausgrenzung als Auftrag der Bürger. Die sollen es zur Anzeige bringen, wenn jemand den Hitlergruß zeigt oder »Die Fahne hoch ... die Reihen dicht geschlossen« anstimmt etc.

cken sie im Versammlungs- und Demonstrationsrecht neue Lücken, die es dringend zu schließen gilt. Denn diese demokratischen Rechte, darin sind sich alle regierenden und opponierenden Demokraten einig, sind wirklich nicht für die rechten »Rattenfänger« gemacht.

Das *Verbot* der entsprechenden Parteien, die logische Konsequenz dieser Ausgrenzung, ist damit nicht vom Tisch.[18] Um den Faschismus als politische Kraft zu eliminieren, wird letztlich der Einsatz der staatlichen Gewalt für tauglich erachtet. Daraus sind zwei Schlüsse zu ziehen: *Erstens* zeugt diese Logik von einem Umgang mit dem politischen Gegner, in welchem sich Demokraten und Faschisten nichts nehmen. Demokraten *handhaben ihre Macht* so *totalitär* gegen Neofaschisten, wie es die NPD erst *anstrebt* und wie sie diese gegen alles, was *sie* für links bzw. deutschlandschädlich hält, gern einsetzen würde. Das ist ein wichtiger Befund: Im Umgang mit dem politischen Gegner zeichnen sich beide Seiten offenbar durch viel Gemeinsamkeit aus. *Zweitens* wird gar nicht erst versucht, die Leute – große wie kleine – mit guter, überzeugender Kritik von der NPD und anderen Neofaschisten abzubringen. Weder von den demokratischen Volksparteien noch von den öffentlichen Organen wird der Nachweis erbracht, dass bzw. *warum* neofaschistische Parolen und Konzepte falsch und unvernünftig sind.

Dabei zeigt die politische Debatte über das Pro und Contra eines Verbots: Regierende Demokraten wissen, dass faschistisches Gedankengut nicht dadurch aus der Welt kommt, dass eine Partei aus dem Verkehr gezogen, ihre Funktionäre weggesperrt werden und ihre Propaganda unter Strafe gestellt wird. Die Mutmaßung, dass diese Rechtskräfte dann in den Untergrund gehen –, woran Regierungen allein deswegen Anstoß nehmen, weil sie sich dadurch der leichteren Kontrolle, Observierung und Unterwanderung entziehen –, verweist darauf, dass sich der Faschismus eben nicht *verbieten* lässt, er vielmehr seinen *Nährboden* in jenem Gemeinwesen besitzt, das ihn unter Einsatz von Gewaltmitteln als politische Kraft ausrotten will. Man mag diesen Umgang mit Faschismus deswegen kontraproduktiv nennen. Doch trifft das die Sache nicht. Denn andere Umgangsweisen stehen Demokraten nicht zur Verfügung. Es lässt eben der Umstand, dass Demokraten Neo-Faschisten nicht kritisieren, sondern allein die Nichtbefassung mit ihnen be-

[18] Die FAP ist ohne größeres Aufsehen 1995 verboten worden, dazu einige »Kameradschaften«, die sich allzu militant aufführten, wie z.B. die bekannt gewordene »Wehrsportgruppe Hoffmann«. Zuletzt traf es 2009 auf Bundesebene die »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ). 1950 war bereits die Sozialistische Reichspartei (SRP) aus dem Verkehr gezogen worden. Es lohnt sich ein Blick in die unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_in_Deutschland_verbotener_rechtsextremer_Organisationen aufgeführte Liste zu werfen. Zur Neuauflage der Verbotsdebatte vgl. Kapitel 6.4.

sorgen, ihren Ausschluss aus dem »demokratischen Diskurs« organisieren und sich jede Form des Verbots vorbehalten, nur den einen Schluss zu: Sie sind dazu nicht in der Lage. Das ist denn auch meine zentrale These: *Demokraten können (Neo-)Faschisten nicht kritisieren.* Weder können sie das politische System des (Neo-)Faschismus auf seinen Begriff bringen, d.h. einen Zusammenhang zwischen seinen theoretischen Urteilen und praktischen politischen Maßnahmen schlüssig herstellen, noch können sie ergründen, wo seine Quellen liegen, worin der demokratisch regierte Kapitalismus sein Nährboden ist und was zu unternehmen wäre, damit sein Gedankensystem keine weiteren Anhänger findet.

Nachgewiesen werden soll im Folgenden, dass dieser Nährboden, damit die gesellschaftliche Grundlage für jeden, auch für den aktuellen Faschismus[19] jener *Nationalismus* ist, der in demokratischen Gesellschaften nicht nur zu finden ist, sondern der in ihnen als Produktivkraft geschätzt und gepflegt wird. Und zwar nicht nur bei Fußballweltmeisterschaften oder ähnlichen schwarz-rot-goldenen Großevents, sondern gerade auch in seiner Alltagsgestalt, in der das nationale Volk sich ständig trotz bzw. wegen aller Beschwerden über die Regierungspolitik seiner Zugehörigkeit zum deutschen Nationalstaat versichert, in welchem es sich letztlich und eigentlich und im Prinzip gut aufgehoben fühlen will.

Dieser Alltagsnationalismus, dieser Zusammenschluss des Volkes mit seiner Herrschaft, ist, umbenannt in Patriotismus, Vaterlands-, Heimatliebe oder Nationalgefühl, längst wieder erlaubt bis geboten und soll sich vom Nationalismus, der immer noch ausschließlich dem Faschismus zugeordnet und vor allem bei in Ungnade gefallenen Staaten und Völkern aufgefunden wird, enorm unterscheiden.[20]

Lässt sich dieser Nachweis erbringen, dann ist zugleich das Unvermögen der demokratischen Öffentlichkeit bei der Befassung mit dem Faschismus erklärt. Natürlich kommen die theoretischen und praktischen Verteidiger des demokratischen Systems nicht auf die Idee, ausgerechnet in dem »Kitt«, der ihren Laden zusammenhält und die produktive Benutzung des Volks als nationale Ressource erleichtert, zugleich den Ursprung für jene po-

[19] Und zwar in allen seinen Spielarten; was für jene Auskenner noch einmal betont werden soll, die vor lauter Unterscheidungsinteresse zwischen Skins und der NPD, zwischen dieser und der DVU, zwischen autonomen Nationalisten und Hitler-Traditionsvereinen, zwischen Rechtsextremen und »Rechtspopulisten« usw., den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen und gegen die Analyse eines ihnen *gemeinsamen* Kerns als *Einwand* formulieren, dass es viele Spielarten des Rechtsextemismus gäbe.

[20] Vgl. dazu Kapitel 8: Nationalismus..., und: F. Huisken, Anstiftung zum Unfrieden, Berlin 1984, S. 115ff.

litische Kraft zu sehen, der sie mit ihrer Gewaltmaschinerie zu Leibe rückt. Sie hätten dann nämlich einiges an Gemeinsamkeiten mit dem verteufelten politischen System festzuhalten und mit dem Faschismus zugleich eine der Grundlagen ihrer eigenen Herrschaft zu kritisieren. Und das kann ja nicht sein! Natürlich handelt es sich bei dieser Sorte (Nicht-)Befassung nicht um eine beschlossene *Unterlassung*, die im Bewusstsein ihrer selbstkritischen bis selbstzerstörerischen Konsequenz vorgenommen wird. Verantwortlich ist dafür nicht ein Un*wille*, sondern ein Un*vermögen*, das sich dem felsenfest verankerten falschen politischen Standpunkt verdankt, dass sich Faschismus und Demokratie prinzipiell ausschließen.

2. Linker Antifaschismus

Dieser Standpunkt dominiert in zahlreichen Varianten auch das Denken der *linken Antifa*. Weswegen sich deren kritische Befassung mit dem neuen Faschismus von der des bürgerlich-demokratischen Lagers auch nicht prinzipiell unterscheidet. So beherrschen Teile von ihr die Negativabgrenzung zur Demokratie und ihrer Verfassung ebenso wie auch in ihrem Lager der Sport betrieben wird, Faschisten an Codes, Kleidung oder Musiklabeln zu identifizieren. Und ganze Seiten werden im Internet bzw. in entsprechenden Publikationen mit Steckbriefen der nationalen Ober- und lokalen Unterführer gefüllt, deren angeblich für sich selbst sprechende Biografie nachgezeichnet und als Zeichen besonderer Gefährlichkeit ihre ehemalige und aktuelle, nationale und internationale Vernetzung mit anderen rechtsradikalen Gruppierungen »enthüllt« wird. »Rechts macht kopflos«, ist eine auf ihrem Mist gewachsene Formel, mit der sie sich dem bürgerlichen Dummheitsbefund anschließen. Auch den rassistischen Befunden der bürgerlichen Demokraten stehen sie in nichts nach: Die Parole, »Ob Ost, ob West, nieder mit der Nazipest!«, wird wenig zimperlich skandiert und immer wieder hört man von den Kämpfern *gegen* rechts, dass das »rechte Gesocks sich verpissen soll«, oder wie es sie »ankotzt«, dass es »den braunen Abschaum« immer noch gibt. Den politischen Gegner mit einer Seuche zu vergleichen und ihn, wie dieser es historisch vorgemacht hat, in die Kategorie der eher lebensunwerten Kreaturen einzuordnen, scheint mir dabei nicht nur dem Reimzwang geschuldet zu sein.[21]

[21] Vgl z.B. www.myvideo.de/Community/Gruppen/Gruppen_Homepage?searchGroup=45421; oder: www.freitag.de/politik/1137-nicht-nur-digital-ist-besser.

2.1. Ein besonderes Problem hat die linke Antifa seit einiger Zeit mit dem »›Antikapitalismus‹ von völkischen Freaks« – wie ein Heft von TOP Berlin getitelt ist.[22] Wenn sich »Autonome Nationalisten«, rechte Kameradschaften oder Jugendorganisationen der NPD mit Parolen wie »Nein zum G8-Gipfel – Für eine Welt freier Völker« in die Anti-G8-Demonstrationen von Heiligendamm einmischen, wenn sie zum »Kampf gegen den brutalen, ausbeuterischen Kapitalismus« auffordern, wenn sie unter dem Motto »Kein Krieg! Aufstehen für den Frieden« an Anti-Irak-Kriegs-Demonstrationen teilnehmen, wenn sie am 1. Mai proklamieren, »Hartz IV ist sozial ungerecht und bedeutet staatlich verordnete Armut per Gesetz«, und gar mit Transparenten wie »Das System ist der Fehler« auf die Straße gehen, dann reiben sich kritische Antifaschisten verblüfft die Augen und fragen sich, was es mit diesen »Anleihen« bei einer Agitation auf sich hat, die sie sonst allein ihrem eigenen, dem linken politischen Spektrum zuordnen. Die Frage, was den politischen Gegner umtreibt, wenn er jenes ökonomische System kritisiert, als dessen rechtester *Vertreter* er bisher der Antifa galt, war denn auch zunächst schnell beantwortet: Ihr Antikapitalismus muss mit Anführungszeichen versehen werden, er ist keiner, zeugt vielmehr von einer bloß taktischen Umstellung der braunen Agitatoren. Linke Themen hätten sie besetzt, um bei der politisch noch ungefestigten Jugend Eindruck zu schinden. »Wölfe im Schafspelz« seien sie, Kreide hätten sie gefressen. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, ist man mit der Beurteilung schnell fertig: Neofaschisten, diese »kopflosen Freaks«, können nun einmal keine Antikapitalisten sein.

Doch ist der Antifa inzwischen aufgefallen, dass selbst die als geistig zurückgeblieben denunzierten neuen Faschisten kaum derartige Eigentore schießen und mit Parolen für sich werben, die ihre politische Zielsetzung auf den Kopf stellen. In der Tat: Wer würde sich wohl einer Partei anschließen, die beim kritischen Nachwuchs mit Systemkritik für sich wirbt, und die beim ersten »Kameradschaftstreffen« dann alles widerruft! So wurde denn die Frage nach dem Gehalt des faschistischen Antikapitalismus innerhalb der Antifa neu gestellt und erneut falsch beantwortet. Als hätte die NPD eine Werbeagentur verpflichtet, die ihr überholtes Image aufpolieren soll, mutmaßen Autoren im Antifaschistischen Info Blatt: »*Es geht* (den faschistischen Bewegungen; FH) *um die Notwendigkeit, ein ›Produkt‹ wirksam zu verkaufen – unter den Bedingungen der Grenzen des juristisch Sagbaren und einer breiten gesellschaftlichen Diskreditierung von NS und der Shoa. Aktuelle nationalsozialistische Bewegungen sind mit dem Stigma des*

[22] TOP-Berlin, Nationaler Sozialismus – »Antikapitalismus« von völkischen Freaks, Berlin 2007.

›Ewiggestrigen‹ behaftet ..., (das) *der NS in seiner Selbstinszenierung als moderne politische Massenbewegung rhetorisch strikt zurückwies. Demnach bedarf eine sich revolutionär gebende politische Bewegung moderner Selbstinszenierungspraktiken.*« Sie ziehen daraus den Schluss, dass »*Linke kein Copyright auf Themen wie Feminismus und Antikapitalismus (haben), wohl aber die Möglichkeit, um die Deutungen* (!) *innerhalb dieser Themenfelder zu kämpfen.*«[23] Das heißt im Klartext: Wenn man den Neofaschisten diese Agitation schon nicht verbieten kann, dann sollte man sich wenigstens mit der eigenen »Deutung« von der – dann wohl identischen – Kritik des politischen Gegners absetzen. Dass Neofaschisten vielleicht eine gänzlich andere Kritik am Kapitalismus haben, dass deshalb so etwas wie »Deutungs«-Bemühungen vielleicht vollständig überflüssig wären, fällt diesen Autoren nicht ein. Warum wohl nicht?

Eine Ahnung davon, dass Kritik eben nicht gleich Kritik ist, geben andere zu Protokoll. Sie raten, die *»Bemühungen der extremen Rechten um eine Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen ernst zu nehmen … (und) sie nicht ausschließlich* (!) *als taktisches Mittel der Nazis zu verstehen*«.[24] Dem Rat wird auf ebenso vielfältige wie unzureichende Weise gefolgt. Einige entdecken dann in diesen Parolen Anleihen beim deutschen Nationalsozialismus, ersetzen also die Kritik des faschistischen Antikapitalismus durch den Nachweis, dass er *nicht originell* ist. Andere führen ihn auf Fraktionskämpfe innerhalb der neuen Rechten zurück,[25] sehen deswegen keine Notwendigkeit, ihm inhaltlich nachzugehen, und wieder andere marschieren mit den Sonden »Antisemitismus« und »Rassismus« auf die Werbetexte los, werden fündig und geben sich dann mit dem tautologischen Beweis zufrieden, dass es sich bei dem faschistischen Antikapitalismus wirklich um *faschistischen* Antikapitalismus handelt. Worin der besteht, welcher Antikapitalismus zum politischen System des Faschismus dazu gehört, was man an ihm auszusetzen hat und worin dagegen eine durchgeführte Kapitalismuskritik besteht – Fehlanzeige. Immer wieder mündet dieses Dilemma in den von geistiger Ohnmacht kündenden Aufruf, sich zu *unterscheiden.* Deutlicher lässt sich kaum zum Ausdruck bringen, dass solche Unterschiede zwischen

---

[23] S. Friedrich/R. Wamper, Offensiv deuten, in: Antifaschistisches Info Blatt (AIB), Nr. 91, 2011, S. 34.

[24] S. Trüb, Globalisierungskritik als Erfolgskonzept für die extreme Rechte in Deutschland, in: TOP, Nationaler Sozialismus..., S. 11. Bei Trüb finden sich daneben auch richtige Urteile. So gehört er zu den wenigen Autoren, die auf einen Zusammenhang zwischen faschistischer und demokratischer Kapitalismusschelte verweisen.

[25] Z.B. K. Stützel, Antikapitalismus von rechts?, in: rls standpunkte 13/2007.

ihrer Kritik am kapitalistischen System und der ihrer schärfsten politischen Gegner offenbar für die Antifa nicht auf der Hand liegen. [26]

2.2. Ein besonders treffendes Beispiel für das Unvermögen der Antifa, den Neofaschismus zu kritisieren, liefert die Standardparole, die bei keiner Aktion fehlen darf: »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!« Sie geht auf ein Urteil eines deutschen Gerichts zurück, vor dem die NPD erfolgreich gegen ein von unteren Instanzen verfügtes Demonstrationsverbot Einspruch eingelegt hatte. So zutreffend es nun ist, die Verharmlosung anzugreifen, die in der Subsumtion neofaschistischer Propaganda unter *Meinung*säußerung liegt, so verfehlt ist es auf der anderen Seite, sie als »Verbrechen« zu markieren. Wenn neue Rechtsextreme auf der Straße demonstrieren, dann fällt das in der Tat nicht unter unverbindliche und bloß subjektive Auffassungen einzelner Gelegenheitsprotestierer, sondern steht für ein ernsthaft und organisiert verfolgtes politisches Programm, dem eine ganze Staatsräson zu entnehmen ist. Doch das wird mit dem Slogan, der darin nur »Verbrechen« sieht, gerade falsch angegriffen. Seine Reduktion auf eine Summe von *Rechtsverstößen* verweist die Auseinandersetzung mit der neofaschistischen Programmatik zum einen an den Staat und seine judikative Gewalt. Ob die Protagonisten dieses Slogans das nun beabsichtigen oder nicht, ist dabei unerheblich. Die Parole formuliert den Ruf nach der Staatsgewalt, die nun einmal die »Verbrecher« aus dem Verkehr zieht. Offenbar wird die herrschende Staatsgewalt von einigen Antifas immer noch als Bündnispartner im Kampf gegen die extreme Rechte betrachtet; obwohl die Antifa selbst nicht selten das Gegenteil erfährt, wenn ihr Protest von diesem »Partner« unter »Landfriedensbruch«, »Körperverletzung« oder »Widerstand gegen die Staatsgewalt« verbucht und sanktioniert wird.

Diese Erfahrungen haben die Antifa kein bisschen schlau gemacht. Was eine Tat zu einem Verbrechen macht, das ergibt sich eben nicht aus privat erfahrenen Schädigungen. Nicht einmal ein Massenmord fällt automatisch darunter.[27] Es ist der jeweilige Staat, der definiert, welche Taten *für ihn* als Verstöße gegen seine, als Rechtsordnung kodifizierten Interessen gelten.

---

[26] Selten sind Gruppen bzw. Autoren zu finden, die dieses Dilemma zum Anlass nehmen, sich von dem albernen Unterscheidungszwang zu verabschieden und sich einmal gründlich mit dem Kapitalismus zu befassen. Wo so ein Bemühen stattfindet, da führt es hin und wieder dazu, dem Antifaschismus als politischer Perspektive den Rücken zu kehren. Für die Insider z.B.: Leipziger Antifa Gruppe ... radikale Gesellschaftskritik, in: AIB 80, 3/2008 oder ProKomm, Antifaschismus ist Affirmation, in: KF o.J.

[27] Das schlagendste Beispiel ist der Staatsauftrag an seine Soldaten. Was ihr *Beruf* ist, das Töten, ist für den Zivilisten ein *Verbrechen*, Mord.

Darauf hat er das Monopol und da lässt er sich von niemandem hineinreden. Erst recht nicht von linken Antifas, die in der NPD und ihrem Umfeld nichts anderes als eine Neuauflage des Nationalsozialismus sehen wollen. Und der stellt sich für sie als das dar, was man ihnen im Schulunterricht in der Absicht beigebracht hat, nichts auf die Nachkriegsdemokratie mit ihrem angeblich eingebauten Antifaschismus kommen zu lassen: eben die Summe an »Verbrechen« des NSDAP-Regimes, die ihren Kern im rassistischen Antisemitismus mit millionenfachem Judenmord, dem in der Schule zur total apolitischen Grausamkeit umstilisierten Holocaust haben. Das verstellt ihnen den Blick in mehrfacher Weise: Erstens macht es sie blind für das politische Treiben der *neuen* Nazis und zweitens zugleich blind für die Rolle, die der Antisemitismus heute bei denen spielt[28] – einmal ganz abgesehen davon, dass sich drittens bis heute bei ihnen das Urteil nicht durchgesetzt hat, dass es gar nicht der primäre politische *Zweck* der NDSAP war, Juden zu vernichten.[29] Mit der Gleichsetzung von NPD=Hitlerei=Verbrechen wähnen sie sich zumindest moralisch auf der Seite der Guten in einem Staatswesen, das sich selbst versprochen hatte, den »Anfängen zu wehren«, das aber ihrer Auffassung nach sein Versprechen gebrochen hat und folglich daran erinnert werden muss, diese »Verbrecher« aus dem Verkehr zu ziehen.

Deswegen haben linke Antifas auch überhaupt keine Bedenken, sich an die Spitze der Forderung nach einem Verbot der NPD und ähnlicher Organisationen zu stellen.[30] Dass und warum demokratische Parteien und deren Lautsprecher in der bürgerlichen Öffentlichkeit in ihrer Befassung mit den neuen Faschisten schnell die Verbotsoption zur Hand haben, ist aufgezeigt worden. Warum sich die linke Antifa dem anschließt, bedarf jedoch einer gesonderten Beurteilung. Denn sie wird immerhin ebenfalls dem politischen »Extremismus« zugerechnet und wie die NPD nebst Umfeld sorgfältig vom Verfassungsschutz ausgespäht, mit Razzien, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verurteilungen traktiert. All dessen ungeachtet sehen Antifas offensichtlich im staatlichen Recht, das wenig zimperlich ein-

---

[28] Vgl. dazu Kapitel 6.2.

[29] Die Nationalsozialisten sahen in ihnen und vor allem auch in den »Bolschewisten«, die sie als Werkzeug des Judentums bestimmt hatten, den Grund für die ihrer Auffassung nach desaströse Lage Deutschlands und des deutschen Volkes. Diesen – zunächst einmal – im Innern ausgemachten Feind galt es zu besiegen, damit sich Deutschland dann seinem imperialistischen Hauptzweck, per Krieg den Aufbau als Weltmacht voranzutreiben, widmen konnte. Vgl. dazu: K. Hecker, a.a.O, S. 127ff. Zur Entpolitisierung der faschistischen Säuberungspolitik in der Nachkriegszeit vgl. dort auch S. 292.

[30] Zum letzten Mal sei auch hier darauf verwiesen, dass es Ausnahmen gibt, die auch hier wiederum nur die Regel bestätigen.

gesetzt wird, um auch sie in die bürgerliche Räson zu zwingen, ein *Mittel*, das für ihre politischen Ziele taugt. Es ist ihr *Rechtsidealismus*,[31] von dem sie sich selbst dann nicht trennen mögen, wenn sie in die Mühlen des realexistierenden Rechtssystems geraten. Als die letzten Kreuzritter der gründlich missverstandenen Parole der Antifaschisten der ersten Stunde – »Wehret den Anfängen!«[32] – erklären sie den NS-Staat zum Unrechtsstaat – obwohl auch nach 1933 jede noch so brutale politische Aktion mit einer rechtlichen Grundlage ausgestattet wurde bzw. ihre Rechtslegitimation nachträglich erhalten hatte – und versehen den demokratischen Rechtsstaat mit einem antifaschistischen Auftrag und zwar genau so, wie sie ihn verstehen: Demokratie ist nur die wahre, wenn sie alle »braunen Flecken« bei sich entfernt hat. Der bei ihnen beliebte Vorwurf, der Rechtsstaat sei auf dem rechten Auge blind, den sie ihm immer dann machen, wenn der an einer ausländerfeindlichen Aktion kein politisches Motiv, sondern nur die Körperverletzung erkennen will, oder dann, wenn die Knüppel der Ordnungskräfte nicht nur die »Bösen«, sondern auch sie, die eigentlich »Guten« treffen, legt von dieser Sichtweise Zeugnis ab. Von dem, was Rechtsstaatlichkeit in der Demokratie ist, wollen sie nichts wissen.[33] Was ihnen an der staatlichen Gewaltausübung nicht passt, das fällt unter deren *Miss*brauch; und wenn ihrer Auffassung nach einmal die Richtigen weggesperrt werden, dann fühlen sich diese unerschütterlichen Freunde »wahrer Demokratie« in ihrem Idealismus bestätigt.

***

Auch die linke Antifa tut sich mit der kritischen Beurteilung des Neofaschismus schwer. Das ist deswegen so ärgerlich, weil ohne Klärung des theoretischen Systems des (neuen) Faschismus, ohne Ermittlung seiner

---

[31] S. dazu Kapitel 7.

[32] Hecker schreibt über die Intention dieser Parole: »*Mit einer Kritik an der tatsächlichen Staatsräson der BRD – ihrem Programm eines exporttüchtigen Kapitalismus sowie der Teilhabe an der amerikanischen Weltkriegsstrategie – und an ihrem wirklichen Revisionismus – der nicht den Faschismus, sondern Deutschlands Macht wieder herstellen wollte, als wäre nichts gewesen – hatte diese antifaschistische Besorgnis von Anfang an nichts zu tun. Ihre saubermännischen Vertreter kamen noch nicht einmal auf den respektlosen Gedanken, aus der allenthalben aufgedeckten Personalidentität der alten und der neuen Machthaber auf die prinzipielle Identität der politischen Aufgabenstellung zu schließen. Im Gegenteil: Im Sinne der staatstreuen Lüge vom Missbrauch der öffentlichen Gewalt durch die nationalsozialistischen ›Gewaltherrscher‹ wurde die Fehlbesetzung hoher und höchster deutscher Ämter beklagt...«* (In: K. Hecker, a.a.O., S. 284) Die linke Antifa weiß sich dieser Lüge heute weiterhin auf ihre Weise verpflichtet.

[33] Vgl. dazu: K. Held (Hrsg.), Der bürgerliche Staat, Resultate, München 2008.

Entstehungsgründe im demokratischen Nationalismus der ganze linke Antifaschismus ins Leere geht. Ihr politisches Konzept, das hierzulande im Neofaschismus den aktuellen *Hauptfeind* erblickt, ist mit dem theoretischen Beschluss identisch, an der Nachkriegslüge vom Gegensatz zwischen Demokratie und Faschismus wenigstens dem Prinzip nach – garniert mit vielen windigen Einschränkungen – festzuhalten. Jede systematisch durchgeführte Faschismuskritik, die mit dieser Lüge aufräumen würde, wäre deswegen gleichbedeutend mit der Aufgabe ihres bornierten antifaschistischen Konzepts. Es wird im Folgenden zu zeigen sein, dass sich paradoxerweise gerade die durchgeführte *theoretische* Kritik des (Neo-)Faschismus deswegen von der Fokussierung auf dessen *praktische* Kritik verabschieden könnte, ja müsste, weil die in der Auseinandersetzung mit dem herrschenden, *demokratisch regierten Kapitalismus* aufgeht. Vom linken Antifaschismus, der primär die neuen nationalen Demokraten von Rechtsaußen aufs Korn nimmt, würde nichts bleiben. Anders gesagt: Mit ihrer Arbeit als Antifaschisten leiten sie einen Bruch mit dem hier herrschenden System nicht etwa – wie sie meinen – ein, bereiten ihn nicht etwa vor, sondern *behindern* ihn.

3. Die geläuterten Aussteiger

Es gibt noch eine dritte Gruppierung, deren Kritik an der NPD von Interesse sein könnte. Es handelt sich um die Aussteiger aus der rechtsextremen Szene bzw. aus NDP und DVU. Der Verein EXIT,[34] der, an prominenter Stelle aktiv und von den Bundesregierungen unterstützt, Neonazis zum Ausstieg ermuntert, Kontakte zu Ausstiegswilligen sucht und ihnen Schutz vor »Kameraden-Rache« verspricht, veröffentlicht auf seiner Seite und in anderen Organen die »Bekenntnisse« von Aussteigern. Einige von ihnen sind nach ihrem Rückzug aus dem rechtsextremen Milieu nicht abgetaucht, sondern haben aus dem Widerruf ihrer Parteinahme für die NPD und für ähnliche Gruppierungen den Schluss gezogen, in die Öffentlichkeit zu gehen. Gestützt von EXIT bereisen sie Schulen, berichten von ihren »Verfehlungen«, erklären, warum sie sich von den Rechtsextremen abgewandt haben, und warnen die Schuljugend vor den neofaschistischen »Rattenfängern«.

Von Interesse sind hier die Ausstiegsbegründungen. So heißt es z.B. in einem ausführlichen Bericht über einen Ex-Nazi:

»*Das Benehmen der Kameraden nervte ihn zunehmend. ›Unter aller Sau‹ sei ihr Sozialverhalten gewesen. Und die Kader reden den lieben lan-*

[34] www.exit-deutschland.de

gen Tag viel, verwickeln sich aber immer wieder in Widersprüche: Mal werden Gelder gesammelt für die Befreiung eines Kameraden – und wieder versoffen. Ein anderes Mal vergewaltigt ein Skinhead die Ex-Freundin – und keiner sagt was, ›weil der Typ ja tolle Musik macht und man mit dem gut einen trinken kann‹. Als auf einer Bundesvorstandssitzung … Sascha Rossmüller ›das ganze Zeugs von wegen Familie und Zukunft Deutschlands‹ erzählt, beim Frühstück aber damit prahlt, dass er in Polen im Puff war, will Adrian es erst gar nicht glauben … Er zieht sich aus der Partei zurück – nicht weil ihm die Ideologie nicht mehr gefällt, sondern ›wegen der Typen‹, wie er sagt.«[35]

Ein anderer Aussteiger sekundiert:

»*Es war nicht das eine Ereignis, welche meine Zweifel erweckte, sondern mehr eine Häufung von Widersprüchen. Der nationale Stammtisch beim Kroaten oder Chinesen, bei dem kräftig über Asylmissbrauch diskutiert wurde, der Kameradschaftsführer, der am Abend nach Polen ins Bordell fährt. Floskeln über Treue und Familie von Männern, die zu ihren Kindern weder Kontakt haben, noch Unterhaltsgeld zahlen. Ich hatte die antikapitalistischen* (!) *Phrasen satt, die für jeden Einschnitt ins Sozialsystem die Juden* (!) *verantwortlich machten. Auch den kämpferischen Anschein, gegen den Staat zu sein, und sich andererseits die Sozialhilfe vom Amt zu holen, konnte ich nicht mehr mit mir* (!) *vereinbaren.«*[36]

Nichts als die *Unglaubwürdigkeit* der »Kader« hat diese Männer an der NPD gestört. Hätten die ihre Moral von Treue, Familie und völkischer Gemeinschaft höchstpersönlich *gelebt*, dann wären ihnen diese Anhänger erhalten geblieben. Erst recht ist ihnen nicht die Erklärung von Familie und Treue, Gemeinschaft und Volk zu hohen deutschen *Werten* suspekt gewesen. Allein der Lebensstil jener »Kameraden«, die diesen deutschen Werten nicht gefolgt sind, hat sie abgestoßen. Deswegen haben sie sich zunächst nur »wegen der Typen« zurückgezogen. Doch wo die Enttäuschung über die Führungs*personen* schon so groß war, da ließ eine demselben Muster folgende Absage an deren politische »*Ideologie*« nicht lange auf sich warten: Wenn die »Typen« unglaubwürdig sind, kann man doch deren Ideologien keinen Glauben schenken! Bei dem einen war es Alfred Rosenbergs »Mythos des 21. Jahrhunderts«, »die Bibel der Rechten«, die sich als »kompletter Schwachsinn herausstellte«. Andere konnten an der »Holocaust-Lüge« angesichts der auch ihnen zugänglichen Fakten nicht mehr festhalten. Und

[35] In: Das Parlament, Nr. 451, 2005, S. 13.

[36] In: EXIT-Deutschland. Ausstiege aus dem Rechtsextremismus; www.exit-deutschland.de/

schon wird aus einem ehemaligen Glaubensbekenntnis eine »falsche und verbrecherische Ideologie«.[37] Begründungen dafür erfährt man auch von anderen Aussteigern nicht. Warum die Ideologie falsch und was das Verbrecherische an ihr ist, wird nicht erläutert. Das braucht es aber auch nicht, wenn das schlagendste Argument der Aussteiger gegen den Neofaschismus ohnehin allein in ihrer *Person* liegt: Ihnen als den geläuterten Aussteigern muss man einfach abnehmen, dass es sich bei den Nazis um Verbrecher handelt. Und erst recht, wenn sie ihren Ausstieg zu einer äußerst verantwortungsvollen *Mission* verklären:

»*Die Entscheidung, den Mut und den Willen aufzubringen, um mich von dieser Ideologie zu lösen, war der schwerste Gang in meinem Leben. … ich habe eine Verantwortung den Opfern und den vielen Menschen gegenüber, die für eine emanzipatorische und solidarische Gesellschaft stehen. Ich war als Nazi eine Person der Öffentlichkeit und kann mich nun nicht verstecken. Ich möchte über die Gefahren des Rechtsextremismus aufklären und anhand meiner eigenen Biografie viele Muster, Verhaltensweisen und Strategien der extremen Rechten aufzeigen.«*[38]

Ohne Verpflichtung auf Mut, Willensstärke und Verantwortung – lauter Tugenden, die auch bei Faschisten wohl gelitten sind – gehts für diesen Aussteiger auch in seinem neuen »öffentlichen« Leben nicht. In dem will er seine Biografie als abschreckendes Beispiel einsetzen. Mit einer Kritik der politischen Fehler der Nazis hat das nichts zu tun. Die aufzuzeigen und zu ermitteln, weshalb sie sich in einer Demokratie, die doch mit einem antifaschistischen Anspruch aufgetreten ist, wieder bemerkbar machen können, ist nicht sein Ding. Sein neuer Beruf ist »Aussteiger«. Das ist ihm moralische Berufung und allein mit der will er und wollen auch andere Ex-Nazis die deutsche Jugend über die »Gefahren des Rechtsextremismus« aufklären.

Allerdings hat die Deklaration ihres Ausstiegs zu dem entscheidenden Argument gegen Nazis einen Haken. Denn auf diese Weise stellt umgekehrt jeder neue *Einstieg* von jungen Deutschen in diese Vereine das Gegenargument dar. Wem soll die Schuljugend glauben? Den Aus- oder den Einsteigern? Irgendwie scheinen die geläuterten Ex-Nazis das zu ahnen; weswegen sich ihre »Aufklärung« über die verbrecherischen Nazis auf die Frage konzentriert, wie sie eigentlich den Nazis in die Fänge geraten konnten. Man erfährt: Die Musik war es, das Saufen mit den Skins oder auch mal ein angebeteter Großvater, der von Hitler nicht loskam. Wieder andere haben »das Extreme gesucht« und in den »Kameradschaften« die »echte Ge-

[37] In: Das Parlament, a.a.O.

[38] In: Exit, a.a.O.

meinschaft« gefunden. Nie war es die politische Affinität zur *aktuellen Programmatik* der Neonazis, die als Grund für den Einstieg in die rechtsextreme Szene genannt wird. Mit den genannten Begründungen hätten sie auch bei den Pfadfindern oder in einer unpolitischen Straßengang mitmachen können. So kürzt sich in diesen Darstellungen sowohl bei der Begründung für den Einstieg als auch in den Erklärungen des Ausstiegs der (neue) Faschismus vollständig heraus. Allenfalls distanziert man sich von den einschlägigen Anleihen beim historischen Faschismus. Aber so etwas findet sich inzwischen selbst innerhalb der NPD.[39]

[39] Vgl. dazu Kapitel 6.4.

Kapitel 2: Vom demokratisch angeleiteten »Glücksschmied« zum enttäuschten Nationalisten

Würde man einen aufgeklärten und hierzulande erzogenen Zeitgenossen nach dem Unterschied zwischen J.F. Kennedy und A. Hitler fragen, so würde man kaum eine Antwort erhalten, aber viel Empörung ernten. Wie man auf so einen Vergleich denn überhaupt käme! Der würde sich verbieten, wo der eine ein Massenmörder und faschistischer Diktator war und der andere eine Ikone der Demokratie, die der Jugend der Welt als Hoffnungsträger für die Lösung zahlreicher Weltprobleme galt.

1. Kritik des Privatmaterialismus im Namen des Gemeinwesens

Doch so schlicht ist die Sache nicht. Die Idealisierung des ermordeten Präsidenten der USA stellt eben nur die eine Seite der Politisierung des hiesigen Staatsbürgers dar. Neben der Einschwörung auf die Demokratie als Wertesystem vermittels prominenter Idole steht seine alltägliche Konfrontation mit Ansprüchen, mit denen dieses System ihn in die Pflicht nimmt und seine Politisierung komplettiert. Da wird er z.B. konfrontiert mit dem berühmten Slogan von Kennedy: »Frage nicht, was dein Land für dich, sondern frage, was du für dein Land tun kannst!«, einer Parole, die inhaltsgleich ist mit der faschistischen Losung »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«,[1] welche A. Hitlers Politik durchzieht. In beiden Fassungen mahnt sie den Bürger, er möge nicht immer nur an sich denken, sondern sich und sein Tun dem Gemeinwesen, dem großen Ganzen unterordnen. Es handelt sich in beiden Fällen um eine *Kritik der privaten Interessenverfolgung,* also des *Privatmaterialis-*

[1] Die Maxime stammt ursprünglich von dem französischen Staatstheoretiker Montesquieu, der in seinem Hauptwerk »Vom Geist der Gesetze« schrieb: »*Le bien particulier doit céder au bien public.*« »*Das Wohl des Einzelnen muss dem öffentlichen Wohl weichen.*« Der Slogan wurde dann von den Nationalsozialisten übernommen und in der Fassung »*Gemeinnutz geht vor Eigennutz*« auf den Rand der Reichsmarkmünzen geprägt.

mus, und zwar im *Namen des Gemeinwesens*.[2] Die ist in der Tat beiden Systemen auf ihre Weise eigen. Und beide Parolen sind nicht so dahin gesagt. Immerhin haben die Faschisten damit passenderweise ihr *Geld*, die Inkarnation des Reichtums in der bürgerlichen Gesellschaft, geschmückt; und JFK ist für seinen Spruch weder ausgelacht oder gerügt worden, noch hat man darin eine Peinlichkeit gesehen, von der er sich schnellstens zu distanzieren hätte. Im Gegenteil: Diese Parole ist in aller Welt zum geflügelten Wort geworden, das demokratische Politiker gerne zitieren, wenn sie wieder einmal ihrem Volk oder Teilen desselben den Gürtel enger schnallen. Beide Systeme sind es, die ihren Bürgern auf diese Weise kundtun, dass sie ihnen einiges an Härten abverlangen. Sie ermahnen sie, ihre privaten Anliegen zurückzustellen, verkünden ihnen, dass sie nicht auf der Welt seien, um ihr eigenes Wohl ins Zentrum ihres Tuns und Treibens zu stellen. Demokraten und Faschisten legen gleichermaßen Wert darauf, dass die Interessen des Landes *vor* denen seiner Bürger kommen, diese also ohne Abstriche, ohne Beeinträchtigungen und Opfer nicht zu verfolgen sind.

Dafür, dass Faschisten und Demokraten es mit den Opfern, die sie ihrem Volk abverlangen, ernst meinen, gibt es genug Belege. Die Faschisten, die die Arbeit gleich als Ehrendienst an der Nation bestimmen, räumen nicht nur vermittels des Arbeitsdienstes, sondern auch vermittels der gewöhnlichen Benutzung der Lohnarbeit in ihrem Volk gründlich mit der Vorstellung auf, dass Arbeit für Lohn seinen Zweck darin haben könne, mit dem Verdienten ein Leben gemäß den eigenen materiellen Interessen zu führen.[3] Und die Demokraten – es bedarf da nicht des Hinweises auf die grandiose Verarmung des US-amerikanischen Volkes, ein Blick auf die hiesige Entwicklung von Löhnen und Sozialleistungen reicht auch[4] – schließen sich mit der Klarstellung, dass die Bemessung von Lohn und Lohnersatzleistungen heutzutage ganz der Erhaltung und Verbesserung der Konkurrenzlage des *Standortes* – dies die ökonomische Übersetzung von »Land« – zu dienen habe, dieser Zurückweisung des Privatmaterialismus der Bürger an.

Natürlich will kein Politiker mit einer solchen Klarstellung den Bürgern ein ausschließliches Dasein als Opfer nahebringen. Keiner von ihnen er-

---

[2] Davon, dass die faschistische Parole die Maxime insofern *moralisch* ausdrückt, als sie den Eigennutz zwar in einen Gegensatz zum Gemeinnutz stellt, ihn aber zugleich in ihm *aufgehoben* wissen will – darin der Kategorie des »Allgemeinwohls« ähnlich –, wird erst einmal abgesehen. Der Widerspruch, der aus der moralischen Fassung resultiert, kommt etwas weiter unten zur Sprache.

[3] Vgl. K. Hecker, a.a.O., S. 79ff.

[4] Vgl. in der Zeitschrift Gegenstandpunkt (GS), Heft 1/2004, Reform im US-Gesundheitswesen, oder: GS, Heft 4/2006, Reform der Hartz-IV-Reform.

klärt, dass er gänzlich auf die Anliegen seiner Bürger pfeift. In beiden Herrschaftsformen vergisst kein Repräsentant zu erwähnen, dass sich die Opfer des Einzelnen für das Gemeinwesen irgendwie und letztlich damit auch für den Bürger auszahlen würden. Dabei bemühen Demokraten z.B. immer wieder die Lüge, dass es nationaler Wachstumspolitik um die Schaffung von Arbeitsplätzen gehe und Lohnkürzungen sich als der negative Vorschuss auf zukünftige Verdienstanhebungen erweisen würden. Die Faschisten tun sich mit der Verkündung des Lohns für alle privaten Opfer etwas leichter, denn sie setzen umstandslos das politische Erblühen des gestärkten Gemeinwesens mit dem Wohlergehen seiner Bürger gleich: Das Gemeinwesen, künden sie, das seid doch ihr!

Für beide Varianten stellt sich damit jedoch die Frage, warum denn von den Menschen des Landes Opfer verlangt werden müssen, wenn doch letztlich ihr Interesse in dem des Gemeinwesens aufgehoben sein soll. Wie soll – um die Paradoxie der Parolen zu verdeutlichen – der Nutzen der Menschen ausgerechnet durch ihren Schaden gesichert werden? Oder anders formuliert: Wenn es denn zutreffen würde, dass der versprochene Nutzen aller Einzelnen die Opfer fürs Gemeinwohl ausgleichen würde, dann wären diese überflüssig. Es wird aber nicht nur nicht von ihnen gelassen, es stellt sich überdies immer wieder heraus, dass die behauptete letztliche Identität von privatem und Landes-Nutzen sachlich ein Schwindel ist bzw. sich der absurden theoretischen Konstruktion eines Privatinteresses verdankt, das von vornherein in dem des Landes aufgehen soll. Der Widerspruch löst sich nicht auf: Folglich kann das Interesse aller Bürger kaum mit dem polit-ökonomischen Interesse des Gemeinwesens zusammenfallen. Die beiden Parolen künden also trotz aller harmonisierenden Deutungen vom *Gegensatz* zwischen dem Gemeinwesen und den Bürgern.

Das, was das demokratische und das faschistische Politsystem bei der Politisierung seiner Bürger *eint*, ist jedoch nicht die ganze Wahrheit über diese Systeme und das, was sie ihren Bürgern zumuten (siehe Kasten, S. 44).

2. Affirmation des Privatmaterialismus im Namen des Bürgerinteresses

Deswegen wäre dem an dieser Stelle geäußerten Einwand, dass in der Demokratie doch Freiheit herrsche und jedermann seine Interessen verfolgen dürfe, durchaus recht zu geben. Demokratische Politik belässt es nämlich nicht bei dieser Kritik des Privatmaterialismus der Bürger. Sie verkündet ihnen immer auch das *Gegenteil*: »Du bist deines Glückes Schmied!« So heißt

Ziffel
Die Nazis sagen »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«. Das ist Kommunismus, und ich sags der Mamma.

Kalle
Sie reden wieder gegen besseres Wissen, weils bei mir gegen den Strom schwimmen wollen. Der Satz bedeutet nur, dass der Staat vor dem Untertan kommt, und der Staat sind die Nazis, basta. Der Staat vertritt die Allgemeinheit, indem er alle besteuert, herumkommandiert, am gegenseitigen Verkehr hindert und in den Krieg treibt.

Ziffel
Das ist eine Übertreibung, die mir gefällt. Ohne Übertreibung könnt man sagen, der Satz konstruiert tatsächlich einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem Nutz des einzelnen und dem Nutz der Allgemeinheit. Das ist es wohl, was Ihre Verachtung hervorruft. Auch ich würd sagen, in einem Land, wo der Egoismus grundsätzlich diffamiert wird, ist was faul.

Kalle
In einer Demokratie, wie wir sie kennen …

Ziffel
Sie brauchen das »wie wir sie kennen« nicht.

Kalle
Also in einer Demokratie heißt es für gewöhnlich, es muss ein Ausgleich geschaffen werden zwischen dem Egoismus derer, die was haben, und derer, die nichts haben. Das ist offenbarer Unsinn. Einem Kapitalisten Egoismus vorwerfen, heißt ihm vorwerfen, dass er ein Kapitalist ist. Einen Nutz hat überhaupt nur er, da es ein Ausnutz ist. Die Arbeiter können doch den Kapitalisten nicht ausnutzen. Der Satz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« müsst heißen »Wenns ums Ausnutzen geht, darf nicht einer einen andern oder alle ausnutzen, sondern alle müssen …« und jetzt sagen Sie mir gefälligst, was ausnutzen?

Ziffel
In Ihnen steckt ein Logistiker und Semantiker, nehmen Sie sich in acht. Es genügt völlig, wenn Sie sagen, ein Gemeinwesen muss so eingerichtet werden, dass was dem einzelnen nützt allen nützt. Dann muss der Egoismus nicht mehr beschimpft werden, sondern kann sogar öffentlich belobt und gefördert werden.

Kalle
Das kann nur da geschehen, wo ein Nutzen für den einzelnen nicht mehr nur entsteht, wo ein Mangel bei vielen geduldet oder geschaffen wird.

(aus: Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche, Schweden oder die Nächstenliebe; in: Gesammelte Werke 14, Prosa, 4, Frankfurt a.M. 1973, S. 1464)

sogar die allererste Lehre, die ihnen früh schon zuteil wird und zum festen Glaubensbestandteil demokratischer Volksgenossen gehört. Sie sind aufgefordert, sich für ihre privaten Interessen einzusetzen, und es wird ihnen zugesagt, dass sie es mit ihrer eigenen Anstrengung im demokratisch regierten Kapitalismus zu etwas bringen können. Sogar zum Verfassungsartikel hat es diese Botschaft gebracht. Im Art. 2 des Grundgesetzes wird die »freie Entfaltung der Persönlichkeit« garantiert, die die Grundlage für die Übersetzung in das volkstümliche Bild vom Schmieden des Glückes darstellt. *Neben*, logisch sogar *vor* der *Kritik* des Privatmaterialismus gilt in der Demokratie seine *Affirmation*, und zwar durchaus im *Namen des Bürgerinteresses:* Jeder habe es selbst in der Hand, etwas aus sich zu machen. Wenn er sich nur ordentlich anstrenge, dann würde ihm das Glück winken.[5]

Nirgendwo findet sich in dieser Parole eine – explizite – Relativierung des »Eigennutzes« am »Gemeinnutzen«. Allein das Privatsubjekt mit seinen Anliegen wird hofiert, allein ihm werden Hoffnungen gemacht, sein individuelles Wohl wird an seine Schmiedefähigkeit geknüpft – etwas, was Faschisten so nie verlauten lassen würden. Um Ideologie, also falsches Denken über die hiesigen Lebensverhältnisse handelt es sich dabei durchaus nicht nur. Es lässt sich an der Parole vom zu schmiedenden Glück nämlich so einiges ermitteln, was die Demokratie vom Faschismus sachlich unterscheidet. Der Parole sind nicht nur die spezifischen Anstrengungen zu entnehmen, mit denen hierzulande Interessen verfolgt werden, ja überhaupt nur verfolgt werden können, sondern auch die Anliegen selbst, die der Schmied als sein Glück allein verfolgen darf. *Für* die Demokratie spricht das alles jedoch nicht.

Wem mitgeteilt wird, dass *er* es *allein* mit *seiner* Anstrengung in der Hand habe, zu Erfolg zu kommen, wem in der Demokratie die Lizenz erteilt wird, dass er sich frei um seinen Nutzen bemühen und in allen Berufsbereichen seine Karriere anstreben könne, der sollte sich klar machen, dass diese Botschaft gleichermaßen für *jedes private Interesse gilt*, mithin jeder Bürger immer nur sein eigenes »Glück« verfolgen soll: »Du bist deines, er ist seines und sie ist ihres Glückes Schmied ...« Es setzt sich diese Losung damit erkennbar von Vorstellungen ab, in denen Menschen sich zusammentun, um *organisiert* gegen Widerstände vorzugehen, die ihren Interessen entgegenstehen. Wer einmal die Wahrheit des Urteils »Allein machen sie dich ein!« erfahren hat und daraus den zwar noch recht abstrakten,

[5] Über all das, was Glück sein soll und was der Glückswunsch als falsche Vorstellungen beinhaltet, will ich mich nicht auslassen. Glück soll schlicht als Synonym für relativen Erfolg unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen stehen.

aber immerhin vom Wissen um die Kräfteverhältnisse im Kapitalismus getragenen Schluss »Nur gemeinsam sind wir stark!« gezogen hat, der wird jener zum Imperativ geronnenen Botschaft, dass er sich *allein gegen* den Rest aller Mitbewerber und alle Widerstände um seinen Erfolg zu bemühen habe, eine Absage erteilen.

Erkennbar will die Parole dem Menschen folglich jenes Verfahren als seinen Erfolgsweg schmackhaft machen, das hierzulande ohnehin systembedingt die einzige Manier darstellt, in der sich die »Persönlichkeit frei entfalten« kann: die *Konkurrenz*. Dass dem auf sein Vorwärtskommen bedachten Menschen die gebratenen Tauben nicht in den Mund fliegen, dass er sich für seine Ziele ins Zeug legen muss und dass dies nicht jedermann gelingt, das ist ihm geläufig; weniger jedoch, warum das so ist. Dabei weist ihn der Nachsatz im GG Art. 2 darauf hin, dass es mit der Konkurrenzanstrengung seine eigene Bewandtnis hat. Wenn das »Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit« an die Bedingung geknüpft ist, dass er damit »nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt«, dann ist damit ausgedrückt, dass die dafür nötige Anstrengung zum einen als ein *Gegeneinander* aller »Glückssucher« organisiert ist, und dass sie sich zum anderen permanent an vorgeschriebener Ordnung und Sitte zu *relativieren* hat. Wie wäre es sonst zu verstehen, dass man bei der Interessenverfolgung offenbar immer in die Gefahr gerät, anderen dieselbe zu bestreiten? Wenn das wahrgenommene Recht laufend Kollisionen einschließt – warum sollte wohl sonst im GG diese Bedingung formuliert sein? –, wenn es ständig Gefahr läuft, rechtliche und moralische Grundsätze der Gesellschaft zu verletzen, dann ist das verfassungsmäßig *erlaubte* »Schmieden des Glücks« kein Freibrief fürs Interesse, sondern von der Aufforderung begleitet, Rechts- und andere Verstöße zu vermeiden. Und zwar gilt dies für alle demokratisch angeleiteten »Glückssucher« und nicht nur für jene, die wegen »überzogener Ansprüche« aus dem gewöhnlichen Materialismus herausfallen. Für die hätte es keines Artikels im *Grundgesetz* bedurft.

Gemütlich ist diese Sorte demokratisch eingerichteter Freiheit des Privatsubjekts also nicht. Die Verfolgung des »Eigennutzes« geht in der hübschen Marktwirtschaft eben nur so, dass auf dem vorgeschriebenen Weg Menschen mit *gleichen Anliegen* – sei es in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt, dem Warenmarkt oder im Betrieb – in einen *Gegensatz* zueinander geraten, der dafür sorgt, dass sie alle mit ihrem Erfolg immer zugleich den Misserfolg des Konkurrenten betreiben müssen.

Das »Glück« ist eben nicht für alle Privatsubjekte vorgesehen. Versprochen war es ohnehin nicht. Versprochen war allein, dass jeder bei or-

dentlicher Anstrengung zu Erfolg kommen *könne*.[6] Wo in der Schule die Verteilung des Nachwuchses per Lernkonkurrenz auf die vorgegebene Berufshierarchie vorbereitet wird, die wenige Sieger- und viele Verliererjobs bereit hält,[7] wo der Andrang auf dem Arbeitsmarkt und wo die Arbeitslosenzahlen dafür stehen, dass Konkurrenzanstrengungen um einen Arbeitsplatz nie für alle aufgehen, und wo die sich daran anschließende Schinderei im Betrieb weniger dem Aufstieg in der Lohnhierarchie von 10 € Stundenlohn bis in die schwindelerregende Höhe von etwa 18 €, sondern eher dem Ziel gilt, nicht zu denen zu gehören, die irgendwann wieder vor die Tür gesetzt werden, da ist offensichtlich, dass es im Kapitalismus als *Sachzwang* eingerichtet ist, die Verfolgung eigener Interessen immer gegen jene zu betreiben, die dasselbe wollen.

Das »Schmieden des Glücks« ist also auf Konkurrenz *festgelegt*,[8] auf ein Verfahren, das zugleich Aufschluss gibt über den näheren *Gehalt* des »Glücks« und über die dabei in Anschlag gebrachten Mittel. Konkurrenzerfolg hängt ab von dem, was so ein auf diese Sorte ungemütlichen und im Resultat irreversiblen Wettbewerbs verpflichtetes Privatsubjekt bei seinen Anstrengungen persönlich in Anschlag bringen kann. Seine Mittel, genauer: das, was ihn als *Privateigentümer* materiell auszeichnet, definieren zugleich die Erfolgschancen und -resultate. Wenn »Glück« – sieht man von Träumereien ab – hierzulande in gar nichts anderem als in der quantifizierten Teilhabe am geldförmigen bzw. geldwerten Reichtum besteht – es ist nun einmal jede Lebensregung zwangsweise an die Verfügung über Geld gebunden –, dann geht es um nichts anderes als ums *Geldverdienen*, also um den Einsatz des jeweiligen Privateigentums genau dafür. Weder das für vernünftig befundene Interesse noch Wissen und Geschick oder Erfahrung und Übung regeln die Partizipation an den Gegenständen, mit denen elementare und gehobene Bedürfnisse befriedigt werden, sondern es ist das Eigentum, über das der Mensch verfügt, *bevor* er sich in die Konkurrenz hin-

---

[6] Die Überlegung, dass man sich bei gleichen Anliegen doch zusammentun, die Kräfte bündeln und arbeitsteilig organisiert an der Befriedigung der Bedürfnisse arbeiten könnte, zieht als praktische Absage an die Konkurrenzwirtschaft hierzulande gleich den Kommunismusverdacht auf sich – »und ich sag's der Mamma!«.

[7] Vgl. F. Huisken, Erziehung im Kapitalismus, 3. Aufl. Hamburg 1998, S. 198ff.

[8] Es gibt in der Demokratie eine staatlich erlaubte und zugleich kontrollierte Ausnahme vom System der Konkurrenz: Zugelassene Gewerkschaften dürfen die weiterhin existierende Konkurrenz der Lohnarbeiter um Arbeitsplätze um das Monopol der Interessenvertretung in Sachen Lohn und Leistung ergänzen. Das macht nur deutlich, wie sehr die Konkurrenz um Lohn die Funktion des Lohnes, irgendwie die Existenz zu sichern, durch die Macht des Kapitals untergraben würde.

ein begibt, das seine Erfolgschancen und das Konkurrenzniveau, auf dem er sich zu bewähren hat, bestimmen. Woraus sich erklärt, dass besonders den Menschen, die über kein sachliches Eigentum verfügen, das sie als Geldquelle einsetzen können – also über kein Kapital in Form einer Fabrik, von Hauseigentum und Boden, einer Bank, eines Klumpens Gold oder eines Pakets an Wertpapieren –, die goldene Regel anempfohlen wird, ihr Glück mit viel Anstrengung selbst zu schmieden. Die brauchen dann in der Tat Glück für ihr Glück, weil sie genötigt sind, *sich selbst* als ihr Privateigentum einzusetzen und als Arbeitsvermögen zu veräußern. Das führt in dem Verfahren, das Sieger und Verlierer produziert, regelmäßig dazu, dass nicht wenige von ihnen nicht einmal dieses »Privateigentum« einsetzen können und deswegen ohne Geld und dann nackt, bloß, ganz ohne Lebensmittel dastehen. Die anderen, eine gesellschaftliche Minderheit, haben das »Glück« in Gestalt einer Geldquelle, obwohl auch sie sich in Fragen der *Mehrung* ihres Geldreichtums immer noch in der Konkurrenz bewähren müssen; was sie nicht davon abhält, ihren Erfolg so zu begründen, als hinge er auch bei ihnen ganz von ihrer persönlichen Anstrengung ab. Es seien, hört man, ihre persönliche Anstrengung, ihre höchstpersönliche Risikobereitschaft und ihr trickreiches Operieren in der Konkurrenz, die zu ihrem Reichtum geführt hätten. Dass sie in ihren Fabriken jene Menschen ohne Eigentum für sich per Arbeit ausnutzen, dass sich der Reichtum einer Bank immer auch dem Erfolg verdankt, mit dem ein Betrieb mit den Krediten »wirtschaftet«, und dass ein Hauseigentum vor allem deshalb als Geldquelle sprudelt, weil auch Lohnarbeiter ein Dach über dem Kopf brauchen, wird dabei gar nicht schamvoll unterschlagen.

Was die Demokratie vom Faschismus bis hierher unterscheidet, nämlich ein per staatlicher Erlaubnis freigesetzter Privatmaterialismus im Namen des Bürgerinteresses, und was sich zunächst wie ein harter Gegensatz zu der Parole, dass der Gemeinnutz vor dem Eigennutz stehe, ausnimmt, relativiert sich nun erheblich. Es stehen sich nicht mehr der *kritisierte* und *bestrittene* Privatmaterialismus der Parole vom Gemeinnutz, der vor dem Eigennutz stehe, und ein demokratisch *erlaubter* und *gesicherter* Privatmaterialismus unversöhnlich gegenüber. Denn: Im demokratisch regierten Kapitalismus ist das Privatinteresse staatlicherseits freigesetzt und zugleich dem Verfahren seiner Verfolgung und seinem Gehalt nach fest an die Prinzipien kapitalistischer Reichtumsproduktion gebunden. Und das bedeutet letztlich für die Mehrheit jener Menschen, die durch Arbeit in fremden Diensten Geld verdienen müssen, dass ihr Privatmaterialismus in die Grenzen gebannt ist, die fremde Dienstherren mit ihren Geschäftskalkulationen entscheiden, deren Erfolge sich wiederum als nationales Wachstum niederschlagen. *Bestritten*

ist damit für sie jede Existenz, in der ihre Wünsche und Lebensziele auch nur annähernd erfüllt werden; *erlaubt* ist eine Existenz, mit der die Brauchbarkeit dieses Menschenschlags für jenes Privateigentum, das diesen Namen verdient, gesichert ist – was sich in all den Formen von Armut, aus denen öffentlich gar kein Geheimnis gemacht wird, in Kinderarmut, Jugendarmut, Armut von Alleinerziehenden, Altersarmut usw., niederschlägt. Durch den Sachzwang einer Freiheit, die alle Privatsubjekte bei der Verfolgung ihrer Interessen auf sich selbst, ihre jeweiligen Mittel und die daraus jeweils abgeleiteten Anstrengungen verpflichtet, ergibt sich jene Form von Gesellschaftlichkeit, in der alle Freiheitsnutzer jeweils auf ihre Art dem kapitalistischen Reichtum dienen – die einen werden dadurch reich, die anderen bleiben dadurch ein Leben lang an ihre Armutsexistenz als Lohnarbeiter gebunden – und so den Oberzweck des Gemeinwesens, seinen Gemeinnutzen »*Wachstum*«, die alles entscheidende Grundlage des Staatsreichtums in der Demokratie, befördern. Es ist gerade die dem Privatsubjekt erlaubte, besser: aufgenötigte Freiheit der Interessenverfolgung, die ganz ohne zusätzliche politische Appelle an den »Gemeinsinn« des Bürgers, allein durch die Wirkung des eingerichteten Sachzwangs dafür sorgt, dass sich der *Privatmaterialismus* überhaupt nur im Dienste des *»Allgemeinwohls«* betätigen lässt – mit höchst unterschiedlichen Konsequenzen für die Eigentümer mit und für die ohne Produktivvermögen.

Allerdings findet in der Demokratie die Subsumtion des Eigennutzes unter den Gemeinnutz auch noch in einer expliziten Form statt. Der demokratische Staat verlangt seinen Bürgern regelmäßig neben dem Dienst, der in der Verfolgung ihres Interesses eingebaut ist, eine besondere zusätzliche *Gegenleistung* für all die »guten Taten« ab, die er ihnen bei der Verfolgung ihrer Privatinteressen zukommen lässt. Er ist es in der Tat, der ihr Leben mit Schule und Krankenhäusern, mit Nahverkehrsbetrieben und Sportplätzen, mit Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung ausgestaltet, und er ist es, der ihre Freiheit, in der Konkurrenz zu was zu kommen, prinzipiell garantiert. Er ist sich dabei gewiss, dass jedermann diese Einrichtungen nur deswegen als ihm und seinem Wohlbefinden, seinem Glücksstreben gewidmete Staatsleistungen würdigt. Kein Wunder: Der Bürger kommt ihnen sein Leben lang nicht aus. Ganz besonders wenn die Bürger ihm vorhalten, er hätte sein Glücksversprechen gebrochen, wenn sie also im Namen ihres materialistischen Idealismus kritisch werden, dreht er den Spieß um und teilt ihnen unmissverständlich mit: »Wenn ihr euren frei gewählten Privatinteressen nachgeht, dann bedenkt, dass *ich, der Staat,* die Grundlage für jedes eurer Interessen bin, dass ihr ohne das allgemeine Schulwesen, ohne Absicherung der freien Konkurrenz, ohne freie Wahl des Berufs, ohne Sicherung von

freien Wahlen, aber auch ohne sozialstaatliche Fürsorge, ohne staatliche Förderung des Gesundheitswesens und schließlich auch ohne Absicherung der inneren Freiheiten durch entsprechende außenpolitische Schutzmaßnahmen gar nicht existieren könntet. Deswegen kann ich auch verlangen, dass ihr wegen eures Privatnutzens denselben schon mal hinter die Anliegen des demokratischen Staates zurückstellt. Als Sachwalter allgemeiner Existenzgrundlagen brauche ich Geld, das nur dann in meine Kassen fließt, wenn wir alle gemeinsam etwas fürs Wachstum tun. Da muss jeder an seinem Platz auch einmal einige Opfer bringen. Wie hat doch der große Demokrat J.F. Kennedy einmal gesagt ...« So werden Bürger aufs Steuernzahlen verpflichtet und mit Steuererhöhungen vertraut gemacht, auf steigende Versicherungsbeiträge, sinkende Einkommen und gestrichene soziale und kommunale Leistungen usw. vorbereitet. Im Namen des freigesetzten Privatmaterialismus in seiner ideologischen Fassung – die ihn als Sorge ums Bürgerwohl, den Gemeinnutz vorstellt – begründet der demokratische Staat die Art und Weise, wie er sich an Einkommen und Einkommenslosen für seinen Haushalt bedient, um mit ihm jenes Wachstumsförderungsprogramm umzusetzen, das vornehmlich über Steuern und Schulden Gelder in sein Staatssäckel spülen soll. Die Logik, derzufolge der Staat für die Bürger um so mehr tun kann, je mehr sie für ihn tun, also zu Gunsten seiner politischen Handlungsfähigkeit auf eigene Ansprüche und Geld verzichten, ist durchgesetzt und funktioniert, auch wenn das erwartete »Um zu« immer wieder herausgeschoben und folglich immer erkennbarer zum volksbetörenden Vorwand für neue Programme der Volksverarmung wird. Heute, weiß man, geht es in allem und überall immer nur um *Arbeitsplätze*, für die der Staat Bündnisse einrichtet, sich verschuldet, Ökosteuern erhöht, die Lohnnebenkosten senkt und die Sozialleistungen zusammenstreicht usw.[9]

Der Zusammenhang zwischen beiden demokratischen Botschaften – jener, die das private Glücksstreben erlaubt, und jener, mit der es sich zusätzlich explizit am kapitalistisch bestimmten Gemeinnutzen zu relativieren hat – ist also gar nicht nur ideologischer Natur. Auch von einem Widerruf der erlaubten und unter Bedingungen gesetzten Freiheit der Interessenverfolgung für alle Bürger kann nicht die Rede sein, wenn der demokratische Staat seine Bürger zur Opferbereitschaft anhält. Es verhält sich in der Tat

[9] Dass das vom verdienenden Volk eingetriebene Geld nicht nur zirkulär verwendet wird, ist im demokratischen Staatsprogramm auch enthalten. Als Staats*gewalt* mit einem entsprechenden Monopol nach innen und unbestrittener Souveränität nach außen ist der Staat auf der Weltbühne präsent, auf der auch er sich in der Konkurrenz von Nationalstaaten zu behaupten gedenkt.

so, dass es erheblicher finanzieller Anstrengungen des Staates bedarf, um all jene Einrichtungen, in denen konkurriert wird, welche die Voraussetzungen für die Konkurrenz schaffen, mit denen Konkurrenzresultate kompensiert werden und welche die Betreuung der Konkurrenzopfer leisten, immer so in die Welt zu setzen, wie es die nationale und die internationale Konkurrenzlage erfordert. Da muss ein standortgemäßes Bildungswesen errichtet und für kapitalförderliche Infrastruktur gesorgt werden, da ist das Gesundheitssystem den Erfordernissen permanenter Zerstörung von Arbeitskraft anzupassen, da muss der Sozialstaat mit seinen zahlreichen Unterabteilungen regelmäßig so »reformiert« werden, dass steigende Arbeitslosenzahlen den Staatshaushalt nicht zu sehr belasten. Schließlich muss auch der Rechtsstaat mit seinen Exekutivbehörden funktionieren, damit keiner der Freiheitsnutzer auf die Idee kommt, sich den Freiheiten und den darin enthaltenen Pflichten zu entziehen. Ideologisch daran ist allein die *Verwechslung* der den Bürgern durch die staatlich eingerichteten Verhältnisse aufgezwungenen kapitalismusdienlichen *Bedingungen* ihrer Freiheitsbetätigung mit *Mitteln*, die vom Staat allein für sie und ihr privates Fortkommen eingerichtet hätte. Diese Verkehrung verleiht all den Einrichtungen, von denen der Bürger bei der Sicherung seines Lebensunterhalts alternativlos *abhängig* (gemacht) ist, den Charakter einer *Dienst*leistung für ihn. Und dieses Quidproquo charakterisiert nicht zufällig *sehr prinzipiell* in der Demokratie die Stellung der Bürger zu ihren Lebensverhältnissen: In der Tat haben sie sich der Konkurrenz, ihrer Einrichtungen, ihrer Voraussetzungen und ihrer Kompensationserfordernisse zu bedienen, als *seien* sie ihre Mittel. Andere haben sie ja auch nicht. Andere, wie etwa der bargeldlose Zugriff auf Lebensmittel bei Hunger oder Durst oder die Aneignung von Produktionsmitteln, an denen die Arbeitskräfte Produkte erarbeiten, von deren Aneignung sie im Kapitalismus durchs Privateigentum ausgeschlossen sind, gehören in die Kategorie »Diebstahl« oder »Enteignung« und werden als Angriffe auf die demokratische Grundordnung bestraft. Die Verwechslung aller vorgeschriebenen *Zwänge* zum Geldverdienen mit *Gelegenheiten* bindet den Bürger in Treue fest an den für diese Ordnung zuständigen Herrn. Seine Vorstellung von einer eigentlichen Harmonie zwischen seinen und staatlichen Interessen, d.h. seine Vaterlandsliebe, ist der falsche geistige Nachvollzug der *alternativlosen* praktischen Verpflichtung auf die Regeln und Einrichtungen des demokratischen Kapitalismus, als deren Urheber der Bürger den Staat wohl weiß. Vermittels einer unzutreffenden Beurteilung aller praktischen Sachzwänge, denen der für nationale Dienste rekrutierte Mensch unterliegt, schafft er es, sich das Gemeinwesen mit seinen Freiheitszwängen und mit seinen Spiel(verderber)regeln als beste aller möglichen Welten

zurechtzulegen, in der man es zu etwas bringen kann, wenn man sich selbst nur gescheit anstrengt, *und* sofern es nicht an richtiger deutscher Führung fehlt. Darauf kommt es dann sehr an: *Richtige Führung* erwartet sich so ein Bürger allemal von seinem Staat. Und diese Führung klagt er in dem Maße *vermehrt* ein, wie erkennbar alle eigenen und alle vom Staat eingeforderten Anstrengungen an seiner Lage nichts ändern. Die Idealisierung staatlich erzwungener und dem freien Vollzug der Bürger überantworteter Lebensverhältnisse als Verhältnisse, in denen jeder zu seinem Recht, sprich: zu verdientem Verdienst kommen kann, steht damit natürlich auch ständig auf dem Prüfstand.

Der aus praktischer Räson erfolgte ideelle Schulterschluss mit der Führung seiner politischen Heimat erfährt jedes Mal eine echte Bewährungsprobe, wenn die ihm mitteilt, dass sie trotz aller Anstrengungen nicht so *könne*, wie sie wolle. Deswegen macht sich der noch ganz der Demokratie verpflichtete deutsche Nationalist – mit freundlicher Unterstützung aller Einrichtungen zur Volkserziehung – daran, *Schuldige* für *seine Dauerkrise* zu suchen. In solidarischer Verbundenheit mit seinem obersten politischen Geld- und Arbeitgeber weiß er, dass sein *Deutschland*, sein *deutscher* Staat ihn, den *deutschen* Bürger, nie mittellos in der Misere hängen lassen würde, in der er sich als Beschäftigter, Teilzeitarbeiter, Frühinvalide, Arbeitsloser oder Sozialhilfeempfänger befindet. Mit diesem aus der Liebe zur Heimat erwachsenen Fehlschluss macht er gegenüber allem *Undeutschen* den *Fahndungsstandpunkt* auf. Es bewährt sich das Denken in Kategorien des *nationalen Kollektivs* jetzt beim Ausgrenzen. Schnell wird er fündig: Überall entdeckt er – mit oder ohne Hilfe beflissener politischer Agitatoren – Ausländer, Ausländisches, das Wirken des Auslands und vielleicht sogar erste inländische Vaterlandsverräter: Das Ausland »macht uns mit seinen Dumpingpreisen kaputt«, die Deutschen kaufen viel zu viele ausländische Autos, und überhaupt nehmen uns die Ausländer die Arbeitsplätze weg. Natürlich stimmt keine diese Beschwerden: Denn Preiskonkurrenz betreiben nicht nur die ausländischen Betriebe; ob die in »ausländische Autos« gesteckte inländische Zahlungskraft ins Ausland abfließt oder in inländische (Rationalisierungs-)Investitionen fließt und »Arbeitsplätze kostet«, ist dem puren Kaufakt ebenso wenig anzusehen wie der Automarke die nationale Lokalisierung des Kapitals, bei dem sie produziert wird. Und schließlich befinden über Umfang und Verteilung von Arbeitsplätzen bekanntlich immer noch die Betriebe, nicht aber diejenigen, die um sie konkurrieren.[10] Doch ausgerüstet mit der Gewissheit, dass Inländer und Ausländer einem unterschiedlichen

[10] Vgl. dazu Kapitel 10.

Warum es in den neuen Bundesländern mit wenigen Ausländern Ausländerfeindlichkeit gibt[1]

»Dass aus Arbeitslosigkeit, Armut und hoffnungsloser sozialer Lage Rechtsradikalismus und der Hang zum Totschlag gegenüber ausländischen, linken oder noch stärker pauperisierten Mitbürgern erwachsen, leuchtet jedem Vulgärmaterialisten ohne weiteres Argument ein, auch wenn weder vulgäre noch materialistische Argumente im Spiel sind, wenn sich die Wut der ›Zukurzgekommenen‹ ausgerechnet gegen Leute richtet, die garantiert nichts mit den Gründen ihrer Armut zu tun haben: gegen Ausländer, durch Pass und Hautfarbe ausgewiesene Nicht-Mitglieder der Volksgemeinschaft.

Dass die Hälfte der einschlägigen Delikte in den ›neuen Ländern‹ passiert, obwohl dort nur 21% der Bevölkerung leben, erklärt sich demnach aus der dort noch schlechteren sozialen Lage. Andererseits – das merkt inzwischen jeder zweite Feuilletonist – enthält diese Erklärung viel zu viel Verständnis im Vergleich zur jetzt gebotenen Verurteilung des Rechtsradikalismus, sodass jetzt auch mal die tiefschürfende Erinnerung angebracht ist, dass schließlich nicht jeder Arbeitslose automatisch rechtsradikal ist und umgekehrt nicht jeder Rechtsradikale arbeitslos. Berücksichtigung des ›subjektiven Faktors‹ ist also geboten. Und da gibt es unendlich viele, aber einige besonders schöne Angebote für das intellektuelle Bedürfnis, die rechtsradikale Haltung aus dem Umkreis verständlicher nationaler Regungen auszugrenzen und als durch und durch verwerflich zu ächten; so vor allem die besonders ungünstigen Bedingungen in den neuen Ländern.

Die bevorzugte Erklärung Nummer zwei lautet, dass dort Faschisterei und Fremdenfeindlichkeit als mentales Erbe der untergegangenen DDR ihr Unwesen in den Köpfen der Ossis treiben, also aus den verflossenen und nie und nimmer aus den jetzigen Staatsverhältnissen stammen. Die Arbeiter- und Bauernmacht hatte ja bekanntlich bei sich ›bloß‹ den Kapitalismus abgeschafft und damit leichtfertig und ›ideologisch‹ die »Wurzel allen Übels für ausgerottet erklärt und ›mit ihrem zur Staatsideologie erhobenen Antifaschismus ... die Ostdeutschen von jeder persönlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust entbunden‹ – wohingegen ›wir‹ im Westen uns ganz ohne Antifaschismus mit tiefer persönlicher Betroffenheit »Schindlers Liste« reingezogen haben. Dass diese Unterlassung ursächlich für den jetzt besonders im Osten eingehausten Rechtsradikalismus ist, ergibt sich für die Analytiker daraus, dass es ihn jetzt dort gibt: Dann müssen wohl ›Antisemitismus und Rassismus ... in Ostdeutschland seit dem Zweiten Weltkrieg überwintert (haben) und ... nach der Wende wieder virulent geworden (sein)‹

[1] Aus: GS Heft 3/2000, S. 71ff.

– wohingegen bei ›uns‹ gewisse patriotische Grundüberzeugungen nie in die innere Emigration gegangen sind.

Daran, dass die rechte Volkswut sich im Osten vornehmlich an Ausländern austobt, ist zehn Jahre nach seinem Ende der untergegangene Arbeiter- und Bauernstaat schuld: Einerseits hat die DDR ihre Bürger durch einen zu geringen Ausländeranteil an der Bevölkerung schlecht auf das viele ›Fremde‹, das ihnen heute in der Freiheit begegnet, vorbereitet; andererseits, was aber irgendwie dasselbe ist, war die ›alte DDR-Gesellschaft‹ von einer sozialen ›Homogenität‹, die ihren alten Bürgern aus unerfindlichen Gründen so gut gefallen hat, dass sie sie jetzt ›durch die Abwehr alles Fremden verteidigen‹ – wohingegen ›wir‹ an soviel soziale Unannehmlichkeiten gewöhnt sind, dass wir uns mehrheitlich sogar mit Ausländern abgefunden haben.

Zu alledem kommt wiederum umgekehrt erschwerend hinzu, dass ›die DDR ein Ort autoritärer Sozialisation‹ war, dem, was für kommunistische Sozialisationsorte typisch ist, ›die demokratischen Traditionen fehlten‹ (alle Zitate dieses Abschnitts aus SZ, zwischen 29.7. und 4.8.2000): Schon wieder ein – wie sich heute herausstellt – folgenschweres Defizit bei der Vorbereitung der DDR-Bürger auf die Wiedervereinigung. Nach Belieben ist dem Kreis der ›zusammenwirkenden Faktoren‹ hinzuzufügen: das ›Versagen‹ von Elternhaus, Schule, Justiz und Staat überhaupt, das ›Gefühl, ein Staatsbürger zweiter Klasse‹ zu sein, die kindliche Erfahrung häuslicher Gewalt und das Internet.

So viele ›Faktoren‹ und ›Bedingungen‹ für rechte Gewalt; nur ihren Grund mag niemand benennen, obwohl er immer dann implizit zur Sprache kommt, wenn die Schläger von oben mit dem Argument zurechtgewiesen werden, dass ihr Tun doch ihrer ureigensten Sache, der nationalen, Schaden zufüge: Wie ein Tabu, dessen Inhalt jeder kennt, an das aber niemand rühren mag, wird der schlichte Grund der ganzen Aufregung behandelt, dass da radikal enttäuschte Nationalisten am Werk sind, die, jahrelang von der Ausländerhetze der offiziellen Politik angeleitet, ihr ›Deutschsein‹ für ein Privileg halten, wovon sie aber leider immer nichts merken. Für die fehlende Würdigung ihres Deutschtums im eigenen Lande wissen sie deswegen auch die Schuldigen: Schwache oder pflichtvergessene Politiker, die das Land und seine Bürger undeutschen Elementen ausliefern. Gegen die muss man sich wehren, im eigenen wie im Namen der Nation.«

Menschenschlag angehören und letztere eigentlich woanders hingehören, nämlich in *ihre* Heimat, ist die Parteilichkeit der guten Deutschen für immer striktere Ausländerpolitik, die mit den Schengen-Abkommen inzwischen gesicherte Grenzen um ganz Europa zieht, schon ziemlich perfekt. Dazu bedarf es nicht einmal einer Kampagne vom »vollen Boot«. Auch ohne sie tut die staatliche Sortierung nach Hiesigen und Fremden ihre Wirkung.

Es zeigt sich, dass der Standpunkt des Ausländerfeindes ganz aus der Stellung des Inländers zu seiner *Heimat*, z.B. zu Deutschland, kommt. Der braucht dafür nicht einmal einen Ausländer, muss keinen einzigen persönlich kennen. Und schon gar nicht braucht er *Erfahrungen* im Umgang mit Ausländern, um diesen Standpunkt *hervorzubringen*. Die sind dabei fast ein wenig hinderlich; was all jene braven Deutschen belegen, die den Standpunkt vom »vollen Boot« teilen, Ausländer zum Teufel wünschen, davon jedoch immer die Leylas, Mahmuts oder Tariqs ausnehmen möchten, die sie als fürchterlich normale und hilfsbereite Nachbarn kennengelernt haben. So klärt sich denn auch das scheinbare Paradoxon schnell auf, demzufolge Ausländerfeindlichkeit auch dort grassiert, wo es fast keine Ausländer gibt. In der Tat: Zu ihrer Ausbildung braucht es nur Inländer und ganz viel gewöhnlichen inländischen Nationalismus (siehe Kasten zur Ausländerfeindschaft in den neuen Bundesländern).

3. Staatliche Erlaubnis zur Kritik im Namen des nicht aufgegangenen Privatmaterialismus

Dass es trotz dieser von viel Heimatliebe gekennzeichneten Unterwerfung unter das herrschende Pflichtenkorsett zu *Verstößen* gegen Konkurrenzregeln kommt, dafür werden im System der Konkurrenz selbst alle notwendigen Gründe produziert. Fast alle lassen sich deuten als Vergehen gegen die im Art. 2 des GG gesetzten Freiheitsgrenzen. Verstöße gegen das fremde Eigentum oder gar Angriffe auf den Eigentümer, das Unterlaufen von staatlichen Ordnungsregeln von der Straßenverkehrsordnung über das Miet- bis hin zum Steuerrecht gehören ebenso dazu wie die Verletzung des »Sittengesetzes« durch unziemliche Befassung mit kleinen Kindern, die Schmähung von Behinderten oder von kirchlichen Würdenträgern. Das gesamte gesellschaftliche Leben ist – das belegen Zivil- und Strafrecht gleichermaßen – denn auch der Anlass für Enttäuschungen und Beschwerden, für Klagen über Mitkonkurrenten und Vorwürfe an die Adresse der staatlichen Aufsicht. Immer fühlen sich Bürger, die sich brav der ihr ganzes Leben beherrschenden Konkurrenz gewidmet und dann auf der Seite der Konkurrenz-

verlierer wiedergefunden haben, ungerecht behandelt. Das gehört zu einem System, in welchem per Konkurrenz private Freiheiten für fremde Zwecke, d.h. für Kapital- und Staatsreichtum, instrumentalisiert werden, ganz prinzipiell dazu. Kritik, gerade die an fehlender Gerechtigkeit, steht deswegen permanent auf der Tagesordnung der enttäuschten Bürger. Jedoch werden sie mit ihren Klagen nicht allein gelassen. Es gibt in der Demokratie für deren Pflege eine Einrichtung, die der Faschismus nicht aufweist.

Hierzulande *dürfen* sich Bürger, die sich vom Staat oder von Privaten schlecht behandelt fühlen, *beschweren*. Die *Erlaubnis zur Kritik am Staat im Namen des nicht aufgegangenen Privatmaterialismus* ergänzt den Kanon demokratischer Freiheiten und komplettiert die Politisierung des demokratischen Bürgers. Die ist erst abgeschlossen, wenn der seine Zurichtung zum Konkurrenzsubjekt schätzt, die dafür notwendigen Staatsopfer für ärgerlich, aber notwendig erachtet und schließlich die Berechtigung zur Kritik geradezu für das Nonplusultra der Demokratie erklärt – vor allem, da diese sich damit von allen totalitären Systemen unterscheidet. So fällt es ihm leicht, sich in seinem »Gemeinwesen« beheimatet zu fühlen.

Folglich ist der Bürger nicht nur Objekt der Kritik, sondern darf auch als deren Subjekt auftreten: Es wird nicht nur sein Privatmaterialismus regelmäßig im Namen des Gemeinnutzes einer Kritik unterzogen, sondern auch er darf im Namen seines – wie er meint – ganz zu Unrecht geschädigten Privatmaterialismus Kritik am Sachwalter des Gemeinnutzes üben. Ein Widerspruch wird daraus nicht. Man muss sich nur noch einmal klarmachen, dass der freigesetzte private Materialismus wie auch die Freiheit zur Kritik auf *staatlicher Erlaubnis* gründen, folglich weder selbstverständlich noch frei von Bedingungen sind. Meinungs-, Demonstrations- und auch Wahlfreiheit sind Rechtsinstitute, deren Verfassungsrang darauf verweist, dass der demokratischen Obrigkeit viel daran liegt, über ihre Wahrnehmung mit allen Organen, die die Verfassung »hüten«, zu wachen. Das betrifft zum einen die klare Grenzziehung zwischen einer frei geäußerten *Meinung* und deren *praktischer* Umsetzung in einen Angriff auf jene herrschenden Interessen, an denen Kritik geübt wird. Nur ersteres ist erlaubt, weswegen jeder Beschwerde von vornherein ihre Ernsthaftigkeit bestritten wird und sie nur als subjektive Äußerung von Unzufriedenheit gilt, über deren Berechtigung allein die zu entscheiden haben, auf die die Unzufriedenheit zielt. Deswegen lernt der Bürger zum zweiten auch früh, dass nur *konstruktive Kritik* angesagt ist, d.h. eine Kritik, die zugleich ihre Sorge um die Erhaltung der angegriffenen Verhältnisse unter Beweis zu stellen hat; und zwar dadurch, dass sie mit konstruktiven Reform-Alternativen aufwartet, welche ebenfalls an die Adresse der politischen Herrschaft gerichtet sind. All das wird getra-

gen von jenem Gemeinwesen*idealismus*, der unerschütterlich daran festhält, dass diejenigen, die großen Volksteilen das Leben schwer machen, zugleich willens und fähig sind, für die Behebung der angeklagten Beschädigungen zu sorgen. *So* ist Kritik hierzulande erwünscht. Sie fragt nicht danach, ob die hergestellte funktionale und dysfunktionale Armut vielleicht System hat, sondern ruft die demokratischen Machthaber zu besserem Regieren auf, verordnet sich den Denkzettelwahlgang, ist also fest davon überzeugt, dass all der Ärger nicht sein müsste, wenn nur alle Amtsinhaber mit Pflichtgefühl, Verantwortungsbewusstsein und ausgeprägtem Gerechtigkeitsempfinden ihren Aufgaben nachgehen und so dafür sorgen würden, dass alle Bürger sich bei der Verfolgung ihrer Interessen in ihrem Egoismus zügeln. Die Parteilichkeit für das eigene Land – und das ist nun einmal der Gehalt jeder Variante von *Nationalismus*[11] – erschöpft sich in der Demokratie gerade nicht in ungebrochener Zustimmung, sondern schließt das Beschwerdewesen ein, von dem quer durch alle Klassen und Stände, getragen von organisierten Beschwerdeführern, durch Verbände und Gewerkschaften reger Gebrauch gemacht wird. Der demokratische Patriot ist kritisch und zugleich stolz darauf, dass ihm von seiner Obrigkeit erlaubt wird, was ohnehin niemand verbieten kann: das Kritisieren. Über den entwickelten Dreischritt in der Demokratie, der mit der freigesetzten Interessenverfolgung beginnt, von den Bürgern gerade dafür die Zurückstellung des gewährten »Eigennutzes« hinter den »Gemeinnutz« einfordert und schließlich in dem von oben gestatteten und eingerichteten Freiheitswerk für konstruktive Beanstandung endet, vollendet sich die demokratische Politisierung der Bürger. Diese fasst sich in dem ständig neu aufzufrischenden Beschluss zusammen, dass letztlich der deutsche Staat »ihr« Staat sei, der auch und unter Bewältigung vieler Schwierigkeiten ihr Wohl permanent mit im Auge habe. Dazu gehört, dass Kritik immer mal wieder – gerade wenn sie nach Form und Gehalt des Protestes über die Stränge schlägt – auf den Boden von Ordnung und Sitte zurückgeholt werden muss.[12] Die gewährte Kritikfreiheit enthält eben nicht nur Vorgaben fürs erlaubte Meckern, sondern markiert auch klare *Grenzen*.

[11] Näheres dazu im Kapitel 8.

[12] Der Protest von zumeist Jugendlichen, der 2011 in Madrid oder London wochenlang Regierungen z.T. in Bedrängnis brachte, gehört in diese Kategorie. Zu befrieden war er einerseits leicht, weil er ohnehin nur um Gehör nachsuchte, andererseits nicht so leicht, weil die angesammelte Enttäuschung über nicht erfüllte Versprechungen in der Form von antiautoritärem Aufbegehren ihr Mittel hatte.

4. Vom enttäuschten Privatmaterialismus demokratischer Patrioten zu dem von der nationalen Führung enttäuschten Nationalisten

Diese Grenzen überschreiten zum einen diejenigen, die sich ihr Denken nicht vom Imperativ der »konstruktiven Kritik« beschränken lassen wollen und glatt auf das Urteil verfallen, dass sich ohne destruktive Kritik kaum etwas an den Gegensätzen von Armut und Reichtum und an demokratisch organisierter Herrschaft nebst ihren Eroberungsfeldzügen im Namen demokratischer Werte ändern lässt. Ganz umgekehrt entwickelt sich die in der Demokratie für grenzwertig erklärte Kritik dagegen bei denen, die den Glauben an *erfolgreiche demokratische* Regulierung all dessen, was ihnen am Zustand ihres Nationalstaats missfällt, nicht mehr aufbringen. Wo die »Linksextremen« wegen einer zu Ende gedachten Kritik am demokratisch regierten Kapitalismus der Nutzung der Meinungsfreiheit verlustig gehen und zumindest ins politische Abseits manövriert werden, da wird an »Rechtsextremen« bei all ihrer Kritik immer noch entdeckt, dass bei ihnen keine Absage an (National-)Staatlichkeit und kapitalistische Ökonomie vorliegt. Das wird z.B. daran deutlich, dass ein F.J. Strauß als politische Maxime seiner CSU einst verkündet hat, dass es rechts von ihr keine Partei geben dürfe; aber auch daran, dass sich die anderen bürgerlichen Volksparteien bei jedem »Überraschungserfolg« von REPs, DVU oder NPD regelmäßig fragen, warum die abtrünnigen Wähler nicht ihnen die Stimme gegeben haben – eine Einladung, die Kommunisten und Sozialisten von diesen Parteien nie erhalten.

Im Unterschied zu Kommunisten, die mit der Kritik des Nationalismus, also mit der Kritik an der Parteilichkeit der Bürger für den Staat antreten und sich damit wenig Freunde machen, sind Neo- und Alt-Faschisten überzeugte Staatsanhänger, die sich in der Demokratie zunächst als *enttäuschte Nationalisten* bemerkbar machen, die den demokratischen Regierungen nicht nur Versagen auf der ganzen Linie vorwerfen, sondern sie des *Verrats* an der Nation bezichtigen. Für den finden sie prompt überall Belege. Ihr Ausgangspunkt ist einerseits deckungsgleich mit den Beschwerden, mit denen Bürger in der Demokratie ihrem enttäuschten Privatmaterialismus Luft machen. Nur entdecken sie andererseits bei der demokratischen Führung nicht etwa Unterlassungen oder Versäumnisse, die diese selbst zu korrigieren hätten, setzen also gerade nicht mehr darauf, dass mit guter demokratischer Regierung alle Probleme zu lösen wären. Sie – und dies ist der entscheidende Übergang – sehen vielmehr in demokratischer Politik den *Grund* und in den demokratischen Politikern die *Schuldigen* für einen Zustand der Nation, der sie mit Angst und Schrecken erfüllt. Wenn es an Geld für Bildung und Gesundheit, Kindergärten und Soziales fehlt, dann entde-

cken sie nicht etwa schlechte Haushalts- und Ausgabenpolitik, die vielleicht von der konkurrierenden Volkspartei korrigiert werden könnte, sondern einen besonders schäbigen *Machtmissbrauch* der regierenden Demokraten: Die Politiker würden ihre Macht nur zu ihrer privaten Bereicherung benutzen und dafür das Volk darben lassen. Den Bürgern würden sie das Aushalten von Opfern predigen, sich selbst aber die Taschen vollstopfen. Verweise auf selbstverordnete steigende Diäten zu finden, auf Fälle von Korruption zu deuten und auf Politiker, die ihr politisches Amt nur als Sprungbrett für eine um ein Vielfaches besser dotierte Aufsichtsratsposition bei einem Großkonzern nutzen, fällt ihnen nicht schwer. Und für die mal mehr, mal weniger steigenden Zahlen deutscher Arbeitsloser haben sie auch sofort ein Erklärung: Wenn es denn die Ausländer sind, die den deutschen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen, dann ist die nationale *Ausländerpolitik* dafür verantwortlich, dass deutsche Arbeitskraft brach liegt, dass sich »Parallelgesellschaften« herausbilden, Streit und Hass das nationale Klima vergiften, der nationale Friede gestört, folglich jene nationale Harmonie beeinträchtigt wird, die Deutschland eigentlich auszeichnet und stark macht. Auch hier liegt für sie weder falsche Wirtschaftspolitik noch falsch gesteuerte Ausländerpolitik vor, sondern Verrat der nationalen Politik an der deutschen Nation und ihren Heiligtümern. Der enttäuschte Nationalist klagt so die nationale Führung an, sie würde sein Recht als Deutscher mit Füßen treten, wenn sie es zulasse, dass Nichtdeutsche »deutsche Arbeitsplätze« okkupieren. Und er gibt damit zu verstehen, dass er sein *Deutschtum* als ein *Privileg* versteht, um das ihn ausgerechnet deutsche Politik betrügen will. Er hält daran fest, dass die Deutschen irgendwie schon die *wertvolleren* Menschen sind, die per deutscher Leitkultur – immer mit Betonung auf *Leit-* – zu einem eigentlich harmonischen Ganzen zusammengeschweißt gehören. Folglich ist er sich sicher, dass die gesetzlich festgelegte Minder*berechtigung* des ausländischen Menschenschlags aus seiner Minder*wertigkeit* herrührt.[13] An seiner Einbildung, als Deutscher etwas Besseres zu sein, hält er auch dann bzw. gerade dann fest, wenn er Dauermitglied im Heer der Arbeitslosen ist oder als Frühinvalide von der Rente nicht leben und nicht sterben kann. Darüber wird neben seiner Würde sein Deutschtum zu seinem wichtigsten »Besitz«, obwohl er sich dafür nichts kaufen kann, sondern dafür immer nur draufzahlen muss. Recht hat er darin, dass ihm diesen »Besitz«

[13] Dass es sich gerade umgekehrt verhält, die Minderberechtigung die Minderwertigkeit als zusätzliche Minderung der Subsistenz praktisch vollstreckt, geht nicht in seinen nationalistisch eingefärbten Verstand.

so leicht niemand nehmen kann, weil er seit seiner Geburt aufs Deutschtum verpflichtet worden ist.

Alle weiteren Übergänge des enttäuschten Nationalisten zum *erklärten* Faschisten, der sich dann auch aufmacht, seine Gesinnung nicht nur am Stammtisch auszubreiten, sondern sie per Parteigründung oder durch Zusammenschluss mit Gleichgesinnten zu den handfester agierenden Kameradschaften[14] in organisatorische Form zu bringen, ist vorgezeichnet. Als Radikalnationalist hat er sich so zu einem ganz eigenen Ausländerfeindbild vorgearbeitet, mit dem er die mit Ausländern wirklich nicht freundlich umspringende nationale Ausländerpolitik nicht absegnet, sondern verurteilt. Wo der Staat immer noch national kalkulierend mit seinem Urteil über den Ausländer, der »nicht zu uns gehört«, umgeht, ihn je nach Bedarf mit Greencards hineinlässt und ihm ein Integrationsangebot unterbreitet,[15] da *definiert* sich dieser Nationalist über den völkischen Standpunkt zum höherwertigen Deutschen und entdeckt, dass sein Leben in seiner Heimat wegen Koexistenz mit minderwertigen Nichtdeutschen so nicht mehr lebenswert ist. Sein Nationalismus begründet sich für ihn aus einer – erfundenen – *Volksnatur.* Und deswegen ist er sich sicher, dass in einem richtig, sprich: wahrhaft deutsch verfolgten Gemeinnutzen sein privates Interesse als Deutscher immer schon aufgehoben ist und dass ein in der Konkurrenz freigesetztes Privatinteresse nur zu Egoismen, d.h. zu Hader und Zwietracht, im Letzten zur Auflösung der Volkseinheit führt.

Die herrschende Ausländerpolitik gerät von diesem Maßstab aus doppelt kritisch ins Visier der Rechtsextremen. Nicht nur gilt es für sie als ausgemachte Sache, dass deutsche Arbeitsplätze bzw. Arbeitsplätze in Deutschland nur für deutsche Bürger da sind, deren Arbeitsvermögen das entscheidende nationale Potenzial darstellt, obendrein ruiniert die demokratische Ausländerpolitik dieses besondere Potenzial dadurch, dass sie die völkische Identität, das Deutschtum, rassisch untergräbt und damit die harmonische Volksverbundenheit aller Deutschen – eine Waffe im Kampf um deutsche Rechte weltweit– aufs Spiel setzt. Diese im Namen des Erfolgs und des völkischen Zusammenhalts der Nation formulierte Kritik setzt das demokratisch er-

[14] Dass dies bis zu Neofaschisten reicht, die im Untergrund – wie z.B. die NSU – als Mordbanden durch das Land ziehen und Ausländer exekutieren, kann nur diejenigen überraschen, die keine Ahnung haben von dem letztlich mörderischen Unterschied, der ganz generell in der Menschensortierung nach In- und Ausländern steckt – egal, ob sie demokratisch oder faschistisch praktiziert wird (s. dazu Kapitel 6.4).

[15] Näheres zur Ausländerpolitik in: F. Huisken, Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln, Hamburg 1993; und: ders., Brandstifter als Feuerwehr, Hamburg 2001 (Beide vergriffen, aber als PDF-Downloads auf www.vsa-verlag.de kostenlos erhältlich.)

laubte Beschwerdewesen *über die Grenze des Respekts vor der demokratischen Herrschaft hinaus* fort. Sie greift den demokratischen Nationalismus, mit dem sich Bürger im hiesigen Freiheitsstall nörgelnd einrichten, *auf* und zugleich wegen seines fahrlässigen Vertrauens in die nationale Führung *an*. Diese hätte das nicht verdient, weil sie der Parole vom nationalen Gemeinnutzen, der über allem zu stehen habe, gar nicht ernsthaft, sprich: bedingungslos folgen würde. Politiker würden sich selbst diesen Maßstab gar nicht zu eigen machen und überdies den Gemeinnutzen verraten, sprich: in ihrer Politik die Prinzipien untergraben, deren Befolgung den Erfolg des nationalen Gemeinwesen allein sichern würde.

Und einen Beweis für den drohenden Untergang der deutschen Nation glauben die neuen Rechtsextremen zusätzlich in der Tour gefunden zu haben, mit der demokratische Politiker enttäuschte Bürger beruhigen – nämlich in deren Koketterie mit eigener Ohnmacht: Sie wollten, so verkünden sie, zwar immer nur das Beste fürs Volk, aber wenn das nicht herauskomme, dann läge es nicht zwangsläufig an fehlender Könnerschaft der Politiker. Auf diese Weise betonen sie, dass die Politik einerseits zwar über Macht verfüge und verfügen müsse, um ihre nationalen Zwecke zu verfolgen, aber doch andererseits nicht allmächtig sei. Hier und da seien ihnen »die Hände gebunden«; sie würden häufig genug erfahren, dass »wir nun einmal nicht alleine auf der Welt« sind, dass der »Handel ein wechselseitiges Geben und Nehmen« ist, und dass die übermächtigen Gesetze der Globalisierung die Gesetze des »gerechten Handels« untergraben. Wenn Demokraten solche realexistierenden Sachzwänge in rechtfertigender Absicht aufführen und erklären, dass sie sich ihnen *gegen ihren Willen* akkommodieren müssten, dann ist das ein gefundenes Fressen für die neuen Nazis. Die entdecken darin das *Eingeständnis* nationaler *Ohnmacht*. Was von Regierungen mit dem großen »Leider« als *Legitimation* all jener Belastungen in die Welt gesetzt wird, die dem Volk zugemutet werden,[16] nehmen sie für eine zutreffende Auskunft über den desolaten Zustand nationaler Macht im internationalen Gewaltvergleich. Ein Staat, der sich selbst für ohnmächtig erklärt, gibt für sie das Wichtigste preis, über das er verfügt und dessen Auf- und Ausbau ihm das oberste Anliegen zu sein hat: seine nationale Macht. Der Faschist steht auf dem Standpunkt, dass man das, was man will, gerade, wenn man es als

[16] Allerdings gehört es zunehmend der Vergangenheit an, dass für solche Maßnahmen nicht die tatsächlichen Zwecke offen benannt werden. Dass Deutschland in der internationalen Standortkonkurrenz nicht ins Hintertreffen geraten darf und dass deswegen Lohnstückkosten gesenkt gehören, leuchtet immer mehr Bürgern ein, auch wenn ihnen natürlich optimierte Lohn-Leistungs-Verhältnisse, die mit Lohnsenkungen, Leistungssteigerungen und einer weiteren Arbeitsplatzunsicherheit zusammenfallen, nicht schmecken.

*Staats*macht will, auch zustande bringt. Er führt sich in seiner Kritik als *Idealist der Staatsmacht* auf – und, wenn er sie hat, auch praktisch. Sein Credo lautet: Wozu hat man schließlich die Staats*macht*, wenn nicht dazu, durchzusetzen, was Politik beschlossen hat. Dafür muss die Macht auch ordentlich, d.h. immer mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit, eingesetzt werden. Diese Rechtsextremen kennen also nur den ersten Teil der demokratischen Werbung: *Macht ist das Mittel*, mit dem sich die nationale Sache erfolgreich betreiben lässt. Die zweite und in der Regel verlogene Seite demokratischer Volksbetörung, der Verweis auf die *Ohnmacht* – ihr sachlicher Gehalt ist der Realismus einer Politik, die mit Konkurrenten rechnen muss, welche manchmal über überlegene Mittel verfügen –, kommt bei ihnen nicht vor. Sie gilt ihnen als *Schwäche*, gar als Zeichen *fehlenden Willens*, die nationale Sache unbedingt zu betreiben. Sie *verachten* deswegen jedes Sachzwang-Argument, mit dem demokratische Politiker agitieren gehen. Es gilt ihnen als Indikator für *Volksverrätertum*.

Fazit

Der demokratische (Volks-)Nationalismus, diese Produktivkraft erfolgreicher Demokratien, ist der »Sumpf«, in welchem die faschistische Gesinnung gedeiht. Der Patriotismus, diese Parteinahme von Bürgern für eine über ihnen errichtete Gewalt, die sie zugleich unerbittlich in die Pflicht nimmt, leistet eben nicht nur den abstrakten Zusammenschluss von Bürgern unterschiedlichster sozialer und ökonomischer Ausstattung, damit nicht nur die Abgrenzung gegenüber allen, die »nicht dazu gehören«, sondern verpflichtet die nationale Führung auch zugleich auf einen vom Nationalstaat selbst in die Welt gesetzten Maßstab. Der hat es in sich und an dem wird er permanent gemessen. Nach innen und außen hat er die Vaterlandsliebe seiner Volksgenossen durch nationale Erfolge zu rechtfertigen. Nach innen muss der »Gemeinnutz« schon an den Anstrengungen für (Voll-)Beschäftigung und Wachstum, Ordnung und Gerechtigkeit, sozialen Frieden, gesichertes Deutschtum und präsente nationale Leitkultur offenbar werden. Und nach außen hat sich das Gemeinwesen in der Behauptung nationaler Souveränität, in der Ausdehnung von Macht und Einfluss in der Staatenwelt zu bewähren. Dafür, so weiß der demokratische Nationalist, ist allemal gutes Regieren und eine starke Staatsmacht verlangt, die auch schon einmal bereit ist, »unpopuläre Entscheidungen« zu treffen. Kommt es dabei zu einer an *diesen Maßstäben* orientierten Kritik an der nationalen Politik – es fehle ihr an Glaubwürdigkeit, Standfestigkeit und Führungsstärke –, führt das nicht dazu, dass

der eingespielte Gehorsam gegenüber politischen Obrigkeiten aufgekündigt wird, sondern entweder zu Stammtischnörgelei nebst der Wahl einer neuen Regierung *oder* aber zum Urteil, dass die herrschende demokratische Politikerriege unfähig und unwillig sei, den Kriterien eines starken Staates zu genügen, und so das Vaterland insgesamt in Gefahr bringen würde.

Die Übergänge zwischen der einen und der anderen Konsequenz sind dabei fließend. Sie hängen ab von der besonderen nationalen Lage nebst ihrer Beurteilung und von dem Grad der Identifizierung mit dem nationalen Gemeinwesen, von dem die Kritik getragen ist. Material zum Beleg der desolaten Lage der Nation – erfundenes oder von der Demokratie in Krisenzeiten selbst benanntes – findet sich immer. Sofern die faschistische Gesinnung nun nicht nur in den Köpfen enttäuschter Bürger verbleibt, sondern sich als politische Kraft gegen die demokratischen Volksparteien aufstellt, haben diese es mit einem *Konkurrenten* um die Staatsmacht zu tun, der sich als *Gegner* ihres Regierens aufstellt. Ihr Programm: Die unfähigen Demokraten müssen von der Staatsmacht vertrieben werden, weil sie das Recht aller Deutschen auf deutsche Erfolge mit Füßen treten würden.

Der Faschist ist also nichts anderes als der aus dem Untertanengeist geborene radikalisierte Vertreter erfolgreicher starker Staatsmacht.[17] Sein Staats-

[17] Andere Erklärungen für die Genese des Faschismus in der blühenden Demokratie, die in aller Regel auf angebliche Versäumnisse, Unterlassungen oder Pflichtvergessenheit des demokratischen Staates zurückgeführt werden, sind damit zurückgewiesen. Schon empirisch lässt sich die verbreitete These widerlegen, dass der Faschismus eine *Folge* verfehlter Arbeitsmarktpolitik sei und mit der Zunahme von Arbeitslosigkeit, dem Entstehen eines »Prekariats« und weiteren – diesen Theorien zu Folge: völlig unnötigen – Formen von Verelendung Zulauf bekäme. Zudem muss gegen diese und die meisten vorliegenden ökonomischen bzw. soziologischen Theorien eingewandt werden, dass weder eine bestimmte gesellschaftliche Elendslage noch die Zunahme einer ausländischen Population im Inland zu faschistischen Positionen führen. Welche Urteile der Bürger aus seiner Lage oder der Zusammensetzung der nationalen Bevölkerung zieht, wird nicht durch diese gesellschaftlichen Sachverhalte, mit denen er konfrontiert ist, *bestimmt*. Was er über sie denkt, welche politischen Schlüsse er aus seinen Urteilen zieht, ist nie eine Frage der Objekte, über die geurteilt wird. Wie wäre es sonst zu erklären, dass es über Volksverarmung und Ausländer(-politik) eine Vielzahl durchaus heterogener theoretischer Auffassungen und politischer Urteile gibt. Es ist eben ein schlichter Fehlschluss, wenn den *Gegenständen der Beschwerden* der Faschisten zugleich der *Grund* ihres völkischen Staatsfanatismus entnommen wird. Der liegt allemal im demokratisch generierten *Nationalismus*, der in seiner staatsaffirmativen Parteilichkeit – wie gezeigt – immer zugleich den Keim des Staatsverrats-Urteils in sich birgt. Nur vom Standpunkt des von seiner Staatsführung *enttäuschten* Nationalisten ergeben sich jene politischen Positionen zu Volksverarmung und Ausländerpolitik, wie man sie von Faschisten kennt. Auch jene Theorievariante, die Soziologisches mit (Massen-)Psychologischem kombiniert und die Entstehung des Faschismus auf Vereinzelung und Desorientierung (W. Heitmeyer u.a.) vor

programm räumt mit dem, was die bürgerliche Gesellschaft ausmacht, nicht etwa radikal auf, sondern *hält an allem fest* und begutachtet es allein unter einem Gesichtspunkt: Wo liegen in Wirtschaft und Politik, in Öffentlichkeit und Familie, in Bildungs- und Sportwesen, in Volkskultur und Traditionspflege, im zivilen Leben und im Militär die von der Demokratie zu verantwortenden Schwachpunkte und Mängel, die für den Niedergang der Nation verantwortlich sind? Alle Sphären des bürgerlichen Lebens wollen sie dabei von den Gegensätzen und Störungen befreien, die zu ihm nun einmal gehören. Sie wollen den Kapitalismus ohne Konkurrenz, ohne Kämpfe um Arbeitsplätze, Kaufkraft und Marktanteile und ohne deren bekannte Ergebnisse wie Arbeitslosigkeit und Pleiten; sie wollen das Staatsvolk im Kapitalismus ohne den Gegensatz der Klassen mit seinen ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen; sie wollen funktionierende kapitalistische Betriebe, die das Arbeitsvolk einsetzen, ohne Teile von ihnen auf die Straße zu schicken und ohne den der Lohnarbeit innewohnenden Angriff auf die Brauchbarkeit der Lohnarbeiter; sie wollen den Kredit ohne die Abhängigkeit der Schuldner von den Gläubigern, und sie wollen eine Industrie, die Profit ohne die weltweite Freiheit der Standortwahl bei der Kapitalanlage erwirtschaften soll usw. Alle Sphären sollen ganz aufgehen im Dienst an der Nation und ihrer »Mission«.[18]

***

Die am Anfang aufgestellte These ist hiermit bewiesen: Demokraten sind deswegen nicht in der Lage, den Faschismus zu kritisieren, weil sie natürlich an ihm nichts von dem kritikabel finden, was zu ihren *eigenen* gesell-

---

allem der Jugend zurückführen will, trägt nichts zur Erklärung bei. Ihr zentraler (!) Fehler besteht darin, dass sie sich eigentlich allein mit der Frage befasst, warum Neofaschisten *Zulauf* haben. Das heißt aber, dass die politisch organisierte Existenz von Faschisten immer schon unterstellt ist, weswegen diese Theorie-Schule letztlich zirkulär argumentiert: Neofaschismus gibt es, weil er für Teile der Jugend attraktiv ist. Und selbst die Frage des Zulaufs wird falsch beantwortet und unter Ausklammerung der Attraktivität des faschistischen *Gedankenguts* sozio-psychologisch verrätselt (vgl. zu Heitmeyer meine Arbeiten in der »deutschen jugend«). Auch Psychologen geben ihren Senf dazu. Sie wollen z.B. den »Hitler in uns allen« aufgespürt haben, ohne dabei Angst vor sich selbst zu bekommen oder gar den Widerspruch zu bemerken, dass so ein »Hitler in uns« wohl kaum vor sich selbst warnen würde! Dass dieser Unfug Karriere gemacht hat und immer noch macht, erklärt auch den Erfolg des mehrfach verfilmten Buches von Morton Rhue »Die Welle«, das zur Pflichtlektüre an deutschen Schulen gehört (vgl. dazu die Kritik in: R. Gutte/F. Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen, 2. Aufl., Hamburg 2007, S. 250).

[18] Vgl. dazu K. Hecker, a.a.O., S. 26.

schaftlichen Grundlagen gehört: der Patriotismus ihrer Bürger, eine ganz dem nationalen Erfolg verpflichtete Wirtschaft, ein zur politischen, ökonomischen, sozialen und militärischen Ressource zugerichtetes Staatsvolk und auch ein völkisches Bewusstsein ihrer Bürger, das sie im Volk nach Deutschen 1. Klasse und Deutschen 2. Klasse, den Bürgern mit Migrationshintergrund, sortieren lässt usw. Was sollten sie auch mit der Wahrheit über ihr politisches System anfangen! Umgekehrt finden sie deswegen an ihm auch nur das kritikwürdig, was eben *nicht* zum Bestand ihres gesellschaftlichen Lebens und zu den Zwecken ihrer demokratischen Politik gehört. Dass der Holocaust, der Antisemitismus, die Euthanasie, die Ausmerzung jeder Kritik an der NS-Politik durch das Wegsperren oder gar die Liquidierung der Kritiker oder die zwecks nationaler Kriegsvorbereitung vorgenommene Formung der Wirtschaft zur Kriegswirtschaft nicht zum aktuellen Programm demokratischer Parteien gehören, erfüllt sie mit einem Stolz, der auf sie selbst zurückfällt. Wie kann eine politische Partei ernsthaft darauf *stolz* sein, dass sie den Massenmord an Juden, Kommunisten, Sozialisten, Roma, Schwulen und Behinderten *nicht* in ihrem Programm hat; dass sie es dabei belässt, Kritik unwirksam, ohne gleich die Kritiker einen Kopf kürzer zu machen; dass sie an Kriegen allein kritikabel findet, wenn dabei nationale Alleingänge zu Niederlagen führen usw. Man möchte glatt fragen, welche Brutalitäten und Gewaltorgien *unterhalb* des faschistischen Massenmords, unterhalb der Euthanasie oder unterhalb der Liquidierung anderer politischer Auffassungen sie sich als Demokraten für ihr Gemeinwesen vorstellen können. Natürlich gehört zu dieser Nichtbefassung mit dem Faschismus auch, dass sie Rassismus und Nationalismus zu Verfehlungen erklären, die sie systemisch allein dem Faschismus zuordnen. Wenn sie störende Anzeichen davon in ihrer hübschen Gesellschaft entdecken, dann bekämpfen sie sie im Bewusstsein, dass so etwas zur Demokratie nicht gehört – z.B. mit dem Verbot von rechtsextremen Organisationen, einschließlich dem Wegsperren ihrer Funktionäre.

Kapitel 3: Der Antikapitalismus der Faschisten

1. Das faschistische Ideal: Ein Kapitalismus ohne ökonomische Gegensätze

Der faschistische »Antikapitalismus« ist damit in seinen Grundzügen erklärt. Er enthält keine prinzipielle Kritik an dieser Produktionsweise, d.h. keine prinzipielle Kritik am Privateigentum,[1] an der Geldwirtschaft, am Markt, am Profit oder Kredit. Allen diesen Verhältnissen mit ihren segensreichen Besonderheiten erteilen die Faschisten ihre Zustimmung. Sie wollen nicht davon abrücken, dass – immer im Prinzip – der Zugriff auf jedes Produkt von der Verfügung über Geld abhängig gemacht ist, also auf dem Warenmarkt die mit mehr oder weniger Geld ausgestattete jeweilige Nachfrage dem Angebot begegnet und sich ihm zu unterwerfen hat. Sie schaffen die mit dem Eigentumsprinzip gegebene Sortierung der ökonomischen Subjekte nach der Qualität ihrer Geldquelle nicht ab, sondern *benutzen* Kapital und Arbeitskraft, also die Volksgenossen mit und ohne Revenuequelle, so wie es sich im Kapitalismus gehört, nicht ohne ihnen allerdings eine ihrem Stand entsprechende Funktion im nationalen Gemeinschaftswerk anzudichten. Es versteht sich also auch für sie von selbst, dass die Erpressung der Arbeiter mit ihrer Geldnot ihren Dienst tut und das Kapital vermehrt. So gesehen unterwerfen sie sich auch hinsichtlich ihres Staatshaushalts der Herrschaft des Geldregimes, indem sie die Verdienste aller Deutschen besteuern und sich überdies die staatliche Verschuldungsfähigkeit sichern; was sie nicht daran hindert, dem Geld als *Zweck* allen Wirtschaftens kritisch zu begegnen.

Allerdings haben die Faschisten generelle Vorbehalte gegen die Verfolgung des Privatmaterialismus per Konkurrenz. Sie treten dabei nicht als

[1] So leitet Hitler im Zitat 11 im Eingangstest – *»Es ist ... nicht ein Spiel des Zufalls, dass der eine Mensch mehr leistet als der andere. In dieser Tatsache wurzelt der Begriff des Privateigentums, der langsam in den allgemeinen Rechtsbegriff übergegangen ... und zu einem komplizierten Vorgang des wirtschaftlichen Lebens geworden ist.«* – das kapitalistische Rechtsinstitut aus der Leistungsfähigkeit des Menschen ab. Einwände hat er allein gegen *das »langsame Ausscheiden des persönlichen Besitzrechts (d.i. für ihn das legitime Privateigentum) und allmähliche Übergehen der gesamten Wirtschaft in das Eigentum von Aktiengesellschaften«* (Mein Kampf, München 1937, S. 256) gehabt.

Kritiker des Prinzips der Konkurrenz auf.[2] Sie haben allein etwas dagegen, dass der Wettbewerb vieler um wenige Arbeitsplätze zu sozialem Unfrieden führt, dass die Konkurrenz der Betriebe um Absatz und Profit Betriebsschließungen und Massenarbeitslosigkeit nach sich zieht und dass Preiskalkulationen der konkurrierenden industriellen Kapitalisten zu Unterversorgung des Gemeinwesens bzw. zu Mängeln in der Produktion staatlicher Gebrauchsgüter führen. Alles, was den Dienst dieser Ökonomie und ihrer Funktionäre am »Gemeinnutz« gefährdet, also was den sozialen Frieden gefährdet, was gegen die faschistische Vorstellung von materieller Reproduktion oder Gesellschaft geht, was Krisen auslöst oder was die Dienstbarkeit des Staatsvolks angreift, all das wollen sie mit staatlichen Maßnahmen unterbinden. Sie denken sich dabei den Kapitalismus ohne die *ihm innewohnenden* ökonomischen und sozialen Gegensätze, stellen sich deren Austragung in der Konkurrenz ohne Verletzung des Privateigentums, ohne Streik und ohne gewerkschaftlichen oder gar Klassenkampf vor. Diese *ideelle Abstraktion*, diese Zerlegung der Einheit der kapitalistischen Produktionsweise in das, was ihnen daran passt, und in das, was sie stört, wollen sie *praktisch* werden lassen und haben das zwischen 1933 und 1945 schon einmal betrieben. Das schließt besondere Härten ein, die sich weniger nach ihrer Konsequenz als vielmehr nach ihrem Gehalt von den Härten unterscheiden, die in der Demokratie an der Tagesordnung sind, wenn diese auf Konkurrenz, Markt, das »freie Spiel der Kräfte«, also auf den staatlich freigesetzten Privatmaterialismus der beiden Klassen als das Mittel setzt, mit dem die kapitalistische Ökonomie dem Staat zu Wachstum zu verhelfen hat. Mit seinen Vorschriften greift ein faschistischer Staat dagegen in die Bewirtschaftung des Staatsvolks mit Arbeitsplätzen ein, sorgt mit Instruktionen an das nationale Kapital dafür, dass Volksversorgung und Versorgung des Staates mit seinem Inventar erledigt werden – ohne dass dies den Profit angreift. Dabei scheut er nicht vor der Verstaatlichung von so manchem Produktions- bzw. Dienstleistungsbereich zurück, nicht ohne deren – das versteht sich: völkisch einwandfreie – Eigentümer zu entschädigen. Gewerkschaften, die sich als Partei einer Klasse verstehen, verbietet er und dazu gleich alles, was bei ihm den Verdacht weckt – und da gehört nicht viel dazu –, per Zeitung und Rundfunk, Buch und Lehre Unfrieden und Zwietracht ins Volk zu säen und

[2] *Konkurrenz* muss man hier schon in ihrer ökonomischen Bedeutung ernst nehmen. Denn gegen Kampf als dem Ausleseprinzip zwischen den Rassen und Völkern haben Faschisten als gelernte Darwinisten ebenso wenig etwas einzuwenden gehabt wie gegen eine *staatlich* vollzogene Auslese, die im arischen Volkskörper selbst noch einmal nach physischer und willentlicher Stärke sortiert und diese Sortierung auf Zuchtburgen vollendet.

es gegen die Regierung aufzuhetzen. Immer wieder sieht ein faschistischer Staat sich folglich genötigt, gegen die zwangsläufigen Konsequenzen einer Produktionsweise einzuschreiten, mit der er seine »Versorgung« sicherstellen will, die aber dann, wenn sie ihrer eigenen, eben der Kapitallogik folgend, Disharmonien und andere »Störungen« hervorbringt. Ebenso bringt es »Probleme« mit sich, wenn die Herrschaft des Geldes über die Warenwelt gebilligt, aber zugleich an Erwägungen gebunden wird, die vom Primat staatsnützlicher Gebrauchswerte bestimmt sind. Das Geldregime darf eben nicht zur Herrschaft des »schnöden Mammons« degenerieren, die die Geldvermehrung zu ihrem Oberzweck erklärt. Auch der Streit des Staates mit dem Kapital über Lohnhöhe und Arbeitszeit, über den Gebrauchswert der Waren und den Standortwechsel des Kapitals, über Steuern und Schulden, über Kredit und Zinsen gehört in diese Abteilung und ist vorprogrammiert. Im deutschen Faschismus sind all diese »Differenzen« nicht selten per Machtwort des »Führers« entschieden worden, der seine Wirtschaftskapitäne dabei mit Gewinnaussichten durchaus bei Laune zu halten wusste. Dem Arbeitsvolk hat er das hübsche Versprechen gegeben, auch gegen jede »unmenschliche und ausbeuterische Art der Betriebsführung« jedermann einen Arbeitsplatz zu garantieren, auf dem er seinem Ehrendienst am Staat nachkommen kann.

Wohlgemerkt, der Faschist tritt nicht als die »Marionette der Großkapitalisten« auf, wie dies linke Historiker immer wieder verkünden. So etwas liegt ihm fern. Er führt sich als deren moderater Kritiker auf, der sich ihre Dienste zu seinen staatstragenden Konditionen sichern will. Es ist dem nachfolgenden Zitat aus »Mein Kampf« beides zu entnehmen, die Vorbehalte gegen Lohnarbeit und die gegen das Kapital – durchaus unterschiedlich gewichtet – und die Entscheidung, sich auf eine staatlich regulierte Abhängigkeit vom Kapital zu verlassen:

»So sicher ein Arbeiter wider den Geist einer wirklichen Volksgemeinschaft sündigt, wenn er ohne Rücksicht auf das gemeinsame Wohl und den Bestand der nationalen Wirtschaft, gestützt auf seine Macht (!), erpresserisch Forderungen stellt, so sehr bricht auch (!) ein Unternehmer diese Gemeinschaft, wenn er durch unmenschliche und ausbeuterische Art seiner Betriebsführung die nationale Arbeitskraft missbraucht und aus ihrem Schweiße Millionen erwuchert. Er hat kein Recht (!) sich als national zu bezeichnen, kein Recht von einer Volksgemeinschaft zu sprechen, sondern er ist ein egoistischer Lump, der durch das Hereintragen sozialen Unfriedens spätere Kämpfe provoziert, die so der Nation zum Schaden gereichen.«[3]

[3] A. Hitler, Mein Kampf, München 1937, S. 374.

Ausgerechnet bei den Unternehmern versucht er es mit dem *Appell* an die *nationale Ehre*, gerade weil diese längst den Weltmarkt als ihr Terrain entdeckt hatten. Für das Arbeitsvolk ist Arbeit ohnehin nur als nationaler Ehrendienst vorgesehen und alles andere zur »Sünde« erklärt – die können ja auch kaum auf einen Weltmarkt ausweichen. Dafür warnt er die Arbeiterklasse aber eindringlich vor dem Gebrauch ihrer Machtmittel, der organisierten Kampfaktion gegen die »ausbeuterische Art« der Unternehmer, von der er damit eines weiß: dass sie nichts als *Gegen*machtmittel sind. Die will er auf jeden Fall überflüssig machen, weswegen er sie in ihrer damaligen politischen Ausrichtung nach 1933 vorsichtshalber gleich erst einmal zerschlagen hat.

2. Neofaschistische Agitation irritiert die linke Antifa

Dass sich dieses Prinzip der Kapitalismuskritik auch in jenen Parolen, Texten, Programmen und Ansprachen der neuen Faschisten wiederfindet, mit denen die linke Antifa so ihre Probleme hat, soll im Folgenden noch einmal gesondert am Material aufgezeigt werden.

2.1 Faschistische Kritik an der Sozialstaatsdemontage,

Die NPD spricht sich seit Jahren gegen Hartz IV aus. Die NPD Sachsen schreibt z.B.:

»*Zum 1. Januar 2005 findet der größte Raubbau unserer Nachkriegsgeschichte statt. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfegeld zum Arbeitslosengeld II werden Arbeitslose zu Sozialhilfeempfängern gemacht und systematisch in die Armut getrieben.«*[4]

Und der – ehemalige – Parteivorsitzende U. Voigt ergänzt:

»*Hartz IV ist sozial ungerecht und bedeutet staatlich verordnete Armut per Gesetz.«*[5]

Diese Aussagen kommen einem in der Tat sehr bekannt vor. Sie unterscheiden sich nicht von gängigen linken Kritiken am rot-grünen Sozialstaatsumbau. Es ist deswegen auch unerfindlich, was an dieser Erklärung »verwirrt«, »krank«, »verbrecherisch« oder »ewig gestrig« sein soll. Gegen den Befund lässt sich gar nichts einwenden. Es handelt sich um eine zutreffende *Darstellung der Lage*. Große Teile des Volkes werden durch den Um-

[4] NPD Sachsen, Internetportal

[5] Dieses und das Folgende aus der Rede am 1. Mai 2010; zu finden auf der NPD-Seite.

bzw. Abbau des Sozialstaats in schiere Existenznot getrieben, wobei sich die Liste sogar noch um Einiges erweitern ließe: Die Verarmung trifft nicht nur Unbeschäftigte, sondern auch Beschäftigte in Teilzeit, Mindestlohnbezieher und in vielen Fällen sogar Vollzeitbeschäftigte, die ebenfalls den Sozialstaat um Hilfen angehen, um wenigstens auf das offizielle Existenzminimum zu kommen. Es fällt allerdings auf, dass die NPD-Kritik sich zunächst allein auf den sozialstaatlichen Umgang mit *Arbeitslosen* konzentriert.

Nähme man nun ihre Diagnose für sich einmal ernst und würde man aus ihr Schlussfolgerungen ziehen, dann käme man schnell auf mindestens so etwas wie einen Lohnkampf gegen das Kapital und einen Generalstreik gegen die flankierende Verarmungspolitik des Staates. Schließlich, so wird festgestellt, sei es das Kapital, das Leute arbeitslos macht, und schließlich, so wird zutreffend festgestellt, sei es der Staat, der die Hilfsgelder für jene Lohnabhängigen kürzt, für die das Kapital keine Verwendung hat. Doch schnell wird deutlich, dass die NPD die Verarmung von Volksteilen gar nicht deswegen anprangert, weil sie die materielle Lage von Lohnarbeitern verbessern will. U. Voigt beklagt nämlich, dass »*die Menschen* (durch ihre Verarmung) *einem (sic!) wichtigen Element ihrer Daseinsbestimmung beraubt werden ...,* (und) *unzählige Deutsche mit Fähigkeiten, die sie nicht einsetzen können, ... auf staatliche Almosen angewiesen sind«.* Was dann letztendlich zur »*Entsolidarisierung der Bevölkerung«* führt.

Eigentlich passen die beiden Teile dieses Zitats gar nicht zusammen. Zunächst wird die Verschlechterung der materiellen Lage durch Arbeitslosigkeit angeklagt, werden Täter und Opfer genannt und der existierende Klassengegensatz ausgesprochen. Dann wird jedoch nicht an der Klassenscheidung weiter gedacht, sondern als eigentlicher Missstand auf tatsächliche oder erfundene *Konsequenzen* der Volksverelendung verwiesen, an denen die Faschisten sich besonders stören: So ist die Arbeit für Verdienst, also Lohnarbeit für fremden Reichtum, allein dann kritikabel, wenn es sie *nicht* mehr gibt.

Die kapitalistisch organisierte Ausbeutung fällt für die NPD unter die »Elemente der Daseinsbestimmung«, bei der es darauf ankommt, dass Arbeiter als Deutsche ihre Fähigkeiten für Deutschland einsetzen können. Und bei der Entsolidarisierung denkt Voigt nicht nur an die von der SPD, über die Gewerkschaften bis hin zur Linkspartei beklagte gespaltene Zweidrittelgesellschaft, in der das unbeschäftigte Drittel dem Rest den Arbeitsplatz neidet und umgekehrt eine Mehrheit von Beschäftigten die Arbeitslosen zu Schmarotzern erklärt und so den demokratisch ebenfalls gewünschten Volkszusammenhalt gefährdet, sondern die NPD denkt an die *»ethnisch völlig unterschiedlichen Gruppen ohne Bindung«,* die zur Ent-

fremdung und Entsolidarisierung der Bevölkerung führen. Im Klartext ergänzt die NPD Sachsen:

»*Wir fordern die Rückführung der hier lebenden Ausländer in ihre Heimat. Jeder beschäftigte Ausländer macht einen Platz für Deutsche frei; jeder ausländische Sozialhilfeempfänger, der geht, liegt uns nicht mehr auf der Tasche!*«

Die beklagte »Volksverarmung« gilt der NPD hier nur als Material, als Bebilderung für die Anprangerung eines ganz anderen Missstandes, nämlich den der Unterwanderung des deutschen Arbeitsmarktes durch Ausländer. Während zunächst die identische Lage *aller* hier unbeschäftigten Arbeitnehmer angesprochen wurde – nur von »*Menschen*« war die Rede –, wird schnell deutlich, dass die Sorge allein »*deutschen*« Menschen gilt und denen auch nur in ihrer Bedeutung als arbeitende Teile einer »solidarischen Volksgemeinschaft«, in der und für die sie »ihre Fähigkeiten« einzusetzen haben. Wenn sie daran gehindert werden, sind plötzlich nicht mehr Kapital und Staat die Täter, sondern dann werden die ausländischen »Menschen« zu Schuldigen erklärt. Und verfehlter Ausländerpolitik wird es angelastet, nichts dagegen zu unternehmen, dass sich fremde Täter deutsche Arbeitsplätze aneignen können. Rechtsextreme kritisieren also die Hartz-IV-Maßnahmen darin, dass Ausländern von nationaler Politik tatsächlich die Chance eröffnet wird, sich mit deutschen Lohnarbeitern um knappe Arbeitsplätze zu streiten. An dem Umstand, dass zum Einsatz von Arbeitskraft im Kapitalismus die regelmäßige Freisetzung von dieser Verdienstgelegenheit notwendig dazu gehört, ist für die NPD die falsche nationale Besetzung und deren Auswirkung auf die Solidarität der Volksgemeinschaft der Skandal. Durch den Missstand der nationalen Überfremdung wird die Volkseinheit, dieses größte Gut der Faschisten, zerrüttet – und anzulasten ist dieser der hiesigen Ausländerpolitik.

2.2 … am Lohnabbau,

Doch bleibt es nicht bei der Kritik an Arbeitslosigkeit. Auch die Lohnentwicklung greift die NPD an. Da werden Preiserhöhungen, die die Kaufkraft des Lohnes senken, ebenso gebrandmarkt wie die Senkung des Reallohns: *»Die 30 größten deutschen börsennotierten Unternehmen steigern beständig ihre Gewinne, bauen Arbeitsplätze in Deutschland ab, während der Reallohn der Arbeitnehmer stetig sinkt.«*[6] Erneut wird von der NPD nicht die Frage gestellt, welche Lebensqualität eigentlich den Arbeitern bei sinkenden

[6] U. Voigt, a.a.O. Weswegen im Übrigen – aber das erwähnt der NPD-Funktionär nicht – immer mehr deutsche Unternehmen ihr Kapital vom Ausland wieder zurück in

Löhnen und steigenden Preisen blüht. Vielmehr verwandeln die Nationaldemokraten den Reallohnabbau zunächst moralisch in eine *Ungerechtigkeit,* hervorgerufen durch unangemessen steigende Gewinne jener Unternehmen, die sich nur der Mehrung des »schnöden Mammons« widmen, und fragen dann nur danach, was durch solche Ungerechtigkeit an gesellschaftlichem *Unfrieden* angerichtet werden kann. Das wissen sie genau: Nur das Gefühl, gerecht behandelt zu werden, stiftet Zufriedenheit, und nur Zufriedenheit sichert die Arbeitsmoral, die von deutscher Arbeitskraft verlangt wird. Da mag der Lohn noch so unzureichend sein.

Dabei wird die Funktion, die der Lohn für den *Lebensunterhalt* besitzt, gar nicht einmal unterschlagen: *»Der Lohn muss für den Lebensunterhalt reichen«,* lautete eine NPD-Parole zum 1. Mai 2011. Wie sollen der deutsche Arbeitsmann und die deutsche Arbeitsfrau denn ihre Arbeitskraft für Deutschland einsetzen, wenn sie sich nicht einmal richtig ernähren können, wenn sie gar unterernährt sind, jeden Cent dreimal umdrehen müssen und dann saft- und kraftlos im Betrieb erscheinen? Wenn sich die NPD für die Sicherung des Existenzminimums und den Mindestlohn einsetzt – darin Seit' an Seit' mit den meisten demokratischen Volksparteien –, dann haben sie erneut nur den »Gemeinnutzen« im Blick. Von dieser Absage an den Materialismus, von diesem Desinteresse der NPD an Fragen nach Bedürfnissen, die nur am individuellen Wohlergehen Maß nehmen – darin überhaupt nicht weit entfernt von den Vorstellungen der Demokraten –, lebt die Rolle, die der Arbeitskraft zuerkannt wird: Wenn die Erledigung der Arbeitspflicht ihren Lohn primär in der Ehre haben soll, sie für das deutsche große Ganze erledigen zu *dürfen*, dann müssen deutsche Arbeitsmenschen das aber auch *können!* Allein daran bemisst sich für sie die Lohnhöhe, allein daran wird der Lebensunterhalt bemessen und allein daran orientieren sich die Beschwerden der neuen Faschisten über Lohnabbau und Inflationsrate. Der Unterschied zu gleich lautender Kritik aus den Reihen von Regierung und Opposition liegt darin, dass diese die *Bewältigung* des Problems, dass immer mehr Löhne unter das offizielle Existenzminimum sinken, zum *Inhalt* ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik erklären, während die NPD daran immer schon ein derart prinzipielles *Versagen* der Politik festmacht, dass es an einen Verrat an Deutschlands Mission grenzt.

---

die Heimat verlagern, es reimportieren, was dann ebenso wie der vorangegangene Kapital*export* den Wirtschaftsstandort »Deutschland« stärkt.

2.3 … am Kapital,

»Das Volk blutet und das Kapital kassiert!« So leitet ein führender NPD-Funktionär seine 1. Mai-Rede ein: *»In der BRD wird abgezockt, was das Zeug hält: Vom Staat, von Managern, von Politikern, von Vorständen der Krankenkassen und Versicherungen.«* Diese Vorstellung einer kapitalistischen Gesellschaft, in der sich politische und ökonomische Cliquen nur *privat* bereichern und so das Volk ausbluten lassen, trifft allerdings die Situation der realexistierenden Ausbeutergesellschaft nicht. Die Bereicherung auf *Kosten* des lohnabhängigen Teils des Volkes findet nämlich nur insofern statt, als es als *Quelle* des nationalen Reichtums auch *fungiert*. Der Reichtum selbst verbleibt dann in der Tat in fremder Hand.

Der Maßstab für diesen Reichtum besteht folglich im Kapitalismus gerade nicht in der Höhe der Einlagen auf Schweizer Nummernkonten, die sich Manager zulegen, sondern in dem als *Profit* veranschlagten Geldreichtum der Unternehmen. Und der verschwindet nicht in den tiefen Hosentaschen von Betriebsleitern und -eignern, sondern tut durch Akkumulation, also durch Investition in die Produktion, durch Neuanlage in produktiveren Maschinen oder durch Zukauf anderer Unternehmen seinen Dienst im Konkurrenzkampf. Dies klappt hierzulande so gut, dass die private Bereicherung der ökonomisch herrschenden Klasse quasi aus der Portokasse erfolgen kann. Anders gesagt: Wie wären die in Wachstumsraten, Exporterfolgen und im DM-Aufschwung gemessenen Triumphe der hiesigen Marktwirtschaft zu erklären, wenn – laut NPD – jeder Reichtum in den privaten Portefeuilles verschwände?

Diese den Kapitalismus zur privaten Abzockergesellschaft verharmlosende Kritik erklärt sich daraus, dass ein nach kapitalistischen Regeln erwirtschafteter Geldreichtum für die Faschisten eben nie das Maß aller Dinge ist. Deswegen fällt es ihnen auch schwer, zwischen der Funktion des Profits für die betriebliche *Akkumulation* und der Rolle, die er für die *individuelle Konsumtion* der Agenten dieser Produktionsweise spielt, zu unterscheiden. Mit welchen *Produkten* der private Geldreichtum erwirtschaftet wird, welche Bedeutung diese für die Zwecke der »Volksgemeinschaft« und ihre Führung haben, ist ihnen wichtiger als eine steigende Wachstumsrate – die sie gleichwohl auch errechnen. Sie sehen im abstrakten Reichtum, dem Geldreichtum, nur den *Diener* an der Ausstattung des Nationalstaats mit all jenen konkreten Gütern, mit denen sein »Lebensraum« gesichert und seine Macht und sein Ansehen vorangebracht werden sollen. Deswegen legen sie auch schwer Wert auf die *»Re-Nationalisierung der Betriebe«*. Denn den erwünschten Dienst kann nur jenes Kapital erbringen, auf das der deutsche Staat Zugriff hat. Ausländische Eigentümer entziehen sich ihm.

Richtig giftig werden Faschisten, wenn sie jene inländischen Unternehmen ins Auge fassen, die ihre Betriebe ins Ausland verlagern, um mit dortigen Arbeitern ihr Schnäppchen zu machen. So etwas gilt ihnen als Verrat am Vaterland. Diesen Unternehmern wird jede nationale Gesinnung abgesprochen, sie gelten als »vaterlandslose Gesellen« – egal ob Mehrheitsaktionäre und Manager nun deutsche Staatsbürger sind oder nicht. Das trifft die Kapitalmagnaten allerdings wenig, kennen sie als Charaktermasken des Kapitals ohnehin kein Vaterland, sondern nur den andauernden Vergleich zwischen Ländern als mehr oder weniger lohnende Standorte für ihr Geschäft. Genau dieser Logik unterwirft sich denn auch zur Zeit demokratische Politik rücksichtslos, wenn sie ihr Land, ihr Territorium mit allem, was es an sachlichen und personellen Ressourcen beherbergt, für jedes Kapital attraktiv machen will; und zwar für »eigenes« und für »fremdes«, sprich: für das, welches Deutschland schon zu seinem Standort gemacht hat und für jenes, das noch andere Standorte favorisiert. Beide sollen von deutschem Standort aus der Konkurrenz auf dem Weltmarkt den Kampf ansagen. Die Faschisten wollen dagegen das Kapital nicht für die Eroberung des Weltmarkts freisetzen, sondern ihm national-nützliches Zeug nebst den dafür nötigen Devisen entnehmen. Dafür soll das Kapital eingesetzt werden und dafür wird es mit Beschränkungen konfrontiert, die seiner Natur etwas zuwider laufen.

Ihre Schelte betrifft deswegen auch besonders jene Abteilungen der kapitalistischen Ökonomie, die ihr Geschäft nicht mit dem Verkauf von *Gütern*, sondern mit Krediten und dem Handel mit Wertpapieren machen, das *Finanzkapital*. Das gilt ihnen als das »raffende Kapital«, dem sie »Wucherzinsen« vorwerfen, mit denen es das »schaffende Kapital« für den eigenen Profit aussaugt und auf diese Weise rücksichtslos ruiniert – ohne dabei etwas Produktives für die Gesellschaft zu schaffen. Dass es beiden Kapitalabteilungen, dem industriellen und dem Finanzkapital, um das Gleiche, die Vermehrung des Gewinns geht, verschwindet bei den Faschos hinter dem Gesichtspunkt, der ihnen am Kapital das Wichtigste ist. Sie fordern: *»Wir sichern und schaffen Arbeitsplätze, indem wir kurzfristiges Spekulationskapital bekämpfen und Investitionskapital fördern.«*[7] Der auch in der Linken verbreitete Ärger über die Hedgefonds – der Inbegriff des »Spekulationskapitals«, welche die NDP neben anderen Abteilungen des Finanzkapitals verbieten will – führt zur Sortierung des Kapitals nach Gut und Böse. *»Arbeit statt Dividende!«*, lautete das Motto einer NPD-Demo, mit der dem produktiven Kapital eine falsche, aber auch in der Demokratie in den Rang eines hohen Gutes erhobene Zweckbestimmung angedichtet wird: Arbeit! Als ob

[7] Dieses und folgende Zitate aus dem NPD-Parteiprogramm von 2010.

es der Zweck der kapitalistischen Industrie wäre, Arbeitsplätze zu schaffen, und als ob es daran durch das Finanzkapital mit seiner »Zinsknechtschaft« gehindert würde. Deren Manager gelten gemäß dieser Vorstellung als die Müßiggänger, die ohne Respekt vor dem Fleiß der werktätigen Bevölkerung und ohne selbst einen produktiven Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung zu liefern, nur den Zins einstreichen. Dabei haben die Faschisten in der Kritik am »Lohnraub« selbst den Beleg dafür geliefert, dass das industrielle Kapital mit dem Fleiß der Werktätigen anderes vorhat, als ihn nur rentabel zur Geltung kommen zu lassen!

Die aktuellen Finanzkrisen machen – bekanntlich nicht nur – die NPD ganz rappelig. Die setzt sich lautstark dafür ein, die *»Dominanz der Finanzmärkte über die Volkswirtschaft zu brechen*«, weil, so ihr Argument, nur so verhindert werden kann, dass das Gemeinwesen zum Diener an egoistischen Spekulationsinteressen herabsinkt. Dass dieser Dienst eine kapitalistische Notwendigkeit darstellt, weil über ihn das industrielle Kapital ständig mit seinem Lebensmittel, dem Kredit, versorgt wird, dass inzwischen jeder Staatshaushalt von Schulden beim Finanzkapital lebt, mittels derer sich die staatliche Ausgabenpolitik eine gewisse Freiheit von den Steuereinnahmen verschafft, und dass schließlich der Wert der zentralen Währungen daran hängt, wie sie vom Finanzkapital bewertet werden – dies wird gerade in den Zeiten akuter Finanzkrisen (2007ff.) deutlich[8] –, all das passt nicht zum Verdikt über das »raffende Kapital«. Die demokratischen Führer des Gemeinwesens dagegen leugnen das meiste davon gar nicht, wenn sie sich mit neuen Milliardenschulden und immer rigideren Sparprogrammen zur Volksverarmung daran machen, diese Geldquelle ihrer Macht zu reparieren.

Aber auch die Faschisten wollen, bei all ihrer Kritik am Finanzsektor, auf diese Geldquelle für Staat und Wirtschaft nicht verzichten. Sie wollen allerdings den Kredit so gründlich an die Kandare nehmen, dass er nur produktiven Dienst leistet, ohne dabei Staatshaushalte und das »schaffende Kapital« in Schwierigkeiten zu bringen. Das geht nur, glauben die Faschos, wenn man ganz Herr des Geldes ist, weswegen sie nicht nur für die Nationalisierung des Geldes sind, also die Rückkehr zur DM fordern, sondern große Teile des gesamten Geldverkehrs verstaatlichen wollen. Wer denkt da nicht an ähnlich lautende Forderungen von linker Seite, die mit einer Befreiung der Geldeinnahmen des Staates und des Kapitals von *Wucher*zinsen oder mit der zusätzlichen (Tobin-)Besteuerung von Einnahmen des Finanzkapitals natürlich keine Rüstung, sondern nur Kindergärten finanziert

[8] Vgl. dazu die regelmäßigen Analysen im Gegenstandpunkt ab Heft 3/2007.

haben wollen?[9] Dass eine Wiedereinführung der DM das euro-imperialistische Anliegen, über eine im Euro vereinte Wirtschaftszone den Hauptweltmächten Konkurrenz zu machen, liquidieren, also *deutsche Großmachtpläne* gerade torpedieren würde, ficht diese rechtsextremen Wirtschaftsfachleute nicht an. Denn für sie kann Deutschland nur als souveräner Staat Großmacht werden. Jedes Staatenbündnis mit geteilter Souveränität fällt für sie wieder unter Verrat am Prinzip des Nationalstaats. Denn: »*Wichtigstes Instrument zur Durchsetzung deutscher Lebensinteressen ist der handlungsfähige Nationalstaat.«*

2.4 ... an der Globalisierung,

Deswegen hat die NPD auch etwas gegen die Globalisierung:

»*Die Globalisierung ist die Kampfansage an die nationalstaatliche Ordnung und damit an die Freiheit aller Völker. Die Globalisierung steht für die Weltdiktatur des Großkapitals, das die Völker kulturell gleichschaltet, politisch entmündigt, wirtschaftlich ausbeutet und ethnisch zerstört. Dieser Entwicklung gilt es kompromisslos entgegenzutreten.«* Die NPD will deswegen *»konkrete Maßnahmen und Steuerungsinstrumente nationaler Wirtschaftspolitik gegen das Schalten und Walten des heimatlosen Großkapitals«* entwickeln. Denn der *»globalisierte Kapitalismus .... führt dazu, dass Arbeitsplätze in Billiglohnländer exportiert und ausländische Lohndrücker importiert werden. Der entfesselte Großkapitalismus hat einen sozialen Unterbietungswettlauf in Gang gesetzt, der soziale Ungerechtigkeiten verursacht und die staatliche Handlungsautonomie untergräbt.«* Letztlich werde dadurch *»Deutschland ... als bestandsfähige Wirtschaftseinheit gefährdet«*.

Auch diese Kritik kennt man – zum Beispiel von Attac. Diese Gruppierung sieht die Sache genauso. Und wenn die Neofaschisten noch hinzufügen, die Globalisierung sei heute primär ein Werk des Finanzkapitals, findet das in Kreisen der linken Globalisierungsgegner ebenfalls Beifall. Bis in den SPIEGEL und die FR hinein lassen sich solche Diagnosen finden.

Allerdings muss diesmal – erneut im Unterschied zum Urteil der Neofaschisten über den Sozialkahlschlag – angemerkt werden, dass der genannte Befund den Sachverhalt der Globalisierung nicht trifft. Deshalb dazu eine kurze Klarstellung: Die Globalisierung ist nicht das Werk von Multis, mit dem sie demokratische Nationalstaaten *entmachten* und *denaturieren*. Der

[9] Beide Vorschläge unterstellen *Erfolge* des Finanzkapitals im Kredit- und Wertpapiergeschäft, in dem über die Vergabe und Nichtvergabe von Kredit und die Be- oder Entwertung von Aktienkapital spekuliert, mithin über Arbeitsplätze und die daran fälligen Ausbeutungsraten entschieden wird.

Weltmarkt aktuellen Zuschnitts ist vielmehr das *Werk* der führenden *imperialistischen Staaten*. Die sorgen mit Verträgen, Erpressungen oder Kriegen dafür, dass grenzüberschreitend Geschäfte getätigt werden, sodass auswärtiger Reichtum der nationalen Ökonomie zur Benutzung frei steht und über Erfolge heimischer Kapitale dem Staatshaushalt zu Gute kommen kann. Dafür haben sich diese Staaten *selbst* neue Regeln für den internationalen Waren-, Geld- und Kapitalverkehr gegeben. NPD und Attac deuten diese *Verfahren imperialistischer Staatsmächte* dagegen als Zeichen *nationalstaatlicher Ohnmacht*. Was die G8-Staaten offensiv treiben, ist ihnen nur Beleg für einen Zwang, der von den (Finanz-) Multis ausgeht. Diese würden den Staat in die Defensive treiben und so staatliche Souveränität untergraben. Dabei ist gerade der *Verzicht* auf Kontrolle z.B. von grenzüberschreitendem Waren-, Geld-, Kapitalverkehr das Resultat staatlicher Regelungskompetenz, mit der die auf dem Weltmarkt führenden Staaten sicherstellen wollen, dass ihre überlegende Produktivität in der Konkurrenz obsiegt. Die Staaten selbst haben also Kontrollen abgeschafft – und führen sie umgekehrt bei Bedarf auch wieder ein, wenn bzw. wo es ihnen nützt; woraus sich das bekannte Wechselspiel von Freihandel und Protektionismus erklärt, das auch jene Staaten beherrschen, die sonst jedem mit welthandelspolitischen Sanktionen drohen, der ihnen mit Protektionismus oder Einfuhrzöllen in die Parade fährt.

Die Parteinahme der NPD für »*alle Völker*« ist überdies so wörtlich nicht zu nehmen. So etwas wie eine länderübergreifende, alle von »*Ausbeutung und Entmündigung*« betroffenen Völker einende Kampfansage an die »*Weltdiktatur des Großkapitals*« steht wirklich nicht auf ihrem Programm. Der Verweis auf das, was das globalisierte Großkapital in »*den* Völkern« an »*sozialen Ungerechtigkeiten*« anrichtet, ist die moralische Rechtfertigung für die Konzentration auf ihr Volk, auf sein Recht auf Arbeit und auf die Sicherung seiner »ethnischen« Identität. Deswegen ruft sie nicht zum internationalen Kampf gegen das kapitalistische Produktionsverhältnis auf, sondern fordert: »*Arbeitsplätze zuerst für Deutsche, Einführung von Schutzzöllen, Entflechtung der internationalen Konzerne!*«

Beklagt wird erneut *deutsche* Arbeitslosigkeit, das Brachliegen der Arbeitskraft eines Teils des *deutschen* Volkes wegen ausländischer Arbeitskraftkonkurrenz. Da sind die anderen »Völker« selber auf der Anklagebank und – wie immer – jene deutsche Politik, die es zulässt, dass ihre »*Handlungsautonomie*« durch die Herrschaft des »*globalisierten Kapitalismus*« unterhöhlt wird.

Der ganze Angriff gilt also dem kapitalistischen Produktionsverhältnis nur dort, wo es nicht »*handlungsautonom*« unter deutscher Flagge abläuft.

Das gesamte kapitalistische Inventar hat nicht (bloß) für Schwarz-rot-gold *nützlich*, sondern hat *schwarz-rot-gold zu sein*. Dem reinen Kapitalstandpunkt der Geldvermehrung halten die Rechtsextremisten ihren Standpunkt der *deutschen Volks- und Wirtschaftsgemeinschaft* entgegen. Das Deutsche stellen sie über alle anderen gesellschaftlichen Lebensziele. Und allein diese patriotische Gretchenfrage ist es dann auch, die sie an alle Abteilungen der nationalen Politik und Ökonomie stellen.

Damit bringt die NPD erneut zum Ausdruck, dass das Geldverdienen, das Gewinnemachen, die Profitmaximierung eben nicht das Wichtigste im Leben der deutschen Nation sein darf, sondern nur das Zweitwichtigste. Das Wichtigste ist die *Nation* selbst, ihre am Staatsbedarf orientierten Wirtschaftserfolge und ihre weltweite Geltung als souveräner Nationalstaat mit seiner ausladenden »Mission«. Subsumiert unter diese Prämisse geht der Kapitalismus voll in Ordnung. Dann *dient* nationale Politik nicht mehr dem Kapitalerfolg, sondern dann steht der Kapitalismus *im Dienste* der *deutschen Volksgemeinschaft*. *Das* hat der deutsche Staat als seine vornehmste Aufgabe durchzusetzen, fordert die NPD.

Tut er das nicht, dann – wie gehabt – verrät er Deutschland, wobei die nach imperialistischen Maßstäben gar nicht hoch genug einzuschätzenden Erfolge der BRD ihnen dann wenig bis gar nichts gelten, wenn das Vaterland dabei Abstriche von seiner »*Handlungsautonomie*«, sprich seiner nationalen Souveränität, macht. Weswegen ihr auch alle Bündnisse, das NATO-Bündnis und das der EU, ein Dorn im Auge sind:

2.5 … am US-Imperialismus

Wenn Neofaschisten auf Antikriegsdemos auflaufen und gegen den Balkankrieg ebenso wie gegen den Afghanistanfeldzug und den Irakkrieg mit Parolen protestieren wie: »*Frieden schaffen ohne Waffen – Freiheit den Völkern*«, »*Frieden für Deutschland – keine Stimme den Kriegsparteien*«, »*USA – internationale Völkermordzentrale*« oder »*No killing for Israel and Oil*«,[10] dann lässt sich die Irritation der Antifa und der linken Friedensbewegung – vielleicht mit Ausnahme ihrer antideutschen Abteilung – schon nachvollziehen.

Dass Kriege im Nahen Osten wegen »Oil« geführt werden, die USA die führende Kriegsmacht sind[11] und Deutschland entgegen der gern häufig zitierten Nachkriegsversprechungen immer irgendwie dabei ist, das anzugreifen gehört zu Grunddogmen der Friedensbewegung in Deutschland. Dass die

[10] Aus diversen Publikationen der NPD ab 2001.

[11] Was Frankreich und Großbritannien ihr im Libyenkrieg streitig machen wollten.

»*USA weltweit Kriege zur Durchsetzung der Interessen der US-Wirtschaft«*[12] führen, dass vornehmlich Präsident Bush eine Marionette der Öl-Industrie gewesen sein soll, lässt sich ebenfalls quer durch alle Verlautbarungen von rechtsextrem bis links nachlesen.

Dabei gibt der dafür immer wieder angeführte Beweis, dass ehemalige Manager der Ölindustrie in der Bush-Regierung saßen, diesen Schluss gar nicht her. Denn abgesehen davon, dass man mit so einem »Beweisverfahren« redlicherweise auch die Herkunft aller anderen Minister untersuchen müsste,[13] ließe sich die Logik genauso gut umdrehen. Da nicht wenige Politiker den Weg vom Parlament in die Aufsichtsräte nehmen – wie die NPD zum Beweis ihres Machtmissbrauchs ebenfalls immer wieder anführt –, wäre glatt auch der umgekehrte Schluss fällig, dass nämlich die Ölmultis auf das Diktat der Regierung hören. Doch da dieser Schluss nicht passt, wird er nicht gezogen. Falsch sind im Übrigen beide. Etwas näher bei der Wahrheit liegt der Gedanke, den solche Personalunion ebenfalls nahelegen könnte, dass so etwas wie partielle Interessenidentität zwischen Ölkapital und us-amerikanischer Außenpolitik vorliegt. Dass auch das nicht der Weisheit letzter Schluss über das im Kapitalismus eingerichtete Verhältnis von Staat und Multis sein kann, belegt der Umstand, dass das US-Militär z.B. im Irakkrieg als eine der ersten Kriegshandlungen das gesamte Ölgeschäft bombenmäßig brach gelegt hat.[14]

Wenn die NPD ihre Parolen näher ausführt und z.B. skandiert: »*Kein deutsches Blut für USA und NATO«,* wenn sie mit der Forderung aufwartet: »*Die NPD fordert: Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland, Austritt aus der NATO; Deutschland muss ein freies Land werden. Europa darf nicht länger US-Kolonie bleiben«,* dann wird der Kern ihres Antiimperialismus deutlich.

Sie ist weit entfernt davon, Kriege wegen ihrer imperialistischen Zwecke und ihrer zerstörerischen Konsequenzen anzuklagen. Bei ihr steht letztlich wieder einiges Kopf: Schaut man sich die Blutbäder an, die die letzten US- bzw. Nato-Kriege angerichtet haben, dann ist klar, dass die afghanische bzw. irakische Bevölkerung deren *Opfer* war und noch ist. Bei der NPD hingegen ist das Opfer aller imperialistischen Kriege unter Führung der USA allein der Nationalstaat *Deutschland*. Und zwar deswegen, weil die deutsche

---

[12] Aus dem Kurzprogramm der NPD.

[13] So folgte die Bush-Regierung mit der Schuhfetischistin C. Rice als Außenministerin wohl zugleich den weltweiten Interessen der Schuhindustrie.

[14] Vgl. dazu den Artikel »Weltmarkt und Weltmacht«, im GS, Heft 3/2006, der dieses Verhältnis exakt erklärt.

Führung der NPD zufolge nach der Pfeife der USA tanzen muss. An US-Kriegen kritisieren sie eine deutsche Entwürdigung, deutsche Unfreiheit, den Verlust deutscher Souveränität.

Deswegen folgt aus der NPD-Kritik an der US-Außenpolitik natürlich auch kein weltweiter Kampf gegen imperialistische Anliegen aller Art und jedes Staates, sondern der entschlossene Kampf gegen die demokratische Führung Deutschlands, die die Preisgabe nationaler Souveränität gerade in Kriegsfragen zulässt.

Und wenn dieser rechtsextreme Verein den Abzug aller nicht-deutschen Truppen aus Deutschland fordert, wenn er moniert, dass das Blut deutscher Soldaten für die Anliegen fremder Hegemone fließt, dann gibt er zu verstehen, wofür deutsches Blut vergossen werden sollte: Freiheit für *deutsche* imperialistische Anliegen ist das Motto der Außenpolitik dieser Nationaldemokraten. Und dafür wäre es notwendig, alle selbst auferlegten Schranken in Form von internationalen Bündnissen und Organisationen aufzukündigen. Sie vertreten einen aus dem Geiste des *völkischen Nationalismus* geborenen *Antiimperialismus:* Freie Fahrt für *imperialistische* Bestrebungen ganz aus *deutscher* Machtvollkommenheit.

Fazit

Nur weil die NPD und andere Neofaschisten tatsächlich eine Kritik am Sozialabbau, am Lohnabbau, an Hedgefonds, an der Globalisierung und am US-Imperialismus *haben,* tauchen sie auf den Demos gegen Hartz IV, gegen die Globalisierung, gegen den Irak Krieg auf und tragen ihren Antikapitalismus auf Spruchbändern auf die Straße. Sie protestieren gemeinsam mit Linken nicht etwa deswegen, weil sie heucheln oder »Kreide gefressen« haben und auch nicht, weil sie sich mit linken Parolen tarnen wollen, um als Demagogen ihre wahren Absichten zu verbergen. Sie benennen vielmehr »Missstände«, an denen *sie* sich stören. Einige davon gibt es: z.B. Sozialabbau, Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Kriege.

Andere haben sie sich erfunden: den Staat als Opfer der Globalisierung und die Industrie als Opfer von Kreditmachenschaften des Finanzkapitals. Das gibt es so nicht. Beides, die existierenden und die erfundenen Missstände, finden sich identisch bei vielen Linken. Hiesige Nationaldemokraten deuten sie jedoch allein aus deutsch-nationalem Geist heraus, entdecken allerorten heftige Verstöße der herrschenden Demokratie gegen das Prinzip einer ganz vom nationalen Gemeinwesen diktierten Benutzung von Arbeit und Kapital und prangern Verletzungen des Reinheitsgebots der völkischen

Nation und Verstöße gegen die Souveränität des deutschen Nationalstaats an. Das findet sich bei Linken so nicht.[15]

Das Unvermögen der linken Antifa, den »Antikapitalismus« der Faschisten zu kritisieren, ist folglich darin zu suchen, dass sie sich in der Kritik an »Missständen«, die der Kapitalismus hervorbringt, zunächst einmal mit ihren politischen Gegnern *einig* sind. Überall dort, wo der Faschist diese Kritik mit *moralischen* Kategorien einleitet, weiß die Antifa dem nichts entgegenzusetzen: So etwa wenn die Verteilung des Reichtums als »*ungerecht*« gebrandmarkt wird, folglich die kapitalistische (Sach-)Gerechtigkeit dieses Gegensatzes nicht begriffen ist; wenn an der Lohnarbeit insbesondere kritisiert wird, dass viele *nicht* in ihren Genuss kommen, also *arbeitslos* sind, folglich der Skandal der lebenslangen ruinösen Benutzung der Arbeitskraft dagegen als »Beschäftigung« und »Arbeit« hochgehalten wird; oder wenn am Profit nur die »*Profitgier*«, am Lohn nur der »*Lohnraub*«, am Finanzkapital nur der »*Wucher*«, am Handel nur der »*unfaire* Handel« und an der Globalisierung nur eine »staatliche *Ohnmacht*« kritisiert wird, folglich die ganze kapitalistische Produktionsweise zu einer unnötigen und unnötig menschenfeindlichen, ungerechten Abart der »sozialen Marktwirtschaft« erklärt wird.[16] Worin sie sich *nicht* einig sind, das kommt der Antifa nur dort ins Blickfeld, wo die Neofaschisten sich explizit ausländerfeindlich oder antisemitisch aufführen. So etwas fällt ihr natürlich auf. Ansonsten verharrt sie hilflos in ihrem Moralismus. Er ist leider immer noch der ganze *Kern* ihres Antikapitalismus. Wenn Faschisten dagegen die Kapitalisten der Ungerechtigkeit, der Gier, des Raubs oder des Wuchers bezichtigen, dann liefert derselbe Moralismus ihnen nur das *Material* für die Beschwerde, dass »Deutschland sich selbst abschafft« (Sarrazin)[17] bzw. dass Deutschland von den herrschenden Demokraten verraten wird und dem Niedergang in die Bedeutungslosigkeit geweiht ist.

---

[15] Das »so nicht« verweist darauf, dass es auch so etwas wie einen linken Nationalismus gibt – nicht nur bei »konkret« und den restlichen Antideutschen. Es ist der linke Antifaschismus, der sich auf deutsche Nachkriegsanliegen zurückführen lässt, in denen es deutschen Regierungen mit ihrem »Wehret den Anfängen!« allein um Wiederherstellung deutschnationaler Reputation ging (vgl. dazu Kapitel 7).

[16] Deswegen sind Satire-Versuche, wie sie das Online-Satire-Magazin »Gustloff« einmal unternommen hat, gar nicht aus dieser Welt. Unter der Überschrift »Warum sind Nationaldemokraten bei Attac aktiv?« hatten sie an die Attac-Gemeinde Texte geschickt, die in vier Abteilungen auf »Schnittmengen« zwischen Attac und den Neofaschisten aufmerksam machen sollten. Was als Spaß gedacht war, ist keiner. Denn anderes als Empörung folgte von Seiten der Attac nicht (s. die Texte in Auszügen im Anhang).

[17] So der Titel des Buches von Thilo Sarrazin, dem die NPD die Ehrenmitgliedschaft angeboten hat, die dieser aber abgelehnt hat, da er sich in der SPD heimischer fühlt.

Diese falsche Kritik am Kapitalismus macht die Antifaschisten zwar noch lange nicht zu Freunden der »Berliner Regierung«, aber – wie soll es anders sein – zu falschen Kritikern: Wie die Faschisten sehen sie immer nur den Dienst des Staates am Kapital, deuten den – wie die Faschisten – als ohnmächtige Unterwerfung unter das Kartell des Großkapitals und begreifen nicht, dass dieser zum politischen Programm erklärte Dienst allein den Zweck hat, jenes nationale Wirtschaftswachstum zustande zu bringen, das die Grundlage staatlicher Macht ist: Aus ihm zieht der Staat all seine Finanzmittel – Steuern und Schulden –, die ihm den Ausbau seiner Souveränität erlauben. Die Antifaschisten reduzieren das dialektische staatliche Programm, das die *Dienste für das Kapital nur zwecks der Bedienung an ihm* kennt, auf die erste Hälfte und rechnen dem Staatswesen alle ausfindig gemachten Verstöße gegen ihre eigene Vorstellung von einer gerechten und volksfreundlichen Ordnung als Versagen vor. Sie werfen der Demokratie vor – dies das äußerste ihrer Staatskritik –, dass sie ihre eigentlich menschenfreundlichen Prinzipien mit Füßen trete und sich deswegen vorhalten lassen muss, dass sie quasi *auf dem Wege zum Faschismus* sei. Es entbehrt nicht der Ironie, dass die Neofaschisten dasselbe dem Staat angelastete Versagen gerade umgekehrt deuten: Es fehle in der Demokratie am Willen und an der Fähigkeit zum starken deutschen Staat, mithin *ermangele es ihm* an *faschistischer Stand- und Prinzipienfestigkeit*. Wo das Kampfziel der Antifa deswegen darin besteht, mit Unterstützung einer wahren Demokratie die Faschisten wegzuputzen, wollen die Faschisten die Staatsmacht erringen, um den demokratischen Verrätern das Handwerk zu legen.

Theoretisch betrachtet verfehlen beide politischen Gruppierungen, die neuen Faschisten und ihre erbitterten Gegner, den Witz herrschender Politik um Längen. Während die Faschisten mit ihrer Verratsdiagnose Anliegen, Mittel und die Erfolge demokratischer Staatsführung grandios verharmlosen, liegt bei der Antifa die Verharmlosung in ihrer idealistischen Vorstellung von Demokratie, ihren Zwecken und Methoden.[18]

[18] Diesen Fehldeutungen widmet sich das nächste Kapitel noch einmal gesondert in Form einer Abklärung von Identität und Differenz dieser beiden Formen bürgerlicher Herrschaft.

Kapitel 4: Demokratische und faschistische Politik – Differenz und Identität

1. Staat und Kapital

Deutsche Demokraten haben, wie ihre Konkurrenten in den anderen Staaten des freien Westens, beschlossen, dass die deutsche Nation mit der *kapitalistischen* Organisation der Ökonomie vorangebracht werden soll. Für den Erfolg des Nationalstaats braucht es *Erfolge* der kapitalistischen Wirtschaft: Wo der Erhalt und der Ausbau staatlicher Gewalt über einen Staatshaushalt *finanziert* und nicht etwa per Gewaltdiktat den dafür tauglichen Unternehmen als deren *produktive* Leistung abverlangt wird, da findet der Staat, der selbst über keine als Geschäft organisierten Bereicherungsquellen verfügt, allein in den Resultaten des kapitalistischen Wachstums die Finanzmittel und -quellen, mit denen er die Kosten seiner Herrschaft deckt. Dabei kassiert er nicht nur bei jedem Geschäft und von jedem Verdienst ab, sondern verschuldet sich überdies – vornehmlich – beim Finanzkapital. Das verringert die Last, die die Ökonomie per Steuern tragen muss, und eröffnet zugleich den Gläubigern aus der Finanzbranche ganz neue Geschäftsgelegenheiten und -aussichten. Sowohl das Geliehene in der Hand der Haushaltsminister als auch die Schuldscheine, die in den Händen der Bänker außerdem Ansprüche auf zukünftigen (Zins-)Gewinn darstellen, haben als Mittel für das und als Quellen des Wirtschaftswachstums zu fungieren. Die Dienste, die das *Finanzgewerbe* der Marktwirtschaft bringt, werden ebenso geschätzt. Vornehmlich die Versorgung des Industriekapitals mit Kredit – im Übrigen auch die der kleinen Leute, die wegen unzureichender Löhne die freundlichen Dienste von Banken in Anspruch nehmen und dann in der Schuldenfalle landen –, das bei ihnen als Kapital zu wirken hat, ist im entwickelten Kapitalismus *der* Hebel des Wirtschaftswachstums, weswegen eine besondere staatliche Fürsorge dem *Geschäft* des Finanzkapitals gilt. Denn die von Banken und Sparkassen erwarteten Leistungen fürs Gemeinwesen hängen nicht am Altruismus und an vaterländischer Verantwortung von Bankdirektoren, sondern am Gelingen von deren Spekulationsgeschäften – die im Übrigen für sich als Teil des nationalen Wachstums verbucht werden.[1]

[1] Vgl. dazu in GS 1/2010: Das Finanzkapital III, S. 41ff.

Ein Nationalstaat, der es sich zum Programm gemacht hat, auf die ökonomischen Erfolge seiner Wirtschaft zu setzen und sie mit seinen Mitteln zu fördern, der muss sich also in seiner Politik der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftens annehmen und sich ihnen aus eigenen, staatsmaterialistischen Gründen unterwerfen, sprich: er muss sich zum *Diener* des Kapitals und seines Wirtschaftswachstums machen. Diese Unterwerfung hat jedoch immer den Nutzen im Auge, den der Staat sich von den Erfolgen seiner Lieblingsbürger verspricht. Deswegen setzt er ihrem Geschäft immer zugleich auch gewisse Schranken und macht ihm Auflagen, die sich ganz dem Kriterium verdanken, dass die freigesetzte Konkurrenz nicht die Funktionstüchtigkeit von Industrie- und Finanzkapital etwa durch Monopolbildung, ungedeckte Kreditgeschäfte, Eskalation der Spekulation, fehlende Mindestreservebildung oder durch Ruinierung der Quellen kapitalistischen Reichtums, der Arbeitskraft und der Natur, beschädigt.

Diese staatliche Förderung des kapitalistischen Geschäfts löst bei Faschisten das Bedenken aus, es würde mit zwischenstaatlich vertraglich geregeltem, d.h. aber auch auf beiderseitigen Nutzen berechnetem, grenzüberschreitendem Kauf und Verkauf, mit globalem Handel und der Mitgliedschaft in der Wirtschaftsunion EU nationaler Ausverkauf betrieben.[2] Dabei gehören derartige Konzessionen an den Konkurrenten zwangsläufig zur kapitalistischen Instrumentalisierung des Welthandels dazu: Um den Reichtum fremder Länder nutzen zu können, muss auch denen einiges an grenzüberschreitendem Kauf und Verkauf, an Geld- und Kapitalanlage auf auswärtigem Territorium erlaubt sein. Über Siege und Niederlagen entscheidet dann ökonomisch der Produktivitätsvergleich zwischen den Standorten. Deswegen wird die deutsche Ökonomie immer totaler zum wuchtigen Kapitalstandort ausgebaut, der zusätzlich *fremdes* Kapital in Massen anlocken soll, das *hier* und *von hier aus* Gewinne machen soll. Das schließt bekanntlich – das letzte Jahrzehnt hat es gezeigt – ein, dass den internationalen Konzernen adäquate *Bedingungen* für *rentable* Produktion bereitgestellt werden: niedrige Löhne, willige, ausgebildete und gut sozialisierte Arbeitskräfte, niedrige Sozialkosten, ein »reformierter« Arbeitsmarkt mit Niedriglohnsegmenten, Leiharbeit, Abbau von Schranken in der Frage von Entlassungen und Einstellungen, auf sozialen Frieden und Standorttreue gepolte Gewerkschaften, ein Prekariat von überflüssig gemachten Menschen, das die Ordnung auf dem Standort nicht durcheinanderbringt, etc. Und schon wieder passt den

[2] Dass die Faschisten unter Hitler sich einiges aus diesen Abteilungen geleistet haben – Rohstoff-Importe z.B. – fällt zum einen unter ökonomische Notwendigkeiten, denen auch sie Tribut zollen mussten, zum anderen unter politische Vorkriegskalkulationen.

Faschisten einiges an dieser Sorte *wachstumsfunktionaler* Volksbetreuung nicht: Eine staatliche Volksverarmung mit anschließender Armutsbetreuung des Arbeitslosenheers, die als Perspektive für diese Menschen nichts anderes enthält, als sich schiedlich und friedlich mit ihrer Rolle als Surplusbevölkerung abzufinden,[3] das gilt ihnen als Verstoß gegen das dem Volk zuerkannte und zur nationalen Pflicht gemachte Recht auf Arbeit und damit zugleich als Ruinierung der Ressource Staatsvolk.[4]

2. Imperialismus und Bündnispolitik

Faschisten liegen falsch, wenn sie den Dienst demokratischer Herrscher am Kapital als Zeichen von Ohnmacht und die kapitalistisch sachgemäße Umgangsweise mit dem Arbeitsvolk als Beleg für einen fehlenden nationalen Erfolgswillen ausdeuten. Deren Wollen und Machteinsatz bewegen sich ganz im Rahmen des Interesses an der kapitalistischen Ökonomie als *dem* Erfolgskonzept für die Nation. Und weil das so beschlossen ist, haben die demokratischen Verwalter der Nation die Entscheidung über den *letztlichen Erfolg* dieser Politik in nicht geringem Ausmaß aus der Hand gegeben. Der ist mit dem puren *Willen* zum nationalen Erfolg dort nicht gesichert, wo *Konkurrenz*entscheidungen privater Unternehmer und Konkurrenzresultate auf dem Weltmarkt über Sieger und Verlierer bestimmen. Wo Demokraten die Marktwirtschaft als ihr nationales Erfolgsrezept favorisieren, wo sie die Geldherrschaft des Privateigentums wollen, da haben sie sich zugleich entschieden, die auch von ihnen nicht gewünschten nationalen »Kollateralschäden« wie Arbeitslosigkeit, Pleiten, Krisen, Wachstumseinbußen etc. in Kauf

[3] Und die nichts als Staatsgewalt zu spüren bekommt, wenn sie bei diesem oder jenem Anlass – wie etwa im Sommer 2011 in Großbritannien – einen Wutaufstand probt.

[4] Als A. Merkel noch Oppositionsführerin war und der damaligen rot-grünen Regierung vorwarf, dass »5 Millionen Arbeitslose *unpatriotisch*« seien – ein Vorwurf, der schon sehr dicht am NPD-Vokabular dran ist –, da hatte sie noch nicht an die »Sachzwänge« gedacht, denen die Regierung unterliegt. Vom Standpunkt der *bedingungslosen Beschäftigung deutscher* Arbeiter trifft diese Schelte zu. Aber von dem gleichfalls ganz der deutschen Sache verpflichteten Standpunkt, dass nur *rentable Arbeitsplätze* die Weltmarktsiege bringen, die Deutschland für sein Wirtschaftswachstum braucht, ist sie falsch. Dann sind 5 Millionen Arbeitslose ziemlich patriotisch, zeugen sie doch davon, dass das Kapital nicht *gegen seine Interessen* verstoßen soll, also zum bedingungslosen Schaffen von Arbeitsplätzen, genötigt wird. Eine Merkel-Regierung wird sich natürlich hüten, jene Bedingung mit politischer Gewalt außer Kraft zu setzen, unter der das Kapital hierzulande überhaupt nur »Arbeit gibt«. Wovon sie als Regierungschefin ein ums andere Mal Zeugnis abgelegt hat.

zu nehmen. Und da der Kapitalismus nun einmal nur *imperialistisch funktioniert*, das Kapital in seinem »Heißhunger nach Mehrwert« (Marx) keine nationale Grenze akzeptiert und auch den Staat nicht lange bitten muss, ihm grenzübergreifende Geschäftsgelegenheiten zu eröffnen, ist die politische Führung in der Demokratie nicht nur an Siege auf dem Weltmarkt gewöhnt, sondern sieht sich immer auch mit Standortniederlagen gegen Konkurrenten, Verlusten auf dem Weltmarkt, fremdem Protektionismus oder Wertverlusten ihrer Währung konfrontiert. All dies ist nicht mit dem Willen zur Macht zu unterbinden. Es hängen die Erfolge in der internationalen Standortkonkurrenz immer zugleich von dem ab, was *auswärtige* Kapitale in der Konkurrenz zustande bringen und was *andere Mächte* in *derselben Absicht* treiben und aufzubieten haben. *Wer* die internationale Konkurrenz gewinnt, das liegt nicht in der Hand regierender demokratischer Politiker und ihrer Machtmittel.[5] Und gerade deswegen setzen sie – zuerst einmal nach innen – all ihre Macht ein, um rücksichtslos gegenüber Lebensinteressen guter Deutscher zur Verbesserung der Rentabilität von Lohnarbeit beizutragen – so als ob sie einen Begriff davon hätten, dass im Letzten der Erfolg der Nation an der Ausbeutung der Arbeiterklasse hängt. Den weltweiten Produktivitätsvergleich des Privatkapitals zulassen *und* zugleich dessen Erfolg *garantieren*, so etwas gelingt nur politischen Sonntagsrednern – *und* denjenigen, die die imperialistische Staatenkonkurrenz bereits für sich entschieden haben.[6] Faschisten wollen sich diesem weltweiten Standortvergleich nicht nur nicht ohne weiteres aussetzen, sondern sehen darin jenes verurteilte »Primat der Ökonomie«, das den Nationalstaat *beschädigt*. Als radikale Idealisten staatlicher Macht betrachten sie diese als das *unbedingte* Erfolgsmittel und denunzieren jede Politik, die dem Umstand realistisch Tribut zollt, dass es eben Konkurrenten gibt, die ihr den weltweiten Erfolg mit den selben Mitteln strei-

[5] Das Hin und Her zwischen der Forderung nach Freihandel und dem Einsatz protektionistischer Verfahren, die sich die großen Sieben bis Neun eigentlich verboten haben, unterstreicht diesen Sachverhalt.

[6] Es hat also das Sachzwang-Argument, das in dem Zusammenhang von Politikern zur Erklärung von Konzessionen und Niederlagen benutzt wird, etwas Verlogenes, aber auch ein Moment der Wahrheit an sich. Die Wahrheit besteht darin, dass demokratische Politik beschlossen hat, den Erfolg ihrer Nation von kapitalistischen Konkurrenzerfolgen abhängig zu machten. Damit ist einiges an Sachzwängen vorgegeben: Wer die Konkurrenz gewinnen will, muss sich der Eigenlogik dieser Sorte Ökonomie unterwerfen. Die Lüge besteht darin, dass Politiker behaupten, sie könnten nicht, wie sie wollten. Dabei schließt ihr politischer Wille durchaus die freie Entscheidung über das Instrument, über das Mittel ihrer Wahl – den Kapitalismus – ein. Und damit sind auch dessen Erfolgsschranken zwar nicht gewollt, so doch in Kauf zu nehmen.

tig machen wollen, als feige Ohnmacht, als Verzicht auf die Macht, die der Staat doch hat und verkörpert.

So erklärt sich die Kritik der Faschisten an nationaler *Bündnispolitik.* Die NPD entdeckt daran immer nur das »unfreie Deutschland«. Dabei sind alle internationalen Einrichtungen und Zusammenschlüsse, die EU, die NATO, die WTO etc., die lauter zwischenstaatliche globale politische, ökonomische und militärische Einrichtungen repräsentieren, für Deutschlands Regierungen Instrumente ihres Anliegens, sich zur Weltmacht zu entwickeln. Daran ändert der Umstand wenig, dass es Staatenbündnisse gibt, denen Deutschland so freiwillig nicht beigetreten ist, weil in der Tat in ihnen das Wort der USA sehr viel, ihr eigenes zunächst noch sehr wenig galt. Die NATO z.B. ist nun einmal das militärische Großbündnis unter Führung der USA mit einem weltweit bis heute einzigartigen militärischen Potenzial. Um an seinem Einsatz partizipieren zu können, muss man es sich als deutscher Nationalstaat gefallen lassen, dass der mit Abstand stärkste »Partner« in diesem Bündnis die Richtung vorgibt. Daran hat sich relativ zum Aufstieg Deutschlands zur Mitweltmacht zwar so einiges geändert, doch sind in dieser Hinsicht immer noch einige imperialistische Wünsche der BRD offen.

Zum Schaden Deutschlands hat sich diese »Unterwerfung« wenigstens nicht ausgewirkt. Das Gegenteil ist zu vermerken: Sein Aufstieg zu einem der G7-Länder verdankt sich zwar dem Einsatz nationaler ökonomischer Potenzen. Deutsche Siege auf dem Weltmarkt wären jedoch ohne den militärischen Schutzschirm der NATO nicht zu haben gewesen. Ähnliches gilt für den Zusammenschluss europäischer Staaten zur EU, ein politisches Vorhaben, das davon zeugt, dass die auch von den übrigen westlichen Staaten akzeptierte US-Hegemonie zwar parasitär genutzt wurde, für sie jedoch zugleich ein Ärgernis darstellte, das es zu überwinden galt. Europäische Staaten haben immer beides zugleich betrieben und sich den Konflikten, die daraus erwuchsen, gestellt. Dass alle in der EU zusammengeschlossenen Länder dem Nationalismus aller Mitgliedsländer Konzessionen machen müssen, wenn das Vorhaben gelingen soll, ist die Eintrittskarte in diese Gemeinschaft – und zugleich der Widerspruch, an welchem dieses Bündnis seit seiner Gründung laboriert.[7] Man muss kein Neofaschist sein, um sich permanent an der Dialektik dieser EU-Politik zu stoßen, zumal wenn man als deutscher Politiker davon ausgeht, dass sich europäische Erfolge *automatisch* als deutsch-nationale niederschlagen. Ein EU-Skeptizismus hinsichtlich des Verhältnisses von Nutzen und Schaden für Deutschland gehört auch

[7] Vgl. dazu die Serie über »Europa 2000« in den GS Heften 4/2000, 2/2001, 4/2002/1/2003.

unter Demokraten zur EU-Politik zwangsläufig dazu und hat je nach Beurteilung der europäischen Konkurrenzlage Konjunktur.[8] Doch während die NPD ihn z.B. im Wahlkampf 2005 mit einem klaren »EU no!« zur Seite des Schadens auflöst, den der Souveränitätsverlust für sie darstellt – so etwas kann ein Faschist nicht hinnehmen, für den nationale Souveränität das an keiner Gewinnaussicht zu relativierende höchste Gut ist –, betreiben die deutschen Demokraten den Wahlkampf mit einem sich selbst ermutigenden »Ja zu Europa«, setzen also auf den politischen und ökonomischen Nutzen des Bündnisses, für den sie die relativierte Souveränität in Kauf nehmen – allerdings nicht ohne jede Gelegenheit zu nutzen, um zusammen mit Frankreich diesen Mangel dadurch weiter abzubauen, dass ihnen vehement in die Haushalts-, Wirtschafts-, Sozial- und erst recht in die Finanzpolitik schwächerer »Partner« hineinregiert wird.[9]

3. Ausländerpolitik

Es bleibt noch die Ausländerfrage. Hier liegt ein ähnlicher Sachverhalt vor. Er hängt zusammen mit der Stellung der Staatsmacht zu der Frage, nach welchen Gesetzen sich ein Staatsvolk rekrutiert. Demokratische Politik betrachtet und behandelt ihre freien, rechtlich gleichgestellten und mit Privatsphäre ausgestatteten Bürger – wie die faschistische Konkurrenz auch – als Ressource für die nationalen Anliegen. Dabei sollen jedoch die Deutschen als freie Bürger über ihre Nachwuchsproduktion nach eigenen Kalkulationen *frei* entscheiden. Wenn die Ergebnisse privater Familienplanung deutscher Bürger nicht mit dem politischen Willen der demokratischen Führung übereinstimmen, stellen Politiker plötzlich fest, dass »die Deutschen aussterben«, dass »wir einen Rentnerberg« haben usw., im Klartext: dass die völkischen Ressourcen auszugehen drohen. Dann äußern sich Politiker besorgt über »die Entwicklung, dass immer weniger Deutsche Kinder haben wollen« (v. d. Leyen), und rufen zu einer Wertedebatte gegen eine »lebensfeindliche, zukunftsverneinende und egoistische Tendenz in unserer Gesellschaft« (Schily) auf. Da sie niemanden zum Kinderkriegen zwingen wollen,

[8] Es gibt diese EU-Skeptiker, die sich in Zeiten der Finanzkrise der Jahre 2010ff. als Euro-Skeptiker hervortaten, in fast allen Parteien. Bekannt geworden ist z.B. der Bayer P. Gauweiler, der deswegen nicht nur nicht zum Außenseiter in der CSU degradiert worden ist, sondern 2011 sogar mit seiner Kandidatur um den Posten des Vize-Parteichefs gegen einen Bonner CSU-Minister antreten durfte.

[9] Wie z.B. 2011 bei der Bewältigung der Finanzkrise. Vgl. dazu in GS Heft 3/2011, Die Krise ist zurück!

versuchen sie mit Moral und Kindergeld ihren Bürgern die Nachwuchsproduktion schmackhaft zu machen. Dass Leute vielleicht deswegen keine Kinder haben wollen, weil sie sie mit ihrem mageren Einkommen nicht großziehen können, weil sie fürchten, sie könnten eine »Last« für sie darstellen, und dass dies vielleicht etwas mit der Zurichtung des Kapitalstandortes Deutschland zu tun hat, möchten Politiker nicht einsehen. Es bleibt dabei: Was auch immer sie in dieser Hinsicht unternehmen, w*ie viel* an autochtoner Volks-Ressource durch die *inländische* Bevölkerungsentwicklung ihren nationalen Anliegen jeweils zur Verfügung steht, das hat demokratische Politik nicht wie gewünscht in der Hand.

Dennoch – und so stellt sich der Politik dann die *Ausländer*frage zum ersten Mal – haben Demokraten nicht vor, den deutschen »Volkskörper« mit all jenen Menschen anzureichern, die draußen vor der deutschen Tür stehen und hinein wollen. Dabei wären diese »Fremden« rein unter Nutzengesichtspunkten betrachtet als Arbeitskräfte, als Einzahler in Renten- und andere Kassen und als Familiengründer durchaus brauchbar. Doch in dieser Sorte Nützlichkeit erschöpft sich für Demokraten nicht das Urteil über Ausländer. Sie treibt immer zugleich die rassistische Sorge[10] um, was wohl bei einem neuen Ausländerzustrom aus dem deutschen Volkskörper und aus der deutschen Leitkultur werden würde. Diese Fremdlinge, so heißt ihr prinzipieller Verdacht, bringen deutsche Lebensart, deutsche Ordnung und Kultur durcheinander, da es sich bei ihnen um Elemente handelt, die einer *fremden* Herrschaft unter- und ergeben waren und bleiben. Fremde Kultur als Bereicherung der nationalen anzupreisen, wird inzwischen – und zwar quer durch alle Parteien in Regierung und Opposition – als ein Rückfall hinter die doch überwundenen Multi-Kulti-Zeiten erklärt. Die Berufung auf einen »islamistischen Terrorsumpf« hat da ganze Arbeit geleistet.

Immer mal wieder hat die deutsche demokratische Politik für begrenzte Zeit eine *Ausnahme* von ihrer Regel des prinzipiellen Verdachts gemacht, den Demokraten ebenso wie Neofaschisten gegen Ausländer hegen, und unter rein ökonomischen Nutzenkriterien Ausländer als Arbeitskräfte ins Land geholt. Da die z.T. nicht wieder gehen wollten, haben deutsche Regierungen neue Kalkulationen angestellt und die hier verbliebenen Ausländer neu durchsortiert. Die einen werfen sie mit Gewalt hinaus – so die Ausländerpolitik ab 1975 –, einige, die sich hierzulande bewährt und so sehr assimiliert haben, dass sie sich von den Urdeutschen nicht mehr unterscheiden, werden den Ressourcen des nationalen Volkes zugeschlagen, und wieder

[10] Um zu erfahren, was daran rassistisch ist, muss man nur zum Kapitel 9 vorblättern.

andere dürfen mit einer deutschen Variante der »Greencard« für begrenzte Zeit dem Kapital die Software programmieren.

Mit denjenigen »Fremden«, die ungefragt in Europa um Asyl bitten, weil sie in ihren Heimatstaaten vertrieben, verfolgt, unterdrückt und nicht selten vom Tode bedroht werden,[11] wird wenig Federlesen gemacht. Die Ausländerfrage – so stellt sie sich hierzulande dann ein zweites Mal – ist dann schnell beantwortet. Antworten, die von der Politik gegeben werden, sind eindeutig und lassen es an Brutalität nicht fehlen: Verschärfung der Asylgesetze, nationale Kampagnen gegen Ausländer,[12] eine mit gesetzlicher Gewalt, mit Sonderpolizeiverbänden wie den Frontex-Truppen an den Landgrenzen, mit viel Stacheldraht und mit einem breiten Mittelmeer ausgestattete Abwehrfront leisten ganze Arbeit. Besonders das »mare nostrum«, wie es die Römer nannten, tut als Mauer um Südeuropa gegen Flüchtlinge in überfüllten Schiffswracks gute Dienste.[13]

Gegen all diese Instrumente der Ausländerabwehr hat man von faschistischer Seite natürlich noch nie Beschwerden gehört. Die richten sich immer nur gegen die politisch und ökonomisch kalkulierten *Ausnahmen*, die sich Demokraten von ihrer Ausländer-raus-Politik leisten. Auch in dieser Frage *radikalisieren* die Faschisten nur den im Ausländergesetz festgeschriebenen völkischen Standpunkt, dass Ausländer »bei uns« nichts zu suchen haben.[14] Der Nutzen der mit begrenzter Erlaubnis ins Land geholten Ausländer und erst recht der von integrierten Migranten steht für sie in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den eine »Durchrassung« (Stoiber) im deutschen Volkskörper anrichtet. Selbst die klaren Worte des ehemaligen bayerischen Innenministers Beckstein: *»Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnüt-*

---

[11] Dass dieser Zustand der »Dritten Welt« kein Naturzustand ist und auch nicht schlicht der Brutalität der dortigen Machthaber zuzurechnen ist, sondern ziemlich viel mit der Benutzung dieser Länder durch die imperialistischen Mächte zu tun hat, lässt sich nachlesen in GS 4/1992, Verfall der Dritten Welt.

[12] Vgl. F. Huisken, Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln, Hamburg 1993.

[13] Es entbehrt nicht einer Portion Ironie, dass im Jahre 50 nach dem Bau der Berliner Mauer, in welchem in zahlreichen Veranstaltungen diesem *»Zeugnis sozialistischer Menschenverachtung«* gedacht wurde, die Grenzregelungen gerade in Südeuropa gegen libysche und tunesische Flüchtlinge, deren Revolutionen man zugleich aufs Herzlichste begrüßte, verschärft wurden.

[14] Im alten Ausländerrecht fand sich diese prinzipielle Stellung in den §§, in denen jedem Ausländer für seinen Aufenthalt in der BRD eine staatliche Genehmigung abverlangt wird (§3), in denen über Modalitäten derselben – »Erlaubnis«, »Berechtigung«, »Befugnis«, »Genehmigung«, »Bewilligung« – je nach Nutzengrad entschieden wird (§5ff.), und auch in denen, die die Abschiebung regeln (z.B. §60ff.). Er ist 2005 durch ein Aufenthaltsgesetz ersetzt worden, das jetzt die Ausländer nach ihrem Aufenthalts*zweck* sortiert.

zen, und mehr, die uns nützen!«, beruhigen sie da nicht. Sie entdecken im Nutz immer auch einen Ausnutz!

4. Zwischenfazit

In allen Abteilungen – der Wirtschafts-, Sozial-, Außen- und Ausländerpolitik – steht die NPD auf dem *rigorosen* Standpunkt, dass es nicht sein kann bzw. nicht sein darf, dass die *eingesetzten Mittel* – Kapitalismus, Volk als Ressource und nationale Souveränität mit ihren Gewaltinstrumenten – nicht den gewünschten Erfolg *garantieren*. Den Kapitalismus *wollen* auch sie, aber sie wollen ihn *ohne* Arbeitslosigkeit und Pleiten, *ohne* auswärtiges Kapital, möglichst *ohne* ausländische Waren und Arbeitskräfte. Weltweite Erfolge nationaler Souveränität *wollen* auch sie, aber *ohne* die Unterwerfung unter die Staatenkonkurrenz, *ohne* das Eingehen von Bündnissen, die immer auch Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten einschließen. Das Volk betrachten auch sie als nationale Ressource, aber sie wollen es *ohne* Anleihen auf dem weltweiten Arbeitsmarkt, *ohne* die Benutzung ausländischer Arbeitskräfte, *ohne* die »Verunreinigung« des deutschen Volkskörpers.

Damit ist der zentrale sachliche Kern der Differenz zwischen neofaschistischer und demokratischer Politik benannt: Faschisten *idealisieren* die Freiheit politischer Macht. Für sie ist die Macht *identisch* mit der vollständigen *Freiheit* zur Durchsetzung ihres politischen Willens; sie gilt ihnen grenzenlos und unbedingt. Faschisten sind deshalb *Extremisten, Fanatiker der Souveränität ihrer Macht* und bestehen auf der *Identität* zwischen *Wollen* und *Können, Absicht* und *Ergebnis* ihrer Politik. Demokraten setzen dagegen auf den *Realismus* der politischen Macht, nicht aus Bescheidenheit, sondern aus der Kenntnis der *Bedingungen* heraus, die sie gerade als ihre *Erfolgsmittel* für sich einsetzen. Ihr Realismus schließt die Kenntnis darüber ein, dass sie es zwangsläufig immer auch mit den *Schranken* dieser eingesetzten Mittel zu tun bekommen: etwa mit Souveränitätsrelativierungen, mit ungewissem Ausgang der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und mit unerwünschten Ausgängen von Kriegen, die nach NATO-Regulativ für erforderlich gehalten werden. Sie wissen, dass sie, wenn sie Kapitalismus, Volk, EU und NATO als Mittel ihrer Weltmacht einsetzen *wollen*, dann auch dafür Sorge tragen *müssen*, dass diese Mittel funktionieren, weshalb sie sich eben *deren* Gesetzmäßigkeiten, Beschlüssen und Regulativen unterwerfen müssen. Wobei sie zugleich alles dafür tun, dass all dies möglichst in ihrem Sinn funktioniert: So sind sie z.B. bemüht, das Wirtschaftswachstum in Europa zu befördern, dessen Krisen aber bei den Nachbarn abzuladen; so setzen sie darauf, dass

die Relativierung ihrer Souveränität in der innereuropäischen Konkurrenz bei den Konkurrenten zu größeren Zugeständnissen aller Art führt; und so betreiben sie ihre Unterordnung unter die Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit einer derart rigiden Standortzurichtung, dass das Geschäft der nationalen Konkurrenten, die – aus welchen Gründen auch immer – zu der hier durchgesetzten Volksverarmung nicht bereit sind, ins Hintertreffen gerät. Der Erfolg in der innereuropäischen Konkurrenz und in Sachen Weltmachtgeltung gibt den demokratischen Nachkriegsregierungen recht.

Anders gesagt: Es geht *beiden* Varianten bürgerlicher Herrschaft um den *Erfolg der nationalen Sache*, *beide* setzen dafür auf *dieselben Instrumente*: Kapitalismus, Volksressource, nationale Souveränität. Doch im *Einsatz* dieser Instrumente unterscheiden sie sich: *Demokraten* lassen sich auf die Logik der ökonomischen Interessen ein, wissen, dass sie das *müssen*, wenn sie Erfolg haben *wollen*, und nehmen dafür in Kauf, dass sie es nicht in der Hand haben, ob er eintritt. Das ist der *erfolgsorientierte Realismus* demokratischer Politik.[15] Faschisten hingegen wollen mit dem *nationalistischen Vorbehalt*, unter den sie den Einsatz dieser Mittel stellen, ernst machen. Sie wollen dem Kapitalismus seine unbedingte nationale Nützlichkeit notfalls *gegen seine* ökonomischen Gesetze aufzwingen. Und in diesem ihrem Idealismus – Macht *ist* die Erfolgs*garantie* – gehen sie sehr rigoros mit den Erfolgsmitteln um, so rigoros, dass sie darüber schon mal dem Kapital ihre nationale Raison aufzwingen, etwa indem sie für Arbeitsplätze sorgen, die das Kapital nicht eingerichtet hätte, oder indem sie dem Kapital die Produktion bestimmter Waren aufzwingen, die ihm seine eigene Profitkalkulation nicht diktiert hätte.[16] Dass nationaler Erfolg nicht mit der Einbildung einer Erfolgsgarantie zusammenfällt, sollte man nicht allein der Niederlage des deutschen Faschismus im Zweiten Weltkrieg entnehmen. Dies ergibt sich bereits aus der Rücksichtslosigkeit, mit der Faschisten nationale und imperiale Machtmittel ablehnen. Den daraus resultierenden Mittelverzicht können auch Faschisten mit einer zusätzlich dem Staatsvolk abverlangten Leistung

[15] Der nicht ausschließt, dass Demokraten auch so ihre *Ideale* über Ziele und Mittel nationaler Politik im Kopf haben und sie gelegentlich auch einmal aus demselben heraus lassen. So etwa, wenn sie ihrem Anti-Amerikanismus freien Lauf lassen, wenn ein deutscher Außenminister die nationale Geschichte in dem Satz zusammenfasst, dass Deutschland einen dritten Weltkrieg nicht verlieren werde, oder wenn sie sich darüber beklagen, dass ihre Bürger wieder einmal *falsch* gewählt hätten, weil die NPD es mit etwas über 5% in ein Landesparlament geschafft hat.

[16] Im deutschen Faschismus ab 1933 haben sich die Kapitalisten gern zwingen lassen, da sich die Unterwerfung unter die Prinzipien der Kriegswirtschaft für die Großen unter ihnen allemal ausgezahlt hat.

an der Arbeits- oder an der militärischen Front nicht kompensieren. Auch mit vermehrter Zucht, körperlicher Ertüchtigung, gehobenen Ansprüchen an Fleiß, Spar- und Opferwillen oder an nationaleM Stolz ist der relative Verzicht auf die imperialistischen Erfolgsmittel nicht auszugleichen.

5. Demokraten beugen vor: Notstandsgesetze

Demokraten scheinen eine Ahnung davon zu haben, dass der Faschismus für ein Land im weltweiten Aufschwung kein Erfolgsmodell ist. Anders sieht das jedoch auch für sie aus, wenn sich das Vaterland nach ihren Maßstäben in einer schweren Krise befindet, wenn Krieg oder Bürgerkrieg droht, wenn weltweite Wirtschaftskrisen nicht nur das einheimische Wirtschaftsleben durcheinander bringen oder wenn »Naturkatastrophen« wie ein Super-GAU, Tsunamis, Hurrikans oder Tornados, deren Prophylaxe sie glatt die unproduktive Verschwendung von Haushaltsgeldern oder den unzumutbaren Eingriff in die Profitkalkulation von Energiemultis gekostet hätte, die Ordnung des öffentlichen Lebens gefährden. Für diese und ähnliche Fälle hat die deutsche Demokratie 1968 mit großer parlamentarischer Mehrheit rechtzeitig und effektiv vorgesorgt. Sie hat die Verfassung um eine Notstandsverfassung ergänzt.[17] Mit der werden in »Notstandsfällen« all jene bürgerlichen Freiheitsrechte aufgehoben oder eingeschränkt, mit denen der Staat den Privatmaterialismus im normalen Alltag freisetzt und deswegen auf seine Regeln verpflichtet, weil er den ökonomischen Erfolg seines Ladens nun einmal als System der privaten Bereicherung organisiert haben will. Mit einer Fülle von Verordnungen,[18] die im Laufe der Jahre immer wieder ergänzt wurden, nehmen Demokraten das gesellschaftliche Leben ziemlich vollständig in staatliche Hände und drohen jenen saftige Strafen an, die sich dagegen – z.B. unter Berufung auf Freiheitsrechte des Art. 3 oder 11 des GG – wehren.

All diese Verordnungen erlauben dem Staat den freien Zugriff auf Personen und ihr Eigentum nach Maßgabe seiner Pläne zur Bekämpfung des »Notstands«. Natürlich will die Demokratie damit nicht selbst ihre Ablösung

[17] Der historische Grund für die Verabschiedung der Notstandsgesetze war der »Kalte Krieg«, in welchem bei Übergang in seine heiße Phase Deutschland – West und Ost – als Kriegsschauplätze vorgesehen waren. Es muss seine Gründe haben, dass diese Gesetze nach der Selbstauflösung der SU nicht aus der deutschen Verfassung entfernt wurden.

[18] Sie finden sich ziemlich vollständig, wenngleich unter anderen Titeln, in der »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« von 1933 (»Reichstagsbrandverordnung«) wieder. (Siehe dazu die Liste im Anhang.)

durch den Faschismus organisieren. Das nicht, aber sie hält die Durchsetzung von Prinzipien, die man aus dem Faschismus kennt, zur Regelung des gesellschaftlichen Lebens dann für angebracht, wenn sie bei sich den Notstand ausruft. Gerade das unterscheidet sie von den Faschisten: Die wollen die Demokratie mit ihrem System *überwinden*, während Demokraten zum Zwecke der *Wiederherstellung* ihres erfolgreichen Systems dann eine ganz hübsche Portion Faschismus gebrauchen. Das könnte all denen, die immer noch an einen Gegensatz zwischen Demokratie und Faschismus glauben, schon eine und zwar wirklich die letzte Lehre sein: Die Entscheidung zwischen Faschismus und Demokratie fällt bei demokratischen Politikern ganz in die jeweilige Beurteilung der Lage der Nation.

Schily, ein bekannter Sozialdemokrat und Ex-Innenminister, wollte z.B. die Notstandsverordnungen noch ergänzen durch ein Gesetz zur »Sicherstellung gefährlicher Personen«. Dazu ist es nicht gekommen, denn seine Kollegen belehrten ihn darüber, dass es so etwas wie die moderne Fassung der »Schutzhaft« in Gestalt der Gesetze zum »Unterbindungsgewahrsam« oder zur »Sicherungsverwahrung« längst gibt; für deren Anwendung es auch gar nicht des Notstandsbeschlusses bedarf – wie z.B. Castor-Gegner wissen.[19] Das legt noch einen weiteren Schluss nahe: Die Verschärfung von Überwachungs- und Abhörmaßnahmen, die Parteiverbotsdebatten, das Vermummungsverbot, die immer strengeren Auflagen, die es bei der Durchführung einer – angemeldeten – Demonstration zu erfüllen gilt, die immer unnachsichtigeren Abschieberegeln, die heftigen Auflagen für Menschen mit islamischem Glauben und etliches mehr zeigen, dass hinsichtlich des Umgangs mit Menschen, die von Innenpolitikern zu den »gefährlichen Personen« gezählt werden, die Demokratie auch ohne Rückgriff auf die Notstandsgesetze immer weniger Pardon kennt. Diese Sorte Beschränkung der »Freizügigkeit der Person« gilt natürlich nur denen, an denen sich der Staat unter Billigung großer Volksteile mit der Begründung vergreifen kann, dass die Freiheit und andere Werte der Demokratie auf dem Spiel stünden. Der Rückhalt in einem Staatsvolk, das weiß, was sich gehört, wen es zu seinen Freunden zählen kann und wem das unbedingte Misstrauen ausgesprochen werden muss, das in dieser Hinsicht den staatlichen Vorgaben vertraut und sich erfolgreich die staatspolitischen Ausgrenzungen mit Gründen aus dem eigenen Privatleben verklickert, ist dabei mehr als hilfreich. Dann ist es ohne Widerstand möglich, schon die eine oder andere gesetzliche Regelung, die an die Notstandsverfassung des Grundgesetzes gemahnt, mitten im tiefsten

[19] Das mag angesichts der Enttarnung des »braunen Terrors« im November 2011 anders ausgehen.

Frieden und fernab von sonstigen Notständen vorweg zu nehmen. Diese Volksteile würden wahrscheinlich erst kiebig, wenn es ihnen an ihr bisschen Eigentum ginge, sie ihren PKW ans Technische Hilfswerk zwecks Kartoffeltransport überstellen oder sie in ihrem Eigenheim eine Kommandozentrale der Bundespolizei – wie der Bundesgrenzschutz neuerdings heißt – dulden müssten.

Es legen also beide Systeme zwar unterschiedliche Maßstäbe an, wenn sie Erfolg oder Niedergang, Durchbruch oder Krise, Sieg oder Notstand der Nation messen, was die Demokraten umgekehrt nicht daran hindert, an den Faschismus gemahnende Gepflogenheiten im Umgang mit »problematischen« Bevölkerungsteilen einzuführen, auch ohne bei sich einen nationalen Notstand zu entdecken. Der Zusammenschluss mit der übergroßen Mehrheit des Staatsvolks setzt nicht Großzügigkeit im Umgang mit unerwünschten »Elementen« frei, sondern erlaubt es der demokratischen Staatsgewalt gerade umgekehrt, die »Reihen fester zu schließen«. Das nutzt sie.

***

Warum sich diese Bewusstseinslage, die so weit von den Parolen der Rechtsextremen nicht entfernt ist, auf den Stimmzetteln kaum bemerkbar macht, die NPD ihr Ziel, an die Macht zu gelangen, immer weit verfehlt, ist ein »Rätsel«, das es im nächsten Kapitel zu lösen gilt. Es steht neben weiteren: Warum erklären Demokraten – mit Unterstützung durch die linke Antifa – die neuen Faschisten dennoch zu ihren Hauptfeinden? Warum sind ihnen die *Konkurrenten* in der Sache so sehr *Gegner*, dass sie sie verbieten wollen? Und wie kommt es, dass als Volks*meinung* gebilligt, partiell gefördert und benutzt wird, was als politische *Partei* liquidiert werden soll?

Kapitel 5: Warum die NPD in Wahlen ihre Ziele verfehlt und die Demokraten sie (dennoch) verbieten wollen

1. Warum die NPD in Wahlen ihre Ziele verfehlt

Bei vielen bürgerlichen Politikern der demokratischen Parteien, die auf Regierungs- und Oppositionsbänken hocken, finden sich immer wieder Urteile, denen jeder NPD-Funktionär zustimmen würde. Als der Ex-Kanzler G. Schröder etwa an der Konstruktion der NATO kritisierte, dass sie kein politisches, sondern nur ein militärisches Beschlussorgan sei, in dem zudem von der von der USA versprochenen »gleichen Augenhöhe« aller NATO-Partner bei den Beschlussfassungen nichts zu spüren sei, reklamierte er mehr Einfluss für Deutschland. Als der Ex-Landesvater Stoiber öffentlich den nationalen Nutzen der Einführung des Euro für Deutschland in Frage stellte, eine Klage, die von seinem Parteigenossen P. Gauweiler aufrecht erhalten wird und durchaus Zustimmung bei anderen Kollegen findet, da antizipierte er nicht die akuten Staatsschuldenkrisen von Griechenland, Irland oder Portugal nebst den kostspieligen Rettungsprogrammen, für die europäische Führungsstaaten einstehen wollen, deren Schulden noch nicht kritisch geworden sind, sondern da störte ihn allein der Verlust der nationalen Hoheit über das Geld. Wenn Politiker den regelmäßigen Neuanstieg der Arbeitslosenzahlen und das Sinken von Löhnen und Sozialleistungen unter das offizielle Existenzminimum als »nationale Schande« bezeichnen, dann haben auch sie nicht die Armutslage der Betroffenen im Blick, sondern sorgen sich um deutsches Ansehen als Wohlstandsland oder um den Zustand der nationalen Ressource »Arbeitskraft«. In der Befassung mit der »Ausländerfrage« sind ohnehin die Differenzen zwischen Demokraten und den neuen Faschisten mit der Lupe zu suchen. Wenn der CDU-Politiker Rüttgers mit der Parole »Lieber Kinder statt Inder« in einen Wahlkampf zieht und ein Roland Koch von derselben Partei die Integrationskriterien für Ausländer so formulieren möchte, dass sie niemand mit fremder Herkunft erfüllen kann, dann sind diesen Politikern, die die Sorge um die nationale Volksidentität umtreibt, selbst die ökonomisch und politisch kalkulierten Ausnahmen von der rigiden Ausländerpolitik zu viel.

Auch wenn der Schluss falsch wäre, dass eine NPD überflüssig ist, immerhin fasst sie als Partei den neofaschistischen Standpunkt pointiert zusammen, macht aus ihm ein geschlossenes Programm und tritt damit als Konkurrenz von ganz Rechtsaußen zu Wahlen an, so könnte sich der von demokratischer Politik enttäuschte Bürger eine Bestätigung seiner Staatsschelte, wo sie bis ins Rechtsextreme reicht, auch bei den gescholtenen demokratischen Volksparteien und bei deren Sprachrohren wie BILD oder Focus abholen. Für Faschistereien, die längst zum Arsenal jener Bürger gehören, die sich ihre eigene wenig erfreuliche Lage nur mit dem wenig deutschfreundlichen Wirken von »Fremden« oder anderen »Störenfrieden« erklären können, finden sie nicht nur bei der CSU offene Ohren.[1] Dass »Krawallmacher« und andere »Terroristen« weggesperrt oder abgeschoben gehören, ist vielen ein Herzenswunsch. Denn die »nehmen uns die Arbeitsplätze weg«, »gefährden die Ordnung«, »gehören nicht zu uns« oder gehörten »nach drüben« geschickt – wenn aus dem »Drüben« nicht inzwischen ein »Hüben« geworden wäre. Der Übergang zu einer Kritik staatlicher Politik, die als Zweifel an der Demokratie daherkommt, ist ebenfalls durchgesetzt: »Dass die da oben doch machen, was sie wollen«, »dass die da oben doch nur reden und nichts tun«, »dass da endlich jemand kommen und aufräumen müsste«, sind durchgesetzte Redensarten. Die kommen allerdings bei demokratischen Parteien nicht so gut an, erfreuen dafür das Herz des Faschisten um so mehr.

Deswegen stellt sich auch gar nicht jene Frage, die an Wahlabenden Parteivertreter umtreibt, wenn sie mit besorgter Miene beobachten, wie die NPD um die 5% herumturnt. Erstaunt fragen die sich regelmäßig, warum die NPD *»so viele«* Stimmen erhält. Sie legen dabei einen Erfolgsmaßstab an, den sie für ihre Partei nie gelten lassen würden. Was für die etablierten Volksparteien einer politischen Katastrophe gleich käme, nämlich das knappe Überwinden der 5%-Hürde, das gilt ihnen bei der neofaschistischen Konkurrenz als eine Art Erdrutschsieg, der ihnen gänzlich unerklärlich ist. Dabei gilt es umgekehrt zu erklären, warum der Faschismus als Wahlpartei so *schwach* abschneidet, wenn doch große Teile des deutschen Volkes – vom »Extremismus der Mitte« redet S.M. Lipset[2] – faschistische *Parolen* teilen? Warum stimmen sie in den Wahlen nicht in dieser Größenordnung für eine

[1] Das wird in zahlreichen empirischen Studien belegt. Regelmäßig ergibt die Shell-Studie zur Bewusstseinslage der deutschen Jugend einerseits, dass die Ausländerfeindlichkeit bis in »die Mitte der Gesellschaft« reicht, dass aber andererseits große Teile dieser Ausländerfeinde von der NPD nichts wissen wollen.

[2] Seymour M. Lipset, Der »Faschismus«, die Linke, die Rechte und die Mitte [1959], in: Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln 1984; vgl. a. http://de.wikipedia.org/wiki/Extremismus_der_Mitte.

der faschistischen *Parteien?* Seitdem diese als Partei – Republikaner, DVU oder NPD – national antreten, verfehlen sie ihr politisches Ziel um Längen: In keinem Bundesland haben sie eine Chance, an die Regierungsmacht zu kommen oder sich wenigstens an ihrer Ausübung zu beteiligen. Und selbst an dem herunter gestuften Ziel, wenigstens in den Landesparlamenten vertreten zu sein, scheitern sie.[3] Bei Bundestagswahlen landen sie regelmäßig bei weniger als 5%.[4] Und dies, wo Faschisten in den Wahlen einfach nur als Wahlstimme abrufen könnten, was als Kritik ohnehin im Wahlvolk verbreitet ist. Sie müssen es nicht mit ganz neuen Kritikmaßstäben konfrontieren, nicht verfehlte Maßstäbe zurückweisen, also kritisch gegen im Volk durchgesetzte Urteile vorgehen und dann die Wähler von der Güte der eigenen überzeugen. Nichts davon zeichnet die Agitation der NPD aus.[5]

Es ist primär das politische Credo, das die NPD für so viele Bürger mit rechtsextremen Urteilen im Kopf *unglaubwürdig* macht: Mündet doch ihre nationalistische Politikkritik regelmäßig in den Befund, dass regierende Demokraten Deutschland ruinieren, dass sie die dem Land zukommende Stellung in Welt systematisch untergraben, kurzum: Deutschland *verraten* würden. Dieses Urteil teilen denn doch nur wenige Bürger, wenn sie auch wie die Faschisten die Politiker zu Lumpen, die Manager zu Gierschlunden und die unerwünschten Ausländer zu Sozialschmarotzern erklären. Dafür ist ihnen die Identifikation mit den von der demokratischen Herrschaft immer auch entsprechend gewürdigten *Erfolgen* der *Nation* zu wichtig und außerdem noch in Erinnerung, dass die Faschisten den Krieg verloren und Deutschland mit dem Holocaust moralisch weltweit ins Abseits gestellt haben. Dass das »made in germany« ein Markenzeichen ist, welches die deutsche Arbeit und die deutschen Arbeiter adelt, dass Deutschland es damit zum Exportweltmeister gebracht hat, dass die DM dem Euro zum Vorbild diente, dass das Vaterland auch in der EU eine Führungsrolle spielt und von den Staaten der Welt als Macht anerkannt wird, dass deutsche Politiker überall auf

[3] Vertreten sind sie 2011 nur noch in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Findige Antifaschisten werden sicherlich die eine oder andere Kommune ausfindig gemacht haben, in der CDU und NPD vereint das Gemeindeschicksal bestimmen.

[4] Und wenn man über Erfolg und Misserfolg der NPD als Partei redet, muss man sie auch mit den Maßstäben messen, die sie sich selbst gesetzt haben: Erringung bzw. Teilhabe an der Macht. Nur in Landesparlamenten mit einer kleinen Fraktion in der Opposition vertreten zu sein, reicht ihr längst nicht. Dass sieht die Antifa natürlich ganz anders. Welche Maßstäbe sie in der Beurteilung von Erfolgen der Neofaschisten anlegt und was von ihnen zu halten ist, wird Thema des 7. Kapitels sein.

[5] Dies übrigens im Unterschied zu Kommunisten. Die haben deswegen zur Zeit keine Chance, weil ihren Urteilen gerade *nicht* zugestimmt wird. Sie müssten sich in der Wahl mit ihrer Kritik frontal *gegen* die herrschende Volksmeinung aufstellen.

der Welt mit Respekt empfangen werden – von den Siegen deutscher Kicker, Ruderer, Schneeschützen oder Lenas noch ganz abgesehen –, das und anderes mehr sind Erfolge, die auch von jenen deutschen Bürgern geteilt werden, die von deutschen Export-, Währungs-, Marken-Erfolgen oder den Siegen auf diplomatischen Bühnen höchstpersönlich nicht nur nichts haben, sondern für diese immer nur als lohnabhängige Arbeitskraft mit Beschlag belegt werden. Eines haben sie eben doch und darauf wollen sie nicht verzichten: auf das gute Gefühl, ein weltweit erfolgreiches deutsches Vaterland zu haben, dessen Triumphe immer auch ein wenig die ihren sind: Immerhin sind »wir« doch alle Deutsche. Was übrigens umgekehrt einschließt, dass sie an deutschen Niederlagen und an dem, was als deutscher Misserfolg gilt, leiden und es schließlich gut verstehen können, wenn nationale Führer mit dem für die Nation Erreichten nie so ganz zufrieden sind, ihr Militär für zu klein befinden, den Einfluss der USA als zu groß, die Weltmarkterfolge für gefährdet und ein Europa, das nicht nach der Pfeife Deutschlands tanzt, für unhaltbar erklären.

Das *kompensiert* zwar nichts vom materiellen Gehalt der Klagen, die diese Volksgenossen immer zugleich über ihren Alltag anstimmen, in dem es an Geld zu wenig und an Arbeit zu viel gibt, in dem die steigenden Kosten für Mieten, Gas, Benzin, Gesundheit bzw. Krankheit und Kreditzinsen einen auffressen, weswegen dann der Super-Gau für sie darin besteht, keine Arbeit zu haben. Wie auch! Vaterlandsliebe macht keinen vollen Bauch und auch keine warme Stube. Sie erlaubt jedoch allemal, die – mit der abstrakten und von der Politik geschürten Hoffnung, es würden auch für sie mal bessere Zeiten anbrechen, versehene – Stellung zu pflegen, in der deutschen Heimat gut aufgehoben zu sein. Darüber wird die gefühlige Teilnahme an nationalen Siegen selbst zum nationalistischen *Genuss*. Da mögen diese deutschen Menschen das Urteil teilen, sie würden schlecht regiert, beklagen, dass jeder immer nur an sich denkt, und auch den »Parallelgesellschaften« eine Absage erteilen, in einem sind sie sicher: So schlimm, wie die NPD es ausmalt, steht es mit ihrer Heimat, mit Deutschland nicht.

Und natürlich liegen sie damit *richtig*, wenn sie schon keine anderen *Erfolgskriterien* favorisieren als die nationalen Fortschritte in der internationalen Konkurrenz um Größe, Macht und Einfluss und auch wenn sie keinen blassen Schimmer davon haben, wie im Einzelnen diese Erfolge mit ihren Misserfolgen zusammenhängen. Damit verhielt es sich in der Zeit, als die NSDAP über Wahlen an die Macht kam, wirklich anders. Nach dem Ersten Weltkrieg war Deutschland territorial geschrumpft worden, international geächtet, zu Reparationszahlungen verpflichtet, einem Diktat in Sachen Wiederaufrüstung unterworfen und zusätzlich von der Weltwirtschaftskrise

gebeutelt. Die Rede von »Deutschland am Abgrund« traf damals die nationale Lage im internationalen Vergleich mit den Siegermächten. Und an dem vaterländischen Wunsch, deutsche Ehre und Größe wieder herzustellen und den »Knebelvertrag von Versailles« zu brechen, hatten sich alle Parteien der Weimarer Republik mehr oder weniger intensiv, aber auf jeden Fall erfolglos abgemüht. Die NSDAP war für dieses nationale Programm die letzte Chance. Eine NPD, die heute, also nach 60 Jahren erfolgreicher imperialistischer Nachkriegspolitik, das Schreckgespenst der Weimarer Lage an die Wand malt, liegt nicht nur sachlich daneben, sondern wird auch in den Augen jener Bürger, die ihre Parolen durchaus teilen, unglaubwürdig. Nicht nur das. Es mag überdies sogar einigen dieser ideologischen Parteigänger faschistischer Politikkritik durchaus einleuchten, dass die NPD schon deshalb nicht gewählt werden darf, weil sie als Neuauflage der alten Hitlerei, als die sie dargestellt wird,[6] Deutschlands Ansehen in der Welt schädigt.[7] Im Übrigen weiß sich ein großer Teil jener Wahlbürger, die mit NPD-Parolen sympathisieren, auch bei den demokratischen Parteien gut aufgehoben. Die machen nämlich ernst mit ihrem Vorhaben, der NPD Stimmen abzujagen. Dem Diktum von F.J. Strauß, rechts von der CSU dürfe es keine Partei geben, eifern heute die demokratischen Volksparteien geschlossen nach. Und zwar nicht aus Opportunismus.[8]

2. Warum Demokraten aus der politischen Konkurrenz zur NPD eine Feindschaft machen

Der Übergang von den demokratischen Parteien zur NPD wird auf diese Weise immer fließender. Es darf deswegen nicht verwundern, dass Demokraten den falschen Gehalt dieser Politik nicht entdecken, wo sie doch deren Grundsätze, dass Deutschland eine dem Nationalen verpflichtete kapitalistische Wirtschaft, einen von störendem Fremden gereinigten Volkskörper und den weltweiten Ausbau nationaler Souveränität gegen alle Konkurrenten braucht, teilen. Und in den zumeist im Zusammenhang mit der Ausländerpolitik regelmäßig neu aufgelegten Patriotismusdebatten greifen demokratische

[6] Vgl. dazu Kapitel 6.

[7] Darüber erklärt sich der genannte Befund der Shell-Studie, dass deutsche Jugendliche sich zur Ausländerfeindschaft und zu einem Antifaschismus bekennen.

[8] Gerade jetzt – im September 2011 –, als ich dieses Kapitel zu schreiben beginne, liefern die Grünen dafür einen neuen Beleg. Sie schelten die deutsche Regierung in Gestalt ihres Außenministers nach dem vorläufigen Ende des Libyenkrieges nachträglich dafür, nicht an diesem Krieg teilgenommen zu haben.

Politiker sogar zu einem Vokabular, das der Quintessenz neofaschistischer Demokratiekritik entlehnt sein könnte: Sie bezichtigen sich dabei schon mal wechselseitig des Verrats an der nationalen Sache und hetzen, dass die Programmatik der jeweils anderen Parteien den Ausverkauf Deutschlands bedeute. So ganz ernst meinen sie das jedoch nicht – im Unterschied zum Sozialdemokraten Sarrazin, der mit seinem Untergangsszenario jüngst die Republik aufgemischt hat.

In der Sache sind beide politischen Richtungen also *Konkurrenten:* Sie verfolgen dieselben *Prinzipien* auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichen Akzenten. So besteht – wie gezeigt – die NPD darauf, dass sich das Gewinnprinzip dem Nationalen unterzuordnen hat, es in Sachen Überfremdung keine Ausnahmen geben darf und Bündnisse keine außenpolitische Option sein dürfen, weil sie Deutschland grundsätzlich schwächen. In der Weimarer Vergangenheit war es keine Frage, dass das zugelassene Parteienspektrum in der Demokratie die Kommunisten ebenso wie die Faschisten enthielt. Und in zahlreichen europäischen Nachbarländern sind neofaschistische oder »rechtspopulistische« Parteien – wie deren weich gespülte Fassung genannt wird – als Konkurrenten um die Staatsmacht nicht nur erlaubt, sondern als Koalitionspartner gelitten. Deutschlands politische Führer dagegen schärfen regelmäßig die letzte Waffe in der Auseinandersetzung mit der NPD. Sie erklären sie zum *Staatsfeind*, *kriminalisieren* sie und planen per Verbot immer mal wieder ihre *politische Vernichtung* mit den Mitteln der *Justiz*. Gegen den Rechtsradikalismus – und gegen den von links gleich mit dazu – fallen den herrschenden Demokraten im *Nachkriegsdeutschland* sofort jene Mittel ein, mit denen das »verruchte« Vorgängerregime sich aller missliebigen Parteien entledigt hat. Und wenn dieser Umgang nicht regelmäßig die NPD treffen würde, könnte man glatt die Frage stellen, was die Neofaschisten eigentlich gegen diese Sorte Machtgebrauch noch einzuwenden haben.

Warum sich regierende Demokraten an dieser Partei so sehr stören, sie gar zum *Staatsfeind* erklären, liegt also *nicht* unmittelbar auf der Hand. Dieses Urteil wird nur jene verwundern, die sich nicht die Mühe machen, die politischen Ziele der demokratischen und neofaschistischen Parteien einem ernsthaften Vergleich zu unterziehen.

Es stört die herrschende Politik natürlich so einiges an der Partei und besonders an ihrem Umfeld. Verwiesen wird da z.B. auf das Treiben des von Skins angeführten Parteiumfeldes. Die fackeln gelegentlich Ausländerwohnheime und schon mal den einen oder anderen Obdachlosen ab, bemühen sich um die Errichtung von »ausländerfreien Zonen« und gehen auch mit Behinderten, Schwulen und »Zecken« – wie sie die Linken nennen – we-

nig zimperlich um. Dieser lokale Terror, mit dem Skins und rechtsextreme Kameradschaften praktisch aufzeigen, dass sie die Schwächung des Volkskörpers per »Durchrassung« und linke Unterwanderung nicht hinnehmen und der Tatenlosigkeit der Demokraten etwas entgegen setzen wollen, stört die herrschenden Parteien.

Und gar nicht tatenlos greifen die dann so ein, wie sie es sich immer schuldig sind, wenn die Ordnung gestört und das staatliche Gewaltmonopol angegriffen wird. Ganz besonders eklig werden sie, wenn sie darin eine explizite Verweigerung von Unterordnung unter die Staatsräson erkennen. Dann schlägt die Staatsgewalt zu, indem sie zwar nicht die politische Absicht, dafür aber um so unerbittlicher deren Durchführung als unerlaubte *Privatgewalt* kriminalisiert, die Täter kassiert und wegsperrt. *So,* stellt sie per Justizurteil klar, wird hierzulande das »Ausländerproblem« nicht gelöst! Diese politische Anmaßung »der Straße« haben die Demokraten im Griff. Dafür brauchen sie kein Parteiverbot – zumal sie in der regelmäßigen Distanzierung der Parteiführung der NPD von Gewalteskalationen ihres kahlköpfigen und durchaus nicht immer mit Parteibuch ausgestatteten Nachwuchses zusätzliche Schwierigkeiten für die Beweisführung sieht.

In einer anderen Hinsicht bereiten diese Rechtsextremen der Politik durchaus größere Sorgen. Zwar scheinen ihr die Warnungen übertrieben zu sein, dass sich das Treiben dieser Schlägertrupps nachteilig auf den Wirtschaftsstandort Deutschland auswirkt, der sich die Kalkulation mit der Benutzung fremdländischer Arbeitskräfte nicht durchkreuzen lassen will. Dafür sind die ökonomischen Standortvorteile im Osten und Westen der Republik zu eindeutig. Doch die Wirkungen auf ihren sonst einwandfreien *staatsmoralischen Ruf* will die Politik nicht hinnehmen. Ihre in Jahrzehnten aufgebaute und nicht nur per Erziehung gepflegte antifaschistische Staatsmoral möchte sie von neuen Nationaldemokraten, die als *Macht*konkurrenz kein Problem darstellen, nicht beschmutzen lassen. Die Riege demokratischer Politiker will im Ausland nicht schon weder mit misstrauischen Fragen konfrontiert werden – wobei es erst einmal gleichgültig ist, ob diese ernst gemeint oder nur als diplomatischer Versuchsballon gestartet sind. So etwas meint sie nach Jahrzehnten erfolgreicher Vergangenheitsbewältigung nicht mehr nötig zu haben.

Dagegen zeigt sie im Innern Flagge – immer zugleich bedacht auf die Wirkung, die dies vor allem im Osten Europas, in den der EU neu hinzugefügten Staaten, hat. Die Härte, die sie im Umgang mit Rechtsextremismus für angesagt hält, soll den Führern dieser Staaten, mit denen Europa sein Projekt stärken will, zeigen, dass sie ihren heimischen und in der Regel europafeindlichen Rechtsextremismus nicht unterschätzen darf. Der, mutmaßt

man, kann sich schon als praktische Störung im europäischen Einigungswerk geltend machen.[9]

Es ist also weniger das rohe Treiben der Skins, das Demokraten zu den Verbotsüberlegungen treibt, als vielmehr das gelegentliche öffentliche Zurschaustellen ihrer traditionellen Verbindung zu dem Hitlerverein von 1933-1945. Wenn der NPD-Nachwuchs mit blanken Springerstiefeln, ausgerüstet mit der alten Reichsfahne, eintätowierten Hakenkreuzen und Hitlergruß durch Deutschlands Hauptstraßen marschiert, dann gilt das als Beleidigung deutscher Nationalmoral, die ihre, an jedem einschlägigen Gedenktag demonstrativ zur Schau gestellte erfolgreiche Läuterung auch nicht durch ein öffentliches politisches Bekenntnis von faschistischen Gruppen zum bewältigten NS-System in Frage gestellt sehen will. Die stehen dann dafür, dass es immer noch Deutsche gibt, junge Deutsche zumal, die nicht wissen, wie sich der demokratische Nationalismus heute buchstabiert, und die deswegen deutsche Interessen beschädigen. Dass ein aufgeklärter und auf ökonomische Effektivität angelegter Nationalismus – er heißt heute Patriotismus – Ausländer nicht generell, sondern nur dann aus dem Lande wirft, wenn sie für den deutschen Standort nicht zu gebrauchen sind, wollen die neuen Nazis ebenso wenig einsehen wie die Kalkulation von demokratischen Staatsmännern mit Bündnissen aller Art, die ihnen als Mittel ihres nationalen Fortkommens taugen. Und dass für »diese Brüder«, zu denen sich im Übrigen immer mehr Schwestern gesellen, nach Maßgabe des Parteifinanzierungsgesetzes gutes deutsches Geld herausgerückt werden muss, wenn sie als Partei antreten, das leuchtet erst recht keinem deutschen Politiker ein. Weswegen die von Anfang an organisierte vollständige Überwachung der rechtsextremen Vereine durch den Verfassungsschutz vielen längst nicht ausreicht und sie das Verbot dieser Parteiungen fordern.

Es ist denn auch nicht das *politische* Wirken der NPD in Landtagen, mit dem sie und ihre Basis Anstoß erregen. Dort passen sie in den politischen Pluralismus von links bis rechtsaußen gut hinein.[10] Es ist vielmehr ihre *»Traditionspflege«*, die regelmäßig für störend erachtet wird. Mit der stellen sie sich explizit und demonstrativ gegen die Vergangenheitsbewältigung der deutschen Demokratie. Die hatte sich – im Unterschied etwa zu Japan oder Frankreich, die sich Jahrzehnte lang weigerten, »Schuld für Kriegsverbrechen« anzuerkennen – darauf verlegt, aus negativem Nationalismus ein neues nationales Aufbruchsprogramm abzuleiten. Nicht wenige aus den Reihen der schlichter gestrickten nationalen Demokraten hat diese

[9] Vgl. dazu die Entwicklung in Polen oder Ungarn (GS 3/2011).

[10] Vgl. dazu das nächste Kapitel.

verzwickte Form der demonstrativen Läuterung von Anfang an zutiefst irritiert. Die sahen und sehen bis heute nicht ein, wie man auf eine Nation stolz sein kann, die man selbst so abgrundtief schlechtmacht, indem man sie selbst eines fürchterlichen und sogar als singulär hingestellten Verbrechens bezichtigt. Ihnen leuchtet nicht ein, wie gerade aus dem Eingeständnis vergangener Verbrechen gegenwärtige Rechts- und Machtansprüche abgeleitet werden können. Neofaschistische Attacken gegen diesen vom Nachkriegsdeutschland berechnend betriebenen »Schuldkult« treffen also durchaus einen in der Bevölkerung vorhandenen Nationalismus. Sie kommen damit an und nehmen jede Gelegenheit wahr, ihn anzuprangern. Nationale Demokraten, ob organisiert oder nicht, mögen sich nämlich mit diesem umgekehrten Nationalismus partout nicht anfreunden, sondern halten daran fest, dass ein Deutscher auf Deutschland stolz sein kann und betonen wider die herrschenden Maßstäbe von *political correctness*, dass der nationalsozialistische Rechtsvorgänger durchaus noch hier und da als Vorbild für die deutsche Sache gelten kann. Und damit, besser: *allein* damit handeln sie sich jede Menge Ärger ein.

Denn inzwischen hat sich die Nachkriegstour bewährt: Aus der heuchlerischen Pflege ihrer Verantwortung für »das Geschehene« begründen die herrschenden Demokraten ihren neuen, sauberen Nationalismus. Der folgt der Logik, die besonders die Grünen beherrschen: »Wir können stolz auf eine Nation sein, die sich seit sechzig Jahren schämt.« Eben weil Deutschland seine Vergangenheit weder verleugnet noch schön redet, deshalb – so weiß man spätestens seit Fischers Begründung für die Teilnahme am Krieg gegen Serbien – ist das heutige Deutschland dazu prädestiniert, weltweit gegen Tyrannei und Despotie vorzugehen. Die deutsche Buße für Auschwitz besteht nach dieser Logik darin, dass Deutschland den moralischen Auftrag besitzt, alle Völker von Diktaturen zu befreien. Aus der öffentlich zelebrierten demokratischen Vergangenheitsbewältigung, mittels derer Deutschland sich selbst dauerhafte Verantwortung für die Taten des NS-Regimes zuschreibt, leitet es seine gegenwärtige und zukünftige weltweite Verantwortung, seine Pflicht zum weltweiten Engagement ab. Was ursprünglich einmal für die *Beschränkung* deutschen Machtgebrauchs stand – weil Deutschland in der Vergangenheit so schlimme Erfahrungen mit Krieg gemacht hat, deshalb soll nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen –, taugt heute als ideologische Begründung für die *Entschränkung* deutschen Machtgebrauchs. Jetzt heißt es: Weil wir so schlimme Erfahrungen mit Krieg gemacht haben, sind wir dazu verpflichtet, bei Gräueltaten in anderen Staaten nicht bloß zuzusehen und diplomatisch zu intervenieren, sondern auch militärisch einzugreifen. Deutsche Demokraten instrumentalisie-

ren auf diese Weise die NS-Vergangenheit und innenpolitische Bewältigung in der Außenpolitik dafür, die Durchsetzung ihrer eigenen nationalen Interessen moralisch zu legitimieren. Überall dort, wo sie sich an der Machtausübung fremder Herrschaften stören, kommen sie inzwischen nur immer ihrer *moralischen* Selbstverpflichtung nach.

Nach der intendierten Lesart dienen deutsche Militäreinsätze dann nicht zur Realisierung aktueller nationaler Interessen, sondern stehen für selbstlose Erledigung einer moralischen Pflicht, der Deutschland wegen seiner Vergangenheit nachkommen muss. Die Öffentlichkeit soll sich über diese Tour einleuchten lassen, dass Kriege nicht geführt werden, um konkurrierende, den eigenen imperialen Anspruch beschränkende bzw. durchkreuzende politische Souveräne zu entmachten, sondern nur um deren Völker qua Bombeneinsatz zu beschützen und zu befreien.

All dies geht den Nationaldemokraten schwer gegen den Strich und immer wieder löcken sie wider den Stachel. Wenn Faschisten Hitlers Geburtstag feiern, wenn sie den Holocaust leugnen, ihn in der Bombardierung Dresdens entdecken – das »Bombenholocausttheater« haben sich im Übrigen die regierenden Christdemokraten in Sachsen selbst eingebrockt, da sie es waren, die zur Abwechslung auch mal der deutschen Opfer gedenken wollten – oder wenn ihre Bodyguards aus der Skinheadszene sich auf einem jüdischen Friedhof austoben, dann verlangt die aufgeregte Öffentlichkeit, was Politikern ohnehin vorschwebt: die Zerschlagung der rechtsextremen Gruppierungen. Das ist insofern paradox, als die Heftigkeit der politischen und öffentlichen Reaktion auf entsprechende »Vorfälle« in keinem Verhältnis zu irgend einem tatsächlich angerichteten politischen Flurschaden steht. Nirgendwo gerät dadurch in Wirtschaft und Politik wirklich etwas durcheinander, zu irreversibel und erfolgreich hat sich Deutschland inzwischen als Macht etabliert.

Aber das ist auch gar nicht der Maßstab, der in der Verbotsdebatte angelegt wird. Zu einer Frage der *Staatssicherheit* wird das Treiben von rechtsextremen Parteien für die herrschenden Parteien allein dadurch, dass es ihrer anspruchsvollen Sichtweise zufolge den neuen Faschisten an *Respekt* fehlt. Und zwar an Respekt erstens vor dem, worin die *deutschen Erfolgswege* bestehen: was das Setzen auf Siege des Standorts in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ebenso einschließt wie die Bündnispolitik in und mit der EU oder der NATO; zweitens an Respekt vor dem, was heute *deutschnational* ist und was demzufolge der deutschen Volkseinheit zuzumuten ist: was die hoheitliche Entscheidung darüber einschließt, wo staatsnützliche Migration vorliegt und wo ausländische Volksschädlinge abgeschoben werden müssen; drittens an Respekt vor dem eingerichteten *Machtkartell*, das

sich weder durch die Eröffnung einer neuen *Konkurrenz* von Rechtsaußen die eingespielten Formen der Machtausübung innerhalb der Volksparteien durcheinander bringen lassen noch Abstriche an der Instrumentalisierung des Staatsvolks für die Ermächtigung *ihrer* demokratischen Herrschaft gefallen lassen will; und schließlich viertens an Respekt vor einer deutschen *Staatsmoral*, mit deren Hilfe sich die jahrzehntelang berechnend abgegebenen Schuldbekenntnisse ganz offensiv in außenpolitische Interventionsansprüche verwandeln lassen.[11]

Das reicht, um zusätzlich zu der *politischen Ausgrenzung* der Partei als »undemokratische« und »unmenschliche« Gruppierung, die den Kern der öffentlichen, agitatorischen Befassung mit den Neofaschisten darstellt, die Verbotsoption ins Spiel zu bringen. Fehlender Respekt in diesen vier Fragen ist eben für die herrschenden Demokraten kein Delikt, welches man übergehen könnte. Nun ist allerdings die Verbots*debatt*e und was in ihr an Gründen für die politische Ausgrenzung der NPD gesammelt wird, das eine. Der Verbots*antrag* ist das andere. Der ist Sache der Juristen, die ihn gemäß der Rechtslage möglichst wasserdicht zu formulieren haben. Und die lässt – eine Lehre aus Weimar – das Parteienverbot einerseits ausdrücklich zu und zwar unter dem Grundgesetzartikel 21, der vom »Parteienprivileg« und dem besonderen Schutz (!) der Parteien handelt (»Ihre Gründung ist frei«). Andererseits wollen die Verfassungsjuristen schon exakte Belege für die Unvereinbarkeit der NPD-Programmatik mit den Verfassungsgrundsätzen geliefert bekommen. Davon können Schily und Co. ein Lied singen, die mit ihrem Begehren 2003 bereits im Vorfeld gescheitert sind.[12]

Auch wenn das Funktionieren dieser Gesellschaft durch das Wirken der NPD in ihrem Funktionieren nicht erschüttert wird, wenn weder ausländisches Kapital deswegen den Standort meidet noch das Regieren dort, wo es die NPD bis ins Landesparlament geschafft hat, durcheinander gerät, weder sich großflächig »ausländerfreie Zonen« als faschistisch regierte Enklaven organisieren noch die gesellschaftliche (Gewalt-)Ordnung durch Übergriffe auf Ausländer praktisch untergraben wird, in der freiheitlichen Demokratie liegt die Latte für das vom Staatsvolk politisch verlangte Wohlverhalten höher. Ihren enttäuschten Nationalismus organisiert zu artikulieren und ihn als Partei einzubringen, die dann der herrschenden Politik ihren

[11] Während der Abfassung dieser Kapitel wurde die Zwickauer Zelle NSU entdeckt. Die Rechtsextremismusdebatte, die daraufhin einsetzte, radikalisiert den hier aufgezeigten Standpunkt. Näheres dazu im nächsten Kapitel, das sich auch dem »braunen Terror« widmet.

[12] Und zwar daran, dass als Zeugen wider die NPD V-Leute vom Verfassungsschutz aufgeboten waren, die als Funktionäre der Partei in höheren Positionen fungierten.

Respekt in zentralen Prinzipien der Nachkriegspolitik versagt, kann nicht zugelassen werden.

Die NPD hat aus all dem und auch aus dem ersten gescheiterten Verbotsantrag von 2003 ihre Schlüsse gezogen.

Kapitel 6: Faschismus heute

1. Der bemühte neue Realismus der NPD

Wer es zu seinem politischen Programm gemacht hat, vor einer politischen Machtergreifung durch neue Faschisten zu warnen, und dabei den Hitler-Faschismus von 1933-1945 schlicht auf die Gegenwart des 21. Jahrhunderts überträgt, also eine Diktatur mit der Einrichtung von KZ's für Muslime, Farbige und Linke und mit einer Umstellung auf Kriegswirtschaft wegen der Vorbereitung eines dritten Weltkriegs prognostiziert, der gibt zu verstehen, dass er die *mörderischen Besonderheiten* des historischen Faschismus zwischen 1933 und 1945 für den Begriff des Neofaschismus hält. So ungefähr stellt sich das für einen Teil der Antifa dar. Sie liegt in mehrfacher Hinsicht falsch. Denn auch faschistische Politiker bekommen mit, dass ihr geliebtes Deutschland *heute* ziemlich anders dasteht als das Deutschland von 1933. So »ewig gestrig« sind sie gar nicht. Sie geben sich keinen nostalgischen Träumen hin, sondern wollen mit einem Parteiprogramm für heute Wähler gewinnen. Wie soll ihnen da entgangen sein, dass Westdeutschlands Revanchismus mit der Annektierung der DDR aufgegangen ist, dass die Hauptfeinde der Faschisten, der (Sowjet-)Kommunismus und das »Weltjudentum«, als Widersacher ziemlich ausgedient haben,[1] dass das vereinigte Deutschland ökonomisch zu den Weltmächten gehört und nach innen lässig mit jenen Staatsfeinden fertig wird, welche auch von der NPD als solche ausgemacht werden: etwa mit verdächtigen Muslimen und Kommunisten. Wie sollte ihnen also entgangen sein, dass es jenes Deutschland, dessen Niedergang sie kommen sehen und deren Politiker sie des Verrats an der deutschen Sache bezichtigen, zu einer respektablen Mit-Weltmacht gebracht hat.

Deutsche Faschisten sind deswegen seit einiger Zeit im *Auftreten* als Bewegung bzw. als Partei und in der *programmatischen Kritik* der politischen und ökonomischen Erfolgsmittel, die die Demokraten zum Einsatz bringen, erkennbar zurückhaltender geworden. Sie sehen sich vor die Frage gestellt, ob sie ihren national-moralischen Rigorismus – alles Undeutsche zerstört Deutschland und weiht die Nation dem Untergang – mitsamt ihrem Idea-

[1] Zur Stellung der Neofaschisten zum Antisemitismus vgl. das nächste Unterkapitel.

lismus der politischen Macht *über* die offensichtlich doch ziemlich funktional und vor allem erfolgreich eingesetzten Mittel des demokratischen Kapitalismus stellen wollen, oder ob sie nicht dem Realismus der Macht, den die herrschenden Demokraten pflegen, wegen seines offenkundigen Erfolgs Konzessionen machen müssen.[2] Sie haben sich für Letzteres entschieden und ihrer Programmatik sowie dem Auftreten der Partei eine Modernisierung ihrer faschistischen Prinzipien verpasst.

So haben sie inzwischen Skins und Kameradschaften zurückgepfiffen. Die lassen sich, sofern sie denn auf diese Pfeife aus der NPD-Zentrale hören,[3] die Haare länger wachsen und vermeiden jenes martialische Auftreten besonders gegenüber »Minderheiten«, das ihnen außer Gerichtsprozessen und Märtyrern im Knast kaum etwas einbringt. Die demonstrative Umkehr offenbart sich besonders im Osten der Republik. Faschistische Werte werden zunehmend weniger *gegen* die herrschende Politik praktisch ins Feld geführt, sondern vermehrt als *konstruktiver* Beitrag demonstrativ gelebt: Neofaschistische Gruppierungen beteiligen sich am Bau von Kinderspielplätzen, organisieren Familienfeste, verteilen Süßigkeiten an Grundschüler und bieten Ferienlager für die Jugend an – nur für die rein deutsche Jugend, versteht sich. Die Werte »deutsche Familie«, »deutsche Jugend«, »deutsches Liedgut« etc. werden auf diese Weise praktisch-propagandistisch hochgehalten; was natürlich zugleich als Angriff gegen eine demokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik verstanden werden soll, die Teilen des nationalen Volks ein Leben als »Prekariat« verordnet, wodurch – der NPD zufolge – deutschen Familien ein deutschnational wertbewusstes Dasein verunmöglicht wird.

Dort wo die NPD als Fraktion in Landesparlamenten vertreten ist, hat sie die Frage, ob sie sich als obstruktive Kraft aufführt oder sich an die Regeln hält, derer sich eine Opposition heute in der Demokratie befleißigt, beantwortet. Sie hat sich – von Ausnahmen abgesehen – für den zweiten Weg ent-

---

[2] Dass von regierenden und opponierenden Demokraten durchaus eine ganz andere nationale Bilanz gezogen wird, belegt gerade diese Analyse: Gemessen am bereits erreichten Stand nationaler Geltung und ökonomischer Durchsetzung signalisieren ausbleibende Wachstumsraten und Euro-Krisen neben militärischer Inferiorität etc., dass der weitere Aufstieg Deutschlands zu einer führenden Weltmacht offensichtlich nicht automatisch so weitergeht, sondern mit etlichen Steinen gepflastert ist und deshalb mit verstärkten standortpolitischen Anstrengungen vorangetrieben werden muss.

[3] Es ist anzunehmen, dass der Bedeutungszuwachs der »Autonomen Nationalisten« als Reaktion auf diese Strategie der NPD zu erklären ist. Wie überhaupt die neue politische Linie innerhalb des gesamten rechtsextremistischen Lagers durchaus umstritten ist. Da gibt es immer wieder »Kameradschaften«, die Anschläge und Überfälle auf Ausländer, Obdachlose oder Linke nicht nur planen.

schieden. Das betrifft fast alle Abteilungen ihres politischen Wirkens. Ob ein unbedingtes Insistieren darauf, dass deutsche Arbeitsplätze nur den Deutschen zustehen – obwohl z.B. mit Millionen von »Gastarbeitern« ein »Wirtschaftswunder« geschaffen wurde –, die Nation wirklich stärkt, stellt sich ihr als Problem ebenso dar wie die Frage, ob ein kompromissloses Festhalten an wahrer Vollbeschäftigung Erfolge für Deutschland bringt, wo es die Republik immerhin mit steigenden Arbeitslosenzahlen zur ökonomischen Weltmacht gebracht hat. Und dass der Unternehmergewinn ausschließlich dem deutschen Volk zu dienen hat, ist eine Zielvorstellung, die die NPD angesichts der Tatsache, dass es Deutschland – mit seinen Wachstumserfolgen immerhin Nettozahler in der EU – zum Exportweltmeister gebracht hat, ebenfalls einer Überprüfung unterzieht. Es darf also nicht verwundern, dass beispielsweise die Anträge der NPD im sächsischen Landtag konstruktiv sind und sich der Freiheiten bedienen, die der Opposition in der Demokratie zustehen. Alles was die Regierungen beschließen, das *toppt* sie, ohne sich dabei mit dem Problem zu belasten, »wie denn das bezahlt werden soll«. Das wird ihr in guter parlamentarischer Weise dann von der Regierung vorgehalten; mehr Einwände kennt die nicht. Da will die sächsische NPD z.B. die Familienpolitik nicht auf den Kopf stellen, sondern nur das *Landeserziehungsgeld erhöhen*, will sie die Unternehmensgewinne nicht konfiszieren, sondern die Ausgaben *zur Rettung sächsischer* (!) *Unternehmen verdoppeln*, nicht Arbeitsdienste einführen, sondern *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verstärkt fördern* usw. Und wenn sie nicht den so genannten »Bombenholocaust«-Skandal inszeniert hätte, wäre niemandem in der Republik groß aufgefallen, dass da eine neofaschistische Fraktion sitzt. Mit dem tonnenweisen Verzehr von Kreide oder mit selbstverleugnerischen Tarn- und Täuschungsmanövern hat das ebenso wenig zu tun wie mit purem Opportunismus gegenüber einer Regierungspolitik, deren Wirken sich nicht so ohne Weiteres in die von den Faschisten angelegte Schablone vom Verrat an Deutschland pressen lässt.[4]

[4] Die in der NPD kursierende Parole »Augen zu und durch!«, mit der dafür geworben wird, »bis zur Machtübernahme« Konzessionen zu machen, die dem faschistischen Geist widersprechen, um dann nach der Machtergreifung mit dem »wahren Faschismus« herauszurücken, steht für eine Position, die sich in den politischen Auseinandersetzungen, die in den Programmkommissionen und in den theoretischen Zeitschriften der Rechtsextremen geführt werden, nicht wiederfindet. In den *Korrekturen* an den Programmen, die regelmäßig veröffentlicht werden, aber auch in den Programmpunkten lassen sich dafür ebenfalls keine Belege finden. Dafür kursiert so etwas an den faschistischen Stammtischen, an denen sich noch der alte und neue Rest an »Ewig-Gestrigen« versammelt.

Und studiert man die Programme der NPD, dann stellt man fest, dass sie inzwischen weder der Öffnung der nationalen Ökonomie zum Weltmarkt eine generelle Absage erteilt – »*Der internationale Handel ist eine notwendige Ergänzung* (!) *der heimischen Wirtschaftsbasis ...*« –, noch dass sie das kapitalistische Gewinnprinzip ganz nationalen Gesichtspunkten unterwerfen will – *»Die im kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftssystem florierende schrankenlose* (!) *Vermehrung des Geldkapitals durch Subventions-, Steuer-, Kredit- und Zinsprivilegien muss eingedämmt* (!) *werden.«* Sie befürwortet weder ein Programm, das allen Deutschen sofort Arbeitsplätze verschafft, damit die (deutsche) Arbeitslosigkeit aufhört – *»Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze sind zuerst* (!) *an Deutsche zu vergeben.«* –, noch will sie alles »*Fremdkapital*« aus Deutschland verjagen. Sie fürchtet das ausländische Kapital nicht, sondern erklärt*: »Die deutsche Wirtschaft einschließlich* (!) *der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen hat dem deutschen Volk ... zu dienen*«. Und auch Bündnissen erteilt sie keine generelle Absage mehr: *»Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel internationaler Großmachtpolitik sein. Daher fordert die NPD den Austritt aus der NATO und die Schaffung eines gesamteuropäischen (!) Sicherheitssystems.«* Diese neuen Faschisten *relativieren* ihren nationalistischen Rigorismus und machtpolitischen Idealismus an den *sichtbaren Erfolgen*, den der demokratische Kapitalismus der deutschen Nation eingetragen hat, ohne dabei jedoch den Verdacht ganz aufzugeben, die Demokraten an der Macht seien Vaterlandsverräter. Der bekommt jedoch einen neuen Inhalt: Die Nationaldemokraten stellen sich offenbar die Frage, ob deutsche Politiker eigentlich mit dem Machtzuwachs und dem Gewicht, das das Vaterland international längst schon wieder erreicht hat, adäquat umgehen; ob die erzielten nationalen Erfolge nicht als Grundlage wesentlich weitergehender Machtentfaltung benutzt werden müssten. So legen sie im jüngsten Parteiprogramm von 2010 den Verteidigungskampf um *»Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes«* sehr *offensiv* aus: Sie kündigen der *»Weltdiktatur des Großkapitals«* den Kampf an, fordern dazu auf, »*die Dominanz* (!) *der Finanzmärkte ... zu brechen«*, setzen sich dafür ein, dass *»an die Stelle eines ›EU-Europas‹ der Technokraten ein lebenskräftiges Europa der Völker* (tritt)«, streben *»eine Energieallianz mit Russland«* an und proklamieren, dass an die Stelle der *»von den Vereinigten Staaten dominierten NATO ... ein europäisches Sicherheitssystem, gegebenenfalls unter Einbeziehung Russlands«* (!), gesetzt werden muss.[5]

[5] Alle Zitate aus NPD-Programmen und Programm-Entwürfen von 2004 bis zum letzten Programm von 2010, das in der genannten Hinsicht weitere »Fortschritte« enthält. Be-

Als Verrat an der Sache des Volkes gilt ihnen zudem nach wie vor die Ausländerpolitik. Dort entdecken sie *»Überfremdung durch Einwanderung ... sowie kulturelle Überfremdung durch Amerikanisierung und Islamisierung*«. In diesem Punkt bleiben sie radikal: »*Die deutsche Volkssubstanz muss erhalten bleiben!«, »Ausländern ist die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern ... Rückkehrpflicht statt Bleiberecht«* – heißt in diplomatischer Fassung ihre ungebrochene Abschiebeforderung. So schwer sich Faschisten inzwischen tun, in Sozialpolitik, in Wirtschaftspolitik, in Außenwirtschaftspolitik, in Bündnis- und Militärpolitik Beweise für den *nationalen Untergang* zu finden, in der *Ausländerfrage* werden sie weiterhin fündig.[6] Dort, im Zentrum des *»Existenzkampfes um den Bestand unseres Volkes«*, sehen sie gefährdet, was Deutschland an Machtentfaltung nach dem Zweiten Weltkrieg politisch und ökonomisch zustande gebracht hat.

Die Konzessionen an den Realismus demokratischer Erfolgspolitik, die die NPD einerseits macht, wenn sie zu verstehen gibt, dass es ganz ohne etwas Europa, ohne Energie- und Militärbündnisse, Weltmarkt, Wachstum als Ziel und Arbeitslosigkeit wohl nicht geht, sind ihr andererseits der neue gute Grund, an ihrem Idealismus politischer Macht festzuhalten. Das Weltbild der Faschisten stellt sich heute so dar: Wenn schon Deutschland wieder neue Größe erreicht hat, dann muss es auch mit diesem Pfunde wuchern, statt es durch Gefährdung der Volkssubstanz aufs Spiel zu setzen.[7]

---

merkenswert ist dabei, dass mehrere Male eine Kooperation mit Russland erwogen wird. Das ist zum einen dem Antiamerikanismus der NPD geschuldet, zum anderen aber imponiert den NPDlern offenbar, wie das neue Russland unter Putin und Medwedew sich mit seinem Staatskapitalismus, mit machtvoller Innenpolitik und mit seinen großrussischen Ambitionen in den weltpolitischen Vordergrund schiebt.

[6] Allerdings macht es ihnen die demokratische Ausländerpolitik nicht gerade leicht, den Ausverkauf Deutschlands und die Gefährdung der deutschen Volkssubstanz ausfindig zu machen. Zu eindeutig ist das Interesse der Demokraten selbst, den Volkskörper, wenn zwar nicht *rein deutsch*, so doch für *rein deutsche Ziele* funktional zu halten.

[7] Zu bemerken ist heute korrespondierend ein Rechtsschwenk in der Politik der regierenden und opponierenden demokratischen Volksparteien, die mit den erreichten Erfolgen längst nicht zufrieden sind. Zwecks Absicherung und Ausbau des erreichten Status in der Welt bauen sie ihren Standort derart rigide zum nationalen Instrument imperialistischer Konkurrenz um, dass gelegentliche Anleihen bei der Praxis und erst recht bei der Argumentation faschistischer Politik unübersehbar werden. Demokraten propagieren ihren Nationalismus heute ganz offen, wo die Republik mit ihrer Erfolgsgeschichte die materielle Grundlage für ihren praktischen Nationalismus gelegt hat: Deutschland, heißt es, ist wieder wer und will das auch sein dürfen; schließlich hat es nach 60jähriger Entschuldigung ja wohl auch moralisch ein Recht drauf. In Wahlkämpfen wird unverhohlen damit geworben, dass das Volk sich auf noch mehr »Grausamkeiten« einstellen müsse, die einfach notwendig seien, um Deutschland wieder aus der »größten nationalen (Finanz-)

2. Der Antisemitismus der NPD

Unter der Überschrift *»Ein starkes Volk verdient zu leben!«* kursierte im Jahre 2008 ein Text innerhalb der NPD-Zirkel, der eine Revision der politischen Stellung zu Israel forderte. In ihm heißt es, nachdem die Überschrift im Text logisch konsequent fortgesetzt wurde – *»... und ein krankes zu sterben!«* –, unter anderem:

»Die Juden, es gibt sie noch. Ihre völkische Bewegung hat, unterstützt durch gut organisierte und mutig kämpfende paramilitärische Verbände, ihr Recht auf Leben erkämpft. Ein Staat wurde gegründet, fremde Elemente vertrieben (das Säuberungswerk dauert immer noch an) und seit nunmehr 60 Jahren verteidigt eine Armee von jungen jüdischen Mädel und Jungen, die ihres gleichen in der Welt sucht, Israel gegen alle seine Feinde. Mit immer wiederkehrenden Donnerschlägen hat sich Israel ein Recht auf Leben in der Gemeinschaft der Völker erkämpft. Kein Gebrabbel auf Transparenten und Weltnetseiten, nein, rauchende Kanonen und Gewehre, fallende und marschierende Soldaten und Soldatinnen schufen einen wehrhaften und starken Staat. Die Juden sind ein gesundes und starkes Volk, immer mehr von ihnen ziehen nach Israel. Hört auf sie zu bekämpfen. Im Gegenteil: Der ergreifende Prozess eines Volkes, das durch alle Schwierigkeiten zu sich selbst findet, muss unterstützt werden.«[8]

Der Text rief unter den neuen Nazis einige Verwirrung hervor und wurde heftig und kontrovers diskutiert. Einige von ihnen schlossen sich der Argumentation an, die im Übrigen mit Kritik an der NSDAP verbunden war, andere vermuteten darin ein Fake der Antifa und wieder andere äußerten den Verdacht, dass die junge Garde der Faschisten eines der zentralen ideologischen Elemente des Faschismus preisgeben wollte und verwiesen dar-

---

Krise der Nachkriegszeit« herauszuführen. Die CDU-Familienpolitik hat zwischenzeitlich damit geliebäugelt, jenen, die deutschen Nachwuchs produzieren, über ein Familienwahlrecht eine Art demokratisches Mutterkreuz zu verleihen. Das ist dann doch wieder aus dem Verkehr gezogen worden, stattdessen bescheidet man sich mit dem Elterngeld, das akademisch gebildeten Volksteilen die Kinderproduktion erleichtern soll. Und mit Hartz IV sind längst Beschäftigungsformen eingeführt, die der Form nach an den Arbeitsdienst erinnern. Eine Volkskontrolle als Schutz gegen – islamistische – Feinde des westlichen Systems ist nach 9/11 flächendeckend installiert. Gegen undeutschen Islamismus wird strafrechtlich vorgegangen, Kopftücher im Schuldienst und die Benutzung des Türkischen auf deutschen Schulhöfen verboten. So wird die demokratische Leitkultur zeitgemäß verbindlich und der NPD eine Wahlwerbung schwer gemacht, in der sie sich von regierenden Demokraten absetzen kann.

[8] http://nasofi.blogsport.com/2008/05/ein-starkes-volk. Ein größerer Ausschnitt aus dem Text findet sich im Materialanhang.

auf, dass das »Weltjudentum«, in dessen Händen sich das Finanzkapital befände, immer noch eine Gefahr für Deutschland sei. Fake hin, Fake her, die Urteile über den Staat Israel treffen einiges von dem, was seine Innen- und Außenpolitik auszeichnet. Eine vorurteilslose Prüfung durch Faschisten könnte in der Tat zum Befund führen, dass es sich bei ihm um den von ihnen gewünschten »starken Staat« handelt. Die Irritation ist nachvollziehbar. Störend ist für die neuen Nazis nur die feste Anbindung seines regionalen Imperialismus an Zielvorstellungen, die die USA im Nahen Osten mit militärischer Unterstützung der Israelis seit langem verfolgen.

Die Wirkkraft dieser Argumentation erklärt sich dadurch, dass der Antisemitismus seiner historischen Grundlage verlustig gegangen ist. Den im deutschen Volkskörper eingenisteten Juden, dem die NSDAP den »Niedergang Deutschlands« angelastet hat, können nicht einmal die verbohrtesten Faschisten entdecken. Ihr Antisemitismus besteht heute – fast – nur noch aus Nostalgie. Hitlers Ursachenforschung hatte einst zu dem Befund geführt, dass die Zerrissenheit des deutschen Volkes und damit der Verlust dieses zentralen Machtmittels vor allem einem inneren Feind anzulasten sei. Er konstruierte sich im Juden diesen inneren Feind, in welchem für ihn die »volkszersetzenden bolschewistischen Agitatoren« und die »vaterlandslosen Finanzkapitalisten« deswegen zu ein und demselben Widersacher verschmolzen, weil er im Judentum deren gemeinsamen Kern und damit den Fokus des deutschen Unglücks sah.[9] Die Ausrottung des Judentums im Holocaust war seine Konsequenz. An der Feindschafts*erklärung* gegen alles Jüdische haben neue Faschisten lange festgehalten, obwohl sie sich schwer damit getan haben, Hitlers Feindschafts*begründung* für das Deutschland der Nachkriegszeit nachzuvollziehen. Die Menschen jüdischen Glaubens, die den Holocaust überlebt hatten, zog es vielfach zum Staat Israel. Die zersetzenden Störenfriede sind für die Neonazis auch nicht mehr jüdische Menschen mit *deutschem* Pass, sondern die Masse verarmter und verfolgter *Ausländer* aller Herren Länder, darunter Gläubige aller möglichen Religionen und selbst von den neuen Nazis keiner bestimmten Rasse zuzurechnen, welche versuchen, in Deutschland zu überleben. Zwar machen NPD-Theoretiker immer wieder den Versuch, im »verjudeten Finanzkapital« den alten Feind zu identifizieren, doch will auch das nicht so recht gelingen, wo sich die Welt des Finanzkapitals mit Banken und Versicherungen, Fonds und Börsen, Hedgefonds und Währungsspekulanten bei allem Personalisierungsinteresse – heute erst recht – nicht mehr auf irgendein spezifisch durch Glauben, Herkunft oder sonstwas definiertes Führungspersonal reduzieren lässt.

[9] Vgl. Hecker, a.a.O., S. 127ff.

So bleibt der NPD als Rest ihres Antisemitismus der Angriff auf die Rolle, die ihrer Auffassung zufolge ein den Deutschen nach 1945 von außen »*verordneter Philosemitismus*« gespielt hat und immer noch spielt. Der deutschen Politik wird die Akzeptanz des Oktrois der »Schuldkultur« vorgeworfen, mit der der Holocaust von Feinden Deutschlands dreifach gegen deutsche Interessen instrumentalisiert würde: Zum einen würde – durch nachträgliche Umdeutung der NSDAP-Politik vermittels der »Auschwitzlüge« – den Deutschen jeder positive Bezug auf ihr Vaterland verwehrt, zum anderen Deutschlands Stellung in der Welt herabgesetzt und schließlich die Republik genötigt, sich den finanziellen Interessen des Staates Israel zu unterwerfen.[10] Doch ein wenig in Schwierigkeiten gerät die NPD in jüngster Zeit dadurch, dass sie die Islam-Gläubigen unter den Ausländern – wie auch die demokratische Politik – neuerdings zu ihren Hauptfeinden erklärt und sich damit politisch an der Seite des Staates Israel wiederfindet. Dem Motto folgend, dass die Feinde unserer Feinde unsere Freunde sind, arbeitet man sich deshalb in Kreisen der NPD – wie auch in zahlreichen europäischen rechtspopulistischen Parteien – zu dem Urteil vor, dass »Israel ein Bollwerk gegen den Islam« sei.[11] *Aktuelle* Feindschaftserklärungen kollidieren also mit der *Traditionspflege* in Sachen Antisemitismus, relativieren ihn und könnten es erklären, wenn es in Kreisen der NPD durchaus Verehrer des »gesunden und starken israelischen Volkes« gibt.

Es ist also auch in dieser Hinsicht falsch, die neuen Nationaldemokraten zu einer Neuauflage der »Hitlerei« zu erklären.

3. »Hitlers Fehler«

Selbst der Säulenheilige A. Hitler kommt in der NPD nicht mehr ungeschoren davon. Die studierten Nationaldemokraten vom Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) haben inzwischen über das »Dritte Reich« nachgedacht und herausgefunden, dass Hitler an seinem eigenen »Fundamentalismus«, besonders an seinen »sozialdarwinistischen« Übertreibungen, »gescheitert« sei: *»Seine Volksgemeinschaft schloss sozialdarwinistisch zu viele* (!)

[10] Sachlich gesehen wird umgekehrt ein Schuh draus: Die Vergangenheitsbewältigung mit der »Pflege der Schuldkultur« war neben den üppigen, außenpolitisch kalkulierten Zahlungen an Israel – und nicht, wie die NPD vorgibt, vornehmlich an Holocaust-Überlebende – die staatsmoralische Eintrittskarte in die von den Kriegssiegern beherrschte Staatenwelt. Dies hat sich bezahlt gemacht; weswegen von den angeführten drei Konsequenzen nichts bleibt.

[11] So NPD-Funktionär Christian Worch nach: www.fahnentraeger.com/index.php.

aus: Sozialisten, Aristokraten, konservative Offiziere, Kirchen, Vertreter der deutsch-jüdischen Symbiose, ›entartete‹ Künstler, Homosexuelle.«[12] Ihre *Kritik* an der NSDAP heißt im Klartext: Hitler hätte neben tatsächlichen Volksschädlingen und eindeutigen Nichtariern völlig unnötigerweise lauter bekennende Patrioten und andere gute Deutsche, die trotz anderer Lebensauffassung durchaus der deutschen Sache zugänglich und zuträglich gewesen wären,[13] »ausgeschlossen«.[14] Diese Jungfaschisten haben nicht nur an deutschen Stammtischen gut zugehört, an denen sogar »Ewig-Gestrige« den Hitler so mancher »Übertreibung in der Judenfrage« bezichtigen, sondern offensichtlich auch bei deutschen und ausländischen Historikern gelernt. Einige von ihnen waren schon immer der Auffassung, dass Hitler den Weltkrieg gewonnen hätte, wenn er die »Untermenschen und Vaterlandsverräter« statt in die Gaskammern an die Front geschickt hätte, was überdies, wie sie ausgerechnet haben, zusätzlich ungeheure logistische Kapazitäten – Transportmittel, Schienenwege, Baumaterial etc. – freigesetzt hätte;[15] ganz abgesehen davon, wie der Zweite Weltkrieg wohl ausgegangen wäre, wenn Hitler die »jüdische Intelligenz« zum Bau der kriegsentscheidenden Atombombe eingesammelt hätte, statt sie zu vertreiben, sodass dann die USA sie in Los Alamos kasernieren konnte.[16] Da können – auch – Faschisten geradezu ins Schwärmen geraten.

Der intellektuelle Nachwuchs der NPD kann sich heute einen modernen Faschismus durchaus mit gemäßigterem Rassismus vorstellen – aufgeschlossen gegenüber der Homosexualität, gegenüber moderner Kunst und »Negermusik«, gegenüber voll eingedeutschten Juden und gegenüber den

---

[12] Vgl. 5 Thesen des NHB zum Verbot der NPD; Text im Materialanhang.

[13] Homosexuelle Faschisten und Neofaschisten gab und gibt es immer wieder. Künstler können der deutschen Sache dienen, auch wenn sie nicht nur den Führer abpinseln, und dass es unter den Sozialisten viele sehr *nationale* Sozialisten gab, dafür sprach ohnehin der Name der Partei. Interessant ist deswegen nur, wer bei der Aufzählung *ausgelassen* worden ist: Kommunisten, Sinti, Roma und »reinrassige« Juden!

[14] Die Gaskammern als Form des »Ausschlusses aus dem Gemeinwesen« einzuordnen, ist zwar an Zynismus kaum zu überbieten, trifft aber durchaus die Absicht der »historischen« Faschisten: Volksreinheit war ihr Zweck und nicht Mord. Der war das Mittel.

[15] Vgl. dazu z.B. Th. Kenneally. Letzterer in: Schindlers Liste, München 1994, S. 133: An den Holocaust sei schwer zu glauben gewesen, *»weil es unvorstellbar schien, dass die Nationalsozialisten während eines Krieges auf Tod und Leben Tausende von kampffähigen Männern, dringend benötigte Waggons, die ohnehin überlastete Eisenbahn, eine beträchtliche Bürokratie, ganze Arsenale automatischer Waffen und Mengen von Munition, nicht zu reden vom technischen Aufwand in den Mordfabriken für die Vernichtung eines Gegners verwenden sollten, der weder militärisch noch wirtschaftlich von Bedeutung war, sondern einzig als ein Phantom in abartigen Hirnen spukte*.«

[16] Informativ dazu: R. Jungk, Heller als tausend Sonnen, Stuttgart o.J.

Kirchen, die bereits nach 1933 dem Führer keine Glaubenskonkurrenz machen wollten. Und da der deutsche Sozialismus eigentlich immer im Dienst an der Nation aufgegangen ist, gibt es für sie an ihm auch nur auszusetzen, dass er sich *früher* manchmal nicht deutlich genug von den Kommunisten abgesetzt hat und dass er *heute* »die deutschen Arbeiter« an die Multis verrät. Schließlich – so befindet das faschistische Geschichtsurteil – waren es gerade die deutschen Faschisten, die nach der »Machtergreifung« die »soziale Frage« mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen, Suppenküchen und mit rigoroser Beendigung jeder Bettelei wieder auf die nationale Tagesordnung gesetzt hatten. Ihr Faschismus, erklären sie treuherzig, käme inzwischen auch ganz ohne Holocaust aus. Und sie bewerten es heute gar als Zeichen von »Wirklichkeitsverlust«, wenn »der Antisemit überall die jüdische Weltverschwörung vermutet«. Sie ihrerseits hätten solchen Verschwörungstheorien abgeschworen und würden auch den »Sozialdarwinismus« nicht mehr in der Weise übertreiben, wie es Adolf selig gemacht hat. Bei völkischer Selektion würden sie schon Rücksicht auf den *patriotischen Willen* und die *nationale Verwendbarkeit* selbst jener Volksgenossen nehmen, die eigentlich nicht so ganz zur deutschen Art passen. Dass sie sich dabei von demokratischen Volkssortierungsprinzipien einiges abgeschaut haben, geben sie natürlich nicht zu.

All diese programmatischen Neuerungen nebst der von modernem Nationalismus durchdrungenen Abstandnahme von den »Verbrechen« des deutschen Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 nehmen jedoch vom Kernbestand des Faschismus nichts weg. Sie stehen nur für den Widerspruch, den ein Faschist zu bewältigen hat, wenn er in Deutschland, das sich auch für ihn erkennbar zu einer weltweit anerkannten Mittelmacht gemausert hat, eine Ordnung durchsetzen will, die er als Rettungsprogramm vor dem nationalen Untergang propagiert.

4. »Brauner Terror«: Enttäuschte Nationalisten auch noch von der NPD enttäuscht …

Zum »Faschismus heute« gehört aber auch jene Abteilung von Rechtsextremen, die, wie die Ende des Jahres 2011 enttarnte rechtsextreme Zelle »NSU« (National-Sozialistischer Untergrund) im Untergrund, aber gestützt durch einen rechtsextremen Obergrund in Gestalt von verbotenen und noch nicht verbotenen Kameradschaften, Heimatschutzbünden etc., Deutschland, ihre Heimat, von Ausländern säubern will. Diese Kommandos gehören ebenso wie die neu aufgestellte NPD zu jenem Faschismus dazu, den die Demokra-

tie hervorbringt. Sie sind gewissermaßen sogar noch einmal das Produkt ihrer eigenen Lieblingspartei: Der vom demokratischen Staat enttäuschte Nationalist, der das Leben mit Ausländern nicht aushält, der will nicht mit einer Partei um Wählerstimmen ringen, sondern der will die Ausländer in seiner Heimat loswerden. Es sind also die zusätzlich von der Politik der NPD enttäuschten Rechtsextremen, die sich dann für die Ausübung solcher Gewalttaten zusammentun. Der Übergang von der programmatischen Ausländerfeindschaft zur Zelle, die Ausländer und Migranten umbringt, ergibt sich aus einem *Fanatismus der Tat*. Stellt sich für sie die demokratische Ausländerpolitik als Verrat an der deutschen Volksidentität dar, so beklagen sie bei der NPD, mit der sie das *Urteil* über die Ausländer teilen, dass sie es ihrerseits nur bei Klagen belässt und den Worten keine *Taten* folgen lässt. Ihr Beschluss, sich selbst unter Preisgabe des gesamten bürgerlichen Alltags vom Untergrund aus praktisch diesem Ziel zu widmen, setzt voraus, dass man sich selbst – im wahrsten Sinne des Wortes – mit »Haut und Haaren«, also rücksichtslos, gegen jeden Rest von privat verfolgten materiellen Interessen dieses Ziel als alleinigen Lebensinhalt verordnet hat. Das ist im rechtsextremen Lager in der Tat etwas Neues, und die Politik weiß sofort, dass es sich um »braunen Terror« handelt. Da mögen Jungmannschaften in Springerstiefeln und mit Glatzen heimlich schon immer von Ähnlichem geträumt haben, doch nach der Demo war für sie regelmäßig wieder der Alltag mit Schule, Lehre, Job oder Hartz IV angesagt. In Gestalt der Zwickauer Zelle haben sie jetzt die Helden ihrer Träume.

... lösen neue Rechtsextremismusdebatte aus

Mit der nach der Selbstliquidierung der Zelle erfolgten Enttarnung beginnt eine öffentliche Debatte, die auch einen neuen Umgang mit dem Neofaschismus signalisiert. Regierung und Opposition widmen sich der Mordserie des NSU mit erhöhter Aufmerksamkeit. Eine Entschließung gegen den »braunen Terror« findet im Bundestag die Zustimmung *aller* Parteien. Ein Novum: Sogar einstimmig wird sie verabschiedet.[17] Und der von der Politik in Umlauf gebrachte Begriff des »*Terrors*«, der bislang für die Anarchisten der RAF und die Islamisten reserviert war, signalisiert ein dazu passendes Quidproquo: Politiker beurteilen die Mordanschläge, bei denen neun, vornehmlich türkische bzw. türkischstämmige Kleingewerbetreibende regelrecht hingerichtet wurden, als *Anschlag auf sich selbst*. Da ist nicht mehr nur von *politischer Feindschaft* die Rede, *die Staatsmacht* selbst sieht sich angegriffen.

[17] Bundestagsentschließung: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/077/1707771.pdf.

Die zentrale Aufmerksamkeit gilt deswegen auch nicht der Frage, die sonst jede Kriminalpolizei nach Mordanschlägen bewegt und auch unmittelbar nach jedem der Anschläge auf die türkischen Ladenbesitzer zunächst bewegt hat, als sie – auf der Suche nach Tat*motiven* – die Mafia, Drogenkriege oder Ehrenmorde ins Spiel brachte: Denn »das kennt man ja von denen«. Dabei drängt sich die Frage, wie es zu derart mörderischem Ausländerhass kommen kann, eigentlich unmittelbar auf. So einer Tat auf den Grund zu gehen, Ursachenforschung zu betreiben, um solche Anschläge in Zukunft zu vermeiden, das ist ein Anliegen, das sonst bei jeder Gelegenheit – wenngleich mit wenig überzeugenden Ergebnissen – öffentlich verfolgt wird: Bei der Jugendgewalt sind die bluttriefenden Videos und die schlägernden Eltern für die rohen Taten der Sprösslinge verantwortlich, die Kinderverführer mit oder ohne Soutane haben eine verkorkste Kindheit hinter und ein Leben im Zölibat vor sich und bei Vergewaltigungen werden allzu oft die Opfer selbst zu Schuldigen erklärt. Nichts davon im Fall der NSU. Die Aufmerksamkeit gilt allein der Frage: Wie kann es bei einem derart ausgebauten Staatsschutzapparat eigentlich möglich sein, dass drei, zunächst in Thüringen sogar observierte Rechtsextreme abtauchen und dann über sechs Jahre lang quer durch Deutschland ihre Mordspur ziehen? Nicht die Suche nach Gründen für den Ausländerhass, sondern allein das Erschrecken über ein »Staatsversagen«, das eine enorme Schlamperei der Staatsschutzorgane offenbaren würde, wird in der Presse vorgeführt. Selbst ein Abgrund von Behördenunvermögen wird offiziell zugestanden und ausgewalzt; lässt sich doch so die Notwendigkeit ableiten, mit neuen Mitteln – Vorratsdatenspeicherung, Verbunddateien, Abhörtechniken etc. – auf staatliche Extremistenjagd zu gehen. Kein rechtsextrem Auffälliger darf in Zukunft den zu neuer Kooperation willigen Staatsbehörden durch die Lappen gehen, gilt doch jeder von ihnen nach der Enttarnung des NSU als *potenzieller Terrorist*, der an Taten vor ihrer Ausführung gehindert werden muss. Was partiell schon für den »Linksextremismus« und den »Islamismus« eingeführt worden ist, soll jetzt auch gegen den Rechtsextremismus greifen – wobei es sich die zuständigen Behörden und Ministerien nicht nehmen lassen wollen, anlässlich dieses »Staatsversagens« noch einmal eine Schippe draufzulegen.[18] Denn eines will sich die deutsche Staatsgewalt mit all ihren

[18] Innenminister Friedrich war um neue Maßnahmen nicht verlegen: *»Innenminister will sämtliche Konten, Telefonverbindungen und Kontaktleute von Rechtsextremisten zentral erfassen ... und sie den Verfassungsschutzämtern sowie dem Militärischen Abschirmdienst (!) zugänglich machen ... Zu (den zu erfassenden) erweiterten Grunddaten gehören Telekommunikationsanschlüsse, Bankverbindungen, Fahrzeuge sowie besondere Fertigkeiten im Umgang mit Sprengstoff oder Waffen. Auch sollen all jene Orte*

Schutzbehörden nicht nachsagen lassen: dass sie gegen Feinde der Republik von links wie von rechts nicht mit all der Härte vorgeht, die sie aufbieten kann. An der Stärke des deutschen Staates, die sich nicht zuletzt gegen innere Feinde zu bewähren hat, darf es nirgendwo und schon gar nicht im Volk einen Zweifel geben.

Die tatsächlichen *Opfer* werden mit öffentlichem Mitleid, die Hinterbliebenen mit einer Einladung beim Bundespräsidenten und einer »Entschädigung« abgespeist. Es darf eben niemand im In- oder Ausland auf den gehässigen Gedanken verfallen, in Deutschland könnte der Rechtsextremismus – wieder – ungestraft morden. Dem türkischen Staat, der sich in solchen Angelegenheiten immer noch als Herr aller Deutschtürken versteht und damit den politischen Verdacht der hiesigen Herrschaft gegenüber den »Ausländern« erneut nährt, wird so erst gar keine Chance gegeben, sich weltöffentlich gegen Deutschland in Szene zu setzen.[19] Die demonstrative deutsche Opferumsorgung nahm ihm den Wind aus den Segeln.

Auch das NPD-Verbot wird wieder ins Spiel gebracht.[20] Die NPD wird als »Schutzraum« der Terrorzelle identifiziert. Die Gleichsetzung von NPD mit NSU ist damit auf den Weg gebracht: »Der rechte Terrorismus ist der

---

in der Datei gespeichert werden, an denen sich Verdächtige mit Gleichgesinnten treffen oder getroffen haben ... Geplant ist zudem ein Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus ...« (SZ, 29.11.2011)

[19] Vgl. dazu bei spiegel-online: *»Die Verbrechen dürften nicht einfach ›als Taten von Neonazis abgetan werden‹, sagte Erdogan am Dienstag vor den Abgeordneten seiner Regierungspartei AKP in Ankara. Dies berichtet die Nachrichtenagentur AFP ... In seiner Rede verband Erdogan seine Äußerungen über den Rechts-Terror in Deutschland mit einem erneuten Vorwurf gegen die Tätigkeit deutscher politischer Stiftungen und deutscher Kreditinstitute in der Türkei. Es gebe in Deutschland diverse Komplotte ›gegen die Türkei, Türken und Ausländer‹, sagte er. Im vergangenen Monat hatte Erdogan deutschen Institutionen immer wieder vorgeworfen, indirekt Gelder an die verbotene Rebellengruppe Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu schleusen. Nun sagte er, er habe das Thema bei seinem jüngsten Besuch in Berlin Anfang November mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) besprochen. Deutsche Behörden sollten prüfen, wem deutsche Kreditanstalten in der Türkei Geld zukommen ließen und wozu dieses Geld verwendet werde. Bei der Aufarbeitung des Rechts-Terrors könne sich die Bundesrepublik an der Türkei ein Beispiel nehmen, sagte der Ministerpräsident. Seine Regierung sei gegen illegale ›Organisationen innerhalb des Staates‹ vorgegangen. Damit spielte Erdogan auf die seit 2007 andauernden Ermittlungen gegen die mutmaßliche Verschwörergruppe Ergenekon an, die laut Staatsanwaltschaft einen Putsch gegen die Regierung plante. Rund 200 Offiziere der Armee stehen wegen des Verdachts auf Beteiligung an den Putschplänen vor Gericht.«* (www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,799240,00.html)

[20] Die Konferenz deutscher Innenminister fordert im Dezember 2011 das Verbot und setzt eine Kommission ein, die dafür sorgen soll, dass ein entsprechender Antrag nicht wieder durchfällt.

Dolch im parlamentarischen Gewand.« »Die NPD ist der Durchlauferhitzer für Gewalt.« (SZ) Und die Verbotsfrage wird sofort überführt in die V-Leute-Frage, an der der letzte Verbotsantrag gescheitert war: Rechte Kameraden als V(=Vertrauens)-Leute zu führen und zu bezahlen, die über NPD und andere Rechtsgruppierungen berichten, in denen sie selbst als Gesinnungstäter aktiv sind, wirft die bekannten delikaten Rechtsfragen auf. Ob die Staatsschutzorgane nicht doch auf dem rechten Auge blind seien, heißt es zudem in der Riege der Politiker – also nicht nur in linken Kreisen – ganz kritisch. Einmal abgesehen davon, dass damit zu verstehen gegeben wird, dass eine Schwäche auf dem linken Auge nicht zu entdecken ist und dass dies in Ordnung geht, ist dies die Aufforderung zu verstärktem Zuschlagen der Staatsgewalt: Wie bei den Linken!

Dennoch hat diese Rede von der »Rechtsblindheit« einen sachlichen Kern. Im Unterschied etwa zur RAF, die sich in ihren Aktionen und Publikationen als Staatsfeind zu erkennen gab, sind die rechtsextremen Kommandos, *»die durch die Orte stampfenden Rechten mitunter höchst gefährliche Staatsfreunde, aber eben doch Staatsfreunde*« – wie ein A. Zielcke in der SZ[21] korrekt vermerkt. Er hätte hinzufügen müssen: Es handelt sich um Freunde des deutschen Staates, sofern der ihrem faschistischen Ideal entsprechend für die Volkseinheit sorgt. Dass das Urteil dieser »Staatsfreunde« über eine durch Ausländer schwer bedrohte Nation nicht nur von braven Nationalisten, sondern auch von so manchem Bürger in Uniform geteilt wird, liegt auf der Hand. Der daraus folgende Schluss, im Einzelfall mit diesen »patriotischen Tätern« Nachsicht zu üben, wenn einem selbst schon durch Weisungen die Hände gebunden sind, ist nachzuvollziehen. Ebenfalls zutreffend ist die Bemerkung, dass die *»V-Leute auf geradezu gespenstisch-passende Weise die stille Übereinkunft zwischen Staatsmacht und gewaltbereiter Eigenmacht*« (SZ) der Rechtsextremen verkörpern, sodass sich fast die Frage stellen ließe, wer da eigentlich wen unterwandert. Dabei sollen die V-Leute das Material liefern, das per *Kriminalisierung* die juristische *Vernichtung* der politischen Partei ihrer Wahl erlaubt.

Wenn der Abzug der V-Leute bzw. ihre Entlassung aus Staatsdiensten als Vorbedingung für ein erfolgreicheres Verbotsbegehren gefordert wird, dann scheint man sich in den einschlägigen Kreisen sicher zu sein, dass die sofort per politischem Urteil hergestellte Verbindung zwischen der NPD und solchen Zellen im Untergrund allemal für eine gute Verbotsbegründung ausreicht. Der Anlass ist günstig und ob es mehr als ein Anlass ist, das wird dann das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Da mag sich die

[21] SZ 19.11.2011.

NPD in Gestalt ihres Vorsitzenden Holger Apfel noch so sehr von den »Döner-Morden« distanzieren und beteuern, dass es sich um eine »abscheuliche Tat einer schwerkriminellen Bande«[22] handele, es wird ihr wenig nützen. Ihr wird die Distanzierung nicht abgenommen, zumal findige Kriminalisten die Belege nachreichen, dass so einige NPD-Funktionäre früher ebenfalls den Baseballschläger geführt haben.[23] Den demokratischen Freunden des Parteienverbots reicht es jedoch, wenn sie vor dem Bundesverfassungsgericht irgendwie glaubhaft machen können, dass es sich bei der NPD um eine »Tarnorganisation« zur Deckung von Gewalttaten handelt. Ihr gründliches Studium der Begründung des Verbotsverfahrens von 2001/2003 hat sie gelehrt, dass sie dann nicht einmal alle V-Leute stilllegen und sich auch nicht der schon früher zum Scheitern verurteilten Anstrengung unterziehen müssten, am NPD-Programm die Unvereinbarkeit der Grundsätze dieser Partei mit der Verfassung nachzuweisen.[24]

Die eindeutige Verurteilung, mit der sich die NPD vom NSU absetzte, wird natürlich einer *Berechnung* gefolgt sein. Doch mit einer *Verleugnung* der eigenen politischen Vorstellungen hat sie nichts zu tun. Es wird in ihren Reihen hier und da sicher zu »klammheimlicher Freude« über die Anschläge gekommen sein, doch gehören die nicht zum ausländerpolitischen Teil des NPD-Programms. Die NPD will wirklich keine Neuauflage von rassistischem Morden inszenieren. Das passt nicht in ihr Vorhaben, sich parlamentarisch um Teilhabe an der Macht zu bewerben. Sie propagiert – bloß (!) – die »vollständige Rückführung der Ausländer in ihre Heimat«.[25]

Schnell zeigt sich, dass es nicht bei der Einleitung eines Verbotsverfahrens bleibt. Da die NPD zum »Durchlauferhitzer« des »braunen Terrors« erklärt wird, gerät automatisch mit der Partei das *gesamte rechtsextreme Umfeld* – das angeblich bis in die »Mitte der Gesellschaft« reichen soll – in den Verdacht, Terroristen und Mörder hervorzubringen. Die Zeiten, in denen Skins, die Ausländer mit Baseballschlägern traktierten, zwar »schwere

[22] National Zeitung, 18.11.2011.

[23] Bei den gelittenen Volksparteien heißt das »Jugendsünde«. Ein Steine werfender Frankfurter Flugplatzgegner durfte bekanntlich als Außenminister für Deutschlands endgültige Läuterung Ehre einlegen, was er als Propagandist »antifaschistischer Kriege« etwa gegen Serbien weidlich auszunutzen verstand.

[24] Vgl. SZ, 30.11.2011, in der H. Prantl geradezu begeistert diesem »Ausweg aus dem Dilemma« nachgeht.

[25] Eine Distanzierung von dem in jeder Ausländerpolitik – auch in der demokratischen – steckenden mörderischen Gehalt der Sortierung zwischen In- und Ausländern fällt ihr ebenso wenig ein wie den Demokraten. Wie auch, das Bedürfnis nach nationaler Identität in demokratischer und faschistischer Variante lebt von ihr.

Körperverletzung«, aber kein »politisches Motiv« nachgesagt wurde, sind vorbei. Das »Feindbild« gegen rechts wird geschärft, der Feind den anständigen Deutschen als »Gefahr« jeden Tag mit neuen Netzwerken und Ähnlichem vorgeführt und der Bürger wie zu Zeiten der RAF selig zur Enttarnung von allem, was nach (Rechts-)Extremismus aussieht, aufgefordert. So etwas fungiert zugleich als praktische »staatsbürgerliche Erziehung«: Staatsfeinde sind das nämlich allesamt! Die gehören sich nicht! Die gehören nicht zu unserer Demokratie! – so tönt es von BILD bis zur SZ. Darüber soll auch der rechtschaffene Nationalist, der sich – wohlgemerkt: am Stammtisch – nicht recht entscheiden kann, ob es besser ist, Türken umzubringen oder mordende Rechtsextremisten auszuschalten, wieder auf Kurs gebracht werden: »Was ihr zu den Ausländern zu denken und wie ihr mit denen dann umzugehen habt, das erfahrt ihr jeweils von uns, den herrschenden Demokraten, nicht von der NPD. Es gibt nach wie vor nützliche Ausländer und welche, die uns ausnützen. Wer das nicht begreift und akzeptiert, ist in Gefahr, ein Staatsfeind zu werden!« Und wo solche Ansagen nichts nützen, da werden andere »Erziehungsmittel« zum Einsatz kommen, um abtrünnig werdende Volksteile – vor allem aus der Jugend – wieder heim ins demokratisch regierte »Reich« zu holen.

Die linke Antifa nimmt die Entdeckung dieser Zelle einerseits als Beleg für ihre politische Sicht der deutschen Dinge. Sie sieht schon wieder die SA-Horden raubend und mordend durch die Straßen ziehen. Andererseits ist sie wieder einmal ziemlich irritiert, weil doch jene demokratische Politik, der sie faschistoide Tendenzen, zumindest aber Blindheit auf dem rechten Auge vorwirft, geschlossen zum Großangriff auf den Rechtsextremismus bläst. Erneut mangelt es in ihren Reihen nicht an falschen Erklärungen dafür: So wird z.B. die neue politische Entschlossenheit der Demokraten zur Ablenkung von der Euro-Krise erklärt. Sicherlich wird die Kampagne der aufgeregten Staatshüter wieder einmal als Erfolg der Antifa ausgegeben, wobei die übersehen muss, dass die neu gegen den »rechtsextremistischen Sumpf« vorgeschlagenen Maßnahmen für die Linke und für Muslime immer schon bereit standen. So bewegt sich die Antifa zwischen zwei auf den ersten Blick widersprüchlichen Fehlurteilen über demokratische Politik hin und her: Einerseits soll diese faschistoid denaturiert sein, andererseits wird ihr attestiert, von der linken Antifa lernen zu können. Ein zweiter Blick zeigt, dass der zentrale Fehler der linken Antifa, ihre idealistische Demokratiekritik, die beiden falschen Urteile einschließt: Wer der *real existierenden* Demokratie die Abweichung von der *eigentlichen* Demokratie vorhält, der bewegt sich ständig zwischen Hoffnung und Enttäuschung, zwischen Wahn und Wirklichkeit. Das bedarf der genaueren Analyse.

Kapitel 7: Der Fehler der linken Antifaschisten[1]

1. Parteinahme für die demokratische gegen die faschistische Variante bürgerlicher Herrschaft

Neben dem offiziellen Antifaschismus der Nachkriegsrepublik gab und gibt es den »linken« bzw. »autonomen Antifaschismus« in Deutschland. Der offizielle Antifaschismus errichtete eine »wehrhafte Demokratie« nach innen, die allen vom sehr eng gefassten demokratischen Konsens abweichenden Parteien das Etikett »extremistisch« verpasste, die die Ausschaltung jeder gewichtigen Opposition »die Lehren von Weimar« nannte und darin an den Antikommunismus des Reichsvorgängers anknüpfte, die sich nach innen propagandistisch in der Einschwörung des Volkes auf das »demokratische Wertesystem« mit seiner »sozialen Marktwirtschaft«, welche überhaupt *das* Bollwerk gegen »Totalitarismus« sein sollte, erschöpfte und die nach außen den Eindruck der durch die Niederlage geläuterten deutschen Staatsmacht vermitteln sollte.

Der linke Antifaschismus begann mit den Ostermärschen der VVN und der DKP. Denen reichte der offizielle Antifaschismus nicht. Sie warfen auf ihren Märschen, in völliger Verkennung des politischen Zwecks der demokratischen Distanzierung vom Hitler-Regime, regelmäßig den Adenauers, Erhards oder Kiesingers »Unglaubwürdigkeit« vor, weil diese gern auf Altfaschisten, die in Staatsgeschäften bewandert waren – wie z.B. die Lübkes, Filbingers, Globkes und Oberländers –, zurückgriffen. Überall entdeckten sie deswegen Zeugnisse für eine unvollständige »Entnazifizierung« oder eine sich bereits wieder neu formierende »braune Gefahr«. Als die besten, die wahren und die eigentlichen Entnazifizierer dienten sie sich der Nachkriegsdemokratie immer wieder mit Petitionen und Unterschriftenlisten an, in denen die Entfernung von Altnazis aus den neuen Staatsämtern gefordert wurde. Die Braunbücher der DDR, in der man diese falsche Klage teilte, lieferten hinreichendes Material für dieses Anliegen. Obwohl man eigentlich kaum deutlicher dokumentieren kann, dass man gegen den Nachkriegskapitalismus dieses Staates nichts einzuwenden hat, wenn der nur von garantiert

[1] Das nachfolgende Kapitel benutzt Teile aus F. Huisken, Brandstifter als Feuerwehr. Hamburg 2001, S. 155ff.

sauberen Politikern betrieben wird, kamen sie bei diesem nie gut an, sondern waren permanentem Kommunismusverdacht ausgesetzt. Das hielt sie nicht davon ab, ausgerechnet jenen Nachkriegsregierungen, die es für nützlich hielten, die Bundeswehr mit den Fachleuten der alten Wehrmacht aufzubauen, Jahr für Jahr vorzuwerfen, sie würden gegen den Staatsauftrag der neuen deutschen Demokratie verstoßen, die Verfassung mit Füßen treten und die falschen Lehren aus Weimar ziehen. Auf die Idee, dass alte *Faschisten* vielleicht auch in neuen *demokratischen* Ämtern gute Dienste leisten können, und dass umgekehrt in der Wolle gefärbte vaterlandsliebende Demokraten ganz ohne braune Vergangenheit zu allerhand faschistischen Urteilen und politischen Schlussfolgerungen fähig sein können, sind sie bis heute nicht gekommen. Kein Wunder, denn sie sind die einzigen, die die antifaschistische Staats*moral* ernst genommen haben – zusammen mit allen Ideologien über den Gegensatz von Demokratie und Faschismus, über die demokratischen Politiker als die berufenen Wächter über eine saubere Republik und über die »Schuld«, die »wir Deutschen auf uns« geladen haben.

Ihr Erbe verwalten heute noch jene linken bzw. autonomen »Antifas«, die sich erst mit den Exzessen demokratischer Ausländerpolitik und dem sie begleitenden Aufschwung der Skin-Bewegung in den 1980er Jahren gebildet haben. Dem *Inhalt* ihrer politischen Praxis ist zu entnehmen, dass auch sie gelehrige Schüler jener antifaschistischen Nachkriegserziehung sind, derzufolge die neue deutsche Republik überhaupt nur dadurch in Misskredit geraten kann, dass »*auf* ihrem Boden wieder Faschismus entsteht« und dass »*von* ihrem Boden aus« erneut Faschistisches ausgeht. Ihre Kritik verdeutlicht, dass sie weder den Ostermärschen von DKP, VVN usw. noch antirassistischen Lichterketten oder multikulturellen Straßenfesten sehr viel abgewinnen konnten. Sie hatten sich ein anderes Ziel gesetzt: »Kein Fußbreit den Faschisten«. Und da sie schnell am eigenen Leibe erfuhren, dass der Staat keineswegs gewillt war, angesichts ihrer so lauteren Absichten über die »Unordnung« hinwegzusehen, die sich regelmäßig einstellte, wenn Antifas auf Neonazis stießen, wurden sie zusätzlich *demokratiekritisch*. Ihre Kritik radikalisiert dabei den Fehler ihrer Vorgänger und dreht ihn um. Sie prangern keinen vermeintlichen Widerspruch zwischen alten Faschisten in führenden Positionen und der neuen Demokratie an, sondern verfertigen aus dem Befund, dass der demokratische Staat seiner antifaschistischen Verantwortung nicht entspricht, das umgekehrte Urteil: Es könne die herrschende Demokratie *nicht die wahre Demokratie* sein, wenn sie Altfaschisten in Dienst nimmt und das Entstehen von neuen faschistischen Gruppierungen zulässt. Aus der idealistischen Staatskritik, die das Handeln von Politikern an Maßstäben misst, die gar nicht ihre wirklichen sind, verfertigen sie – vermittels

eines weiteren Fehlschlusses – den Verdacht, die neue Demokratie sei selbst vom Faschismus kontaminiert. Darüber hat sich bis heute innerhalb dieses Lagers die Theorie festgesetzt, dass es durchaus »bald wieder so weit sein könne«. Dass die wahre Demokratie von ihren Feinden untergraben sei, beweise die Existenz von neofaschistischen Parteien und Organisationen. Und an diesem Befund ändert – so die Antifa – auch die Tatsache nichts, dass sich die Erfolge von neofaschistischen Parteien zumeist unterhalb der 5%-Klausel bewegen. Ihr Beweis lautet: Auch »damals« habe »es« schließlich ganz klein angefangen.

Neben dem politischen bekommt bei ihnen auch das ökonomische System, der Kapitalismus, sein Fett ab. Der ist bei den Antifas – sie rechnen sich der politischen Linken zu – ohnehin wegen der Armut in der Dritten Welt, des Nord-Süd-Gefälles, der Umweltzerstörung und der Globalisierung, also gerade *nicht* wegen des bestimmten *Produktionsverhältnisses*, sondern wegen *böser Absichten* und vornehmlich schädlicher *Wirkungen* moralisch in die Schusslinie geraten. Und da der Kapitalismus bei ihnen zudem im Verdacht steht, sich des Faschismus zu bedienen, wenn ihm denn eine Krise oder ähnliches drohe,[2] mussten Antifas nur zwei und zwei zusammenrechnen, um zu ihrem aktuellen Weltbild zu gelangen: Wenn die Demokratie, dieser eigentliche Schutz vor Faschismus und ungestörtem Wüten des Kapitalismus, immer weniger gegen seine Unterwanderung unternimmt, dann fehlt jedes Bollwerk gegen das Böse, dann kann sich der Kapitalismus vermittels des faschistischen Systems ungebremst durchsetzen.

Wer sich als Antifa dieses Weltbild zu eigen gemacht hat, der weiß sich bei jeder Aktion, mit der er Neonazis aus »seinem Viertel« vertreiben, von Glatzen zu »national befreiten Zonen« deklarierte Straßen zurückerobern oder bei einer NPD-Demo mit Gegenpräsenz auf »die Gefahr« und dass es »schon wieder so weit ist«, verweisen will, als Retter bzw. Wegbereiter der wahren (Volks-)Demokratie. Auf völliges Unverständnis stößt bei ihm deshalb die Frage, worin die Freiheit besteht, die sie mit dem Vertreiben von Glatzen aus Straßen, Vierteln oder Dörfern erkämpfen wollen. Dabei ist diese Frage mehr als berechtigt. So ein Sieg bestünde allein darin, dass die Faschisten nur ein vom kapitalistischen Privateigentum und vom bürgerlichen Rechtsstaat längst besetztes Gebiet zu räumen hätten; denn nirgendwo haben Neofaschisten Enklaven gebildet und in ihnen kapitalistische Konkurrenz und demokratisches Recht außer Kraft gesetzt. Vielleicht gilt es ja der Antifa als Sieg, wenn sich Ausländern, die früher bei der Suche nach Billig-

[2] Vgl. zur Kritik an dieser Theorie von Dimitroff: Hecker, Der Faschismus..., S. 305ff.

unterkunft und Gelegenheitsarbeit einen Bogen um so ein Viertel gemacht haben, dort jetzt »neue Chancen« als Billigjobber oder Schwarzarbeiter eröffnen. Dass in diesem Straßenzug dann weiterhin das Recht auf Privateigentum, das Gesetz des Geldes und damit das der Rentabilität in der Benutzung von Privateigentum per Staatsgewalt Gültigkeit besitzen, dass sich also an der Lage, in die das herrschende System auch den Antifaschisten gesetzt hat, gar nichts ändert, schmälert die Siege dieser aufrechten Menschen nicht. Es scheint sie also angesichts ihrer Siege nicht groß zu stören, dass in einem Straßenzug, in den sich nun die Skins nicht mehr wagen, weiterhin und ungebrochen die demokratische Freiheit in Gestalt von Mietwucher, von Steuern, steigenden Warenpreisen, von Staatsgesetzen gegen Eigentumsübertretungen oder gegen Asylbetrug herrscht. Was der Kapitalismus in so einem Viertel anstellt, das ist nicht ihr Problem – wenigstens nicht ihr erstes. Sie scheinen die Einbildung zu pflegen, dass sie und ihre Mannschaften im Viertel die Herren wären, wenn die Faschos ihnen nicht mehr ihre Läden, Kneipen und Versammlungsräume demolieren würden. Denn daraus, dass die Ordnungskräfte der Demokratie ihre Einrichtungen nicht *schützen*, sondern frühestens dann eingreifen, wenn sie ein kriminelles Delikt wie »Einbruch«, »Diebstahl«, »Sachbeschädigung« oder »Vandalismus« feststellen, ist in gekonnter Verdrehung tatsächlicher »Kräfteverhältnisse« schnell das Fehlurteil verfertigt, die Antifa hätte mit den Faschos zugleich deren Sympathisanten – das sind für sie die staatlichen Ordnungshüter: »Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!« – vertrieben.

Jede ihrer Aktivitäten verstehen sie zugleich als *Warnung*. Die Bevölkerung soll merken, dass in Deutschland wieder die »braune Gefahr« wächst. Unermüdlich weisen die Antifas in ihren Zeitschriften und Flugblättern nach, wo sich welche neuen Nazis in welcher Zahl wieder breitmachen, decken ihre internationalen Vernetzungen auf, rekonstruieren Auflösungen und Neugründungen von Organisationen der Rechten, enthüllen personelle Verflechtungen von neofaschistischen mit bürgerlichen Presseorganen, demokratischen Parteien, Stiftungen, Verbindungen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie sind so sehr von der antifaschistischen Gesinnung des demokratisch erzogenen Volkes überzeugt, dass sie sich darüber glatt jedes *Argument* gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus ersparen. Deren Kritik ist immer schon unterstellt – im Übrigen auch bei ihnen selber. Deswegen erschöpft sich ihre Agitation im Deuten auf die »braunen Umtriebe« und deswegen halten sie solche armseligen Enthüllungen bereits für überzeugend.

Bis heute ergreifen Antifas auf diese Weise theoretisch und praktisch in der – hierzulande entschiedenen – Konkurrenz zwischen den zwei Varian-

ten bürgerlicher Herrschaft *Partei*. Sie treten gegen die faschistische Variante an, die sich erfolglos um Teilhabe an der Macht bemüht, und nehmen damit Partei für die demokratische Variante. Dabei streiten sie eine Parteinahme für die Demokratie gar nicht ab. Nur wehren sie sich gegen die Behauptung, dabei der *real existierenden* deutschen Demokratie auf den Leim gegangen zu sein. Sie möchten ihre Politik vielmehr als Schritt auf dem Weg zur *wahren* Demokratie gewertet wissen, die die von ihnen wenig geliebte herrschende, vielleicht sogar schon faschistisch unterwanderte Form der Demokratie zu überwinden hat.

Diese feinsinnige Sortierung der Demokratie nach eigentlicher und uneigentlicher stürzt sie immer dann in eine Sinnkrise, wenn die Regierungen, die für sie auf dem rechten Auge blind sind, *gegen* den Rechtsextremismus mit üppigen Kampagnen und Verbotsinitiativen zu Felde ziehen:

2. Antifa in der Sinnkrise

Da haben die Antifas seit geraumer Zeit auf die »rechte bzw. faschistische Gefahr« aufmerksam gemacht, haben schon mal »ausländerfreie Zonen« von den Neonazis zurück erkämpft, waren immer mit einer Gegendemonstration zur Stelle, wenn die NPD oder irgendwelche »Kameradschaften« sich gegen einen Abgrund von Landesverrat aufstellten, und forderten regelmäßig das NPD-Verbot, ohne bei der Politik damit auf Gegenliebe zu stoßen. Deshalb haben sie als ziemlich *enttäuschte Demokraten* der deutschen Justiz Kumpanei mit den Neofaschisten vorgeworfen, haben mit Empörung festgestellt, dass Demos der Neofaschisten von der Polizei geschützt, sie selbst dagegen, die um das saubere Deutschland besorgten Antifaschisten, verfolgt wurden, und dass in so manchem Landes- oder Kommunalparlament etablierte Parteien nichts gegen Zustimmung von der NPD, der DVU oder den Reps einzuwenden hatten. Und dann passiert etwas Unerwartetes: Regierende Parteien, an denen die Antifas kein wahres demokratisches Haar lassen wollten, nehmen ihnen die Arbeit ab und machen sich immer mal wieder[3] mit enormem Aufwand an Staatsgewalt und ziemlicher Unerbittlichkeit an jene »Drecksarbeit«, deren Erledigung die Antifas diesem »Polizeistaat« nie mehr zugetraut hätten. So muss es wenigstens dem

[3] Die Schröder-Regierung war es z.B., die im Jahre 2000 eine Kampagne gegen den Rechtsextremismus begonnen hatte. Vgl. dazu F. Huisken, Brandstifter als Feuerwehr, Hamburg 2001. Und 2011ff. ist es die Enttarnung des NSU, die die Merkel-Regierung zu neuen Anti-Terrormaßnahmen gegen Rechtsextreme anregt.

verstörten linken Antifaschisten immer wieder erscheinen: Die »befreiten Zonen«, um die sich die Faschos, Antifas und Anti-Antifas Scharmützel liefern, werden von Sonderpolizeieinheiten aufgemischt, die Vernetzungsenthüllungen der Antifa lassen sich in jeder großen Tageszeitung nachlesen, Demos von Glatzen und der NPD werden untersagt und die Verbotsoption nach gescheitertem Antrag immer wieder neu in die Debatte gebracht. Und das, wo es sich nach wie vor um dieselbe Republik, um dieselben demokratischen Parteien mit denselben Programmen und sogar um dieselben Politiker handelt, die sie bisher als Schutzmacht der Neofaschisten und als Gegner ihrer politischen Aktivitäten eingeordnet hatten.

Wie ist das möglich, fragen sie, und stellen erstaunt fest: *»Inzwischen ist es nämlich durchaus kompatibel geworden, dass sich jemand ganz offen Antinazi oder Antifaschist nennen kann und gleichzeitig auch offen rassistische Politik betreibt. Wie so etwas möglich ist, darauf gibt es noch keine richtigen Antworten, sondern eher Fragen.«*[4]

Eine Reihe von Antworten ist im Laufe der Jahre vorgelegt worden:

So klärt eine Fraktion darüber auf, dass die ganzen Kampagnen gegen die Rechten *eigentlich* nur gegen die *Linken* im Lande gerichtet sind. Nach dem Muster, dass doch ein faschistoider Staat nie und nimmer gegen die Rechten mobil machen wird, lüften sie wahnhaft das Geheimnis einer groß angelegten verdeckten Operation: Wenn das Versammlungs- und Demonstrationsrecht eingeschränkt, die Überwachungssysteme ausgebaut, polizeiliche Eingreiftruppen eingerichtet werden – also lauter Maßnahmen, die in der Tat auch gegen Linke zum Einsatz kommen –, wenn Polizisten nach wie vor auf den Demos die Glatzen von den Antifas trennen, wenn der staatliche Antifaschismus die linken Antifas also gar nicht politisch ins Recht setzt, sogar Repression und Verfahren gegen die linke Antifa einfach weiterlaufen, dann *kann* sich die ganze Staatskampagne letztlich nur gegen die Linken richten. So titelt denn ein Blatt programmatisch: »Staatlicher Antifaschismus: ›Der Feind steht links!‹« Und ein anderes ergänzt: »Rechts antäuschen und links zuschlagen.«[5] Dass der bürgerliche Staat durchaus mit

---

[4] Alle nachfolgenden Zitate sind Zeitungen, Zeitschriften und Flugblättern der Antifa aus den Jahren 2000ff. entnommen. Sie stammen aus: Zeck-Hamburg, Bambule-Bremen, Schanzenviertel Infotage-Hamburg, Pro.K-München, Weltrevolution-Berlin, Schlagnach-Bielefeld, interim-Berlin, aib, Antifa-Nachrichten, ak, arbeitermacht, Antifa-Plenum-Braunschweig, fight-back-Braunschweig. Die Einzelnachweise erspare ich mir.

[5] Den Gipfel dieses Wahnsystems erklimmen nicht zufällig linke Arbeiterfreunde von der »arbeitermacht«. Abgeklärt klären sie uns auf: *»Machen wir uns nichts vor. Das Gespenst (!) des Rechtsextremismus, das derzeit durch die Gazetten spukt (!), ist ein willkommener Anlass für die herrschende Klasse, sich in weiser Voraussicht auf die an-*

ein und derselben Kampagne gegen beide Positionen, gegen die Linken wie die Rechtsextremen, vorgeht, weil er beide – sie fallen für ihn gleichermaßen unter unerwünschten Extremismus – am liebsten zerschlagen würde, passt nicht in das Weltbild von Verschwörungstheoretikern.

Eine andere Fraktion besteht ganz umgekehrt darauf, dass solche Staatskampagnen für eine *Revision* der Politik stehen, die auf dem Erfolgskonto der Antifa verbucht werden darf. Die jahrelange Arbeit der Antifa habe auch der politischen Elite endlich die Augen geöffnet, sodass diese nun selbst »*die rechte Gefahr*« entdeckt hat: *»Hier ist uns unser Handlungsansatz plötzlich und unvermutet von staatlicher Seite abgenommen* (!) *worden, was uns natürlich erst einmal ins Leere laufen ließ.«* Ein wenig schmollend ob der Missachtung ihrer »*Vorreiterrolle*« konstatiert die linke Antifa: »*Die öffentliche Diskussion ist aufgesetzt* (weil nicht so von Herzen kommend wie bei der Antifa, sondern nachgemacht; FH), *unehrlich* (weil der wahre Protagonist, die Antifa, nicht genannt wird; FH) *und kommt viel zu spät* (gut, dass wenigstens die Antifa früh dran war; FH), *früher hat es immer keinen interessiert, als die Antifa als erste auf die Gefährlichkeit der Nazis hingewiesen hat*.« Doch darf man sich natürlich nicht in die Schmollecke zurückziehen: »*... gilt es derzeit, sich nicht selbstbeweihräuchernd auf die eigene Vorreiterrolle zurückzuziehen, sondern den Versuch zu wagen, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu beeinflussen und Teile der längst* (an die Rechten) *verloren geglaubten Hegemonie wieder zurück zu gewinnen.«* Gröber kann die Fehldeutung dieser im Namen des Antifaschismus organisierten Staatskampagne zur nationalistischen Volksumerziehung kaum noch ausfallen. Dass das »Anti-« des Staates einen anderen politischen Gehalt besitzen könnte als ihr »Anti-«, fällt ihnen erst einmal nicht ein: Anti-Faschismus ist eben Anti-Faschismus. Dass mit dem staatlichen »Anti« vielleicht Anliegen verfolgt werden, die gar nicht dem Faschismus, sondern nur einem störenden völkischen Nationalismus im Volk gelten, der durch den demokratischen, weltoffenen Nationalismus ersetzt werden soll, kommt der linken Antifa

---

stehenden Krisenmaßnahmen und die dadurch drohenden Konfrontationen mit ihrem wirklichen Feind, der Arbeiterklasse bereits im Vorfeld zu wappnen ... (Es werden) die jüngsten repressiven Maßnahmen die neonazistische Scheinblüte überdauern und erst dann voll wirksam werden, wenn die Arbeiterklasse (und nicht jener Haufen zu kurz gekommener Skinheads) ›extremistisch‹ wird, sprich: den Kampf gegen die kapitalistische Barbarei aufnimmt.« Nichts gegen den Kampf gegen kapitalistische Barbarei – doch das Urteil über die Kämpfer bedarf einer Überprüfung: Denn gegenwärtig bewältigen deutsche Arbeiter ihre sozialen und ökonomischen Krisen mittels jenes ausländerfeindlichen Nationalismus, dem die Staatskampagne gerade einen neuen, politikkonformen Gehalt verpassen will.

ebenfalls nicht in den Sinn.[6] Unerschütterlich halten sie daran fest, dass jeder Antifaschismus, sowohl der ihre als auch der gelegentlich von oben initiierte, nichts als die Absage an die »unselige deutsche Vergangenheit« verfolgt und den »Anfängen wehren will«. Für alle Deutschen, genauer: für alle guten Deutschen – und dieser *nationalistische Moralismus* kennzeichnet die Antifa – ist es die oberste Pflicht, dafür zu sorgen, dass sich »so etwas« gerade in Deutschland nicht wiederholt. Wie gesagt: Die Kampagnen der Regierung sind »*eigentlich gar nicht schlecht!*«

Natürlich werden die Antifas darüber nicht gleich zu intimen Freunden des demokratischen Staates und seiner Ausländerpolitik. Doch etwas ändert sich schon. Im ehemals als faschistoid verteufelten Lager der Regierungspolitik werden nun »Widersprüche« und »Bündnismöglichkeiten« ausgemacht und der mit ihnen im antifaschistischen Kampf vereinigte Staat auf seine Glaubwürdigkeit getestet: »*Ein Staat, der groß angelegt Propaganda gegen ›Gewalt gegen Ausländer‹ betreibt, während er in demselben Moment Menschen durch Abschiebung Folter und Gewalt aussetzt, macht sich unglaubwürdig.*« Rassismus und Antifaschismus, das kann einfach nicht zusammenpassen, rätseln diese Schreiber von der Antifa. Es offenbart sich in diesem Rätsel die Sehnsucht nach einer Staatsgewalt, die zum einen ihre antifaschistischen Erklärungen im Sinne der linken Antifa wahr machen möge und die zum anderen ihre Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit um die endgültige Abschaffung jeder Sorte von »menschenverachtender« Ausländerpolitik ergänzen möge. Erst dadurch würde sich die Staatsgewalt, die die linke Antifa kurz zuvor noch als Folterregime und Polizeistaat geschmäht hat, als glaubwürdige Vertretung des wahren Antifaschismus outen. Und die Erfüllung dieser Wünsche scheint die Antifa zumindest einer rot-grünen Regierungskonstellation auch zuzutrauen.

Wieder andere Gruppierungen machen sich auf die Suche nach *Fraktionen* in der politischen Klasse, die sich nicht grün sind. Da soll dann eine – die mehr von der CSU verkörpert wird – für die Ausländerabschiebepolitik verantwortlich sein, während sich die andere – das sind dann die roten und grünen Politiker – dem Antifaschismus verschrieben hat. Dass gerade Politiker der CDU/CSU, also der uneinsichtigen Fraktion, Anhänger des von der Antifa gestützten NPD-Verbots sind und dass die SPD, mit der man glaubt,

[6] Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 6 über die politischen Gründe für die Verbotskampagne.

Bündnisse schließen zu können, der Verschärfung des Art. 16 im Grundgesetz, der die Asylpolitik regelt, zugestimmt hat, wird dabei ausgeblendet.[7]

Nicht alle Antifa-Gruppen gehen so weit, mit den politischen Parteien ein NPD-Verbot zu fordern. Es gibt auch Kritik an derartigen Plänen. Einige bezweifeln, *»dass rechte Gewalt alleine durch Law- und Order verhindert werden kann«*, andere klagen umgekehrt, dass das »*NPD-Verbot zu wenig wäre*«. Es gäbe zwar *»gute Argumente für ein Verbot«*, wissen diese Kritiker, deuten dabei auf die Bildung befreiter Ost-Zonen und die Finanzierung der NPD aus Steuermitteln nach dem Parteiengesetz – zwei Punkte, die auch die Innenminister umtreiben –, doch letztlich sei das Verbot »*keine Lösung*«, weil sich die Neonazis auf lange Sicht neu organisieren würden; und auch da sind sie mit den honorigen politischen Bedenkenträgern einer Meinung. Der Maßstab dieser Kritik an den Verbotsplänen ist allerdings ärgerlich. Er ist bestimmt durch das Ideal einer vollständigen Reinigung der Demokratie von Neonazis, die ganz ohne Kritik am Faschismus auskommt. Nur möchten die linken Menschen nicht allzu offensichtlich auf die Staatsgewalt setzen. Am liebsten wäre es ihnen deshalb, wenn »*das Volk*« sich organisieren und den Neonazis »*breiten Widerstand entgegensetzen*« würde. In dieser Phantasmagorie kombinieren sie ihr Ideal der Etablierung einer wahren Demokratie von unten mit der Ideologie vom letztlich antifaschistischen Volk und vergessen für eine Weile, dass gerade sie vom Volk ständig fürchterlich enttäuscht werden. *Ihr* Antifaschismus kommt beim Volk – aus falschen Gründen – wirklich nicht gut an.

Die Frage, wie sich Kampagnen von Regierungsstellen gegen den Rechtsextremismus mit rassistischer Ausländerpolitik vertragen, können sie sich also nicht erklären. Kein Wunder, denn sie mögen einfach nicht von ihrer Unterscheidung zwischen real existierender und »wahrer« Demokratie, auf der ihr kunstvoll gebasteltes Rätsel basiert, lassen. Immer kollidiert bei ihnen die Erfindung einer eigentlichen Demokratie, in der sie den offiziellen Antifaschismus fälschlicherweise verorten, mit einer Ausländerpolitik, die dann bei ihnen für die Denaturierung derselben Demokratie steht.

Diese idealistische Kritik an der herrschenden Demokratie wollen sie sich partout nicht nehmen lassen:

[7] Die neuen Maßnahmen gegen den »braunen Terror« gehen ohnehin von einer einstimmig verabschiedeten Entschließung des Bundestages gegen Rechtsextremismus aus.

3. Die Erfindung einer »wahren Demokratie«[8]

Wer mit dem erfundenen Maßstab einer eigentlichen Demokratie daherkommt und dann, ohne sich um den wirklichen Gang der Dinge und seine kritikwürdigen Gründe und Zwecke zu kümmern, allerlei Abweichungen von diesem schönen Ideal beklagt, der betreibt das Gegenteil von vernünftiger Kritik. Er erspart sich die Suche nach *Gründen* für all jene Ärgernisse, die ihm Anlass zur Unzufriedenheit sind. Wer die demokratische Herrschaft mit den – auch noch von ihr selbst in die Welt gesetzten und gepflegten – *Idealen* konfrontiert, der hat an ihr nur auszusetzen, dass sie *nicht* das ist, was sie dem Kritiker zufolge sein *müsste*. Einen Begriff von der real existierenden Demokratie muss er sich deswegen gar nicht erst machen. Was sie real ausmacht, entgeht ihm auf diese Weise. Er schafft sich sein eigenes Bild von ihr.

Darin wird – erstens – regelmäßig die *Parteilichkeit des Staates für die Interessen der Wirtschaft* beklagt. Die Antifa geht unverdrossen davon aus, dass die »politischen Entscheidungen« eigentlich einen ganz anderen und viel besseren Inhalt haben könnten und haben müssten als den, den sie nun einmal haben. So hochachtungsvoll und konstruktiv kann man über die Praxis der Staatsgewalt reden, wenn man unbekümmert um ihre wirklichen Gründe eisern daran festhält, dass sie ihrem Beruf nach nur menschenfreundlichen und antifaschistischen Zwecken zu dienen hätte. Folglich interessiert sie auch primär nur die Frage, was die Staatsmänner so alles an der pflichtgemäßen Verwirklichung des Wahren, Guten und Schönen *hindert*. Was dann benannt wird, hat nicht den Charakter einer Erklärung, sondern des idealistischen Nachmessens von Abweichungen, Verfehlungen und Pflichtverletzungen gegenüber dem, was sich diese Kritiker von einer politisch korrekten Obrigkeit in einer echten Demokratie erwarten.

Ganz negativ werden der Einfluss des kapitalistischen Machtkartells, die Korruption oder eine »ungerechte« Sozialpolitik angeprangert und zu Machenschaften erklärt, die zur Demokratie nicht passen. Dabei hängt an »der Wirtschaft« und ihrem Wachstum, nebst all den bekannten Formen der Volksverarmung, unstreitig und alternativlos das Wohl, also die Weltgeltung der Nation, weswegen die personalen Verflechtungen darauf beruhen, dass die Interessen von Staat und Unternehmern *sachlich* miteinander verflochten sind.

[8] Dem Exkurs liegt in überarbeiteter und ergänzter Form die Antwort auf einen Leserbrief zugrunde, der in GS 3/2009 abgedruckt ist.

Der Erfindung einer eigentlichen Demokratie liegt – zweitens – eine *Parteinahme für »das Volk«* zugrunde. Vermisst wird regelmäßig wahre Volksherrschaft, die diesem Kollektiv nach Auffassung der Antifa zu Unrecht vorenthalten wird. Allerdings lebt diese Mangeldiagnose von einer groben theoretischen Unterlassung: Die Rolle, die das Volk wirklich spielt, wird nicht zur Kenntnis genommen. Volk, genauer Staatsvolk, das ist unter den Bedingungen demokratischer Herrschaft *nicht* die Gemeinschaft freier Menschen, die vom gleichen Interesse an gerechter Reichtumsbeteiligung getragen, antifaschistisch bis in die Knochen ist und von der Basis her Vertreter seiner Interessen wählt, die dann seine Belange regeln. Mit dem real existierenden Volk hat das nichts zu tun. Das besteht vielmehr aus einem Ensemble von wüsten Gegensätzen, die von seiner rechts- und sozialstaatlichen Obrigkeit straff durchorganisiert werden. Widersprüchlich sind nicht nur die Interessen von Eigentümern und Nichteigentümern, Käufern und Verkäufern, Arbeitern und Unternehmern. In einen Widerstreit geraten die Interessen der Volksgenossen auch da, wo sie das Gleiche wollen und nach marktwirtschaftlicher Logik genötigt werden, als Konkurrenten aufeinander loszugehen. Selbst die unschuldigsten natürlichen Unterschiede von jung und alt, gesund und krank verwandeln sich unter sozialstaatlicher Regie in entgegengesetzte Positionen, die sich mit erbitterter Missgunst bedenken. Alle Konflikte sind dabei penibel geregelt: Eine gewaltige Gesetzgebungsmaschinerie kümmert sich um nichts anderes als darum, die eingerichteten Gegensätze zwischen den Volksteilen haltbar und für den Fortschritt der Nation fruchtbar zu machen. Jedes erlaubte Mittel zu ihrer sozialverträglichen Austragung ist in seiner Eigenart und Reichweite definiert; alle schönen und weniger schönen Konsequenzen der Interessenkollisionen werden bedacht, sind bereits vorweggenommen und gesetzlich geregelt oder werden nachsorgend betreut. Diese Aufsicht über die Konkurrenz ist die Dienstleistung des Staates, nach der die Konkurrenten als ihrem unverzichtbaren Lebensmittel – leider auch noch – verlangen. Der gemeinsame Wille zur Unterordnung unter die staatliche Herrschaft stiftet überhaupt erst die Gemeinsamkeit, die eine Bevölkerung zu einem Volk werden lässt: Zu einem politischen Kollektiv von Gegnern und Konkurrenten, die ihre Gegensätze um die paradoxe Bereitschaft ergänzen, von diesen Gegensätzen abzusehen, weil sie deren staatlich organisierten Fortgang als ihre elementare Existenzbedingung nehmen. Als geordnete Masse ist das Volk Produkt, Basis und Werkzeug der staatlichen Herrschaft und hat, so zugerichtet, keinen anderen Willen, als mit gutem Regieren dafür belohnt zu werden, dass es in freien, gleichen und geheimen Wahlen die Agenten der Herrschaft über sich selbst bestellen darf. Und wenn seine Glieder diese Abstraktion an sich wahr machen, d.h.

die Zugehörigkeit zum jeweiligen Nationalstaat für ihre erste Bestimmung erklären, dann führt sich das Volk als ein ziemlich ungemütlicher Haufen auf, der wenig Verständnis für die »Krawalle der Straße« hat und viel Verständnis für eine Ausländerpolitik, die dafür sorgt, dass deutsche Arbeitsplätze für Deutsche reserviert werden.

Ausgerechnet dieses Volk übt den Liebhabern wahrer Demokratie – drittens – *zu wenig Macht* aus. Gefordert wird von ihnen wahre Volksherrschaft. Darunter stellen sie sich die Stärkung von Basisdemokratie mit regelmäßigen Volksentscheiden und anderen Formen der Bürgerbeteiligung vor, in denen das Volk seine Anliegen nicht nur der Politik zur Kenntnis bringen, sondern in ihr durchsetzen können soll.

Am Anspruch von Volksherrschaft halten sie also fest, ohne sich die Frage vorzulegen, warum *vom* Volk eine *Herrschaft* ausgehen soll, die überhaupt nur *über* dem Volk errichtet sein kann. Über wem auch sonst. Außer dem Volk gäbe es nichts zu beherrschen. Dieser Widerspruch ist in der Tat eines der Geheimnisse der Demokratie, welche es nun einmal nur als *Herrschafts*form gibt. Es löst sich auf in das politische Kalkül von Staatsmännern, die sich des Volkes als Parteigänger ihrer staatlichen Zwecke sicher sein wollen. Diese Sicherheit erblicken sie in dem Verfahren, in welchem das Volk dazu ermächtigt wird, das Personal der Herrschaft über es *selbst* auswählen zu dürfen.

Etwas anderes als diese Form der Herrschafts*ausübung*, die sich die Herrschafts*sicherung* mittels irgendeiner Art von *Volksbeteiligung* – vom Plebiszit bis zur Wahl – leistet, ist als Demokratie nicht im Angebot. Zugleich wird damit das Bedürfnis der Bürger, sich kritisch zur Regentschaft zu stellen und ein Recht auf gute Regierung einzuklagen, bedient. Als freies, gleiches und geheimes Wahlvolk darf es seiner Unzufriedenheit Ausdruck verleihen – aber eben nur in der Form der Abwahl einer und Auswahl einer anderen personalen Ausstattung von Herrschaft. Die gewählte Regierung darf dann, durchs Volk legitimiert, in aller Freiheit und ohne Rücksichtnahme auf die Wähler den Erfolg des kapitalistischen Standorts vorantreiben. Die von ihr verabschiedeten Gesetze stehen nicht zur Abstimmung per Wahl, sondern erfordern unbedingten Gehorsam. Indem das Staatsvolk darüber befindet, wer über es befehlen soll, affirmiert es seine Rolle als Manövriermasse. Die dem Volk erlaubte Wahl nimmt also von den eingerichteten Abhängigkeitsverhältnissen nichts zurück, sondern befestigt sie auf diese Weise. So etwas geht natürlich nur mit einem Staatsvolk, das sich mehrheitlich auch dann noch durch einen Willen zum Staat auszeichnet, wenn der es rücksichtslos für die Aufbereitung des Standorts einsetzt. Das hat schon etwas Paradoxes an sich: Demokratie geht nur dann reibungslos, wenn sie eigentlich nicht

nötig ist; d.h. wenn das Volk im Wahlakt nur noch einmal betätigt, was es auch sonst jahraus, jahrein umtreibt, sein Patriotismus.[9]

Außerdem gibt es all das bereits, was da von Linken an *Plebisziten* gefordert wird, und wird in der Regel nur dann zugelassen, wenn der Politik tatsächlich zwei gleichwertige Alternativen beim Bau einer Umgehungsstraße, eines Bahnhofs oder einer Umgestaltung der Grundschule zur Verfügung stehen. Dann darf das Volk ganz Souverän sein, wobei sich der Staat darauf verlässt, dass solche – von unten oder oben – inszenierten basisdemokratischen Veranstaltungen nichts von dem durcheinander bringen, was seine Interessen substanziell tangiert.[10] Sogar gegen die Regierung gerichtete Massendemonstrationen finden gelegentlich bei dieser einen positiven Widerhall. So sind jene Anti-AKW-Demonstrationen *nach* Fukushima 2011 plötzlich von der schwarz-gelben Regierung begrüßt und als Unterstützung ihres Schwenks in der nationalen Energiepolitik genommen worden, welche beim vorangegangenen so genannten Ausstieg aus dem Ausstieg aus der AKW-Politik mit dem Hinweis abgeschmettert worden waren, dass man sich von der Straße nicht die Politik diktieren lasse. Kurzum, was da von den Anhängern der Basisdemokratie gefordert wird, ist als Element zur weiteren Verpflichtung der Bürger auf die Inhalte staatlicher Politik längst vorgesehen. Und nur so funktioniert das demokratisch.[11]

Alles in allem lebt dieses antifaschistische Ideal – viertens – bei vielen Anhängern der »wahren Demokratie« von der Vorstellung eines *Staatswesens*, das nur *zweckfreie* Organisation ist und die von ihm zu exekutie-

---

[9] Linke oder autonome Antifas, die in ihrem Demokratieidealismus Herrschaft gleich mit abschaffen wollen, sollten sich die Frage stellen, warum und zu welchem Zwecke es eigentlich hier die Herrschaft, die auf ihr Gewaltmonopol so stolz ist, braucht. Mittels der Herrschaftsform Demokratie Herrschaft beseitigen zu wollen, ist theoretisch ein unlösbarer Widerspruch und politisch eine Albernheit. Wer Herrschaft abschaffen will, darf nicht an Demokratie festhalten. Der hat es gleich mit Herrschaften zu tun, die auf Demokratie pfeifen, wenn es ihnen an die Macht geht.

[10] Die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 waren ein Grenzfall, da mit dem Neubau des Bahnhofs doch einiges in Sachen Standortinfrastruktur der Region geändert werden soll. Deswegen wurde Geissler in den Ring geschickt, der es schaffen sollte, über die Begeisterung über neue Formen der Bürgerbeteiligung das von ziemlich viel Heimatliebe getragene Anliegen vergessen zu machen. Das ist nicht ganz gelungen. Deswegen gab es den Volksentscheid. Auf den, der Ende November 2011 den Gegnern von Stuttgart 21 eine Niederlage verpasst hat, konnten sich auch die Befürworter des Projekts einlassen, da per Quorum – ein Drittel aller Stimm*berechtigten* (!) war für die Ablehnung verlangt – der gewünschte Ausgang der Abstimmung wenig zweifelhaft erschien.

[11] Warum die NPD ebenfalls schwer auf Basisdemokratie steht (vgl. Zitat 15 im Test), erklärt sich aus ihrer abgrundtiefen Überzeugung, dass das Volk, könnte es so wie es will, die demokratische Herrschaft insgesamt wegfegen würde.

renden Zwecke per basisdemokratischer Plebiszite mitgeteilt bekommt. Der Staat, das sind doch eigentlich wir alle, hört man da gelegentlich von Vertretern volksnaher Staatlichkeit, die über die gewählten richtigen Personen den politischen Gehalt der Ämter neu definieren wollen. Dabei täuschen sie sich – leider – nicht nur in den Interessen eines demokratisch auf Nationalismus gebürsteten Volkes, sondern zugleich hinsichtlich des Verhältnisses von Staats*ämtern* und der sie ausübenden Staats*diener.* Die heißen nämlich nicht zu Unrecht so.

Dass nicht die Person mit einem vom Volk imperativ erteilten Mandat Regierungsgeschäfte *definiert*, sondern umgekehrt die politischen Ämter die Verkörperung von politischen Zwecken sind, deren auf die Staatsgewalt gestützte Exekution gewählten Volksvertretern überlassen ist, lässt sich noch jeder Wahl entnehmen. Da wechseln mit der Wahl die regierenden Parteien und damit die Personen der Amtsträger, doch die Amtsgeschäfte bleiben im Prinzip dieselben.

Immer wieder geht es nur um das eine: Wachstum des kapitalistisch wirtschaftenden Eigentums und dessen Durchsetzung auf dem Weltmarkt, damit der Staat über hinreichenden Reichtum für Macht und Souveränität und für alle sonstigen Notwendigkeiten der Nation verfügt. Und regelmäßig ist zu beobachten, wie sich Parteien – erst waren es die Grünen, jetzt ist es die Linkspartei –, die mit menschenfreundlichen bis kapitalismuskritischen Idealen den Marsch durch die Institutionen angetreten haben, den Zwecken eben dieser Institutionen akkomodieren, weil sie an der Ausübung einer *Macht* beteiligt sein wollen, die nun einmal inhaltlich durch all das bestimmt ist, was zur politischen Betreuung des Kapitalismus gehört.[12]

Schlussendlich sei darauf verwiesen, dass derjenige zugleich antikritisch daher kommt, der die herrschende Demokratie mit deren *eigenen Idealen* von Volksherrschaft, Basisdemokratie und Staatsdienerschaft am Volk konfrontiert und diese als deren *eigentliche* politische Anliegen behauptet. Sein Ja zu einer Ordnung, die es *nicht* gibt, schließt ein, dass ihn an der Ordnung, die es *gibt*, nichts mehr überraschen kann. Abgeklärt entdeckt er ständig in jeder politischen Schweinerei immer nur die gleiche Abweichung von der

[12] Der erste grüne Landesvater, W. Kretschmann in Baden-Württemberg, gab dann auch nach seiner Wahl treffend zu Protokoll, dass er ab sofort in erster Linie Landesvater und nicht mehr regionaler Parteichef der Grünen sei. Was er nach dem Scheitern des Volksentscheids zu Stuttgart 21 bestätigte: Als erklärter Gegner des Programms nahm er nicht seinen Hut, sondern die Landesverfassung in die Hand und erklärte, dass er sich als Landesvater dem Votum unterwerfen werde.

Ordnung im Konjunktiv, also von der eigentlichen.[13] Diese selbstverfertigte Kritikentsagung hat darin auch eine sehr unmittelbar affirmative Seite: Das im Idealismus enthaltene Urteil, die eigenen Vorstellungen von einem »guten« politischen System müssten eigentlich mit der etablierten Demokratie vereinbar, d.h. in ihrem Programm schon enthalten sein, will theoretisch offen halten, inwieweit das gute System nun *wesensmäßig* zur realexistierenden schlechten Demokratie dazu gehört oder nicht. Wer sich für die erste Variante entscheidet, macht aus Kritik ein direktes Bekenntnis zu dieser Herrschaft. Denn wenn es zur Demokratie im Kern, und d.h. in jeder ihrer Ausgestaltungen dazu gehört, dass sie in Form und Inhalt der Sache »des Volkes« zu dienen hat, dann ist zugleich behauptet, dass diese Zwecksetzung bereits in der gescholtenen real existierenden Demokratie im Prinzip bereits enthalten ist. Und folglich hätte man sich nicht von ihr abzuwenden, sich schon gar nicht aufsässig aufzuführen, sondern sich ihr zuzuwenden, um ihr Wesen unter ihrer *de*naturierten Hülle hervorzulocken. Im Namen der idealistisch gedachten Ordnung wird auf diese Weise ein Ja zur geschmähten Ordnung abgegeben.

Dieser Antikritik geben jene Antifas explizit recht, die die durchgesetzte Demokratie dieser Republik zum »*kleineren Übel*« erklären.

4. Die Sache mit dem kleineren Übel

Wer sich dem Antifaschismus verschworen hat und zugleich die herrschenden Verhältnisse nicht so recht mag, der hat immer dann, wenn ihm aufgeht, dass er damit für das realexistierende demokratische System Partei ergreift, in der Sortierung zwischen *größerem und kleinerem Übel* eine wunderbare Handhabe. Für den ist die Demokratie dann zwar von Übel, kann aber darin mit dem Faschismus einfach nicht mithalten. Der ist und bleibt für diese Antifaschisten das »übelste«, das »barbarischste aller Systeme«. Das kommt dabei heraus, wenn der Kampf gegen den Faschismus sich der Konsequenz dieser Politik, der Parteinahme für die ebenfalls gescholtene demokratische Herrschaft, bewusst wird. Dann bedarf es dieser Rechtfertigung über das Jonglieren mit den Steigerungsformen zwischen Positiv, Komparativ, Superlativ und Exzessiv. Gelegentlich nimmt die Graduierung des Adjektivs »übel« die Form einer Etappenstrategie an, derzufolge nach

[13] Natürlich liegt in der Enttäuschung auch der andere Übergang: Aus Enttäuschung über nichtrealisierte Ideale z.B. von Gerechtigkeit ist schon so mancher zum Kohlhaas geworden.

der Erledigung des Neofaschismus die *Re*naturierung der Demokratie nebst ein bisschen Antikapitalismus ansteht: Erst soll dem »übelsten« System der Garaus gemacht werden und dann kommen die geringeren »Übel« dran. In der Regel verbleibt diese Rechtfertigungstour aber bei dem Totschläger, dass die Demokratie immerhin noch ... ist. Über Pseudovergleicherei wird das »üble System« des demokratisch regierten Kapitalismus dann zu einer ziemlich kommoden und freiheitlichen Einrichtung. Ausgerechnet den linken Antifaschisten, die es ständig mit staatlicher Repression zu tun bekommen, fällt ein, dass man hier immerhin eine kritische Meinung sagen kann, ohne gleich ins KZ gesteckt zu werden usw.[14]

Diese politische Legitimation ist besonders ärgerlich, weil sie gleich von drei grundverkehrten Unterstellungen lebt. Zum ersten: Bekanntlich ist die Rede vom »kleineren Übel« im selbst verordneten Drangsal linker Menschen beheimatet, die sich einfach keine Wahlenthaltung leisten wollen. Die stehen dann vor einem real existierenden Angebot an Parteien, das ihnen insgesamt nicht passt. Den schlichten Schluss, das Wählen dann sein zu lassen und sich der Frage zuzuwenden, warum so ein knackiges linkes bis kommunistisches Angebot nicht zur Wahl steht, mögen sie nicht ziehen. Das Wählen scheint für sie schon ein demokratischer Wert zu sein, an dem *abstrakt* festgehalten wird, d.h. ohne diesen Wert im Parteienspektrum konkret orten zu können. Und so schreiten sie nicht sehr froh, aber immerhin beruhigt zur Wahl. Doch eine solche Wahl hat der Kämpfer gegen Neofaschismus überhaupt nicht. Niemand kann hierzulande wählen zwischen verschiedenen Gesellschaftssystemen. Das lässt die herrschende politische Gewalt gerade nicht zu. Zur Wahl steht immer nur der kapitalistische Nationalstaat mit demokratischer Verfassung und wenig menschenfreundlichen politischen Zwecken, um deren Verwirklichung sich alle zur Wahl stehenden Parteien reißen. Nichts sonst! Und selbiger weiß sich gut gerüstet, um dafür zu sorgen, dass es genauso bleibt. Seine Erfolge in der Behauptung des demokratischen Machtmonopols sind unübersehbar. Dafür, dass er von Weimarer Verhältnissen meilenweit entfernt ist, in denen eine faschistische »Machtergreifung« zu den realpolitischen Optionen gehörte, sorgt er seit mehr als 60 Jahren. Geradezu gespenstisch nimmt sich da die Rede vom Faschismus als dem »größten Übel« aus.

Davon haben – zum zweiten – Antifas eine Ahnung, wenn sie darauf verweisen, dass es ihnen gerade darauf ankomme, eine *mögliche* Machter-

[14] Wie wahr! Das hat die Demokratie nicht nötig. Sie verfügt über eine Vielzahl von Methoden, um staatskritische Urteile unschädlich zu machen, ohne dabei den Kritiker gleich mit zu liquidieren.

greifung dieses barbarischsten aller Systeme zu verhindern. Damit haben sie sich entschieden, in der Abwehr der von ihnen behaupteten *Möglichkeit* des *größeren* Übels die *Wirklichkeit* des *kleineren* Übels zu *akzeptieren*. Das ist schon wieder recht gespenstisch; zumal gerade das »kleinere Übel« selbst alles dafür tut, dass der Neofaschismus keine Chance hat – und dies mit Mitteln, die es auch noch den Faschisten abgeschaut hat. Jede kritische Bilanz des politischen Wirkens *real* regierender Demokraten – in der die Armut der Beschäftigten und die der Unbeschäftigten jeden Alters ebenso auftauchen müsste wie die ruinösen Wirkungen der Lohnarbeit auf eine ganze Klasse, die Verwüstungen in kapitalistisch benutzter Natur ebenso wie die Vergiftung von Lebensmitteln, die in der Preiskonkurrenz bestehen sollen, die Zerstörung von Wohnraum ebenso wie Schaffung von unbezahlbaren Wohnungen, die ständige Verteuerung der Gesundheitsvorsorge ebenso wie die Angriffe auf den Verdienst durch Steuern, Kreditzinsen und Inflation, der brutale Umgang mit Ausländern an den Grenzen von Europa ebenso wie die Beteiligung am legalisierten Töten in Kriegen usw. –, die keinem Antifaschisten unbekannt sein dürfte, gilt ihm deswegen wenig bis nichts im Vergleich zur *fiktiven* Bilanz, die er dem »größeren Übel« entnimmt. Gespenstisch!

Und die kommt – drittens – auch nur deswegen zustande, weil sich die Antifaschisten in ihrem Urteil über den Faschismus jenem Bild angeschlossen haben, das die Demokratie in der Absicht, sich unbedingt von ihm *unterscheiden* zu können, gezeichnet und unter das Volk gebracht hat.[15] Da ist der Faschismus dann reduziert auf die Hitlerei und diese auf Holocaust und Euthanasie. Es wird die Erkenntnis von Faschismus um Meilen verfehlt, wenn man diesen auf den Massenmord an Juden reduziert, also die nationalsozialistische Tour, sich des inneren Feindes seiner staatlichen Ziele zu entledigen, für den zentralen Staatszweck selbst ausgibt. Es verschließt sich einem darüber hinaus sowohl jeder Zugang zu der Frage, was die neuen Faschisten *heute* umtreibt,[16] als auch, was es damit auf sich hat, wenn sich politische Parolen, Programmthesen und Zielvorstellungen von Faschisten hier und da im Repertoire der Demokraten wiederfinden; ganz abgesehen davon, dass diese das kritische politische Urteil großer Volksteile bestim-

[15] Alles Weitere dazu in Gutte/Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen. 2. Aufl. Hamburg 2007.

[16] Es darf deswegen nicht verwundern, wenn nicht nur kreuzbrave Studenten den Test vom Anfang vergeigen, sondern auch die erklärten Antifaschisten auf ihn hereinfallen.

men, ohne dass das »allergrößte Übel« deswegen eine Chance hätte, als politische Macht zu reüssieren.[17]

Viertens schließlich sei noch einmal drauf verwiesen, dass sich Demokraten mit der Verabschiedung von Notstandsgesetzen ein Instrumentarium geschaffen haben, das es ihnen immer dann, wenn *sie* das Vaterland in Not sehen, erlaubt, ganz im Stile faschistischer Innenpolitik alle zur Konkurrenzgesellschaft gehörenden Freiheiten außer Vollzug zu setzen und den »Notstand« mit dem Einsatz staatlicher Gewalt zu bewältigen, dem sich Person und Eigentum vollständig zu unterwerfen haben.[18] Das »kleinere Übel« selbst ist es, das die Antifaschisten darüber blamiert, dass es sich – demokratisch legitimiert – mit Anleihen beim »größten aller Übel« Freiheiten für seine Gewalt bei der Bewältigung seiner Notstände sichert.[19]

---

[17] Regelmäßig werden gegen diese Kritik von Antifas Belege für das »größere bzw. größte Übel« angeführt. Man müsse sich doch wehren, wenn Skins über »undeutsche Elemente« herfallen, Anti-Antifas die Läden der linken Antifaschisten demolieren und gar nicht zimperlich mit all denen umgehen, die sie als »Zecken« denunzieren. Dem soll nicht widersprochen werden. Gegen so etwas *wehrt* man sich, so gut man kann, geht vielleicht auch lieber der Konfrontation aus dem Weg oder meidet die prekären Gegenden. Antifas dagegen *suchen* die Konfrontation, machen dies zum Zentrum ihrer Politik und möchten so durch ihre Aktionen und Provokationen den Beweis für die generelle Gefährlichkeit der Faschisten liefern. Ein merkwürdiger Beweis ist das. Er lebt von einem Material, welches er sich selbst schafft: Es ist das Produkt der Auseinandersetzung der Antifa mit den Neofaschisten. Paradoxerweise bekommen so die Neofaschisten ihre Aufmerksamkeit und damit politische Resonanz vor allem durch das Wirken derer, die doch diese Resonanz gerade unterbinden wollen, nämlich durch ihre Gegner von der Antifa-Front. Beweise für die Gefährlichkeit der heutigen Faschisten für die bürgerliche Gesellschaft liefern sie so nicht. Denn die Hochrechnung der Auseinandersetzung zwischen diesen Kleingruppen, den linken Antifas und den rechtsextremen Glatzen, zu einem drohenden Angriff auf die gesellschaftlichen Grundlagen der Demokratie ist sachlich albern und obendrein durch die Art, wie das demokratische Gewaltmonopol damit umgeht, widerlegt. Mit ordentlichem Aufgebot staatlich legitimierter Zuschläger, einem funktionierenden Rechtssystem und dem Parteienverbot sorgt der demokratische Staat dafür, dass so etwas Episode bleibt und nur dann einer politischen Aufwertung für wert befunden wird, wenn es für ihn mal wieder Zeit für die Propaganda ist, dass Faschos und Antifas zwei Abteilungen desselben, nämlich des hierzulande unerwünschten *Extremismus,* sind.

[18] Vgl. dazu Kap. 4.

[19] Unter den Antifaschisten, die sich inzwischen zu einer Kritik ihrer politischen Zentrallinie vorgearbeitet haben, gibt es welche, die dabei die Theorie vom kleineren Übel nur *umkehren.* Sie argumentieren z.B. damit, dass *»die demokratisch organisierte, politische Herrschaft und die kapitalistische Wirtschaftsweise weit mehr (!) Existenzen zerstören als die verhältnismäßig kleinen Neonazibanden«* (http://schattenblick.org/infopool/medien/altern/vorw-752.html). Andere verweisen darauf, dass das faschistische Gedankengut auch *»in der sogenannten Mitte der Gesellschaft*« angekommen sei und ziehen daraus folgende Konsequenz: *»Menschen mit diesem Gedankengut ... können, vor allem*

Fazit

Es bleibt dabei: Die linken Antifas fühlen und gerieren sich als die *wahren* Sachwalter des antifaschistischen Vermächtnisses dieser Republik, die mit der Ausgrenzung von (Neo-)Faschisten weniger dem Faschismus den Garaus machen, als vielmehr durch demonstrative Vergangenheitsbewältigung nationale Reputation gewinnen wollte und das auch geschafft hat. So gesehen sind sie nichts als die *Sachwalter eines idealistischen Missverständnisses des »deutschen Vermächtnisses*«. Diesen linken Antifaschisten wäre letztlich anzuraten, sich zu entscheiden: Entweder beschließen sie, als die letzten Überlebenden und Personifikationen der berechnend eingeführten Nachkriegsstaatsräson weiterzumachen, dann müssen sie in Deutschland alte und neue Nazis jagen, auch wenn regierende Demokraten längst erfolgreich dabei sind, Hitlers Visionen von deutscher Größe und Weltgeltung per Weltmarkteroberung überzuerfüllen. Dann aber behindern sie als Parteigänger der wahren Demokratie zugleich die Kampfansage an den Grund des Faschismus. Oder sie beginnen wirklich einmal damit, nach den »Wurzeln des Nazismus« zu fragen. Dafür müssen sie sich jedoch von der Vorstellung lösen, dass ein deutscher Staat, in welchem Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus verwurzelt ist, *kein demokratischer* sein kann; und dafür haben sie sich zugleich an den Gedanken zu gewöhnen, dass sich umgekehrt mittels erfolgreicher *demokratischer Betreuung einer kapitalistischen Ökonomie* im In- und im Ausland auch ganz ohne Faschismusimitat, also ohne Antisemitismus und KZs, ohne Euthanasie und Weltkriegsalleingänge so einiges an Verheerungen an Mensch und Natur anrichten lässt.

Nicht dass sich der Kampf gegen den Faschismus nicht gehören würde. Doch erledigt sich diese Variante nationalradikaler bürgerlicher Herrschaft von selbst, wenn es gelingt, dem herrschenden *demokratischen Nationalismus*, mithin der Grundlage der Demokratiekritik der *enttäuschten Nationa-*

---

wenn sie über Einfluss verfügen, politisch gefährlicher sein als bekennende Neonazis.« (Gründungserklärung der Antifa Reutlingen-Tübingen) Während die einen die Zahlen zerstörter Existenzen vergleichen und deswegen den Komparativ nur vertauschen, ohne näheren Aufschluss über die Gründe und Zwecke der beiden politischen Systeme beim Umbringen von Menschen anzugeben, halten die anderen an ihrem Antifa-Programm fest, in dem sie dem Rechtsextremismus »am Rand« der demokratischen Gesellschaft eine ausländerfeindliche Mitte zuordnen, die »*gefährlicher*« sein kann als der Neofaschismus. Da dies jedoch nur der Möglichkeit nach sein kann, ist dieses Bekenntnis zur Gesellschaftskritik die Begründung dafür, mit dem Antifaschismus weiterzumachen. Dass die Ausländerfeindlichkeit in Gestalt der herrschenden demokratischen Politiker schon über einen gewissen »*Einfluss verfügt*«, scheint ihnen entgangen zu sein.

listen, erfolgreich den Kampf anzusagen. Es geht folglich um nichts anderes als darum, die Parteilichkeit großer Volksteile für den demokratisch regierten kapitalistischen Staat, für die es nur schlechte Gründe gibt, also ihren *Nationalismus zu kritisieren*. Wo der demokratischen Herrschaft die nationalistische Zustimmung durch das Volk entzogen wird, auf der diese Herrschaft ihr Regieren aufbaut, da ergibt es sich ganz nebenbei, als Kollateralergebnis sozusagen, dass auch dem Faschismus sein Fundament entzogen ist.

Dafür muss man jedoch wissen, was Nationalismus nebst dem ihm innewohnenden Rassismus ist und wie man Parolen von Nationalisten und Faschisten kritisiert.

Kapitel 8: Nationalismus – Produktivkraft auch in der Demokratie

1. Nationalismus versus Patriotismus

Es gilt inzwischen in Deutschland als erlaubt und normal, zu seinem Vaterland zu stehen. Politiker erklären auf Befragen, dass sie auf Deutschland – wieder – stolz sind. Große Teile des deutschen Volkes, die dem negativen Nachkriegsnationalismus mit seinem geheuchelten Schuldeingeständnis ohnehin nichts abgewinnen konnten, haben das schon seit längerem eingeklagt. Und die Fußballpartys, die in ihrem schwarz-rot-goldenen Taumel sogar die Regierung überrascht haben, stehen noch jedermann vor Augen. Nationalismus ist das jedoch nicht, heißt es. Den gab und gibt es nur bei den Faschisten, und dort sogar in der gesteigerten Form des Chauvinismus. Was hier an Parteilichkeit für die Nation offenkundig wird, das sei bloß Patriotismus, Nationalgefühl oder Vaterlandsliebe. Dem Vernehmen nach gibt es zwischen beiden Varianten des Bekenntnisses zur eigenen Nation einen gewaltigen Unterschied, wenn nicht sogar einen Gegensatz:

»Nationalismus, die übersteigerte intolerante Erscheinungsform des Nationalgedankens und Nationalbewusstseins. Während ein Maß haltender, die gegenseitige Anerkennung und Achtung der Nationen nicht ausschließender Patriotismus eine unentbehrliche Voraussetzung jeder Staatlichkeit ist, gefährdet der Nationalismus, besonders in seiner verschärften Form (Chauvinismus), den internationalen Frieden, indem er das nationale Eigeninteresse (sacro egoismo) über alle anderen Werte hebt.«[1]

Dieser Abgrenzung aus einem Lexikon des Jahres 1976 wird heute noch zugestimmt. Gelegentlich wird auch zwischen »gesundem« und »krankem Nationalismus« unterschieden, wobei letzterer auch als »politische Religion« eingeordnet wird; oder zwischen einem »*inklusiven*« und einem »*exklusiven Nationalismus*«, bei dem es sich um die *»Überhöhung der eigenen Nation«* handelt, die »*einhergeht mit Ausgrenzung, Vertreibung und Vernichtung ethnischer oder anderer Minderheiten, die als dem imaginierten Volkskörper fremd und schädlich angesehen werden*«.[2]

---

[1] dtv-Lexikon, Mühlheim 1976

[2] S. Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalismus

Sachlich ist diese Differenzierung nicht zu halten, denn immerhin gilt die Liebe zum Vaterland einem territorialen Gebilde, das sich mit klar gekennzeichneten und in der Regel gewaltbewehrten Grenzen gegen die Vaterländer anderer Völker behauptet. Zum gesonderten Maßhalten in der Beziehung zueinander verpflichten sich Staaten doch wohl nur, weil sie sich wechselseitig als Beschränkung staatspolitischer Anliegen – in territorialer, politischer oder ökonomischer Hinsicht – kennen, die es nahelegen, vom maßvollen Umgang miteinander abzuweichen. Deswegen sind »gegenseitige Anerkennung und Achtung« auch nicht den vergleichsweise harmlosen zwischenmenschlichen Höflichkeitsformen nachempfunden, sondern nichts als der wohlkalkulierte und beschlossene Verzicht auf den Einsatz von Gewaltmitteln. Anerkannt wird wechselseitig nichts geringeres als die Eigenstaatlichkeit, die nationale Souveränität, d.h. die Tatsache, dass jeder Staat mit seinem Gewaltmonopol nach seinen Zwecken über Territorium und Staatsvolk herrscht. Dass so etwas ganz förmlich mit Gewaltverzichtserklärungen besiegelt wird, verweist darauf, dass am jeweils anderen Staat und seinen Reichtumsquellen ein *Interesse* besteht, das mit dessen Zwecken *kollidiert*. Nur deswegen bescheinigen sich Staaten in Verträgen, dass sie sich, d.h. ihre jeweilige Gewalt beim Umgang miteinander, respektieren. In zwischenstaatlicher *Diplomatie* wird dann der Versuch unternommen, sich auf dem Verhandlungswege gegen eine andere Nation durchzusetzen und sich den Willen der fremden Nation gefügig zu machen. Zuzustimmen ist deshalb dem Urteil, dass »*die unterschiedlichen ›Auffassungen‹ von einer Sache, die abweichenden ›Positionen‹ von Regierungen im Verlauf von Verhandlungen keine verschiedenen Urteile sind, die sich in einem theoretischen Disput als richtig oder verkehrt herausstellen. Sie drücken vielmehr die Unvereinbarkeit der Interessen aus, mit denen Staaten aneinander herantreten, und der Disput, den sie führen, kreist darum, wer mit seiner Position Recht behält. Zu den Kompromissen, in die sie einwilligen, sind sie daher gezwungen, und was immer da an Abkommen, Verträgen und Bündnissen sowie an Maßnahmen ihrer fortgesetzten Bewirtschaftung herauskommt, ist kein Dementi der prinzipiellen Ausschließlichkeit, die zwischen Angelegenheiten besteht, die von verschiedenen Nationen betrieben werden. Es belegt sie vielmehr, und das diplomatische Procedere demonstriert formvollendet, wie wenig Staaten den zwischen ihnen vorhandenen Gegensatz vergessen, wenn sie inhaltlich etwas voneinander wollen. Und zwar nicht erst dann, wenn von der Wahrung und Schaffung von Frieden die Rede ist.«*[3]

[3] In: »Die Diplomatie – das Handwerkszeug der Konkurrenz zwischen Staaten«, GS Heft 3/96, S. 46. Genaueres über die Gründe dieser Konkurrenz lässt sich der Abhand-

Das bedeutet so einiges für die Vaterlandsliebe der Völker. Deren Patriotismus schließt zwangsläufig die ab- und ausgrenzende Stellung der eigenen Nation zu anderen Vaterländern ein. Immerhin gilt die positive Stellung nicht einem Begriff des Vaterlands, sondern der *je besonderen Nation*. Man ist eben als Deutscher stolz auf sein deutsches Vaterland und als Franzose parteilich für Frankreich; nicht aber als Deutscher stolz auf Frankreich oder auf mehrere Vaterländer. Im Patriotismus kommen die Patrioten anderer Länder demzufolge immer nur *negativ* vor.

Die ganze Sortierung zwischen Inländern und Ausländern – darunter gelegentlich »Ausländer«, d.h. Inländer, die als nicht dazu gehörig charakterisiert sind – erweist sich damit als Resultat staatlicher Setzungen und ihrer Durchsetzung gegenüber fremden Staaten. Sie ist praktizierter Nationalismus. Man ist eben als Kind deutscher Eltern Deutscher und möchte im Verein mit allen anderen Deutschen auch gar nichts anderes sein. Mit persönlichen Beziehungen zwischen Menschen und ihrer jeweiligen Ausstattung hat diese, gemein als primäre Menschensortierung verstandene Differenzierung nichts zu tun. Und ob es die Inländer bei sich »zu Hause« mit Ausländern zu tun bekommen, basiert ebenso auf staatlichen Entscheidungen und zwischenstaatlichen Verträgen[4] wie der jeweilige Befund über sie: Ob sie mit Greencards ausgerüstet kurzfristig als dem Weltmarkt entnommenes Menschenmaterial der heimischen Wirtschaft dienen dürfen oder ob »das Boot voll ist«, Asylanten als Wirtschaftsflüchtlinge abgeschoben oder gar nicht erst die Landesgrenzen passieren dürfen. Dem entnimmt der Bürger dann, wie er zu »den Ausländern« zu stehen hat. Dabei hat er in der Regel seiner ökonomischen Ausstattung nach mehr mit den ausgegrenzten »Fremden« als mit den einheimischen Ausländerpolitikern gemein. Und die haken es wahrscheinlich inzwischen als gesunden Patriotismus ab, wenn sie arme Schlucker aus dem Maghreb oder aus Mittelafrika jämmerlich im Mittelmeer ersaufen lassen. Die jeweils empfohlene Unterscheidung zwischen dem Patriotismus, d.h. einer »Liebe zu den Meinen« mit Toleranz gegenüber »Fremden«, und dem »Hass auf die Fremden«, dem Nationalismus mit der eingebauten Exklusion von Ausländischem, fällt also ganz in die Konjunkturen staatlicher Ausländer- und Außenpolitik und deren volksagitatorischer Übersetzung. Sachlich ist sie Ideologie.

Zu welchen Formen der »Exklusion« ganzer Völkerschaften sich die nationale »Inklusion« versteht, das hängt ganz vom Stand der Konkurrenz

---

lung über »Weltmarkt und Weltmacht« in GS Heft 2/2006 entnehmen.

[4] An dem Tag, an dem ich dies aufschreibe, wird gerade der 50. Jahrestag des »Anwerbeabkommens« mit der Türkei in Bremen »gefeiert« (s. Weser-Kurier, 9.10.2011).

zwischen dem eigenen Vaterland und den Vaterländern anderer Völker ab. Als Völker*freundschaft* darf man das Insistieren auf der jeweiligen nationalen Volksbesonderheit pflegen, wenn die Konkurrenzbeziehungen zwischen den Staaten eine undiplomatische Austragung ihrer Gegensätze erst einmal nicht nötig machen. Aber diese Gegensätze sind – wie gesagt – nicht vergessen, sondern virulent, weswegen jeder Vertrag nicht den Ausgleich von Interessen, sondern allenfalls einen Kompromiss, gelegentlich sogar nur die gelungene Erpressung durch den Stärkeren paraphiert. Dass fremden Völkern und ihren Herren gelegentlich sehr unfreundlich begegnet, ihnen gar die *Feindschaft* erklärt wird, dass die Deutschen dann von den Italienern schon mal abfällig als »Spaghettifresser«, die Franzosen von den Deutschen als den »boches« reden und die Briten ihnen gar deutschsprachig das Etikett »Panzer« anhängen, das drückt die im Nationalgefühl immer enthaltene Ausgrenzung anderer Völkerschaften gemäß den gerade wenig einvernehmlich verlaufenden zwischenstaatlichen Konkurrenzbeziehungen aus. Gelegentlich passiert es, dass der Patriotismus der Völker noch hinter dem jeweils erreichten Stand der Beziehungen zwischen Staaten herhinkt und von fremden Volksmannschaften noch sehr unfreundlich geredet wird, wenn sie doch längst zu »Freunden« avanciert sind; oder umgekehrt, dass Patrioten nicht einsehen wollen, dass mit der Verständigung zwischen Völkern, die eines guten Kontakts für Wert befunden wurden, plötzlich Schluss sein soll. Da bedarf es dann der politischen Überzeugungsarbeit, in der die politische Führung dem Volk »erklärt«, wer Schurkenstaat und wer Bündnispartner ist und warum eine ganze ausländische Mannschaft, die gerade noch unter einem »Schurken« gelitten hat, jetzt selber verächtlich als unzivilisiert und deshalb als für die Demokratie noch unreif gilt oder gar bezichtigt wird, feindlich unterwegs zu sein und deutsche Belange zu stören. So hatten z.B. die Staatsmänner der Siegerstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa einiges zu tun. Die Deutschen, gerade noch die verhassten Nazis, wurden Partner in einem Europa, dessen Staaten sich zu einem Bündnis zusammenschlossen, das ab sofort »Frieden« und »Freundschaft« hieß, wenngleich die Relativierung der Konkurrenz untereinander nur den Zweck hatte, den USA mit zusammengelegten Ressourcen Konkurrenz zu machen. Das fiel nicht allen europäischen Völkern leicht.

Die deutsche Nachkriegsführung tat, mit kräftiger Nachhilfe durch die Siegermächte, ein Übriges, um den Verdacht zu zerstreuen, dass ein Staatsvolk, das einmal dem »Gröfaz« hinterhergelaufen ist, auch in Zukunft eine Gefahr für alle Nachbarn bleibt. Sie schwor dem Nationalismus, sprich: der Rede vom Nationalismus ab, den sie bis heute im Nationalsozialismus verortet, und verordnete sich und dem deutschen Volk eine kalkulierte mora-

lische Besinnung auf das Vaterland, das das Bekenntnis zur Schuld an und zur Verantwortung für die Politik des Reichsvorgängers einschloss. Die Nachkriegsdeutschen sollten sich kräftig für die Verfehlung von Vorkriegsdeutschen schämen – was vielen von ihnen nicht leicht fiel. Nicht etwa deswegen nicht, weil sie begriffen hätten, dass Kritik am Nationalsozialismus nicht identisch ist mit Parteinahme fürs Deutschtum jenseits all seiner Siege und Niederlagen, Triumphe und Verfehlungen, sondern weil sie für sich keine überzeugenden Gründe für diese Form von *negativem Nationalismus* sahen. Entweder gehörten sie zu denen, die mehrheitlich bekanntlich »nichts gewusst« hatten, fanden »nicht alles schlimm«, was die NSDAP an Innen- und Außenpolitik getrieben hat, oder hatten sich sogar ihre braune Weste über die Niederlage hin bewahrt.

Letztere sind endlich ausgestorben, mit ihnen, wenngleich aus anderen Gründen, die »Scham-Kultur«. Gleiches gilt auch für den Ersatz-Nationalismus für die gebildeten Schichten, den »Verfassungspatriotismus«, mit dem die Verpflichtung auf ein durch und durch demokratisches, auf höchsten Werten gründendes Grundgesetz – übrigens *inklusive* seiner revanchistischen (Wiedervereinigungs-)Präambel – für den Ausweis von Läuterung und Wiedergutmachung der westdeutschen Republik gehalten werden durfte.[5] Inzwischen hat man auch als Politiker wieder stolz auf Deutschland zu sein, Bürger dürfen deutsche Fahnen aufziehen und Hymnen mitgrölen, weil die Vergangenheit erfolgreich bewältigt worden ist und die Berufung auf den Nationalsozialismus heute offensiv als *Titel* für eine deutsche Außenpolitik aufbereitet worden ist, die überall auf der Welt mitmischt, wo es gilt, Marktwirtschaft und demokratische Herrschaft – das heißt dann »Frieden in Freiheit« – zu etablieren: Deutsche Politiker strengen sich unter Einsatz aller inzwischen zur Verfügung stehenden politischen, ökonomischen und militärischen Mittel an, in »Verantwortung vor unserer Geschichte« auf diese Weise weltweit den »Anfängen zu wehren«. Das inzwischen vergrößerte deutsche Volk erteilt dieser Politik regelmäßig in Wahlen die Absolution, feiert deutsche Siege und leidet bei deutschen Niederlagen. Es herrscht längst der ganz normale nationalistische Wahn.

[5] Vgl. zur Kritik daran: A. Krölls, Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern? Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus, Hamburg 2009.

2. Nationalismus: Die abstrakte Parteilichkeit für die Nation

2.1 Nationalismus, das ist *Parteilichkeit* für die – eigene – Nation. Sie gibt es in allen möglichen Formen, ist in allen Schichten und Klassen der Gesellschaft beheimatet, trägt unterschiedliche politische Färbungen, bleibt gelegentlich platonisch, hat eine Alltags- und eine Feiertagsform, wird manchmal rabiat und bestimmt bei einigen Bürgern den Inhalt ihres Amtes. Die heißen dann Politiker und sind von Beruf Nationalisten: Die Sache der Nation zu betreiben, ist ihr Auftrag. Die übrigen Bürger – und von ihnen, vom Staatsvolk und seiner Parteilichkeit soll primär die Rede sein – haben sich dabei als nützliche Glieder dieser nationalen Gemeinschaft zu bewähren; was bleibt ihnen auch sonst übrig. Eine andere Perspektive, als unter den herrschenden Bedingungen und unter den Bedingungen der jeweiligen Herrschaft ihr Leben zu organisieren, haben sie nicht. All dies ist jeder ihrer Überlegungen, wie sie ihr (Über-)Leben gestalten wollen, vorausgesetzt. Mit ihrer Parteilichkeit für die Nation segnen sie diesen Zustand ab.

Das ist schon merkwürdig: Es steht dabei das Verhältnis von Interesse und Parteinahme für jene gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie verfolgt werden, auf dem Kopf. Es sind nicht die eigenen Anliegen, für die man sich zusammen mit Gleichgesinnten Verhältnisse sucht bzw. schafft, unter denen diese verwirklicht werden können. Umgekehrt verhält es sich: Die Interessen haben sich den gegebenen gesellschaftlichen Umständen zu akkomodieren – und zwar gleichgültig gegenüber der Frage, ob diese Umstände ihnen entgegenkommen, ihnen nutzen oder ob sie ihnen schaden. Es steht folglich von vornherein fest, dass der Nationalismus der Bürger nicht auf einer positiv aufgehenden *Bilanz* basiert. Vielmehr gibt es die Parteilichkeit ganz *getrennt* von der Frage, ob es für die Zustimmung wirklich *gute Gründe gibt.* Ohnehin würde eine Bilanz, die immer Schaden gegen Nutzen abwägt, nie in eine Parteilichkeit münden, sondern in ein abgewogenes Urteil über Lebensumstände, die zufriedenstellend sind, und über solche, die noch verbessert werden müssen. Da mag der eine Mensch mit Beruf und Verdienst zufrieden sein, aber am Gesundheitswesen und Kulturleben der Nation einiges auszusetzen haben, und da gibt es andere – und zwar nicht gerade wenige –, die mit ihrem Verdienst oder Hartz IV die Familie nicht ernähren, sich gute ärztliche Versorgung nicht leisten können, ohnehin die Kultur nur per Fernseh-Schlafen verfolgen und an der Heimat vielleicht nur die Stammkneipe und ein bis zwei Berge schätzen, die ihre Existenz aber mehr einer geologischen Eigenart als dem Wirken der Führer der Nation verdanken. Sie alle wären nicht einfach parteilich, sondern hätten einiges an der Nation zu loben und würden sich über einiges beklagen.

Die Parteilichkeit für die Nation steht mithin *vor* jeder prüfenden Befassung mit den Lebensumständen, denen der Bürger unterworfen ist, fest. Bei ihr handelt es sich weder um ein Urteil noch um ein Vorurteil, sie hat vielmehr den Charakter eines von guten Gründen freien – dabei weder grundlosen noch um nachträgliche Angabe von Gründen verlegenen – *Beschlusses*, der mit der Eingemeindung in die Nation als gefühliger Standpunkt zu Deutschland entwickelt wird und sich befestigt. Er lautet: Als Deutscher bin ich *für* Deutschland und *in* Deutschland gut aufgehoben!

2.2 Die Frage, *wofür* erwachsene deutsche Menschen sind, wenn sie *für* Deutschland sind, ist damit beantwortet. Weder sind sie Parteigänger einer Nation mit einer ganz bestimmten politischen und ökonomischen Verfassung, z.B. für ein sozialistisches und gegen ein kapitalistisches Deutschland, für Monarchie und gegen Demokratie oder umgekehrt. Noch machen sie ihre Parteilichkeit davon abhängig, dass nur eine bestimmte Partei regiert, dass nur deutsche Betriebe »Arbeit schaffen«, dass dieses Deutschland nach außen weniger mit Frankreich, dafür mehr mit Russland bündelt, dass Menschen aus anderen Ländern hier leben und arbeiten dürfen und nicht an der Grenze abgewiesen werden usw. Zu all diesen Fragen hat der nationalistische Bürger zwar seine Meinung, seine erlaubte freie sogar: Da mag er sich kritisch zur Marktwirtschaft stellen und über Parteien an der Regierung schimpfen, da mag er gegen den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr sein oder ihn gegen Kritiker verteidigen usw., seinen Parteilichkeitsbeschluss greift all das nicht an.[6] Er ist kein Patriot im Konjunktiv, der erklärt, dass er unter gewissen Umständen für Deutschland sein *könnte*. Seine Parteilichkeit erfolgt im Indikativ: Ich *bin* für Deutschland. Und insofern ist sie *abstrakt*, d.h. sie trennt sich von der Beurteilung der jeweiligen Verfasstheit der Nation. Dieser Mensch ist Deutscher unter einer CDU-Regierung oder SPD-Regierung, ist Deutscher mit DM und Deutscher mit Euro, Deutscher mit altem Sozialstaat und Deutscher unter der Agenda 2011. Deswegen hat seine

[6] Nicht behauptet werden soll mit dieser durchgeführten Kritik des Nationalismus bzw. von Nationalisten, dass so eine Parteinahme für die Nation nicht korrigiert und überwunden werden kann. Natürlich geht das. Und der obige Text möchte gerade dazu beitragen, dass Nationalismuskritik korrekt läuft. Es handelt sich dabei jedoch *nicht nur* um die Korrektur eines Fehlurteils, um das Eingeständnis eines theoretischen Irrtums. Vielmehr muss dafür ein *Standpunkt* umgeworfen werden, der sich von Schadensbilanzen unabhängig macht. Die Kritik von Patrioten hat es mit folgendem Paradoxon zu tun: Die Gründe, *gegen* die Nation zu sein, liegen auf der sprichwörtlichen Straße, sie werden von Patrioten auch gar nicht geleugnet, sondern in Gründe *für* die Nation verwandelt – wie das im 2. Kapitel schon angesprochen worden ist.

Parteinahme auch etwas *Absolutes*. Deutscher ist er mit der jeweils von der nationalen Führung beschlossenen und durchgesetzten politischen Zwecksetzung. Kurz: Er ist für das Deutschland, wie es jeweils regiert wird.[7]

2.3 In seiner Parteilichkeit für die Nation schließt er sich mit allen übrigen Deutschen *gemeinschaftlich* zusammen. Die erste Person Plural, das *»Wir«*, regiert in dieser Hinsicht sein Verhältnis zu den Menschen, die – wie er – einen deutschen Pass besitzen. Das fordert ihm die nächste Abstraktionsleistung ab. Denn all jene deutschen Mitbürger, an denen er eine sie alle einende Eigenschaft festhält, begegnen ihm in seinem Lebensalltag durchaus nicht so freundlich und einvernehmlich, wie das »Wir« es vermuten ließe. Da gibt es Deutsche, die sind seine Vorgesetzten in der Firma, andere schikanierten ihn als Professor in der Prüfung, ziehen ihm als Vermieter oder als Gerichtsvollzieher bei der Pfändung das Fell über die Ohren. Da gibt es den deutschen Kleinkriminellen, der Deutsche bestiehlt, oder den deutschen Richter, der ihn nach deutschem Recht verurteilt; und niemand dieser Deutschen ist zu Zugeständnissen bei Lohn oder Arbeitszeit, Miete oder Note, Kuckuck oder Strafmaß bereit, nur weil der Untergebene, der Mieter, der Student oder Dieb *auch Deutscher* ist. Dass »wir« zusammenhalten müssen, gilt in den alltäglichen Konkurrenz- und sonstigen Affären nicht; wenigstens nicht als Grund für Konzessionen, eher schon als Grund fürs Akzeptieren der Beschädigungen, die Vorgesetzte und andere Herrschaften an deutschen Volksgenossen durchzusetzen haben. »Wenn das alle machen würden...«, lautet dann der Hinweis, der in seiner vollständigen Fassung einen eindeutigen Appell an die nationale Gesinnung enthält: »Wenn das alle machen würden, was würde dann aus *Deutschland?«* Es regieren im *Innern* der Nation ganz unmissverständlich die ins Recht gesetzten Eigentümerinteressen nebst allen sonstigen ungemütlichen Abhängigkeiten. Das politische, ökonomische und soziale Leben ist bestimmt von Konkurrenzaffären, Gegensätzen und Sortierungen nach verrechteten Eigentumsansprüchen und Ordnungsmaßnahmen.

Allerdings findet die längst zur schlechten Gewohnheit gewordene Abstraktion des »Wir« *negativ* immer ihr Material: Es gibt im Lande ganz viele Nichtdazugehörige und außerhalb der Grenzen des Landes besteht die Welt ohnehin nur aus Ausland und Ausländern. Die sind in aller Regel ebenfalls Parteigänger ihrer Nation, sind als Franzosen für Frankreich, als Briten für Großbritannien und als Letten für Lettland. Das macht die Sache nicht besser, sondern eher prekärer. Davon, dass sich Nationalisten aller Länder ver-

[7] Dass, warum und wie der Nationalist *kritisch* wird, zeigt sich im Folgenden.

einigen sollen, hat man nämlich noch nie etwas gehört. Wie auch, wo doch jeder von ihnen ein Parteigänger *seiner* Heimat und nicht etwa ein Anhänger von *Nation überhaupt* ist – gegen wen sollten sie sich denn auch vereinigen? Abgrenzung und Ausgrenzung ist der negative Gehalt des Patriotismus nach außen bzw. zu Ausländern. Wie die jeweils ausfällt, sagen ihm die jeweiligen Führer der Nation, die wissen, was das Beste für Deutschland ist. Da ist zwischen Schuldzuweisungen an Ausländer, die »uns bloß ausnutzen«, über Siegesfeiern bei Erfolgen deutscher Kicker über auswärtige Konkurrenz bis hin zur Entsendung von Militär zur »Befriedung« unbotmäßiger fremder Völker oder Volksteile nebst ihren Herren alles drin.

2.4[8] Und noch eine weitere Abstraktion steckt in dem »Wir«: Dass die hier lebenden und mit deutscher Staatsangehörigkeit versehenen Bürger ihre deutsche Gemeinschaftlichkeit und ihren Staat *wollen*, heißt eben nicht umgekehrt, dass sie ihn sich *ausgesucht* hätten. Sie werden nicht Deutsche, wie sie Mitglied eines Sportvereins, einer Partei oder einer Wohngemeinschaft werden, in die sie aus freien Stücken ein- und auch wieder austreten können. Es verhält sich schon wieder umgekehrt: Es ist der Staat, der sich sein Staatsvolk zusammensucht. Und das geschieht in der Regel nicht einmal per Antrag von Menschen, die sich nichts Besseres vorstellen können, als Untertan der deutschen demokratischen Republik zu werden.

Wie Staaten die Menschenrekrutierung zum Staatsvolk im Einzelnen handhaben, ist an ihren Ausländer- und Inländergesetzen abzulesen. Letztere, die Inländergesetze, heißen Staatsbürgerschaftsgesetze. Ihrer Existenz ist bereits zu entnehmen, dass sich die Frage »Wer ist Deutscher?« weder an dem faktischen Aufenthalt auf deutschem Territorium noch an dem Willen zum Leben in der Lüneburger Heide oder in Berlin-Kreuzberg entscheidet. Selbst mit dem Nachweis eines deutschen Stammbaums ist die Sache – wie man weiß – gelegentlich nicht abgetan. Und von freiwilligen Loyalitätserklärungen solcher Menschen, die partout zum deutschen Volk gehören wollen, macht der Staat sich ohnehin nicht abhängig. Er erlässt seine Gesetze, und denen ist das jeweilige staatliche Interesse an der Sortierung zwischen In- und Ausländern zu entnehmen. Ihnen zufolge gehören zum Staatsvolk nur solche Landesbewohner, die der *Staat* als *seine* Staatsbürger *deklariert* und mit entsprechenden Papieren *ausstattet.*[9]

---

[8] Hier sind Teile aus dem Buch »Brandstifter als Feuerwehr«, Kap. 8, das nicht mehr aufgelegt wird, eingearbeitet.

[9] Dabei kann es durchaus vorkommen, dass Menschen ihre Staatsvolkszugehörigkeit im Laufe ihres Lebens mehrere Male wechseln müssen. Anschaulich in H. Auinger,

Deutsche Eltern, die aus sehr privaten Gründen Kinder in die Welt setzen, sind folglich mit der Tatsache konfrontiert, dass es sich dabei automatisch um *deutsche* Kinder handelt. Ihr Nachwuchs ist von Gesetzes wegen gleich mit dem Stempel der bestimmten Staatsbürgerschaft ihrer Eltern versehen, womit das staatliche Zugriffsrecht beschlossene Sache ist. Gefragt wird dabei keiner. Die Eltern nicht und auch den Frischlingen wird nicht angetragen, dass sie später, nachdem sie sich etwas in der Welt umgeschaut haben, neu und frei entscheiden können, ob ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft passt, ob sie eine andere vorziehen oder ob sie es ganz ablehnen, ihr Leben unter der »Obhut« staatlicher Regentschaft zu organisieren. Das halten Eltern auch nicht für nötig. Sie haken in der Regel diesen Staatsakt als eine Selbstverständlichkeit ab: Ihre Kinder sind Deutsche wie sie selbst. Etwas anderes steht für sie gar nicht zur Debatte. Mit diesem an Verwandtschaft orientierten Subsumtionsverfahren wird deutschen Müttern und Vätern mitgeteilt, dass es gar *nicht* anders sein *kann*, als dass sie ihren Nachwuchs Deutschland zur Verfügung stellen. Was da an Staatsvolk zusammenkommt, das ist das Resultat eines staatsrechtlichen *Hoheitsaktes* und nicht etwa – wie dies die Ideologie vom ius sanguinis den Deutschen weismachen will – das Ergebnis eines quasi-natürlichen, auf jeden Fall *vorstaatlichen* Prinzips der Deutschwerdung.[10]

Was bei theoretischer Betrachtung wie eine Tautologie anmutet – es wird die Frage nach der Staatsbürgerschaft des einen Menschenwesens, des frisch Geborenen, mit dem Hinweis auf die Staatsbürgerschaft von anderen Menschen, den Erzeugern, beantwortet –, ist für den hiesigen Staat sinnvoll: Vorausgesetzt, er kann die *Familie* als »natürliche« Form des Zusammenlebens und »Keimzelle« seines Staatswesens etablieren, und vorausgesetzt, die Familien schaffen sich regelmäßig wie gewünscht Kinder an, dann setzt er immer zugleich darauf, dass der Volksnachwuchs, der in *deutschen Familien* aufwächst, ziemlich automatisch *deutsch* sozialisiert wird. Die Rede von der »Keimzelle« trifft da die Sache. Denn es ist die Familie eben weder eine Gemeinschaft, in der es sich Menschen unterschiedlichen Alters gut gehen lassen sollen, noch die »Sozialform«, in der Kinder nur *geboren* werden. Es handelt sich vielmehr um eine Einrichtung, deren erster Zweck vom Staat vorgegeben ist: Nachwuchs für die Volksgemeinschaft zu produzieren, also deutsche Kinder bzw. Kinder *deutsch* großzuziehen, sprich: sie frühzeitig

Haider, Wien 2000, S. 30.

[10] Vgl. Auinger, a.a.O., S. 30ff.

so zu sozialisieren, dass ihnen die Erklärung zum Deutschtum, das Denken in Kategorien des nationalen Kollektivs zur Gewohnheit wird.[11]

Die Staatsbürgerschaftsgesetze stehen also insgesamt für folgendes Interesse: Es ist allein Sache des Staates, wie man und wer Staatsbürger wird. Der will nicht einen Haufen x-beliebiger Leute unter seinem Label versammeln, sondern er will ein Staatsvolk, das nach *Umfang, Zusammensetzung, Tauglichkeit und nationaler Gesinnung* zu seinen Staatsanliegen passt. Deswegen gilt das Anliegen von Menschen wenig, die es auf der Flucht vor Hunger, Verfolgung und anderen Staatskatastrophen in die eine oder andere Weltgegend zieht, von der sie sich Schutz und einen Lebensunterhalt erwarten. Immer zählt der Wille der Leute – und das gilt für Aus- *und* Inländer – nur soweit, wie ein staatliches Interesse an ihnen besteht.[12] Bei den zu Inländern gemachten Menschen setzt der Staat darauf, dass sie, als Deutsche deutschsprachig aufgewachsen, gut deutsch erzogen und in das Konzept von Rechten und Pflichten, das ihr Leben bestimmt, eingewiesen, den gewünschten Willen zum nationalen Staatswesen entwickeln.

---

[11] Dass es um nichts anderes geht, dokumentiert z.B. der Eid, den jeder Mensch schwören muss, der US-amerikanischer Staatsbürger werden will: *»Ich schwöre und* (!) *beeide hiermit, dass ich ohne Einschränkung und* (!) *gänzlich der Loyalität und* (!) *Treue gegenüber jedem fremden Fürsten, Machthaber, Staat oder Souverän entsage und* (!) *abschwöre, dessen Untertan oder Bürger ich zuvor gewesen bin; dass ich die Verfassung und Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika gegen alle äußeren und inneren Feinde unterstützen und* (!) *verteidigen; dass ich gegenüber diesen einen wahren Glauben und* (!) *wirkliche Loyalität habe; dass ich, sofern das Gesetz es verlangt, für die Vereinigten Staaten mit der Waffe kämpfen; dass ich in den Streitkräften der Vereinigten Staaten, sofern das Gesetz es verlangt, zivilen Dienst leisten; dass ich, sofern das Gesetz es verlangt, unter ziviler Leitung Arbeit von nationaler Wichtigkeit ausführen werde; und dass ich diese Verpflichtung frei, ohne geistigen Vorbehalt oder mit der Absicht einer Ausflucht eingehe; so wahr mir Gott helfe.«* (http://zettelsraum.blogspot.com/2010/07/zitat-des-tages-der-eidden-man-bei-der.html) (Vgl. dazu auch das auf den Seiten 167ff. folgende »Gespräch mit einem Schüler«, der für eine derartige Sozialisation steht.)

[12] Das gilt unter bestimmten Umständen auch für Menschen, die auf *fremdem* Staatsterritorium als *Volksdeutsche*»entdeckt« werden. Wenn die »heim ins Reich wollen«, werden sie mit historischen Verweisen zu Deutschen erklärt, auf die der fremde Staat keinerlei Anspruch hat. Dann werden dem fremden Souverän gegenüber Ansprüche auf Teile seines Volkes geltend gemacht. Die Rede ist von den so genannten Wolgadeutschen und der DDR; wobei sich im zweiten Fall diese Ansprüche gleich auf ein ganzes Volk nebst Territorium bezogen. Solche Bürger fremder Staaten gelten dabei dem hiesigen immer noch unter Verweis auf eine inzwischen ziemlich überholte politische Landkarte als die Seinen. Das rassistisch passend gedeutete Abstammungsprinzip – »Was zusammen gehört, das wächst auch zusammen!« – taugte in dem einen Fall dazu, den Anspruch auf die Annektierung der DDR aufrecht zu erhalten, in dem anderen Fall wurde daraus das Recht auf Einmischung in innersowjetische Belange abgeleitet.

3. Der Patriot hat keine guten Gründe, er sucht sie sich für seine Parteilichkeit

Wo das klappt – und hierzulande liegen die Erfolge leider auf der Hand –, da bestimmt der Beschluss zum Patriotismus die politische Gesinnung. Diese Parteilichkeit lebt nicht von geprüften Urteilen über die Sache, die Gegenstand des Beschlusses ist. Sie mag langsam gereift oder mit der Muttermilch eingefüttert worden sein, *ohne* Begründungen kommt sie dennoch nicht aus. Doch werden die vom heranwachsenden deutschen Patrioten zur Unterfütterung des feststehenden Beschlusses *nachträglich gesucht*. Dabei wird der überall fündig. Gründe für die Parteilichkeit für jenes Kollektiv, das er sich nicht ausgesucht hat, werden ihm ständig, an allen Orten und in jeder Lebenslage geboten. Er hat sie zur Hand, wenn ihm seine Parteilichkeit von Kritikern madig gemacht oder wenn er selbst einmal von einem Zweifel angenagt wird. Und daran fehlt es im Leben der meisten Deutschen wahrlich nicht. Wenn sie zu jenem Menschenschlag gehören, der sich ohne eigene Geldquelle auf der Suche nach Verdienst durchs Leben schlagen und dabei so manchen Misserfolg hinnehmen muss, dann brauchen sie für alle Gelegenheiten und immer wieder »gute Gründe«, mit denen sie sich den Gehalt ihrer Parteilichkeit bestätigen: Dass sie nämlich in ihrer nationalen Heimat gut aufgehoben sind, dass die Führung der Nation die deutsche und damit auch ihre Sache gut verfolgt, kurz: dass sie als Deutsche mit Deutschland gut fahren.

Der Patriot weiß z.B. sofort, dass es »*hier wenigstens besser als in ... ist*« – und dann folgt irgendein Landstrich oder eine vergangene Phase des eigenen Landes, die für diese Sorte Legitimation taugt. Er hat sich damit eine sonderbare Art von Vergleichsverfahren zurechtgelegt. Um sich seinen Patriotismus schönzureden, bemüht er die Vorstellung, dass er es in anderen Ländern, z.B. in solchen der Dritten Welt, viel schlechter getroffen hätte.[13]

[13] Aus solchen Vergleichen wird gelegentlich ein grundverkehrter Schluss gezogen: Man könne ihm entnehmen, dass die Menschen deswegen für ihre Heimat seien, weil sie etwas zu verlieren hätten. So heißt es in einer linken Broschüre, dass *»es zu den handfesten Erfahrungen* (?) *der Proleten (gehört), dass ihr Auskommen von der nationalökonomischen Gesamtbilanz in der Kolonial- und Weltmarktkonkurrenz abhing. Und dass sie in diesem Rahmen tatsächlich etwas zu gewinnen und zu verlieren hatten.«* (ums Ganze, Staatsbroschüre, S. 41) Der Nationalismus wird damit als Resultat einer positiven Bilanz vorgestellt. Dem widerspricht unmittelbar, dass über den Vergleich gerade die *schlecht* ausfallende Bilanz ideell korrigiert werden soll. Das willkürlich herangezogene Vergleichsmaterial hat dabei nur ein Kriterium zu erfüllen: In den zitierten Ländereien muss es den Menschen erkennbar schlechter gehen.

Das überzeugt – allerdings nur jene, die sich den Tücken der Vergleichslogik verschließen. Der gute Deutsche, der überhaupt nicht in die Verlegenheit gerät, sich in der zu Vergleichszwecken herangezogenen Fremde durchschlagen zu müssen, macht mit seinem verräterischen Komparativ deutlich, dass das Leben in der Heimat alles andere als ein Zuckerschlecken ist. Er relativiert mit dem Vergleich die Güte der Nation zu einer bloß *vergleichsweisen Vorteilhaftigkeit* und gesteht zudem ein, dass sich die geschätzte Heimat durch ökonomische Abstufungen zwischen Reich und Arm auszeichnet, wobei er selbst auf den unteren Rängen der Gesellschaft gelandet ist. All das wird erarbeitet über eine selbstbetrügerische Logik: Hier muss niemand verhungern, heißt es z.B. beim Anblick der verhungernden Menschenmassen am Horn von Afrika, über die das deutsche Fernsehen regelmäßig zur besten Sendezeit und in der Absicht informiert, den Zuschauern mit der Bitte um Spenden ihr relatives Wohlleben vor Augen zu führen. Hierzulande, so lautet diese beständige Bekräftigung der Parteilichkeit zur Nation, ließe sich Armut allemal besser bewältigen als in Ländern, in denen Armut sofort existenzielle Hungersnot oder gar massenhaften Hungertod bedeutet. Welch ein Kompliment!

Der Legitimationscharakter solcher Vergleicherei wird vollends darin deutlich, dass weder zur Kenntnis genommen wird, wie der entwickelte Kapitalismus auch Menschen in seinen Zentren Hungersnot verordnet – die flächendeckende Einrichtung von so genannten Tafeln steht dafür – noch von Interesse ist, dass sich das Massenelend in Ländern der Dritten Welt ohne das Wirken der Führer der Ersten Welt wohl schwerlich erklären lässt. Zu offensichtlich sind solche »Hungerkatastrophen« nicht das Resultat ausbleibenden Regens, sondern das Ergebnis einer mit vielen ökonomischen Rezepten und Kapital aus dem Westen durchgeführten Zurichtung des Landes, in welchem fehlender Regen dann sofort zu massenhafter Hungersnot führt. Es muss also als weitere Merkwürdigkeit des Patriotismus festgehalten werden, dass Bürger hierzulande ihrem Staat das Ausbleiben eines Massenelends zugute halten, an dessen Herstellung in fremden Ländern die hiesigen Führer nicht gerade unbeteiligt sind. Zumindest wäre dem doch zu entnehmen, dass es den Wirtschafts- und Sozialpolitikern auch hierzulande wohl nicht um die Vermeidung von Armut geht.[14] Auf jeden Fall ist dafür gesorgt, dass dieser Vergleicherei mit Lebenslagen von Menschen, die es noch schlechter getroffen haben, das Material nie ausgeht. Für größeres Elend in ande-

[14] Vgl. dazu: Decker/Held, DDR kaputt Deutschland ganz, Teil 2: Der Anschluss, München 1990, S. 68.

ren Ländern ist durch das Wirken des Kapitalismus, der auf die Hilfe der dort ansässigen Obrigkeit bauen kann, dauerhaft gesorgt.

Übrigens ließe sich so ein Vergleich auch ganz anders anstellen. Man könnte als Maßstab zur Beurteilung der eigenen prekären Lebenslage durchaus auch den *Reichtum* der Nutznießer der feinen Marktwirtschaft heranziehen. Ganz ohne Mobilisierung von Sozialneid würde sich dann jedoch die Frage aufdrängen, inwieweit eigentlich jene Koexistenz von Armut und Reichtum eine Parteinahme für das Land und für die staatliche Verwaltung dieses Zustandes begründet – zumal der Patriot selbst auf einem der unteren Plätze der Reichtumsverteilung sein Leben organisiert. Doch dafür hätte er sich schon theoretisch zu seiner Parteinahme zu stellen und sie zu hinterfragen.

Eine ganz andere Abteilung von »guten Gründen« liefern jene Schulbuchweisheiten, mit denen dem Nachwuchs die Liebe zur Heimat durch deren besondere Vorzüge in Sachen Kultur, Vergnügen und Genuss nahegelegt wird. Da wird Deutschland als das Land der Dichter und Denker vorgestellt, es werden die einschlägigen Geistesgrößen von Goethe über Kant bis zu Grass oder Habermas aufgeführt; es stehen dann deutsche Landschaften von der Nordsee bis zu den Bayerischen Alpen ebenso für Deutschlands Güte wie deutsches Liedgut oder deutsche HeldInnen von Franz Beckenbauer bis zu Sebastian Vettel oder Lena. Ob der angehende Patriot von den Geistesriesen überhaupt etwas zur Kenntnis genommen oder an ihnen Geschmack gefunden hat, ist dabei gar nicht von Bedeutung. Dass es sie als »deutsche Kultur« *gibt*, soll allein schon für Deutschland sprechen. Sachlich gesehen haben diese Belege allerdings mit der Nation und ihrem Wirken gar nichts zu tun. Dass bestimmte Landschaften in den Grenzen Deutschlands liegen, ist eine Folge der durch Kriege entschiedenen Grenzziehung, ihre Besonderheiten verdanken sich einer Laune der Natur, und ihre »Schönheit« ist eine Sache des sich frei sortierenden Geschmacks. Bekannte Denker, Reimer und andere Artisten mit deutschem Pass sind obendrein weltweit zugänglich und haben ihre Fangemeinde ebenso wie ihre Kritiker überall auf dem Globus. Der ausländische Kantfreund, der Urlauber aus den USA, der nach Hohenschwanstein pilgert, oder der japanische Frauenchor, der mit »Am Brunnen vor dem Tore...« auf Tournee geht, schätzt »deutsche Kultur« offenkundig mehr als der deutsche Jugendliche, der Harry Potter oder die literarischen Elaborate von J.M. Simmel – eines Österreichers – verschlingt und AC/DC einer Nena vorzieht. Jedes Vergnügen, das man sich in Deutschland und vielleicht sogar mit der Konsumtion deutscher Artisten leistet, auf das Konto der deutschen Heimat zu verbuchen, ist gänzlich willkürlich. Das *Gefallen* an Landschaften, Dichtkunst oder Liedgut ist eine Sache des *privaten Ge-*

schmacks und verdankt sich nicht dem Nationalstaat, dem man sich zudem um seiner selbst Willen parteilich zuordnen soll.

Ein ehemaliger Bundespräsident hat vor einiger Zeit zur Frage »*Die Deutschen und ihre Identität*« klare Worte gefunden. Er gab zu Protokoll, dass es *»ein naturgegebener Sachverhalt«* sei, deutsch zu sein: *»Es ist die Folge der Tatsache, hier geboren, hier aufgewachsen zu sein, die deutsche Sprache zu sprechen, sich hier natürlicherweise zu Hause zu fühlen und damit Teil eines Volkes zu sein. Ich bin Deutscher wie ein Franzose ein Franzose, wie ein Russe ein Russe ist. Das ist weder ein Mangel noch ein Verdienst. Ich habe es mir nicht ausgesucht … Wir sind Menschen wie andere auch, wir lieben wie sie unsere Heimat.«*[15] Den ganzen Zirkus mit den nachträglichen Begründungen wischt er damit genial vom Tisch. Eigentlich, so erklärt er, ist es ohnehin eine Frage der *Menschennatur*, dass man seine jeweilige Heimat liebt; und dagegen könne man gar nichts unternehmen. Allerdings hinkt seine »Beweisführung« ein wenig. Denn weder lässt sich die parteiliche Stellung zum Staat aus etwas Vorstaatlichem wie einer Menschennatur ableiten, noch sind Deutschtum oder ein Aufwachsen in Deutschland ohne Staatswirken zu denken. Sowohl die Deklaration eines Menschen zum Bürger eines bestimmten Staates als auch das »Aufwachsen« in ihm nebst der Aneignung der deutschen Sprache erfolgen nicht »natürlich«, sondern ergeben sich aus Zwecken des Staates: Es ist – wie gezeigt – seine Sache, wen er von den auf seinem Territorium Geborenen oder Lebenden zu Deutschen erklärt, wie er mit Familiengesetzen und Schulpflichten das Aufwachsen organisiert und welche Sprache er verpflichtend für jedermann zur Amtssprache erklärt.[16] Selbst wenn man das »*natürlicherweise*« durch ein *»wie selbstverständlich«* ersetzt, wird es sachlich nicht korrekter. An der Botschaft des Ex-Präsidenten ändert das ohnehin nichts. Der will gesagt haben: Die Parteilichkeit für die Nation hat sich freizumachen von jeder ernsthaften Bilanzierung von Leistung und Gegenleistung. Wie man zu seiner Heimat, zu seinem Vaterland steht, das entzieht sich jeder theoretischen Prüfung; das ist eine Sache des Gefühls und hat seinen Grund allein darin, dass wir nun einmal Deutsche *sind*. Der Alt-Bundespräsident fordert den Nationalismus, den gerade er nie so nennen würde, als tief in der Emotion verwurzelte Charaktereigenschaft der »hier Geborenen« ein – und zwar mit allem, was die Parteilichkeit für die Nation einschließt.

---

[15] R. v. Weizsäcker, Rede auf dem ev. Kirchentag 1987.

[16] Nebenbei sei auch darauf hingewiesen, dass dieser Text *gegen* nationale Parteilichkeit in deutscher Sprache abgefasst ist.

4. Der unbedingte Wille zum Zurechtkommen macht Patrioten

Es ist also, um ein Zwischenfazit zu ziehen, so einiges zusammengekommen: *Erstens* sind die Bürger dem Kollektiv »Nation«, das die Parteilichkeit einklagt, gar nicht aus freiem Entschluss beigetreten; es handelt sich bei ihm um ein Zwangskollektiv. *Zweitens* können sie deswegen über die Zwecke, die ihr Leben in diesem Kollektiv bestimmen, gar nicht selbst befinden. Diese sind ihnen vielmehr alternativlos mit der herrschenden Eigentumsordnung, dem politischen System und seiner Rechtsstaatlichkeit vorgesetzt; was *drittens* für jene Mehrheit in dem nationalen Kollektiv, die ohne eigenes geldwertes bzw. Geld generierendes Privateigentum dennoch auf das Eigentumsprinzip festgelegt ist, bedeutet, dass sie ihr Leben lang für den (Geld-)Reichtum der Nation arbeiten müssen, ohne über diesen Reichtum (mit-)verfügen zu können. Für diese Mehrheit steht zweifelsfrei fest, dass sie aus der Nation keinen Nutzen zieht, sondern dass sie umgekehrt als Ressource zu Mehrung der ihnen entgegengesetzten Staats- und Geldmacht zu fungieren haben. Das und nichts anderes ist die Bilanz, die dieser Volksteil zu ziehen hätte, aber so nicht zieht.

Um so erstaunlicher erscheint es deswegen auf den ersten Blick, dass – nicht nur – hierzulande die Parteilichkeit für die Nation gerade in den Volksteilen durchgesetzt ist, bei denen sich die Gründe für eine mehr als kritische Bilanz akkumulieren. Aber eben nur auf den ersten Blick. Denn ein zweiter Blick zeigt, dass es nicht zuletzt jene Verhältnisse sind, welche Anlass zu gewichtigen Beschwerden geben, aus welchen sich – paradoxerweise – der Patriotismus erklärt. Die diesen Volksteilen hierzulande *alternativlos aufgenötigte Abhängigkeit* von polit-ökonomischen Vorgaben, die sich als demokratisch regierter Kapitalismus zusammenfassen lassen, ist es, in der sie sich mit einigen wenigen Fehlurteilen einrichten. Aus der zur Gewohnheit gewordenen Tour, mit diesen Sachlagen zurechtkommen zu müssen, verfertigen die Landesbewohner ihre elementare Auffassung von den sie umgebenden und sie beherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen: Der ganze staatlich geregelte kapitalistische Laden sei allein *für sie*, für ihre gemeinsame Daseinsvorsor*ge* eingerichtet; mit seiner Hilfe sollen sie zu etwas kommen können. Ihre eigenen angestrengten Bemühungen, in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt, im Betrieb und im Büro in der Konkurrenz mit Ihresgleichen das zentrale Lebensmittel »Geld« zu ergattern, schreiben sie als Interesse den Verhältnissen gut, die das erzwingen. Der Umstand, dass sie genau das müssen, dass ihnen mithin kein anderer Weg offen steht, als unter den vorgegebenen politischen, ökonomischen und rechtlichen *Bedingungen* irgendwie ihr Interesse zu verfolgen, stellt sich ihnen verkehrt, nämlich als

ein Ensemble von Einrichtungen dar, welches ihnen die *Mittel* präsentiert, mit denen sie »ihr Glück« machen können. So wird der politische Sachwalter all dieser Verhältnisse, der Staat, zu einer Macht erklärt, die es allen Volksgenossen *ermöglicht*, mit entsprechender Leistung – ohne die geht es selbstredend nicht – aus ihrem Leben etwas zu machen. Mehr als der *unbedingte Wille*, unter den gegebenen Verhältnissen *zurechtzukommen*, ist also für die Ausprägung des stinknormalen Nationalismus und des ihm eingeborenen Staatsidealismus nicht nötig. Weiterer großartiger geistiger Verrenkungen bedarf es für die Ausbildung der patriotischen Gesinnung nicht. Sie ist – so gesehen – das notwendige falsche Bewusstsein des Bürgers, der sein Leben gehorsam unter der Räson des bürgerlichen Staates organisiert.

Mit dem Grund für Parteilichkeit kommen aber zugleich bei den Nationalisten *kritische* Fragen auf. Es kann gar nicht ausbleiben, dass die politische Führung von ihnen daraufhin geprüft wird, inwieweit sie diesem Auftrag nachkommt und inwieweit die staatlichen Einrichtungen dem – erfundenen – Anspruch, dass sie dem Volk gute Gelegenheiten für ein auskömmliches Leben zu eröffnen hätten, genügen. Dabei *befestigen* alle gegenteiligen Erfahrungen, die Menschen machen, – etwa wenn die Schule sie und ihre Altersgenossen auf die kapitalistisch sortierte Berufshierarchie verteilt, wenn sie auf dem Arbeitsmarkt mit den für sie unbekömmlichen Einstellungskriterien von Personalchefs konfrontiert werden oder wenn sie an ihrem Arbeitsplatz nur die auf ihre Knochen und auf ihren Lohn gehende praktische Umsetzung betrieblicher Rentabilitätsrechnungen erfahren – in der Form der *Beschwerde* nur die *Zustimmung* zu jener Macht, der sie nichts anderes zutrauen wollen als die Schaffung und Pflege von Einrichtungen, in denen es allein um ihre Belange gehen soll.

5. Weltbürger, Kosmopolit, Europäer

Es gibt eine Form der Absetzung vom Patriotismus, die sich nicht einfach in eine Variante der Zustimmung zur heimischen Macht auflöst, aber auch nicht mit seiner Kritik verwechselt werden kann. Wenn Menschen sich gegen jegliche Parteilichkeit für eine bestimmte, d.h. für jene Nation, in der sie leben und deren Staatsmacht ihnen einen Pass aufgenötigt hat, verwahren und sich zum Kosmopoliten bzw. Weltbürger erklären, dann ist ihnen in der einen oder anderen Hinsicht ihre Heimat *zu eng*. Ihr Leiden an der geistigen oder sonstigen Beschränktheit ihrer Nation weist sie als eine Klasse von Patrioten aus, die unbedingt an ihrer Heimat festhalten, ihr aber den Ruch von – z.B. kultureller – Beschränktheit nehmen wollen. Dann wissen An-

gehörige der gehobenen und gebildeten Stände fremde Kulturen zu schätzen oder verstehen sich selbst schon mal als *Botschafter* jener Abteilungen heimischer Zivilisation, Sittlichkeit und Brauchtum, die vor ihrem kulturbeflissenen Nationalwahn Bestand haben. Und wo sie die Kultur fremder Völker als *Bereicherung* der vaterländischen propagieren, also dem Multikulturalismus anhängen, da treibt sie ohnehin nichts anderes als die kulturelle Komplettierung des Vaterlandes, sodass es ihrer anspruchsvollen Parteilichkeit genügt.

Eine nationale Enge ganz anderer Art bedrückt jene Kosmopoliten, die vom Zusammenschluss ihrer Staaten zu einer *Weltgesellschaft* träumen und die ersten Schritte in dieser Richtung ausgerechnet in jenen real-existierenden Einrichtungen wie der UNO oder der WTO sehen – obwohl die nichts anderes darstellen als Instrumente der führenden Weltmächte, mit denen sie ihre hegemonialen Ansprüche durchsetzen.[17] Darin, d.h. in dem, was diese Organisationen im Letzten ausmacht, sehen die Träumer zwar noch den Mangel dieser Institutionen, wissen aber zugleich, dass so eine Weltgesellschaft ohne – gewählte – Führerschaft nicht auskommt. Dass die jenen »Nationen« zusteht, die bereit sind, ihre Nationalstaatlichkeit in alter Form aufzugeben, versteht sich für sie von selbst. Und deswegen gehen sie auch davon aus, dass man jenen Völkern und Nationen noch Nachhilfeunterricht der einen oder anderen Art erteilen muss, die sich – unzivilisiert wie sie sind – diesem hehren Projekt verweigern.[18]

Auf kleinerer Stufe wird das Weltbürgertum in Europa sogar von oben angemahnt. Wir, die Bürger europäischer Nationalstaaten, sollen uns als *Europäer* begreifen, erklären besonders vor Wahlen zum Europäischen Parlament hiesige Staatsmänner, die nichts weniger vorhaben, als gemeinschaftlich ihre nationale Souveränität vollständig Brüsseler Gremien zu unterstellen.[19] Dass es den Völkern europäischer Staaten immer noch ziemlich schwer fällt, ihre Nationaluniform wenigstens *geistig* abzustreifen und auch im Franzosen oder Italiener nur den Europäer zu erblicken, liegt schlicht und einfach daran, dass nach wie vor jeweils deutsche oder französische

[17] Vgl. GS 2/1994, Vom GATT zur WTO, und GS 4/12995, Die UNO wird fünfzig.

[18] In der alten DDR war es üblich, im Kosmopolitismus die Ideologie zum Weltherrschaftsanspruch der westlichen Großmächte zu entdecken. In der Tat ist der Kosmopolit der träumende Ideologe des herrschenden Imperialismus.

[19] Sogar »große Europäer« soll es geben. Zu ihnen werden die Franzosen Robert Schumann, Jean Monnet oder die Deutschen Walter Hallstein, Helmut Kohl und andere gezählt. Sie alle haben weder ihrer Staatsbürgerschaft abgeschworen noch ihre Pässe zerrissen. Vielmehr haben sie als Franzosen für Frankreich und als Deutsche für Deutschland das gegen die USA eingerichtete Konkurrenzprojekt »Europa« gefördert und vorangebracht.

oder italienische Hoheit ihr Leben und damit den gewohnheitsmäßigen Gehorsam gegenüber den jeweiligen nationalstaatlichen Zwecken organisiert. Da hilft es auch nichts, wenn in den schweren Stunden der europäischen Finanzkrise z.B. eine deutsche Kanzlerin das Volk zur Solidarität mit griechischen Staatsbankrotteuren aufruft – zumal sie im selben Atemzuge verspricht, dass die dem deutschen Volk zur Rettung von Griechenland, der europäischen Banken und des Euros abverlangten *Opfer* sich später doppelt und dreifach für *Deutschlands* Wachstum bezahlt machen würden. Dass nicht deutscher Altruismus am Werk ist, sondern alle Rettungsaktionen, die dem Finanzsektor gelten, Deutschlands führende Position in Europa stärken sollen, das begreift der deutsche Patriot sofort, billigt es, quittiert es aber zugleich mit nationalistisch eingefärbter Skepsis. Er sieht deswegen gar nicht ein, dass »wir den faulen Griechen mit hart verdienten Steuergeldern ihren Müßiggang finanzieren«. Wo sich der deutsche Bürger als Europäer präsentieren soll, weil das aktuelle *Machtzentrum* in Europa seine Heimat ist, da bleibt er doch gleich lieber ganz Deutscher und setzt darauf, dass sich deutsche Milliarden zur Krisenbewältigung für Deutschland lohnen. Nur dann würde er sich in seinem Patriotismus belohnt sehen.

6. Was hat der Patriot vom Patriotismus?

Dass es Menschen und gar Schichten gibt, die wirklich Gründe für den Befund haben, sie hätten ihr *gutes* Leben dem Vaterland zu verdanken und seien deshalb schwer für dieses eingenommen, kann nicht geleugnet werden. Das wird es schon geben, *»dass einer, ohne nennenswerte eigene Mühe aufzuwenden zu müssen, der Gesellschaft, die um ihn herum Reichtum schafft, einen soliden Wohlstand verdankt. Sachlich gesehen folgt daraus aber nur die Frage, warum und wie und ggf. auf wessen Kosten die betreffende Gesellschaft solche glücklichen Existenzen hervorbringt. Ob das für die staatlich garantierte Einrichtung der Gesellschaft mit ihrer Eigentumsordnung spricht, ist zunächst mal noch offen; und für genau diese im Unterschied zu den anderen Nationen spricht es ganz sicher nicht. Wo übrigens gewisse Leute allen Ernstes Nationen praktisch nach den unterschiedlichen Vorteilen vergleichen, die sie jeweils bieten, nämlich als mehr oder weniger günstige Anlagesphäre von Geld, da ist nie Patriotismus die Folge, sondern eine Investitionsentscheidung.«*[20] Und die gilt nicht selten als Vaterlandsverrat, wenn sie für den falschen, den fremden Standort ausfällt. Für solche priva-

[20] Decker/Held, a.a.O.

ten Nutznießer der Nation ist der Nationalismus nichts als ein *Luxus*, den sie sich gelegentlich leisten.

Bei den Nationalisten in Staats- und Regierungsämtern, deren Beruf es ist, die Sache der Nation voranzubringen, fällt der Nutzen des Patriotismus ganz mit dem Erfolg der Nation, also letztlich mit der Tauglichkeit eines patriotischen Staatsvolks für die Zwecke der Herrschaft, zusammen. Als *Berufsnationalisten* sind sie stolz auf so ein Deutschland, besonders wenn es ihnen gelungen ist, unter Einsatz all ihrer Machtmittel in der Staatenkonkurrenz Punkte zu machen. Sie leiden auch schon mal an ihrer Nation, wenn dies umgekehrt den anderen gelingt. Ihr Stolz ist ebenso gerechtfertigt wie ihr Kummer über eine nationale Niederlage. Sie sind eben die zuständigen Macher und obendrein befugt, die Machtmittel der Nation – diese reduzieren sich auf Geld und Gewalt – entsprechend einzusetzen und dabei auf das patriotische Staatsvolk als *Produktivkraft* zu setzen. Dazu sagen Politiker dann, dass sie an ihr Volk glauben.

Für die benutzten Volksmassen beantwortet sich die Frage nach dem Nutzen, den sie von ihrem Patriotismus haben, sehr schlicht: *Materiell* haben sie davon nur Schaden. Aber gute deutsche Patrioten fordern als Gegenleistung ja auch gar keine materielle Entschädigung ein. Gelegentliche Bestätigungen durch die Obrigkeit, dass sie es in und mit ihrer Heimat gut getroffen haben, verlangt ihr Alltagsnationalismus allerdings schon. Sie sind dabei auf eine Sorte *höheren Lohn* aus: Sie reklamieren als ihr *moralisches Recht*, dass es ihnen *ideell* entgolten werden möge, wenn sie sich für das Wohl der Nation abrackern. Wenigstens *Respekt* soll ihnen gezollt werden, wenn sich die Schere zwischen ihrem Wohlstand und dem der Nation weiter öffnet. Den fordern sie ein, wenn sie ihren Protest gegen die Einführung von Hartz IV mit dem Sprechchor »Wir sind das Volk!« kundtun oder wenn sie bei einer Massenentlassung die nationale Führung mit dem beleidigten Hinweis zur Intervention auffordern, weil sie es doch waren, die mit ihren Leistungen Deutschland aufgebaut und Macht und Ansehen der Nation vorangebracht haben.

Neuerdings hat es sich eingebürgert, dass sie den Respekt in der Form eines *Anspruchs auf Partizipation* einklagen. Sie wollen gefragt und gehört werden, wenn in ihrer Heimat Bahnhöfe in den Untergrund verlegt, neue Umgehungsstraßen gebaut oder Stromtrassen quer durch ihre Felder angelegt werden. Da sie allein darauf bestehen, dass das vorhandene Missverhältnis in dem ideell *unterstellten Einvernehmen im Kollektiv*, also zwischen ihnen und der nationalen Führung, ausgeräumt wird, legt sich der Protest schnell, wo nach einigem basisdemokratischen Getöse die beanstandeten Projekte wie staatlich geplant über die Bühne gehen.

Und wenn der Respekt sich nicht oder nicht wie erwartet einstellt, dann muss das auch noch nicht das Urteil über die Großartigkeit der Nation demontieren, für die man sich ins Zeug legt. An deren Triumphen lässt sich ganz ohne explizite ideelle Anerkennung der eigenen Verdienste partizipieren. Immerhin fordert das eingeklagte Recht auf Respekt vor den erbrachten Leistungen *fürs* Vaterland zugleich Respekt *vor* dem Vaterland, für das sie erbracht worden sind. Sonst wären sie am Ende sinnlos gewesen. Auf die Sache, für die man so viele selbstlose Verdienste erworben haben will, lässt man nichts kommen.[21] So werden nationale Erfolge gefeiert und genossen, so rechnet man sie sich immer auch ein wenig als die eigenen an. Immerhin gehört man zu diesem erfolgreichen Kollektiv dazu, das in der EU führend ist, lange Jahre Exportweltmeister war, dessen »made in germany« immer noch einen guten Klang hat, das fast Fußballweltmeister geworden wäre, ein weltweit anerkanntes Führungspersonal hat – und außerdem sind »wir Papst«. Derselbe Respekt vor dem Vaterland wird natürlich auch von anderen *eingefordert*: Wer nicht mitmacht, der ist mindestens Miesmacher, gelegentlich – vor allem wenn er Ausländer ist – verdächtig, der nationalen Sache feindlich gegenüber zu stehen.[22] »Gefüttert« wird dieser Genuss durch nationale Symbole wie Fahnen und Hymnen, in denen der gute Deutsche seinen Patriotismus als Gänsehaut auf dem Rücken spürt. Gesondert inszeniert wird all das auf Festivals, nationalen Feiertagen wie dem 3. Oktober und natürlich auf international hochkarätig besetzten Sportevents. Auf denen darf der Bürger dann gemeinsam mit seinen Chefs, die ihm sonst das Leben schwer machen, nichts als seine Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv kollektiv feiern. Das sind die »Feiertage« des *Bekenntnisnationalismus*, deren Protagonisten mit schwarz-rot-gold geschmücktem Outfit in ebenso zugerichteten Autos die Straßen bevölkern. Mit Kompensation für materielle Misserfolge hat so etwas nichts zu schaffen. Wie auch: Das Geld wird nicht mehr und die Arbeit nicht leichter, wenn deutsche Kicker gewinnen. So ein Genuss der Zugehörigkeit zu einem vortrefflichen nationalen Kollektiv geht nur bei *abstrakter* und *berechnungsloser* Parteilichkeit.

[21] Vgl. ebd., S. 71.

[22] Deswegen sind z.B. einige Türken bei solchen Fußballgroßereignissen immer zweifahnig unterwegs. Neben der roten Fahne mit dem Halbmond wird die Deutschlandfahne aus dem Fenster gehängt und so auf verräterische Weise demonstriert, dass man als Türke den Deutschen ihre Siege gönnt. Als ob man parteilich sein könnte für beide Konkurrenten um den Sieg.

7. Der Nationalismus des Faschismus

Und die verlangen die Faschisten dem nationalen Volk ganz *offensiv* ab. Die Selbstbehauptung der Nation soll unter dem Faschismus das Anliegen aller Bürger sein. Als bekennender berechnungsloser Nationalist wird der Volksgenosse zum Auftraggeber des Staates erklärt, sodass in dieser Vorstellung jede Differenz zwischen der nationalen Führung und den geführten Massen von vornherein getilgt ist. Der alltägliche Patriotismus reicht den Nationaldemokraten nicht. Als ob sie eine Ahnung davon hätten, dass das von den Bürgern beim Vaterland eingeklagte Recht auf Respekt seinen Ausgang nimmt bei ihrem armseligen Leben, in welchem sich die Mehrheit von ihnen unter kapitalistischen Verhältnissen einrichtet. Faschisten wollen den *reinen Nationalisten*[23] und kein patriotisches Subjekt, das im Bewusstsein erbrachter Leistungen für das Gemeinwesen ideellen Lohn – in welcher Form auch immer – einfordert und mit diesem Anspruch dann vielleicht noch kritisch gegen die Führer auftritt. Den wollen sie nicht und den kennen sie auch nicht. Denn die unbedingte Einheit von Staat und Volk gilt ihnen als Sache, die in der Volksnatur angelegt ist. Als Kollektiv von geborenen Berufsnationalisten wünschen sie sich ihr Volk und legen an die Herstellung der Einheit von Volk und Führung *praktisch* Hand an. Undeutsche Gesinnung – auch in der Demokratie verabscheut – hat es nicht zu geben. Wo sie sich offenbart, muss sie eliminiert werden.

Dabei war auch unter dem herrschenden Faschismus nach 1933 der Nationalismus der Bürger – wie in der Demokratie – allein vom *Willen zum Zurechtkommen* im Vaterland getragen; und wie in der deutschen Demokratie im Jahre 1989 haben gute Deutsche in Weimar – als zutiefst von den Regierungen der damaligen Republik enttäuschte Nationalisten – vor und nach der »Machtergreifung« auf die Wiederherstellung der alten Größe der Nation gesetzt, die dieser ihrer festen Überzeugung nach zustand. Im Faschismus ist allein das Verhältnis zwischen dem Alltagsnationalismus, mit dem der Bourgeois sich sein Auskommen in der Heimat schön redet, und dem Bekenntnisnationalismus, mit dem der Citoyen patriotische Feste feiert, etwas anders, eben zugunsten des Letzteren, justiert. Auch den Chauvinismus, die Steigerungsform von »Nationalismus« und im Allgemeinen als Glaube an die Überlegenheit der Nation gefasst, gibt es nicht nur in der rassistischen Variante, mit der die Nationalsozialisten die Arier von »jüdischen Untermenschen« separierten. Wenn ein deutscher Sozialdemokrat – von Sarrazin ist die Rede – ein Bekenntnis zur kulturellen Überlegenheit

[23] Vgl. Hecker, S. 177.

der Deutschen über falschgläubige Muslime ablegt und sich in der BILD ein Millionenpublikum dahinter versammelt, dann ist das nicht etwa »aus der Art geschlagen«, sondern der Klartext einer Ausländerpolitik, die gegen die Gleichsetzung von Muslimen mit Terroristen nichts einzuwenden hat. Freunde der deutschen Demokratie mögen es nicht so gern hören, dass beim Faschismus von einer ganz anderen, im Verhältnis zum gesunden Patriotismus sogar gegensätzlichen Qualität des Nationalismus folglich *nicht* die Rede sein kann. Das liegt aber daran, dass sie sich einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den beiden Formen bürgerlicher Herrschaft erfinden, ihm einen gleichfalls erfundenen Gegensatz zwischen gesunder Vaterlandsliebe und verderblichem, aggressivem Nationalismus zuordnen und dann nicht mehr zwischen den *politischen Zwecken* eines Staates und der *parteilichen Zuwendung* des Volkes zu ihm, seiner Größe und seinen Erfolgen unterscheiden können.

Als Fazit soll ein Zitat aus dem schon erwähnten Buch von Decker/Held dienen: *»Nationalgefühl ist die Zustimmung zum Staat unabhängig von dessen Staatsräson und ohne Anspruch, über diese zu befinden. Deswegen entspricht ihm eine Führung, die unabhängig vom Volk und dessen Meinungen die Zwecke der Nation vorgibt. Der Stolz, Deutscher zu sein, kriegt von der Staatsgewalt seinen wirklichen Inhalt verpasst, und die Machthaber kassieren mittels ihrer Vereinsfarben die bedingungs- und bedenkenlose Zustimmung ihrer Manövriermasse. So entsprechen sich Dummheit und Gewalt, und der Nutzen liegt ausschließlich bei der Gewalt und ihren Inhabern.«*[24]

[24] A.a.O., S. 74.

Gespräch mit einem Schüler: »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. Warum auch nicht?«[1]

Du bist also stolz darauf, Deutscher zu sein?
Ja!
Kannst du mal begründen, warum du stolz auf Deutschland bist?
Wie? Weil ich Deutscher bin!
Das bin ich auch und teile deinen Stolz überhaupt nicht. Deutscher zu sein und auf Deutschland stolz zu sein, sind zwei Sachen.
Das sehe ich anders. Wenn man Deutscher ist, dann muss man doch automatisch für sein Land sein. Du auch!
Wieso automatisch? Hast du denn gar keine Gründe für deine Zustimmung, für deinen Stolz?
Also, noch mal zu »automatisch«. Das geht doch gar nicht anders. Da wächst man als Deutscher in Deutschland auf und soll sich dann gegen das Land stellen. Das ist wie mit der Familie. Für die hat man doch seine Zuneigung, obwohl einem manches nicht gefällt. Das geht mir mit Deutschland ähnlich. Hier habe ich auch an einigem was zu kritisieren. Das hat aber mit der Zustimmung zu Deutschland nichts zu tun.
Das begreife ich beides nicht. Sowohl den Vergleich mit der Familie als auch deine Trennung von Kritik an und Zustimmung zu Deutschland. Was gefällt dir denn an Deutschland nicht, wo setzt deine Kritik an?
Also das mit den AKWs finde ich nicht gut,[2] dass hier so viele Ausländer angefeindet werden, dass es immer wieder Faschisten gibt, dass es in der

[1] Das hier wiedergegebene Gespräch fand im Jahre 2010 am Tag nach einem Vortrag von mir zur Fußball-WM mit einem Schüler statt. Dieser hatte sich mit der Frage an mich gewandt, was denn daran falsch sei, wenn man sich zu seinem Deutschtum bekenne. Er betonte, dass er mit den Neofaschisten nichts am Hut habe. Den Dialog habe ich mit seinem Einverständnis aufgenommen und nachträglich »geglättet«. Das Gespräch steht exemplarisch für eine Fülle ähnlicher Debatten.

[2] Das Gespräch fand vor den Unfällen im Kernkraftwerk Fukushima statt.

Schule diesen Leistungsstress gibt und dass überhaupt im Bildungswesen die Chancengleichheit fehlt.
Da kommt ja schon so einiges zusammen. Und das Meiste in der Aufzählung geht auf das Konto der Regierungen Deutschlands. Wie kannst du da stolz sein auf Deutschland?
Ich bin doch nicht stolz auf Frau Merkel oder Westerwelle. Ich bin doch nicht stolz auf die Regierungen. Die durfte ich bislang noch nicht mal mitwählen.
Ich bin immer verwirrter: Worauf bezieht sich denn nun dein Stolz, wenn du Verhältnisse, die das Leben von jedermann in Deutschland bestimmen, kritisierst? Immerhin ist von der Verstrahlung, die von AKWs ausgeht, jedermann betroffen, vom Super-Gau-Risiko erst recht. Um das Bildungswesen kommt auch niemand herum. Und was du über fehlende Chancengleichheit sagst, das betrifft die Sortierung, die das Schulwesen an der Gesamtheit aller Deutschen vornimmt...
Das ist doch alles nicht Deutschland. Das ist all das, was an Deutschland geändert werden muss. Aber Deutschland ist doch ein zivilisiertes Land, ein Land – das stimmt ja wohl – der ›Dichter und Denker‹. Deutschland hat die nationalsozialistische Vergangenheit schon ziemlich bewältigt und Deutschland will nie wieder Kriege führen.
Willst du damit sagen, dass Deutschland nicht das ist, was sich zurzeit hier auf deutschem Territorium unter deutscher Hoheit mit deutschen und anderen Menschen abspielt? Willst du sagen, dass du stolz auf ein Deutschland bist, das es gar nicht gibt, das nur in deiner idealen Vorstellung existiert?
Das stimmt nicht, dass es das gar nicht gibt. Einiges von dem, was ich aufgezählt habe, gibt es: Deutschland ist demokratisch und nicht faschistisch. Deutschland hat noch nicht wieder einen Krieg angefangen. In Deutschland gibt es Freiheiten, die es woanders nicht gibt: Seine Meinung darf man sagen, heiraten, wen man will, sich seinen Beruf selbst aussuchen und sogar streiken darf man usw.
Ich muss dir sagen, dass du jetzt aber für Deutschland zumindest eine sehr gemischte Bilanz vorlegst: Zum einen gefallen dir in Deutschland bzw. an Deutschland Sachen, die es hier gibt; ob all das, was du gerade aufgezählt hast, ein Grund für so ein Lob ist, das möchte ich erst einmal dahin gestellt sein lassen. Zum anderen zählst du einiges auf, was dir nicht passt – und bei deiner Liste handelt es sich nicht gerade um Kleinigkeiten; siehe AKWs, Bildung usw. Und schließlich nennst du unter dem Titel »Deutschland« Sachen, die in deiner Vorstellung zu einem Deutschland gehören müssten, damit man auf es stolz sein kann, die aber gar nicht die Wirklichkeit Deutschlands ausmachen.

Ja, so ist es. Ja und? Ist doch ziemlich reflektiert, findest du nicht?
Nein, überhaupt nicht. Stolz kann man nur auf etwas sein, was es gibt. Du kannst nicht stolz sein auf deine Vorstellung, später einmal als Chefarzt viel Kohle zu verdienen. Außerdem, wenn wir schon beim Stolz bleiben: Stolz kann man nur auf seine eigene Leistung sein bzw. auf eine Leistung, mit der man sich identifiziert. Mit dem, was an »Leistungen« erbracht wird, die das wirkliche Deutschland ausmachen, kannst du dich deshalb nicht identifizieren, weil du einige von ihnen sehr prinzipiell kritisierst.
Vielleicht ist das mit dem Stolz zu hoch gegriffen. Ich bin Deutscher und deshalb für Deutschland.
Das ändert nichts an dem, was ich deine gemischte Bilanz genannt habe. Mal ein Beispiel: Du bist im Sportverein, weil du gern Tennis spielst. Das geht auch: Du zahlst und zu bestimmten Zeiten hast du Zugang zum Platz. Aber immer wieder stellst du fest, dass der bestellte Platz besetzt oder in miesem Zustand ist und die Waschgelegenheiten verdreckt sind. Wie hieße jetzt dein Urteil über den Verein? Bist du umstandslos für den Verein, nur weil du Mitglied bist und Tennis spielen willst? Gehst du weiter hin mit einer Vorstellung vom eigentlich schönen Verein im Kopf? Oder überlegst du, ihn zu wechseln, weil du für deinen Mitgliedsbeitrag auch eine ordentliche Leistung haben willst?
Das Beispiel ist gemein!
Warum?
Weil man sein Land nicht wie den Verein wechseln kann.
Das Land kannst du schon wechseln. Das machst du bei jedem Auslandsurlaub. Nur die Staatsbürgerschaft und das, was an ihr hängt, kannst du nicht wechseln.
Habe ich gemeint.
Aber genau deswegen habe ich das Beispiel so gewählt. Natürlich würdest du den Tennisverein verlassen, wenn dir die Leistungen nicht passen. Es gibt ja in XY genug andere Tennisvereine. Weder würdest du die Mängel einfach so in Kauf nehmen und schon gar nicht würdest du mit einer idealen Vorstellung vom Verein deren Mängel schönfärben. Warum käme dir so ein Umgang mit dem Sportverein albern vor, der dir in deiner Stellung zu Deutschland als geradezu selbstverständlich gilt?
Weiß ich nicht.
Klar weißt du das. Den »Sportverein« Deutschland hast du dir nicht zu deinem Vergnügen ausgewählt, sondern der hat dich ausgewählt, besser: der hat dich als das Kind deutscher Eltern gleich bei deiner Geburt mit Beschlag belegt, weil er dich seinem Staatsvolk einverleiben wollte, das er für seine kapitalistischen Zwecke einsetzt. Deswegen hat er dir den Stempel »Deut-

scher« verpasst, ohne deine Eltern oder dich – später – zu fragen. Und er hat mit dem Stempel zugleich verfügt, dass all das für dich gilt, was hier in Deutschland als Rechte und Pflichten, als Regeln und Normen gesetzlich, also mit staatlicher Gewalt geschützt, festgelegt ist. Dem hast du dich von klein auf zu unterwerfen. Und das hast du gemacht.

Hab ich nicht: Ich war und bin immer noch ganz schön kritisch – meinen Eltern, den Lehrern, auch meinen Freunden und selbst dem Kapitalismus gegenüber ...

... und ansonsten stolz auf Deutschland! ...

Lass das mal mit dem Stolz. Was ich sagen will, ist, dass die Zustimmung zu Deutschland und die Kritik an so einigem in Deutschland sich doch gar nicht ausschließen.

Stimmt, da gebe ich dir recht. Genau darauf will ich ja auch hinaus. Es gibt hierzulande und überhaupt kaum unkritische Patrioten. Zu den allerkritischsten Patrioten gehören im Übrigen die Faschisten. Verstehe mich nicht falsch. In die Ecke gehörst du wirklich nicht. Zu den Faschisten nicht, zu den Patrioten schon.

Nun hör aber auf. Ich gehöre doch nicht zu denen, die mit schwarz-rot-goldenen Fahnen durch die Straßen fahren und »Deutschland, Deutschland« rufen.

Die Fahne hast du nicht dabei. Aber »Deutschland« rufst du schon. Meinst du denn, die Fußballfans, von denen du sprichst, seien gänzlich kritiklose Deutschlandanhänger? Die kritisieren ihre Arbeitsstelle, wenn mal wieder fürs gleiche Geld mehr Leistung verlangt wird. Die kritisieren vielleicht, dass Ausländer »uns« die Arbeitsplätze wegnehmen, und kritisieren deswegen auch die Ausländerpolitik der Regierung. Die sind kritisch – viele von ihnen so kritisch wie Thilo Sarrazin.

Was hat denn das alles mit mir zu tun? Ich habe doch eine ganz andere Kritik!

Das will ich gar nicht in Abrede stellen – obwohl wir uns über die auch erst noch verständigen müssten. Wir können jetzt aber doch festhalten, dass Patriotismus nicht zwangsläufig unkritisch ist. Eher verhält es sich umgekehrt. Jetzt noch mal zurück zum Sportvereinsbeispiel: Deutschland ist ein Verein, dem du alternativlos angehörst, dessen Regime du alternativlos unterworfen bist. Du kannst weder einfach mal sagen, ich suche mir meine Heimat in Asien oder Südamerika. Noch kannst du einer Regierung sagen, eure Gesetze habe ich nicht mit beraten, die gelten nicht für mich. Das geht alles nicht. Du musst in die Schule gehen – die dir nicht in allem passt. Du musst über Geld verfügen, wenn du dir Gegenstände deines Bedarfs aneignen willst – auch wenn du noch nichts verdienst. Du musst dich der herr-

schenden Eigentumsordnung bis ins Letzte unterwerfen – das gilt vom Ratenkauf bis zur Mietzahlung an den Wohneigentümer, von der Suche nach bezahlter Arbeit bis zur Einzahlung in Krankenversicherungen, von der Steuerzahlung bis zum Strafgeld. Du musst den Strom nehmen, der aus der Dose kommt, egal ob Öko oder Atom. Du kannst weder der Konkurrenz in der Schule noch der später auf dem Arbeitsmarkt und auch nicht der im Betrieb einfach so Ade sagen. Und wenn deutsche Regierungen sich am Antiterrorkrieg beteiligen, dann bist du der »terroristischen Bedrohung« auch dann ausgeliefert, wenn du solche Kriege nicht billigst.

Du hältst schon wieder Vorträge!

Korrekt. Einwände?

Ja, das mit der Auswanderung. Das stimmt nicht. Natürlich kann man auswandern und die Staatsbürgerschaft wechseln.

So einfach ist das nicht. Denn erstens müssen der hiesige Staat und die neue Heimat ihre Zustimmung geben. Und zweitens hast du sehr richtig vom Wechsel der Staatsbürgerschaft gesprochen. Stimmt: Dann hast du nämlich nur eine andere Gesetzesmacht über dir.

Aber du hast noch gar nichts dazu gesagt, dass ich wirklich eine andere Kritik habe als die Fußballidioten.

Die passt schon zu deiner Sorte von Vaterlandsliebe. Die Kritik, die du hast, die darfst du äußern ...

Genau, das ist doch klasse. Das war nicht immer so und das ist woanders auch nicht so.

... das Problem besteht nur darin: Wenn du eine Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen hast – AKWs, Faschisten, Leistungsstress und fehlende Chancengleichheit waren deine Beispiele –, dann willst du doch, dass sich die kritisierten Verhältnisse ändern. Und wie steht es damit? Die kritisierten Politiker hören auf die Kritik nur dann, wenn sie selbst mit den Verhältnissen unzufrieden sind. Gegen die NPD haben die auch was. Da überlegen sie sich ein Verbot. Deine anderen Beschwerden passen nicht und da wird sich solange nichts ändern, wie AKWs,[3] schulische Sortierung und Schulstress in ihr Konzept passen. Aber nun kommt es: Der kritische Patriot deiner Couleur hält dennoch an der Kritikerlaubnis was Positives fest: Dass es sie gibt, wird dann wichtiger als der Inhalt der Kritik und die Frage, ob sich an den kritisierten Verhältnissen etwas ändert; genauer gesagt, etwas anderes ändert, als die per Wahl neu zusammengesetzte Regierung...

Das wollte ich gerade sagen: Aber eine neue Regierung, die die alte ablöst, darf man schon wählen ...

[3] AKWs sind ein gutes Beispiel, s. dazu GS 2/2011.

... die dann alte Ämter und deren identische nationale Zwecke mit neuen Personen bestückt. Zurück zu deinem Patriotismus. Der ist fürchterlich abstrakt. Das heißt, er basiert gar nicht auf einer ausführlichen Bilanz dessen, was man von dem hiesigen Gemeinwesen eigentlich hat und was eben nicht, sondern er macht sich davon frei und ist die aus der alternativlosen Unterwerfung unter die Staatsräson geborene Zustimmung zu ihr. Nach dem Motto: Wenn schon nichts anderes geht, dann kann es nicht angehen, dass dieser Staat nicht meiner ist, nicht irgendwie für mich da und nicht gut für mich ist. Und von diesem Standpunkt aus – mein Staat hat doch für mich da zu sein –, wird dann Kritik geübt. Immer mit der – falschen – Unterstellung, dass diejenigen, die da kritisiert werden, auch zuständig und willens sind, für mich mehr zu tun. Und dass man das qua staatlicher Erlaubnis überhaupt darf, das Kritisieren, ist dann schon für kritische Menschen wie dich die halbe Versöhnung damit, dass der Staat alles andere als das Vollzugsorgan deiner Beschwerden ist.

So habe ich das noch nie gesehen. Da muss ich drüber nachdenken.

Wenn du schon dabei bist, dann steige deiner eigenen Kritik – und ebenso deinem Lob – noch ein wenig mehr nach. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Werde dir erstens klar darüber, was du eigentlich an den AKWs, der NPD, dem Bildungswesen kritikabel findest. An AKWs kann man kritisieren, dass sie eine staatlich subventionierte Gelddruckmaschine sind; und auch dass die Regierungen für die Versorgung ihrer kapitalistischen Betriebe mit günstigem Strom die Verstrahlung von Land und Leuten in Kauf nehmen. Am Bildungswesen kann man Ungerechtigkeiten kritisieren oder dass diese Ungerechtigkeiten dazu da sind, kapitalistisch sehr sachgerecht den Arbeitsmarkt mit vorsortiertem Menschenmaterial zu versorgen. Und zweitens solltest du dir darüber klar werden, ob für deine Kritikpunkte eigentlich die herrschenden Regierungen die richtigen Adressaten sind. Dann überlege dir noch mal, wie du zu Deutschland stehst.

Darf ich jetzt eigentlich noch für Deutschland sein, wenn die morgen gegen Spanien spielen?

Kapitel 9: Der demokratische Alltagsrassismus

1. Nationalismus ist ohne Rassismus nicht zu haben

Nationalismus ist ohne Rassismus nicht zu haben. Wer seine gefühlte und gelebte Parteilichkeit für die Nation in einem selbstbewussten »Ich bin Deutscher!« zum Ausdruck bringt, der hat nicht nur sagen wollen, dass er als Kind deutscher Eltern diese Staatsbürgerschaft verpasst bekommen hat und zum Tragen eines Ausweises verpflichtet ist, welcher ihn bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit als einen deutschen Staatsbürger ausweist. Der weiß sich vielmehr ganz selbstverständlich bis ins Mark hinein als Deutscher und hält sich die *staatspolitische Rekrutierung* seiner werten Person für den nationalen Volkskörper als *seine Eigenschaft* zu Gute. Was per Gesetzesakt an ihm vollzogen worden ist, das gilt ihm als das glatte Gegenteil, nämlich als die vorpolitische Zuordnung zu einem nationalen Kollektiv, mit der Menschen mit gleichen Eigenschaften zu einer – in der nationalen Sache eigentlich – harmonischen Gemeinschaft zusammengeführt werden. Das macht den Rassismus seines Nationalismus aus.

Natürlich gilt das im öffentlichen und auch im wissenschaftlichen Diskurs *nicht* als Rassismus. Der zeichnet sich, lernt man schon in der Schule, durch *Diskriminierung* aus, die sich nicht gehört. Wenn Schwarzafrikaner in der U-Bahn oder in der Straßenbahn angepöbelt werden, wenn Moslems aus dem Land gewünscht werden oder wenn Asylbewerbern das Wohnheim angezündet wird, dann wissen verantwortungsbewusste demokratische Staatsbürger sofort, dass hier eine Entgleisung vorliegt, die den Namen Rassismus verdient. Gemeinhin sind sich gute Staatsbürger darin einig, dass so etwas zur schönen Demokratie eigentlich nicht passt und die rechtschaffene Gesinnung von Deutschen und anderen demokratischen Bürgern nicht wiedergibt. Dass jede Diskriminierung immer ihre zwei Seiten besitzt, wird da in der Regel unterschlagen – mit Ausnahme beim deutschen Faschismus, wo man schon zur Kenntnis nimmt, dass die Sortierung der Menschen nach Juden und Ariern insgesamt, also hinsichtlich ihrer *Aus- und* ihrer *Eingrenzung*, eine rassistische Erfindung ist, die von deutschen Nationalsozialisten brutal in die Praxis umgesetzt worden ist.

Dabei verhält es sich bei jener Überzeugung, die vielleicht zunächst ganz einfältigen Gemüts davon schwadroniert, dass man doch natürlich Deutscher

sei und deswegen *für* Deutschland,[1] gar nicht anders. Denn es grenzt sich der *Inländer,* wenn er sich als solcher in die Brust wirft, zusammen mit seiner nationalen Führung von all jenen Menschen ab, die nicht zu jenem Staatsvolk gehören, in das es ihn dank der Staatsbürgerschaft seiner Erzeuger verschlagen hat. Der Rest der Menschheit hört dann auf den Namen »*Ausländer*«. Das sind die Menschen, die nicht »zu uns« gehören, weil sie – wie die ebenso alberne wie zirkuläre Begründung lautet – eben keine Deutschen sind. Wie harmlos sich der überzeugte Deutsche auch immer geben mag, er hat damit für sich beschlossen, dass der Anzug, den ihm der deutsche Staat angemessen hat, zu ihm passt, und dass er sich infolgedessen von all denen durch die *Staatsbürgerschaft* unterscheidet, die jenseits der Landesgrenzen ihre Heimat haben. Dabei bezeichnet dies seine tatsächliche Lage im deutschen Gemeinwesen überhaupt nicht korrekt. Als alleinerziehende Hausfrau oder als durch die Prüfung gefallener Student, als Betriebsrat bei VW oder als Assistenzarzt im kommunalen Krankenhaus weist er mit Menschen derselben Profession und derselben sozialen bzw. ökonomischen Lage *jenseits* der Landesgrenzen viel mehr an substanziellen Gemeinsamkeiten auf, als er das für sich wahrhaben will. Vielleicht würde er angesichts einer solchen Feststellung sogar ziemlich fuchtig werden und seinen Nationalstolz auspacken: Als Deutscher habe er es gut getroffen und möchte mit niemand anderem – also mit keinem Nichtdeutschen – tauschen. Schnell wird so aus einer scheinbar harmlosen *Unterscheidung* das, was wir bei der lateinischen Übersetzung dieses Wortes mitzudenken gelernt haben: *Diskriminierung.* Die meint wesentlich mehr als die schlichte Feststellung, dass sich Menschen mit roten Haaren und weißer Hautfarbe von denen mit schwarzen Haaren und dunkler Hautfarbe eben genau darin unterscheiden. Wo sich ein überzeugter Deutscher – oder Franzose oder US-Amerikaner oder Japaner – zunächst einmal nur geistig mit den anderen Deutschen zum nationalen Kollektiv der Deutschen zusammenschließt und darauf auch nichts kommen lässt, da betrachtet er es bereits als eine *Auszeichnung,* dieser Gemeinschaft anzugehören. Und eben die steht anderen, den Ausländern, nicht zu. Die Herabwertung von Menschen eines anderen nationalen Schlages, die im eigenen nationalen Kollektiv nichts zu suchen haben, weil es ihnen an den dafür nötigen Eigenschaften fehlt, macht den ausgrenzenden Rassismus deutlich. Dessen Pendant ist die Überhöhung der Besonderheiten, die sich der Deutsche als seine nationalen Eigenschaften zurechnet: Ganz zweifellos gehört er zu dem *wertvolleren* Menschenschlag.

[1] Wie das jener Schüler vormacht, mit dem der vorstehende Dialog geführt wurde.

Je nach geistiger Zurichtung seines Deutschtums tendiert er dann zu denen, die ihren Rassismus offen ausleben, es nicht aushalten, dass Ausländer sich in der deutschen Volksgemeinschaft einnisten, die Ausländer schikanieren, verprügeln oder totschlagen. Oder er weiß sich besser bei den Verkündern von *Toleranz* gegenüber allen Nichtdeutschen aufgehoben, die zugestehen, dass Ausländer »auch Menschen« sind, denen man nicht einfach die Wohnheime über ihrem Kopf anzünden kann. In ihrer herablassenden Art legen sie schwer Wert auf die Differenz zwischen sich und den Auch-Menschen und sind zugleich ganz durchdrungen von ihrer Güte, mit der sie Ausländern ein Lebensrecht zugestehen. So ein sich antirassistisch gebender rassistischer Deutschmoralismus ist in der Regel zusätzlich durch »unsere Vergangenheit« geprägt, weshalb sich sein Vertreter aufmacht, um »den Anfängen zu wehren«: Auschwitz darf in irgendeiner nächsten Zukunft *in Deutschland* nicht wieder passieren.

Dieser moralische »Antirassismus« guter Deutscher insistiert unerschütterlich auf der Unvereinbarkeit von Rassismus und moderner demokratischer Gesellschaft, gerade weil er ihm in Gestalt von ausländerfeindlichen Deutschen mit und ohne NPD-Parteiabzeichen ständig begegnet. Nicht ohne darauf zu verweisen, dass natürlich die Angst von Bürgern vor »Überfremdung« verständlich sei und mit Rassismus nichts zu tun habe, beteiligt er sich an »Tage(n) gegen Rassismus«, auf denen primär die Ausländerfeindlichkeit von Rechtsextremen und Neofaschisten angegriffen wird. Natürlich wird dabei mit geheuchelter Selbstkritik der »alltägliche Rassismus« nicht vergessen, gegen den man selbst nicht gefeit sei.

Deswegen habe man sich vor allem der entsprechenden Sprachhygiene zu befleißigen: Die Rede von den Kanaken oder von Negerküssen – sie heißen heute »Schaumküsse mit Migrationshintergrund« – müsse man sich verkneifen, das mit dem Schwarzfahren gleich doppelt unterlassen und bei Ausdrücken wie »du bist dämlich« daran denken, dass dabei »Dame«, d.h. das weibliche Geschlecht in toto diskriminiert werde. Die Redeweise, dass eine Rechnung »getürkt« sei, sowie die Titulierung einer Unordnung als »Judenwirtschaft« öffne ebenfalls dem Rassismus Tür und Tor, weshalb jedermann mit Anstand im Leibe acht geben müsse, dass er nicht immer dann, wenn er den Mund aufmacht, sensible antirassistische Mitbürger auf die Palme bringt. Die sind es nämlich, die sich in erster Linie dadurch angegriffen fühlen.

2. Fehler der Erklärung von Rassismus

Auffällig an der Ächtung bestimmter Ausdrucksweisen sowie der Desavouierung offenkundig rassistischen Missverhaltens ist, dass beides ganz ohne *Erklärung* von Rassismus auskommt. In der Regel wird unterstellt, dass Rassismus eine schlimme Sache ist, die sich nicht gehört. Eine vernünftig begründete Rassismuskritik braucht es allerdings auch nicht, wo die Moral ihr Werk tut. Mit klassischen Definitionen von Rassismus, die in Lexika und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu finden sind, verhält es sich kaum besser: *»Rassismus ist, wenn bestimmte Merkmale von Menschen – Hautfarbe, Haartracht, Lebensart, Sprache – mit Eigenschaften dieser Menschen gekoppelt werden und daraus* (!) *Diskriminierung entsteht.«*[2]

In zahlreichen Variationen wird immer derselbe Dreischritt behauptet: Erstens würden an Menschen und Menschengruppen äußerliche und kulturelle Merkmale, zum Teil Natur-, zum Teil gesellschaftliche Bestimmungen, identifiziert. Diese würden zweitens mit menschlichen (Charakter-)Eigenschaften gekoppelt, woraus dann drittens die Diskriminierung entstünde. Mit Rassismus soll man es also zu tun haben, wenn dieser Dreischritt vorliegt, der von der Identifizierung »bestimmter Merkmale von Menschen« ausgeht und bei irgendeiner Diffamierung endet. Überzeugend ist das wirklich nicht: Denn aus solchen Merkmalen – biologischen, kulturellen oder sonstigen gesellschaftlichen – folgt schlicht gar nichts. Was soll schon aus Hautfarbe, Haarform oder Augenstellung, aus Kleidung und Kochkünsten folgen? Das sind Phänomene, aus denen sich keine irgendwie geartete Eigenschaft ableitet. Neigen dunkelhaarige und dunkelhäutige Menschen, Frauen oder Männer, arabisch, deutsch oder türkisch sprechende Zeitgenossen oder Knoblauchgemüse dem Schweinebraten vorziehende Erdbewohner deswegen mehr zu Faulheit oder zum Fleiß, mehr zu Egoismus oder zum Altruismus, mehr zu Schmarotzertum oder zur Gemeinwohlarbeit, mehr zu Gesetzestreue oder »Kriminalität«, mehr zum Machismus oder zu Gleichberechtigung, mehr zum Terrorismus oder Pazifismus? Kein einziger Zusammenhang lässt sich finden, alles wäre immer nur *er*funden, weil gesellschaftlich relevante Eigenschaften des Menschen – und nur um diese geht es

[2] So die allgemeine Definition, die sich in zahlreichen Varianten überall wiederfindet. Bei Wikipedia oder auch unter: http://www.dir-info.de/dokumente/def_gewaltundrassismus.html. Dort heißt es: *»Rassismus liegt immer dann vor, wenn bestimmte Merkmale von Menschen (z.B. Hautfarbe, Asylbewerber zu sein, Geschlecht usw.) mit bestimmten Eigenschaften gekoppelt werden (z.B. wenn von der Hautfarbe oder Herkunft auf die geistige, kriminelle oder sexuelle Energie o.ä. geschlossen wird) und durch diese Konstruktion eine Bewertung entsteht.«*

– weder etwas mit Naturmerkmalen noch mit Sprache oder Küche zu tun haben. Aus ihnen eine »gute« oder »schlechte« Eigenschaft »abzuleiten«, verweist darauf, dass jener Pro- oder Kontrastandpunkt, demzufolge Menschen, die »schon so aussehen«, auch so und so sind, schon *vorher* eingenommen wurde. Auch der Übergang vom zweiten zum dritten Schritt entbehrt jeder Logik. Ob Egoismus, Faulheit, Machismus oder Gesetzestreue negativ beurteilt, also diskriminiert werden, sodass die Träger dieser Eigenschaften in irgendeiner Weise in einer Gesellschaft ausgegrenzt, benachteiligt oder sonstwie geschädigt werden, das hängt von ihrem Alter, vom Umfeld, von gesellschaftlichen Zwängen, vom Normenkodex oder von der herrschenden Moral ab. Aus der Sachlage, dass jemand besonders eifrig arbeitet oder aber tüchtig bemüht ist, die Arbeit nicht überhand nehmen zu lassen, folgt gar nichts. »Sich einmal auf die faule Haut legen«, steht jedermann zu, weiß man. Ohne eine Portion Egoismus besteht man nicht in der Konkurrenz, lernt man. Gesetzestreue ist im Unrechtsstaat Feigheit und der Macho gilt bekanntlich in bestimmten Ländern – immer noch – als die wahre und deshalb von Frauen verehrte Form von Männlichkeit usw. Auf diese Weise kann einfach kein rassistisches Urteil, das eine Eigenschaftszuschreibung am Phänotyp, an Kultur oder der Nationalität festmacht – »Neger sind faul«, »Türken prügeln Frauen«, »Polacken stehlen alles, was nicht niet- und nagelfest ist« –, entstehen. Und auf diese Weise kommt auch keine gesellschaftliche Diskriminierung in die Welt: Es ist nicht festgestellte Faulheit, deretwegen Menschen dann aus der Welt der Arbeit entlassen und auf Nulllohn gesetzt werden; es ist nicht die Vorliebe für Knoblauch oder ein rüder Umgang mit dem weiblichen Geschlecht, der Türken in Ghettos verdammt oder sie mit Ausweisung bedroht, und ebenso wenig ist die Annahme von »krimineller Energie« der Grund für das Urteil, das einem Gesetzesbrecher blüht. In dieser Erklärung, die so falsch wie unausrottbar ist, steht alles, was Rassismus eigentlich ist und wie er zustande kommt, *auf dem Kopf!*

3. Der völkische Rassismus: Innen und außen

Es ist eine Tatsache, dass Nationalisten und Rechtsextreme bestimmte hier lebende Menschen zur Zielscheibe ihrer verbalen und tätlichen Angriffe machen. Welche Menschen geraten ihnen da eigentlich ins Visier? Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Menschen mit schwarzer Hautfarbe, mit Kleidung, die nicht am Durchschnittsbürger zu finden ist, also Tschador und Pumphose, mit fremder Sprache, mit islamischer Religionszugehörigkeit usw. ihre bevorzugten Angriffsziele sind. Allerdings werden diese Men-

schen nicht *wegen* der Hautfarbe, nicht *wegen* der Kleidung, nicht *wegen* der fremden Sprache, nicht *wegen* der Religion zu Opfern von Nationalisten der härteren Sorte. Vielmehr stehen all diese Merkmale auch bei den nationalistischen Bürgern von vornherein für etwas anderes. Es sind quasi erkennungsdienliche Hinweise, *an* denen der Status des *Ausländers* oder des Inländers mit Migrationshintergrund – der bekanntlich hierzulande als ein halber Ausländer gilt – entdeckt wird. Es verhält sich auch nicht so, dass es »das Fremde« ist, woran sich solche Bürger aufreiben. Die Kategorie »fremd« benennt etwas ganz Harmloses. Das Fremde ist das Unbekannte, und unbekannt sind den Zeitgenossen mit deutschen Papieren die meisten ihrer originaldeutschen inländischen Mitbürger und den Rechtsextremen viele ihrer Gesinnungsgenossen. Sie kennen sie nicht und haben dennoch – wenigstens in dieser Hinsicht – in der Regel keine Probleme mit ihnen.

Sie stören sich also an *Ausländern* bzw. an Menschen, an denen sie unabhängig vom Pass eine ausländische Herkunft festmachen. Der Ausgangspunkt rassistischer Übergriffe von Nationalisten aller Couleur ist allein die *Nationalität* von hier lebenden Menschen. Sie beziehen sich auf eine *politisch längst vorgenommene* Menschensortierung nach Inländern und Ausländern. Auf der Grundlage der staatlichen Sortierung, an der weder sie geschweige denn die Sortierten einen Anteil haben, führen sie sich als Fanatiker jener Sorte Menschensortierung auf, über die heutzutage alle demokratischen Nationalstaaten ihr Volk rekrutieren. Was sie in der verbalen oder nonverbalen Schikanierung von Ausländern radikalisiert umsetzen, ist also das vom Nationalstaat im Zuge seiner Menschensortierung in die Welt gesetzte Urteil, dass die »Ausländer nicht hierher gehören«, dass »sie die deutsche Volksgemeinschaft überfremden« oder dass sie den Verdacht nähren, sich als 5. Kolonne ihres Heimatstaates, mithin feindlich, zu betätigen. Nicht nur Rechtsextreme bauen auf jenem politischen Urteil auf, das der Nationalstaat exekutiert, wenn er sein Volk völkisch rein hält oder nur mit sorgfältig überprüften Ausländern anreichert.

Es ist eine Leistung seines volkstümlichen Rassismus, mit der es der deutsche Bürger – Nationalist oder Neofaschist – schafft, das Urteil über die politisch störenden Ausländer in störende *Eigenschaften* zu übersetzen, die er dann mit unfehlbarer Sicherheit auch in seiner ganz *privaten* Lebenswelt entdeckt. Ohne nationalistische Vorgabe würde er allerdings an ausländischen Mitbewohnern kein anderes Ärgernis ausmachen als an den inländischen. Sein nationalistischer Sortierungsinstinkt lässt ihn in seiner Umwelt jedoch schnell fündig werden: Da sind Kinder von Asylanten zu laut, haben Ausländer mal wieder den Müll nicht entsorgt, falsch geparkt, die Mietwohnung mit Musik beschallt oder – typisch – das Haus mit Küchengerüchen zuge-

dampft. Und so hält dieser Deutsche an Ausländern auf einmal nicht mehr aus, was ihn an Inländern entweder nie stören oder mit ihnen allenfalls zu jenen Zerwürfnissen führen würde, die nun einmal unter beengten Wohnverhältnissen unausbleiblich sind. Es ist nichts als die gewohnheitsmäßige Hingabe an seine Obrigkeit, die ihn dazu führt, sich auf diese Weise der politisch beschlossenen Ausländerfeindlichkeit anzuschließen und den an den Ausländer gehefteten politischen Verdacht der nationalen Untreue in Knoblauchgeruch zu übersetzen, den er einfach nicht erträgt. Die von oben angebotenen Gründe sind ihm im Einzelnen auch gar nicht geläufig. Und was ihm die Ausländerpolitik als Erklärung anbietet, z.B. die Rede »vom überfüllten Boot« oder vom »Sozialschmarotzer«, das besteht nur aus Bildern, in denen sich der Bürger als von der »Ausländerflut« privat Betroffener wiederfinden soll: Wer will schon gerne absaufen! Wenn sein Staat genug hat von »denen«, wenn er sie möglichst gar nicht erst in das Land hinein lassen will, dann wird von »denen« wohl auch ein Schaden für ihn, den Bürger ausgehen, ist der staatstreue Gedanke, für den es – wie gesagt[3] – nicht einmal größere Ansammlungen von Ausländern in seinem Wohnbereich geben muss. Beim Aufspüren, besser: beim Erfinden von Schäden sind sie denn auch gar nicht wählerisch und verraten mit der Absurdität und Wahllosigkeit der Urteile, die sie über Ausländer fällen – sie klauen Arbeitsplätze, nisten sich im Kleingewerbe fest, sind Sozialschmarotzer, halten als Familie gegen die Deutschen zusammen, sind eine faule Bande von Dieben, dealen mit Drogen, belästigen deutsche Frauen, schließen sich gegen deutsche Kultur ab und verführen die deutsche Jugend usw. –, dass sie selbst keinen Grund haben, in ihnen einen Feind des Deutschtums zu sehen.

Der letzte Schritt zurück, der von den angedichteten, deutsches Zusammenleben störenden Eigenschaften zu äußerlich sichtbaren Merkmalen dieser Mitbürger, ist ein kleiner, für die Betroffenen allerdings ein Schritt von erheblichem Gewicht. Das weiß man ja, wie »die« aussehen, reden, sich kleiden usw. Und wenn so ein Fahndungsstandpunkt fertig ist, wenn man weiß, woran man diese Schädlinge, Störenfriede und Schmarotzer erkennen kann, dann fallen auch umgekehrt alle, die diesem Fahndungsbild entsprechen, unter das rassistische Urteil: Ausländer ebenso wie deutsche Bürger mit der falschen Haarfarbe, der Asylbewerber ebenso wie der frisch Integrierte mit deutschem Pass, arme Schlucker aus Anatolien ebenso wie der gebildete Akademiker türkischer Herkunft. Dieser Standpunkt braucht für seine Fahndung keine Kontrolle von Ausweisen oder Einbürgerungsdokumenten. Neofaschisten gehen noch einen Schritt weiter: Sie forsten auf der

[3] Vgl. dazu den Kasten über Ausländerfeindlichkeit in der Ex-DDR in Kapitel 2.

Grundlage der Inländer-Ausländer-Sortierung das deutsche Staatsvolk ideell nach den Eigenschaften durch, die für sie den guten Deutschen ausmachen, und entdecken dann an bestimmten *Inländern* deren Abwesenheit: Behinderte, Obdachlose, Sinti, Linke oder gelegentlich immer noch Schwule sind dann deutsche Staatsbürger, die sie glatt – so oder so – ausdeutschen würden, weil sie ihrem Bild vom gesunden, sesshaften, arbeitsamen, opferbereiten, staatstreuen und fruchtbaren Deutschen nicht entsprechen.[4] Für sie ist dies allemal das fundamentalere Kriterium, gemessen an welchem die Staatsbürgerschaft zur Formalie schrumpft.

Brave deutsche Nationalisten – in der Demokratie wie unter der faschistischen Herrschaft – sind in ihrem Rassismus also Anhänger eines völkischen Gesichtspunktes, der sich darin zusammenfasst, dass im eigenen Staat eine intakte nationale Einheit bewahrt werden muss, die durch »Fremde« nicht gestört werden darf. Dabei ist die vorgetragene Abneigung gegenüber allem Fremden nur die Kehrseite ihrer *Parteinahme* für ein ungestörtes Miteinander aller echten, wahren Inländer, also aller, die vermeintlich naturwüchsig zum eigenen Volk gehören. Nur von einem solchen *Ideal* aus kommen sie auf diese Sorte fanatischer Abgrenzung. Wer davon überzeugt ist, dass »die anderen« nicht hierher gehören, weil sie das eigene Volkstum durcheinander bringen und stören, der gibt zu erkennen, dass er *genau das*, was das eigene *Volkstum* ist, ungestört, also harmonisch, gelebt haben will. Diese Vorstellung einer Zusammengehörigkeit aller Volksangehörigen ist für den Rassisten eine Frage *ihrer Natur*, ihrer Art, ihres deutschen Wesens. Was der Sache nach das Resultat eines staatlichen Gewaltaktes ist, nämlich erstens der Rekrutierung von Menschen für ein Staatsvolk und zweitens ihrer Erziehung zu nationaler Loyalität, das erklärt er sich aus einer vermeintlich *spezifischen nationalen Menschennatur*, mithin aus Eigenarten, die dem Menschen, der die deutsche, türkische, spanische etc. Staatsbürgerschaft besitzt,

[4] Was jeweils zu den »Eigenschaften« gehört, die die Aus- bzw. korrespondierend dazu die Inländernatur auszeichnet, das ergibt sich aus nichts anderem als aus der jeweiligen Staatsräson; weswegen sich die demokratisch gestrickte deutsche Leitkultur etwas anders buchstabiert als die der Nationalsozialisten von einst: Die Eigenschaften des Ariers fielen entsprechend aus: er hatte stark, wagemutig, arbeitsam, opferbereit, fruchtbar und dem Führer treu ergeben zu sein. Das Bild des Deutschen nach den öffentlich debattierten Leitkulturvorstellungen in der Demokratie sieht anders aus: stark im Glauben an deutsche Werte, freitheitsliebend, wo Freiheit der Kontrapunkt zum Kommunismus ist, risikobewusst, wo es um die Karriere im Kapitalismus geht, tolerant, wo ihm Toleranz von oben anempfohlen wird, fruchtbar hinsichtlich der Vielfalt seiner ebenso kritischen wie untertänigen Meinungen und treu ergeben dem demokratischen Verfahren, Jahr für Jahr wieder Politiker zur Herrschaft über sich zu ermächtigen, die dann – wenn es nötig wird – die deutsche Leitkultur neu justieren.

durch seine deutsche, türkische, spanische Natur/Wesensart eigen ist.[5] Es erweist sich daran erneut, dass der alltägliche Rassismus nach zwei Seiten hin sein Unwesen treibt: Die Diskriminierung von Ausländern ist nichts als das Spiegelbild jenes rassistischen Befundes, das über den Inländer, den wahren, leitkulturgestärkten staatstreuen Naturdeutschen, kursiert.

Fazit: Es ist also die *vorgefundene politische »Diskriminierung«*, die *staatlich* praktizierte Sortierung nach In- und Ausländern allemal der *Ausgangspunkt* jeder Form von Argwohn gegen Ausländer. Die mit dieser Scheidung einhergehende Zuordnung, dass die einen hierher gehören und die anderen nicht, dass sie fremd sind und in ihren Eigenarten stören, ist der *Grund* jeder ausländerrassistischen Argumentation und Praxis. Das Ärgerliche an diesem sachlich absurden theoretischen Zusammenhang besteht darin, dass über den zur Diskriminierung heruntergebrachten Rassismus gegenüber Ausländern sein harter Kern völlig aus dem Blick gerät, nämlich die *staatliche Sortierung der Menschen nach In- und Ausländern und die Rekrutierung und praktische wie moralische Zurichtung der Inländer zu einem völkischen Zwangszusammenhang, der als funktionales Kollektiv für staatliche Zwecke taugen soll.* Aufgespießt wird immer nur, dass da welche »wegen« Hautfarbe, Kleidung, Sprache angegriffen, diskriminiert werden, wobei das, was diesen Angriffen zugrunde liegt, die Sortierung der Menschen nach In- und Ausländern, zu einer gänzlich unverdächtigen Form der Menschenbestimmung gerät.

Kein Wunder, dass sich die demokratischen Führer der Nationalstaaten, die diesen kleinen, aber mörderischen Unterschied in die Welt setzen, als überzeugte Antirassisten aufspielen können – und den Nachwuchs zu einer politisch korrekten Sprache (!) erziehen (lassen).

4. Der Rassismus des Klassengegensatzes: Arm und reich

Das nationalistische Bedürfnis, sich das Staatsvolk als einträchtige Gemeinschaft von quasi natürlich zusammengehörigen Menschen vorzustellen, dieses politische Harmonieideal, setzt sich im *Inneren* des Landes fort. Ein fanatischer Anhänger deutscher Volkseinheit nimmt die Fülle von Unterschieden, Abhängigkeiten und Gegensätzen *innerhalb* eines jeden Volkes

[5] Es ist im Übrigen eine Paradoxie des Rassismus, dass gerade in dem, was die Menschen mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit *eint*, ihre jeweilige Subsumtion als Staatsvolk unter die jeweilige politische Herrschaft, ihre *Unverträglichkeit* und Unversöhnlichkeit begründet liegen soll.

durchaus wahr. Er kennt natürlich Arbeiter und Kapitalisten, Mieter und Vermieter, Käufer und Verkäufer, Politiker und Steuerzahler, Professoren und Studenten usw. Alle diese Verhältnisse, die die von Gegensätzen durchzogene Wirklichkeit eines demokratisch verwalteten kapitalistischen Staates charakterisieren, gelten ihm als Ausdruck einer Art Ständewesens, deren Vertreter nur den Auftrag haben, an ihrem Ort ihren Beitrag zum Allgemeinwohl zu leisten. Offenkundige ökonomische, politische, rechtliche und soziale *Gegensätze* deutet er entsprechend seinem Ideal rassistisch zurecht. Er geht mit der Maxime: »Jeder verdient, was er verdient«, durch die Welt und erklärt, dass in dieser gerechten nationalen Welt »jedem das Seine« zukommt. Die jeweilige ökonomische Lage erklärt er zum Resultat von *Eigenschaften der Person*: An ihrer Leistungsfähigkeit oder Begabung soll es liegen, ob sie zu den Gutverdienern oder zu denjenigen gehört, die gar nichts verdienen. Erfolg und Misserfolg werden darauf zurückgeführt, dass der eine eben intelligent und der andere als Dummerjan auf die Welt gekommen ist. Wer dann mit Abitur und Diplom ausgestattet auf der richtigen Seite der Klassengesellschaft einen Posten ergattert, der verdankt dies eben seinen *Anlagen* und nicht etwa einer staatlichen Entscheidung, die das Bildungswesen mit dem Auftrag ausstattet, den Nachwuchs nach politischen Kriterien auf die jeweils vom Markt – nach Quantität und Qualität – diktierten Karrieren der Klassengesellschaft zu verteilen.

Wer sich in der schulischen und universitären Leistungskonkurrenz bis zum akademischen Titel gegen die Mehrheit seiner Mitkonkurrenten durchgesetzt und es anschließend zum Chefarzt, Manager oder Richter gebracht hat, der darf nach dieser Logik seinen gesellschaftlichen Erfolg auf das Konto seiner Leistungsfähigkeit und seiner sonstigen guten Anlagen verbuchen: Wenn es schon ohne Studium und akademische Ehren kaum möglich ist, Mitglied der gesellschaftlichen Elite zu werden, dann bezeugt – quasi rückwärts gedacht – eben diese Zugehörigkeit zum gebildeten und gut verdienenden Stand auch die gebildete Wesensart. Aus so einem Menschen, das steht dann fest, *konnte* gar nichts anderes werden. Umgekehrt bezeugt so ein Urteil allen armen Schluckern, die es nur bis zur Hauptschule gebracht haben, dass es ihnen an *Begabung* fehlt. Ihre Niederlage in der Schulkonkurrenz ist folglich das Ergebnis einer Naturnotwendigkeit, nicht aber das Resultat eines Schulwesens, mit dem noch vor dem ersten Schultag über die Schüler das Urteil gefällt ist, dass nur eine Minderheit von ihnen das zunächst von allen angestrebte Ziel – Abi und Studium – erreichen soll. So bekommt jeder in dieser gerechten Gesellschaft das, was ihm seinen Fähigkeiten, seinen Anlagen nach zusteht. Beschwerden etwa der »Dummen« über fehlendes Einkommen sind dann völlig unangebracht, weil die Klage

über fehlende Anlagen auf eine Naturkorrektur abzielt, die glatt dem Herrgott ins Handwerk pfuschen will.

Natürlich zeichnet sich diese Logik, die in der Demokratie an der Tagesordnung ist und mit der gelehrte Staatsbeamte bis heute die Sortierungsleistung des hiesigen Schulwesens rechtfertigen, durch einige Dummheiten und Gemeinheiten aus: Zum einen offenbart das Begründungsverfahren einen gedanklichen Zirkel. Denn die vermeintlichen Anlagen, die nie im Gentest nach der Geburt, sondern immer erst *nachträglich*, d.h. dann festgestellt werden, wenn in jener gesellschaftlichen Veranstaltung namens Lernkonkurrenz über Sieger und Verlierer entschieden ist, werden schlicht mit dem Verweis auf das zu erklärende Resultat *begründet*: Am Ergebnis, das auf innere Anliegen zurückgeführt wird, sähe man doch, was in dem Menschen steckt. Zum anderen setzt sich diese rassistische Logik schlicht darüber hinweg, dass es für den behaupteten Zusammenhang zwischen inneren Anlagen und gesellschaftlichem Erfolg bzw. Misserfolg, der sich in Verdienst und Ansehen ausdrückt, gar keinen guten Grund gibt. Warum soll es Menschen, die – lässt man sich einmal auf diese Begründung ein – von der Natur weniger gut ausgestattet sind, schlechter gehen als anderen? Warum soll sich die angeblich fehlende Begabung zwangsläufig in fehlendem Einkommen nebst fehlender Lebensperspektive niederschlagen? Oder vom Schulergebnis her gedacht: Warum sollen Menschen, die in der hiesigen Schule frühzeitig von weiterführenden Bildungsgängen ausgeschlossen wurden, eigentlich weniger verdienen und ein schlechteres Leben führen müssen als jene, die es bis zum Master-Abschluss gebracht haben?

Sinn ergibt das nur in einer Gesellschaft, in der für eine kapitalistisch feststehende und ihre Räson ausmachende *Hierarchie* von Verdienstgelegenheiten – sie reicht bekanntlich von 3,50 Euro in der Stunde für die Arbeit im Friseursalon bis zum Jahressalär einiger Manager von etlichen Millionen Euro – schulisch Nachwuchs rekrutiert wird; und in der dabei von dem Beschluss ausgegangen wird, dass die Masse der Billigarbeiter mit der Hauptschule gut bedient sind und alles andere hinausgeworfenes Geld bedeuten würde. Drittens schließlich – und das fällt in die Abteilung »Gemeinheit« – handelt sich bei diesem demokratischen Rassismus nicht nur um eine Ansammlung theoretischer Fehler, sondern um eine, den angehenden und den etablierten Mitgliedern der Elite in Fleisch und Blut übergegangene Haltung, die an Dünkelhaftigkeit und personifizierter Angeberei oft ihresgleichen sucht. Da führen sich Leute, die sich mit Ellenbogen und Geldzuwendungen der Eltern bis zum Diplom vorgearbeitet haben, auf, als wären sie deshalb bereits die besseren Menschen, weil es ihnen obliegt, »Menschen zu führen«, für Ordnung zu sorgen und der Gesellschaft über-

haupt die Richtung vorzugeben, und die dafür auch noch mit besserem Verdienst ausgestattet werden.

So funktioniert der alltägliche Rassismus, der vielen Bürgern in den Kopf und über die Lippen kommt, wenn sie angesichts von Massenarbeitslosigkeit und der Existenznot von Teilzeitkräften konstatieren, dass sich da jemand nicht genug angestrengt habe bzw. es ihm einfach an Begabung fehle. Über diese »Erklärungen« wird der Nationalist in seinem Harmonieideal bedient, denn schließlich resultiert für ihn die Unterschiedlichkeit der Lebenslagen aus den Unterschieden, die in den Leuten stecken, sodass letztlich jeder bekommen hat, was ihm qua individueller Ausstattung zusteht. Die durch Gegensätze von Arm und Reich, durch Ausschluss von produziertem Reichtum und Aneignung desselben gekennzeichnete Gesellschaft ist demzufolge gerecht organisiert.

Erneut erweist es sich, dass es nicht reicht, falsche Sprüche, rassistische Sprache und unhaltbare theoretische Zuordnungen anzugreifen. Wenn mit ihnen die gesellschaftliche, d.h. politisch und ökonomisch hergestellte, bekräftigte und kontrollierte Klassensortierung *legitimiert* wird, wenn die Leistung dieser Variante von demokratischem Rassismus in der Akzeptanz der ökonomischen Gegensätze besteht, die im Kapitalismus für eine Mehrheit der Menschen das Leben schwer bis unaushaltbar machen, dann ist eben nicht nur das falsche rassistische Argument anzugreifen, sondern vor allem die gemeine gesellschaftliche Wirklichkeit, die *mit ihm* legitimiert wird. Dieses Einverständnis mit dem Ergebnis der Klassensortierung »*gibt den ›Rückschluss‹ auf die gegebene Ausstattung der Individuen her – so dass am Ende der fertige Kapitalismus wie die vollendete Ausschöpfung der natürlichen Vielfalt von Begabungsreserven aussieht*«.[6]

5. Der Rassismus der Rechtsmoral: Gut und böse

Die Nationalisten haben in der vorgestellten Logik ihr hübsches Gemeinwesen bislang rassistisch doppelt harmonisch zurechtgedacht: Die politische Sortierung nach Inländern und Ausländern erklären sie aus einer quasi naturursprünglichen Zugehörigkeit aller Bürger zu einem Staatsvolk, weswegen das Zusammenleben dieser national identischen Bürger auch – eigentlich – durch Eintracht und Harmonie charakterisiert ist. Und zweitens ist die ökonomische Sortierung am Reichtum, nach Klassen und sozialen Lagen, zu einer Frage der inneren Ausstattung der Bürger, ihrer Anlagen, ih-

[6] Woher kommt und wie geht Rassismus?, in: GS 5/95, S. 10.

rer Begabungen und Leistungsbereitschaft, erklärt. Jeder erhält im Prinzip, was ihm zusteht; also sehr gerecht geht's zu.

Nun stellen die rassistischen Harmoniefreunde immer wieder fest, dass es Landsleute gibt, die es an der zur Nation und ihrem Lebenszusammenhang passenden Gesinnung, an Pflicht- und Rechtsbewusstsein und an korrekter politischer Einstellung fehlen lassen. Da gibt es welche, die stören den sozialen Frieden, indem sie streiken, andere stören ihn, indem sie sich an fremdem Eigentum oder vielleicht sogar an fremden Eigentümern vergreifen, die stehlen, rauben, vergewaltigen, morden. Wieder andere organisieren sich in Parallelgesellschaften und wollen mit dem nationalen Mainstream nichts zu tun haben, und schließlich gibt es welche, die entfernen sich weit von der hierzulande erwünschten richtigen politischen Gesinnung nach rechts oder links, machen – vielleicht sogar praktisch – prinzipielle Einwände gegen die herrschende Ordnung geltend. All dies nimmt der Nationalist als Abweichung vom Deutschtum und damit als Abweichung von der nationalen Ordnung zur Kenntnis. Er fragt sich, warum es diese unschönen Übergriffe auf Eigentum und Menschen, warum es diese diskrepanten Abweichungen in Sachen Gesinnung, Rechts- und Ordnungsbewusstsein gibt, und er hat eine Antwort, die jedem geläufig ist: Da gibt es offenkundig welche, die *kriminelle Energie* in sich bergen, es gibt welche, die sich durch angeborene oder erworbene *Gewaltbereitschaft* auszeichnen, es gibt Menschen, die einfach *nicht richtig ticken*, die also von ihrer geistigen Verfassung her aus der Art geschlagen sind. Kommunisten oder Sozialisten sind dann schon mal unzurechnungsfähig und Neonazis gelten ohnehin als dumpf und dumm. Gleich den Übergang zur Verrücktheit, also zur geistigen Krankheit, pflegen diese Bürger bei Menschen zu machen, die andere vergewaltigen oder sich an Kindern vergehen. Wo in dieser Weise abweichendes, unerwünschtes und deshalb zur deutschen Natur einfach nicht passendes Verhalten diagnostiziert wird, wo Menschen mit Recht und Gesetz, mit Sitte und herrschender Meinung in Konflikt geraten, da haben die nicht etwa Gründe für ihr Tun – mögen die gut oder schlecht sein –, sondern da sind *Eigenschaften* der Menschen am Werk, die sie an den Rand der nationalen Gemeinschaft guter Deutscher rücken. Es gibt eben nicht nur positive, gute Begabungen in unterschiedlicher Ausprägung, sondern es gibt leider auch, so wird da festgestellt, negative, schlechte, böse Begabungen in unterschiedlichen Graden. Und damit ist die dritte Abteilung dieses rassistischen polit-moralischen Weltbildes fertig.

Dass sich bei einem Dieb nicht eine angeblich im Menschen schlummernde, ihm angeborene oder durch widrige Lebensumstände eingeprägte kriminelle Energie äußert, sondern ein Ausschluss von Lebensmitteln, der

sich auf jene Sorte Geldmangel zurückführen lässt, die das Leben von Menschen ohne Eigentum in Gestalt einer Geldquelle nun einmal bestimmt, kann nicht sein. Denn der gute Deutsche weiß sich der Parole »arm, aber anständig« verpflichtet. Dem liegt es im Prinzip auch fern, als Konkurrenzverlierer die Regeln zu verletzen, nach denen hier die Sieger von den Verlierern geschieden werden, und sich per Raub anzueignen, wovon er per Konkurrenz ausgeschlossen wird. Menschen schließlich, die aus dem Umstand, dass sie tagtäglich vor Chefs kuschen müssen, den gänzlich falschen Schluss ziehen, es anderen – schwächeren – deswegen einmal zeigen zu wollen, weil auch in ihnen das Selbstbewusstsein vom wertvollen und zu allerhand berechtigten Menschentum schlummert, leiden also weder an krankhaftem Geltungsbewusstsein, noch steckt in ihnen ein Drang zur Menschenquälerei.

Der harmonieerpichte Nationalist ist mit der Benennung und rassistischen Charakterisierung solcher Abweichungen nicht zufrieden. Er weiß, dass etwas *getan* werden muss, damit diese Abweichler nicht mehr das Zusammenleben aller guten Deutschen stören. An Stammtischen und in Leserbriefen gibt es dann Vorschläge, die deren Aussortierung oder Einweisung anraten. Ob bei Kindesmisshandlungen nicht die Kastration zu empfehlen ist, wird nicht nur in der Eckkneipe erörtert. All dies gilt als folgerichtig und konsequent, weil man *schlechte Natur* eben nicht gut machen, nicht integrieren, nicht resozialisieren kann. Natur ist Natur, die sich jedem wohlwollenden Zureden und allen guten Argumenten verschließt, das wissen diese Menschen, die sich täglich per willentlicher Anstrengung das eine oder andere Bedürfnis abschminken. Wer durch seine kriminell-gewalttätigen *Triebe* gesteuert wird, ist in seinem Treiben nur darüber zu stoppen, dass er eingesperrt oder ausgemerzt wird: »Rübe ab«, heißt das dann nach dem fünften Bier mit Korn unter diesen guten Deutschen, die sich schließlich sogar anheischig machen, den triebgesteuerten Kriminellen am Aussehen zu erkennen. Da sind dann fliehende Stirn und stechende Augen, verhuschtes Betragen und Menschenscheu untrügliche Zeichen dafür, dass »mit denen etwas nicht stimmt«. Einem dingfest gemachten und verurteilten Rechtsbrecher hat man schon immer angesehen, dass er vom Schicksal für eine Verbrecherlaufbahn vorgesehen ist – ganz so wie es einst unter Hitler die Rassebiologen herausgefunden haben wollen und wie es heute bei einigen Hirnforschern üblich ist, nach Deformationen im Gehirn zu suchen, wo Abweichungen von gesellschaftlicher Normierung im Betragen von Mitmenschen festgestellt werden.[7]

[7] Vgl. dazu: F. Huisken, Hirn determiniert Geist, Bremen o.J.; als PDF-download kostenlos zugänglich unter www.vsa-verlag.de.

6. Der Rassismus der Nationalsozialisten

Der antisemitische Rassenwahn der deutschen Nationalsozialisten ist nichts vom alltäglichen demokratischen Rassismus Getrenntes. Nur ist festzuhalten, dass rassistische Ideologien, mit denen sich nationalistische *Bürger* ihre Heimat als eigentliches Rundumsorglospaket des Deutschtums zurechtlegen und sich in der Einbildung vollendeter Volksidentität einrichten, eine etwas andere Wucht bekommen, wenn sie zum *Staat*sprogramm werden. Ein Staat, zumal derjenige, der sein Land aus den Tiefen internationaler Ächtung in die Höhen der Herrschaft über andere Länder bringen will und fest davon überzeugt ist, darauf einen Anspruch zu haben, will sich auf sein Volk verlassen können und tut deswegen alles dafür, um störende Elemente ausfindig zu machen und auszusortieren. Dass die deutschen Faschisten nach 1933 ernst damit gemacht haben, bei solchen Störern eine mit dem Deutschtum unvereinbare *Art* zu identifizieren, folgt dabei jenem – oben aufgezeigten – geistigen Salto mortale, der die Inländer-Ausländersortierung an den *Inländern* fortsetzt. Bei den Juden, genauer: bei den des staatszerstörerischen Bolschewismus verdächtigten Juden, denen Hitler einen für ihn unhaltbaren Zustand der deutschen Nation anlastete, handelte es sich zunächst um deutsche Staatsbürger. Das half ihnen nichts, denn ihnen wurde das wahre, das arische Deutschtum abgesprochen und sie wurden auf diese Weise staatspolitisch exkommuniziert. Eingeschlichen hätten sie sich – ihrer jüdischen Natur gemäß[8] – in das deutsche Volk, um dort ihr Zerstörungswerk zu verrichten, lautete Hitlers Erklärung für die Liquidierung und Vertreibung von Juden aus ihrer deutschen Heimat. Man sollte sich schon die Frage stellen, wie weit das von jener Stellung entfernt ist, die auch nichtfaschistische Staaten zu ihrem Staatsvolk einnehmen: Das Staatsvolk ist ihr Werk und sie bestimmen per Gesetz, wer dazu gehört und wer nicht. Jenes Staatsvolk, das Hitler nach der »Machtergreifung« vorfand, entsprach nicht seinen völkischen Vorstellungen, und folglich machte er sich daran, es nach seinen Kriterien neu zu definieren und alle diejenigen rigide auszusortieren, die seinen Kriterien des reinrassigen Ariertums nicht entsprachen.[9]

---

[8] Dass hier die innere Natur am Werk ist, hat Hitlers Denken so sehr bestimmt, dass er deswegen alle Vorschläge, die Juden außer Landes zu bringen, bspw. nach Madagaskar oder ins Innere Kenias, mit dem Argument zurückwies, dass Juden immer und überall Volksschädling seien.

[9] Dass die Aussortierung in den Holocaust mündete, dem dann neben den deutschen Juden – vornehmlich, aber nicht nur – die Juden des besetzten Europas zum Opfer fielen, erklärt sich daraus, dass diese deutschen Faschisten ihr Urteil vom Juden, der seiner biologischen Natur nach ein schmarotzendes und staatszersetzendes Wesen ist, in gera-

Dass sich unter den von Hitler ausgemachten Volksschädlingen auch nichtjüdische Kommunisten oder »arische« Sozialisten befanden, dass Teile der Führungsschicht des verhassten »verjudeten Finanzkapitals« nicht dem jüdischen Glauben anhingen, und dass umgekehrt so mancher treue Hitleranhänger phänotypisch wenig dem Idealbild von arischer Rasse glich, hat den Gröfaz nicht gestört. Auch er wusste, bei aller Rigidität und Brutalität, mit der er bis zum Holocaust die Vernichtung nichtarischer und antinationaler Elemente durchgezogen hat, immer dann, wenn es ihm besonders wichtig war, zu unterscheiden zwischen der rassistischen *Begründung* und den Staats*zwecken* bei der Volksreinigung.[10]

Es kann also nicht die Rede davon sein, dass der Holocaust »unbegreiflich« ist und sich jeder rationalen Erklärung entzieht. Hitler und seine Gesinnungsgenossen stehen für nichts anderes als für den radikal zuende gedachten Befund von der *»nationalen Identität«* und ihrer ungeheuren Bedeutung für staatliche Zwecke – zumal wenn in ihnen eingeschlossen ist, dass sich der Staat nicht mit einer inferioren Rolle in der Konkurrenz der Staaten auf dem Globus bescheiden will, sondern imperiale Zwecke verfolgt und diese als nationales (Natur-)*Recht* behauptet.

Die rassistische Binnensortierung des Volks durch die Nationalsozialisten, ihr theoretischer und praktischer Umgang mit den Resultaten des ökonomischen Gegensatzes im Kapitalismus, also mit Armut und Reichtum, mit Gesetzestreue und Kriminalität, folgte einer gar nicht so besonderen Klassenlehre: *»Jeder Volkskörper kann in drei große Klassen gegliedert werden; in ein Extrem des besten Menschentums..., gut im Sinne aller Tugenden, be-*

---

dezu unvorstellbarer Weise ernst genommen und praktisch exekutiert haben. Es ist wichtig, sich diesen Zusammenhang klar zu machen, wenn man den Rassismus begreifen will. Dass die Demokraten ihr rassistisches Urteil über unerwünschte Ausländer nicht in dieser Weise biologisch ernst nehmen – und darauf auch noch stolz sind –, verweist *nicht* darauf, dass ihr Ausländerrassismus »nur Ideologie« ist. Sie betreiben ihn ja mit jeder neuen »Ausländer-raus-Maßnahme«! Es verweist vielmehr darauf, dass Demokraten – so widersprüchlich das theoretisch auch sein mag – das Verhältnis von *Wille* und Menschen-*Natur* etwas lockerer handhaben: Sie trauen Ausländern dann, wenn man sie unter entsprechend unfreundliche Bedingungen setzt, schon zu, dass sie mit ihrem Willen ihre Natur im Zaum halten und sogar ziemlich deutsch werden können. Dieser Umgang entspringt nicht etwa demokratischer Menschenfreundlichkeit, sondern – das muss noch einmal unterstrichen werden – einem politischen Kalkül gegenüber Ausländern, die man brauchen kann bzw. nicht mehr loswird (vgl. dazu auch: Woher kommt und wie geht Rassismus?, in: GS, 1/95, S. 17).

[10] Weswegen bei nützlichen Funktionären des Hitlerstaats auch schon mal der »unsaubere« Stammbaum korrigiert wurde oder Juden gegen Geldzahlung die Emigration gestattet wurde.

sonders ausgezeichnet durch Mut und Opfertum, andererseits ein Extrem des schlechtesten Menschauswurfs, schlecht im Sinne des Vorhandenseins egoistischer Triebe und Laster. Zwischen beiden Extremen liegt als dritte Klasse die große, breite mittlere Schicht, in der sich weder strahlendes Heldentum noch gemeinste Verbrechergesinnung verkörpert.«[11] Ökonomische Klassen kannte der nationalsozialistische Staat nicht. Arbeiter und Unternehmer arbeiten für ihn gemeinschaftlich an der wirtschaftlichen Größe der Nation. Zu dieser Gemeinschaftsleistung sei nicht jede Rasse fähig, verkündete Hitler, sondern nur jene, in der »Mut und Opfertum« vorherrschen. Die »Klassen«-Unterschiede innerhalb der arischen Rasse, die ihm allein wichtig waren, machten sich an der nationalen Tugendhaftigkeit und der Verkörperung der Werte des faschistischen Staates fest. Der unbedingte *Wille* bei der Verfolgung seiner Ziele zeichnet den nationalmoralischen Sortierungsmaßstab aus, der dieser Klassenscheidung zugrunde liegt – und an der auch die moderne Jurisprudenz etwas findet, die im Willen zum Recht das Sortierungskriterium weiß, nach welchem Menschen vor dem Gesetz geschieden werden. Die Besten, die zum Führen der Nation Geeignetsten, aus dem Volkskörper herauszusuchen, war bei Hitler Aufgabe der Erziehungsauslese, die aber nur den »Gesetzen der Natur« folgen und geborene Führernaturen ermitteln konnte – wie es in dieser politischen Variante der immer noch gelehrten Begabungstheorie heißt.

Wer also »Lehren aus Auschwitz« ziehen will, der sollte gerade keine Lehren aus Auschwitz ziehen,[12] sondern den alltäglichen Rassismus hierzulande angreifen, der sich im national-moralischen, Volks- und andere sittliche Charaktere naturalisierend unterscheidenden Blick auf die *staatlich* durchorganisierte und durchsortierte Menschheit äußert. Und der weiß, dass nicht in erster Linie der rassistische *Blick* auf Kriminelle und Brave, auf Arme und Reiche, auf In- und Ausländer zu kritisieren ist, sondern die Verhältnisse anzugreifen sind, in denen per Staatsgewalt solche Unterscheidungen hergestellt und in ihrer Funktionalität oder Dysfunktionalität für die Zwecke des demokratisch regierten Kapitalismus betreut werden.

[11] A. Hitler, Mein Kampf, a.a.O., S. 580f.

[12] Die deutschen »Lehren aus Auschwitz« haben nichts mit Kritik an Faschismus, Nationalismus und Rassismus zu tun, sondern leben von dem Bemühen, Deutschlands Ansehen in der Welt ethisch in Ordnung zu bringen.

7. Falscher Antirassismus von Gutmenschen

Genau daran ermangelt es den meisten Zeitgenossen, die sich politisch zu den Antirassisten zählen. Wenn es üblich ist, »Fremdenfeindlichkeit« als tief im Menschen verankerte *Xenophobie*[13] zu erklären, und wenn Psychologen rassistische Urteile auf *Vorurteile* herunterbringen, die zum angestammten Verhaltensrepertoire des Menschen gehören und ihm Orientierung verleihen, dann muss sogar festgehalten werden, dass die Logik dieser Kritik sich von der des kritisierten Denkens kaum unterscheiden lässt. Auch in der Rede von »*unzulässiger Verallgemeinerung*«, die darauf besteht, dass »nicht alle Ausländer so sind«, wird der unerwünschte Rassismus nur bestätigt, indem die Ausnahmen der Regel entgegengehalten werden. Ganz schlimm sind die nicht auszurottenden naturwissenschaftlichen Bemühungen, auf der biologischen Ebene den Rassetheorien das Fundament zu entziehen. Sie verwechseln die ideologische *Legitimation* staatspolitischen Wirkens – an der sich in der Tat auch Rasseforscher beteiligen – mit dem *Grund* rassistischer Politik und begeben sich dafür in höchst unappetitliche Regionen, in denen dann naturwissenschaftlich nachgewiesen werden soll, dass sich so etwas wie ein »kriminelles Gen« oder eine arische DNA einfach nicht finden lässt – eine Einladung an jeden rassistischen Biologen, der das dann auf leider noch existierende, aber zu behebende wissenschaftliche Defizite zurückführt.[14]

In der antirassistischen Praxis schlägt sich das nieder. Da sind die SprachsittenwächterInnen vornehmlich weiblichen Geschlechts unterwegs, die rabiat werden, wenn z.B. in Wort und Sprache das »-Innen« fehlt, aber sprachlos werden, wenn sich Frauen in politischen Ämtern, welche als Domäne von Männern gelten, etwa an der Inländer-Ausländer-Sortierung beteiligen. Da gibt es pädagogisch aufbereitete Werke, die den Abbau von Vorurteilen anleiten wollen, aber zwischen falschen Urteilen und Vorurteilen nicht zu unterschieden vermögen, ihnen mit N. Luhmann die »Funktion der Komplexitätsreduktion« zu Gute halten und deshalb mehr Argumente für als gegen sie auffahren. Gepredigt wird auf jeden Fall Toleranz, jene Tugend, die immer nur bei denen vermisst und denen anempfohlen wird, die zur Aus-

[13] Was nur das griechische Wort für Fremdenfeindlichkeit ist.

[14] Hier sei noch einmal auf die Affinität zu jener Sorte Hirnforschung verwiesen, die im Brustton ihrer willentlichen Überzeugung dem Menschen jegliche Fähigkeit zu willentlichem Tun abspricht. (Vgl. F. Huisken, Hirn determiniert Geist, a.a.O.)

tragung von Kritik und Streit, von Ausgrenzung und Ausweisung nicht legitimiert sind.[15]

Auch der Antirassismus der linken Antifaschisten »greift zu kurz«. Die Parteinahme für die Demokratie im Modus des Konjunktivs – eigentlich müsste sie sein, was sie nicht ist – führt zu dem Fehlurteil, jede rassistische Regung von unten oder oben, mit der sich nationalistische Demokraten ihre Volksgemeinschaft gut deutsch und harmonisch zurechtdenken oder zurechtbauen, als *Zeichen für beginnende Faschisierung* zu nehmen.

[15] Näheres dazu in: F. Huisken, Ausländerfeinde und Ausländerfreunde a.a.O., S. 104ff.

Kapitel 10: Wie man nationalistische und (neo-)faschistische Urteile und Parolen kritisieren sollte und wie besser nicht

Es passt alles zusammen. Auf der einen Seite ordnen Demokraten aktuelle rechtsextreme Programmpunkte und Parolen eher der CDU, SPD, FDP, den Grünen oder der Linken zu als der NPD und ihrem Umfeld.[1] Und wenn es explizit darum geht, sich mit jenen Losungen auseinanderzusetzen, die man *eindeutig* im rechtsextremen Spektrum verorten kann, weil ihr völkischer Nationalismus, ihr Rassismus, oder auch ihr Antisemitismus allzu offenkundig sind, dann verfehlen um Aufklärung bemühte demokratische Publizisten die Kritik des Neofaschismus erneut um Längen. Sie rücken ihm mit Urteilen zu Leibe, die sich auf die Maßstäbe der Nationaldemokraten einlassen, statt sie zu kritisieren. Sie können nicht zwischen der faschistischen Zielsetzung und dem Material, das sie transportiert, unterscheiden und fallen damit prompt auf die Botschaften der neuen Nazis rein. Sie belassen es beim *Deuten* auf Rassismus, Nationalismus oder Ausländerfeindschaft und ersetzen so Kritik oft durch unterstellte Abscheu. Der Kampf *gegen* die Varianten von Nationalismus und Rassismus, dem sich z.B. die meisten Texte zum »Argumentationstraining« gegen rechtsextreme bzw. Stammtischparolen verpflichtet haben,[2] gerät so zu einer Form von Gegenpropaganda, in der die Demokratie vor der Kritik der Faschisten *in Schutz* genommen wird. Eine Widerlegung der Parolen sieht anders aus.

1. »Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg«

Die Parole ...

So lautet eines der bekanntesten Urteile von rechten Nationalisten, die es nicht ertragen, dass ihre Heimat von Menschen bevölkert wird, die ihrer Auffassung zufolge nicht hierher gehören. Es handelt sich *nicht* um eine *ar-*

[1] Vgl. dazu den Test vom Anfang.

[2] Siehe dazu die in Fußnote 4 und 9 angeführten Beispiele, kritisches Gegenbeispiel dazu: Rolf Gloël/Kathrin Gützlaff, Gegen Rechts argumentieren lernen, 2. Auflage Hamburg 2010.

beitsmarktpolitische Aussage. Sie ist nicht getragen von einer Sorge um zu wenig Arbeitsplätze. Ginge es um das Problem der Arbeitsbeschaffung für alle diejenigen, die sich um bezahlte Arbeit kümmern müssen, mithin für Deutsche *wie* für Ausländer, dann könnte die Beschwerde zum Beispiel lauten: »Die Nachfrage nach bezahlter Arbeit übersteigt das Angebot! Dagegen muss etwas unternommen werden!« Dass es jedoch die Ausländer sein sollen, die den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen, nicht aber die Deutschen, die die Ausländer um Verdienstgelegenheiten bringen – was angesichts der durchgesetzten Regel, dass für freie Arbeitsplätze erst dann auf Ausländer zurückgegriffen werden soll, wenn es keine adäquaten deutschen Angebote gibt,[3] ein sachgerechteres Urteil wäre –, verweist auf den nationalistischen Standpunkt der Parole. Der lässt sich explizit der Konsequenz entnehmen, die aus diesem Urteil gezogen wird: *»Wir haben Ausländer als Arbeitsplatzkonkurrenten auszuweisen und nicht neue aufzunehmen.«*[4]

Diese Schlussfolgerung bringt, nimmt man sie wörtlich, einiges von dem durcheinander, was in der Botschaft von den ausländischen Arbeitsplatzdieben ausgesagt sein soll. Korrekt wird erst einmal festgehalten, dass es eine *Konkurrenz* um Arbeitsplätze gibt. Diese Konkurrenz haben sich die Menschen ohne Arbeit nicht ausgesucht. Sie müssen sich ihr unterziehen, weil ihnen in ihrer Konkurrenz eines gemeinsam ist: Es fehlt ihnen an bezahlter Arbeit, auf die sie allesamt angewiesen sind, da sie über eine eigene, sprudelnde Geldquelle nicht verfügen. Ohne etwas von dem hierzulande allein gültigen (Geld-)Reichtum in der Hand zu haben, sind sie von allen Gebrauchswerten, die es im Überfluss, aber leider nur in der Form des Privateigentums, sprich: nur gegen Geld gibt, ausgeschlossen. Deswegen stehen alle *gemeinsam* Schlange vor den Personalbüros kapitalistischer oder staatlicher Unternehmungen und bringen alle *gegeneinander* ihre Arbeitsbereitschaft, ihre Anspruchslosigkeit und das, was sie an Qualifikation besitzen, als Konkurrenzmittel in Anschlag. Dass die Ausländer den Deutschen diese begehrten Plätze wegnehmen könnten, widerlegt schon ihre Konkurrenzlage schlagend. In der stehen sie nämlich den wahren Arbeitsplatzbesitzern gegenüber, den Eigentümern von Betrieben aller Art. Die verfügen über die Erpressungsmacht, die Konkurrenz zwischen allen lohnabhängigen Nachfragern für sich auszunutzen. *Allen*, die gleichermaßen *existenziell* auf

[3] Der »Blüm-Erlass« verfügte ein unbefristetes Arbeitsverbot für alle ab dem 15.5.1997 eingereisten Flüchtlinge. Er wurde zwar gerichtlich wieder aufgehoben, was aber wenig daran änderte, dass er in der Praxis immer noch zur Anwendung kommt.

[4] Aus: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Wolf Wagner, Die Rechtsextremen sagen, S. 32. www.thueringen.de/imperia/md/content/lzt/die_rechtsextremen_sagen.pdf

Arbeit für Lohn in fremden Diensten angewiesen sind, können sie ihre Bedingungen diktieren. Und das um so offensiver, je länger die Schlange der Konkurrenten vor ihren Betrieben ist.[5] Unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft stehen alle Menschen als Arbeitssuchende den »Arbeitgebern« gegenüber und werden, weil ihre Nachfrage nach einem Arbeitsplatz ihnen keine Verdienstgelegenheiten schafft, darüber in einen Gegensatz untereinander gesetzt. Dabei spielt die Staatsbürgerschaft erst einmal keine Rolle: Da konkurrieren Deutsche mit Deutschen, Ausländer mit Ausländern und Deutsche mit Ausländern. Wer von ihnen einen der begehrten Arbeitsplätze erhält, entscheidet der Betrieb nach Würdigung der von ihnen gegeneinander ins Feld geführten Brauchbarkeitsnachweise. Verlierer sind dann beide, die mit und die ohne Arbeitsplatz – wenngleich in unterschiedlicher Weise: Die einen, weil sie in die Arbeitsmühle abgeführt werden und dort gegen Lohn solange Beweise ihrer Rentabilität abliefern müssen, wie es sich für den Betrieb lohnt; die anderen, weil sie ohne Verdienst dastehen. Auch deshalb hat Marx einmal gesagt, dass es kein Glück, sondern ein Pech ist, produktiver Lohnarbeiter zu sein.[6]

Die Parole nimmt also die ökonomische Lage, in der alle Lohnabhängigen als Konkurrenten um Arbeitsplätze zu kämpfen haben, *falsch* zur Kenntnis. Sie sortiert sie von vornherein nach der Volkszugehörigkeit durch, die für die Neofaschisten übrigens mehr ist und tiefer geht als die Staatsbürgerschaft. Warum Ausländer von der Konkurrenz um Arbeitsplätze ausgeschlossen werden sollen, liegt folglich an einem Urteil, das mit Arbeitsplätzen und Geldverdienen gar nichts zu tun hat. Denn aus der Feststellung, dass die Arbeitsplatzangebote nicht für alle Nachfrager reichen, ließe sich auch eine ganz andere Parole ableiten: Arbeitsplätze für alle – für In- und Ausländer! Es ist die *Vorsortierung* der Konkurrenten nach ihrer *völkischen Berechtigung,* sich in Deutschland um einen Arbeitsplatz zu bemühen, die wie eine arbeitsmarktpolitische Diagnose daherkommt. Die wird einen Widerspruch nicht los: Einerseits erklärt sie, dass Deutsche und Ausländer gleichermaßen auf bezahlte Arbeit angewiesen sind, andererseits gilt diese ökonomische Notwendigkeit angesichts ihrer völkischen Unterschiedenheit nichts. »Ausweisung aller Ausländer« lautet die faschistische Konsequenz. Zwangsläufig ist sie nicht. Auflösen ließe sich der Widerspruch auch zu einer anderen, gar nicht faschistischen, aber auch in der Demokratie unerwünschten

[5] So gesehen ist die Forderung, Ausländer vom deutschen Arbeitsmarkt zu entfernen, wenig kapitalfreundlich. Was aber Neofaschisten nicht groß stört, da ihnen die völkische Reinheit wichtiger ist als ein Kostenvorteil des Kapitals.

[6] K. Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 532.

Seite: Wenn es schon für In- *und* Ausländer zu wenig Arbeitsplätze gibt, dann könnten die sich zusammentun und überlegen, wie sie gemeinsam etwas an ihrem Geldmangel ändern können. Für die NPD löst sich der Widerspruch anders auf: Sie behauptet, dass Ausländer gar nicht dasselbe *wollen* wie ihre inländischen Kollegen. Die Ausländer *können* nämlich gar nicht dasselbe wollen, weil sie eben Ausländer in der Fremde sind und als solche die Volkseinheit stören – vielleicht sogar absichtlich. Die völkische Durchsortierung des Arbeitsmarkts nach berechtigten und unberechtigten Arbeitsuchenden dient also allein als Material für den Nachweis, dass die Anwesenheit der Fremdvölkischen ein *Anschlag auf das deutsche Volk* ist.[7]

... und ihre Kritiker

Gegen diese Parole wird mit viel statistischem Material eingewendet, dass die *»Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung höher ist als bei den Deutschen«*, dass Ausländer sich auch selbständig machen – mit *»130.000 Beschäftigten in ihren Betrieben« –*[8] und dass viele der offenen Stellen im Dienstleistungssektor von den Deutschen gar nicht angenommen werden, von einer Konkurrenz zwischen Deutschen und Ausländern auf dem Arbeitsmarkt deswegen auch nicht die Rede sein kann. Vielmehr würden die Ausländer gebraucht, weil ohne sie die »Müllentsorgung« oder der »Pflegebereich« zum Erliegen kommen würden.[9] All diese bemühten Einlassungen verfehlen den völkischen Kern der Parole. Sie nehmen den arbeitsmarktpolitischen *Inhalt* der Parole für ihre *Botschaft* und widerlegen ihn empirisch. Dafür ist ihnen keine Denunziation von deutschen und ausländischen Arbeitern zu schade: Deutsche drücken sich vor der Drecksarbeit und diese würde liegen bleiben, wenn sich die ausländische Bevölkerung ihrer nicht annehmen würde. Dass deutsche Lohnarbeiter – und nicht nur diese – gute Gründe haben, nicht jede Stelle, ohne nach Lohn und Leistung zu fragen, anzunehmen, nur weil sie offen ist; dass sich ausländische Arbeitssuchende dasselbe einfach nicht leisten können, weil sie ohne Arbeit leichter abgeschoben werden können, spielt dabei keine Rolle.[10] Aus der Konkurrenz mit

---

[7] Weitere Argumente dazu in: R. Gloël/K. Gützlaff, a.a.O., S. 116ff.

[8] In: http://osz-gegen-rechts.de/index.php?id=35; sind es gar 570.000.

[9] K.-P. Hufer, Argumente am Stammtisch, 3. Aufl. Schwalbach 2007, S. 115f; ders., Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Schwalbach 2001. Ähnlich W. Wagner, a.a.O., S. 32f., M. Budzinski (Hrsg.), Aktionshandbuch Ausländer, Bornheim-Merten 1983, S. 53f.; J. Lanig/M. Schweizer, Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt, Mühlheim 2003. S. 56ff.

[10] W. Wagner erklärt das mit der schlechteren Ausbildung der Ausländer. Wenn jeder den Arbeitsplatz bekommt, der seiner Ausbildung entspricht, dann ist ja alles in Butter!

ausländischen Bevölkerungsteilen sind deutsche Arbeiter darüber gar nicht entlassen, denn einerseits teilen die Arbeitsagenturen diesen Standpunkt überhaupt nicht, sondern gehen nur ihrem Auftrag nach, die Belastung der sozialen Kassen durch Unbeschäftigte auf Biegen und Brechen zu reduzieren. Und auf der anderen Seite wirkt die Erpressung von Ausländern, die jede Arbeit für jeden Lohn anzunehmen haben, immer auf den ganzen Arbeitsmarkt erpresserisch als durchschnittliche Absenkung des nationalen Lohnniveaus zurück.

Das schweinische Lob der Ausländer in der Aussage: »Wir brauchen Ausländer für die Drecksarbeit, für die sich Deutsche zu schade sind!« nimmt zudem Partei für jene deutschen Politiker, die im Klartext aussprechen, dass nur die armen, aus ihrem Stammland vielfach vertriebenen und von Repressionen bedrohten Schlucker hier ein Bleiberecht erhalten, wenn »wir sie benutzen können« (Beckstein, CSU). Etwas anderes kommt offenbar auch für die Stammtisch-Kritiker Hufer und Co., für diese Freunde der ersten Person Plural, nicht in Frage: *»Wir«* brauchen die Ausländer!? Ohne einen Beitrag zum Gemeinschaftsnutzen billigen sie den Ausländern eben kein Anwesenheitsrecht zu. Dabei haben sie sich zudem in der Diktion vergriffen: Wem nutzen denn Zuwanderer? »Uns«? Wohl kaum. In einer Gesellschaft, die auf der Freisetzung des Privateigentums basiert, ist der Nutzen von zugewanderten und ebenso von einheimischen Arbeitskräften sehr einseitig verteilt. Zunächst nutzen sie denjenigen, die sie benutzen können, und das sind nicht »wir«, sondern Kapitaleigentümer; danach benutzt sie der Staat zur Abpressung von Steuern, Beiträgen und Preisen für alle möglichen Dienste. Mit Sicherheit sind gerade die Benutzten als Nutznießer aus dem verlogenen »Wir« ausgeklammert: In der Marktwirtschaft schließen sich Nutzen und das Benutztwerden gerade bei lohnabhängigen Menschen aus – welchen Pass sie auch immer besitzen. Der Gemeinschaftsnutzen ist in jeder Hinsicht eine nationalistische Fiktion.[11]

Für ihre Tour von Einwänden ist den Parolenkritikern auch das hier angesiedelte türkische Kleinkapital als Berufungsinstanz recht. Was in diesen (Familien-)Betrieben vor sich geht, in denen aus dem Faktum der Familienzugehörigkeit ein Argument für Ausbeutung und Selbstausbeutung gemacht wird, ist für die Kritiker angesichts der Tatsache, dass Ausländer

---

Als ob die Qualifikation den Arbeitsplatz bestimmt und nicht umgekehrt der Arbeitsplatz diktiert, was an Qualifikation gebraucht wird bzw. was von den Ausbildungsresultaten überhaupt fürs Kapital von Interesse ist.

[11] Lanig/Schweizer radikalisieren diesen Standpunkt noch: *»Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, mehr Einwanderer ins Land zu holen, denn unsere* (!) *Zukunft hängt davon ab.«* Wessen Zukunft wohl?

Arbeitsplätze geschaffen haben, nicht von Bedeutung. Denn Arbeitsplätze sind für sie ein hohes Gut. *Gegen* sie, d.h. dagegen zu argumentieren, dass hierzulande die Lebensinteressen aller lohnabhängigen Menschen allein von den erfolgreich verfolgten Geldinteressen kapitalistischer Unternehmer abhängen, liegt nicht auf ihrer Linie. Sie haben es mit der demokratischen Parole, dass »sozial ist, was Arbeit schafft«. Natürlich *in Deutschland,* weswegen ihre Parteinahme für kapitalistische Ausbeutung von der Parole der Faschisten – »Sozial geht nur national!« – nicht mehr weit entfernt ist. Heißt es bei den Demokraten, dass sozial ist, was *in Deutschland* Arbeit schafft, so kontern die Faschisten, dass sozial nur ist, was *für Deutsche* Arbeit schafft. Zudem bleibt festzuhalten, dass mit der Verfehlung des völkischen Gehalts der Parole ihre Botschaft implizit akzeptiert ist, mithin auch diese Differenz verschwindet: Denn wenn die ermittelte Lage sich ändern würde, die Arbeitslosenquote der Deutschen noch weiter zunehmen und deutsche Arbeiter noch mehr genötigt würden, jene Arbeiten anzunehmen, die hierzulande häufig von Ausländern abgeleistet werden, wenn auch türkische Betriebe Arbeiter entlassen und dicht machen müssten, dann würde diesen Kritikern jedes Argument gegen die Losung fehlen. Wo sie nichts anderes treiben, als die *Bedingungen* ihrer *Gültigkeit* statistisch anzuzweifeln, da müssen sie als Kritiker das Handtuch werfen, wenn diese Bedingungen nicht mehr gegeben sind; und deshalb müssen auch sie vor der völkischen Parole kapitulieren.

2. »In Deutschland leben zu viele Ausländer«

Die Parole...

So lautet eine weitere Behauptung von Nationalisten vom rechten Rand. Auskunft über das *Maß* für »zu viele« erteilen sie nicht. Es kann jedoch keine Frage sein, welcher *Maßstab* angelegt wird. Es ist eben nicht die Rede davon, dass irgendein territorialer Raum zu klein ist, um für irgendeine Menschenansammlung taugliche Lebensbedingungen bereitzustellen. Der bestimmte territoriale Raum ist Deutschland und bei den Menschen, die zu viel sind, handelt es sich um die Ausländer. Es ist den Rechtsextremen einfach *jeder* Ausländer einer zu viel. Und warum sind die Ausländer zu viel? Einfach deswegen, *weil* sie Ausländer sind und damit die deutsche »Volkssubstanz« gefährden. Punktum! Um die Frage nach ordentlichen Lebensbedingungen für eine vorhandene Bevölkerung geht es ohnehin nicht. Die Parole ist keine Aussage über eine demografische Entwicklung oder über die wirtschaftliche Begrenztheit eines gut bevölkerten Landes. Es könnte

den Faschisten doch sonst einfallen, was sie selbst als »Lebensraumpolitik« propagieren: Es ließe sich die »Asylantenflut« durchaus als Suche von Ausländern nach weiterem »Lebensraum«, nach Raum für die Ansiedelung und Ernährung eines Bevölkerungsüberschusses deuten. Und wie sollten die Faschisten anderen Völkern verwehren, was sie in ihrem Programm für sich reklamieren? Oder anders: Müsste sich nicht die in manchen Köpfen immer noch spukende revanchistische Vorstellung, dass bestimmte Ostgebiete »zurück erobert« gehören, sofort mit dem Bedenken selbst korrigieren, dass dadurch die »Volkssubstanz« von Polen oder Tschechen gefährdet würde? Dass an deutschen Stammtischen derartige Erwägungen gar nicht erst angestellt werden, erklärt sich daraus, dass völkische Ansprüche, die das *deutsche* Volk zu stellen berechtigt ist, sich noch längst nicht für *andere* Völker gehören – schon gar nicht für Völker, die anderen Rassen zugerechnet werden. Die richtig echten Deutschen wollen eben unter sich bleiben und von einer garantiert echten deutschen Herrschaft regiert werden, die derartige Parteilichkeit ihres Staatsvolks als günstige Bedingung fürs ungestörte Regieren zu schätzen weiß und deshalb pflegt.

Auch hat die Sentenz von den Ausländern, die »zu viele« sind, nichts mit Bevölkerungspolitik zu tun. Wenn sich seit geraumer Zeit die Klagen inländischer Demographen darüber häufen, dass »die Deutschen aussterben« würden, weil sie es an Fleiß bei der Nachwuchsproduktion fehlen lassen, dann könnte eigentlich eine kinderfreundliche Ausländerpopulation den Beschwerdeführern von der NPD gelegen kommen. Sind sie doch die letzten, die ein Interesse am Aussterben der Deutschen haben. Korrespondierend dazu gibt es die ebenfalls von den neuen Nazis geteilte Sorge vor einer »Überalterung« des deutschen Volkes, die an der Verlängerung der Durchschnittslebenszeit deutscher Männer und Frauen immer nur festhält, dass länger lebende, unproduktive Esser vom produktiven Teil der Arbeitsbevölkerung nicht mehr mit durchgefüttert werden können. Dass dies wiederum allein daran liegt, dass deren Verdienst das immer weniger hergibt, gehört allerdings nicht zu den Sorgen der nationalistischen Demographen. Wären da nicht ebenfalls zugewanderte junge, arbeitsfähige und zudem gebärfreudige Menschen als Kompensation des nationalen Mangels zu verbuchen? So sehen das eingefleischte Nationalisten und Faschisten natürlich nicht. Geburtenrate ist ihnen eben nicht gleich Geburtenrate. Dem Ausländerfeind ist jedes hier geborene Türkenkind eines zu viel und jedes deutsche eines zu wenig – und zwar wegen der autochthonen Substanz des deutschen Volkes, die es zu erhalten gilt.

Dabei ist die nichts als eine rassistische Erfindung. Das heiß geliebte original deutsche Volk mit seiner rein deutschen Volkssubstanz und unverwech-

selbaren Leitkultur ist nämlich zum einen nichts als ein Produkt von Kriegen, in denen Sieger sich mit dem angeeigneten Territorium zugleich ganz neue Bevölkerungsteile ungeachtet aller sprachlichen und kulturellen Differenzen einverleibt, sprich: sie eingedeutscht haben. Zum anderen haben sich immer wieder »Bevölkerungsüberschüsse« etwa aus Polen oder Frankreich als Flüchtlingswelle oder Wanderarbeiterbewegung ins Reich ergossen, sich dort nach Maßgabe der jeweiligen nationalen Herren[12] in nicht geringer Zahl inzwischen längst »assimiliert«, das heißt in einer der Klassen eingerichtet, in die das deutsche Volk zerfällt.[13] Das liefert nicht etwa den Beweis dafür, dass es das deutsche Volk schon immer nur als multikulturell zusammengesetztes Volk gab. Es verweist vielmehr darauf, dass sich ein Staatsvolk nicht aus einer identischen (Natur-)Substanz und Kultur *generiert*, sondern ganz umgekehrt Leitkultur und »Volkscharakter« als Eigenarten des oder als Ansprüche an das Staatsvolk(s) existieren, das sich Staaten nach ihren Interessen und Kräften zusammenbauen. Eben so wie das Westdeutschland nach der Einverleibung der saarländischen Bevölkerung, später als BRD mit der Annektierung des DDR-Staatsvolks und nun mit der Integration jener Ausländer treibt, die sich längst als gute Deutsche bewährt haben und weder Deutschland verlassen wollen noch nach gültiger Rechtslage abgeschoben werden können.

... und ihre Kritiker

Wenn gegen diese Parole eingewandt wird, dass *»Zuwanderung hilft, den sozialen Frieden in Deutschland zu sichern«*, weil *»ohne verstärkte Zuwanderung das gesamte System der sozialen Sicherung ins Wanken gerät«,*[14] weil ohne Zuwanderung die Gesellschaft vergreist und die *»Immigranten durch namhafte Steuer- und Beitragszahlung spürbar zur Finanzierung von öffentlichen Gütern«* beitragen,[15] dann geben die Kritiker nichts als ihre Sorge um die Sicherung der nationalen Sozialsysteme kund und loben die Zuwanderer als nützliche Beitragszahler und Nachwuchsproduzenten. Der Angriff auf die Volkssubstanztheorie der Faschisten, die im Zentrum von deren Beschwerde

---

[12] So hat denn auch umgekehrt die preußische Ausländerpolitik nach 1890 mit vielen »Wanderarbeitern« aus Polen kurzen Prozess gemacht und sie wieder nach Hause geschickt. Alles wie gehabt. (Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4nderpolitik#Preu.C3.9Fens_antipolnische_Abwehrpolitik)

[13] Zu deutschen Erfolgen haben sie nicht nur im Fußball oder in der TV-Unterhaltung beigetragen. Aber die registriert man: Welcher deutsche Fußballfreund kennt nicht Szymaniak oder Juskowiak, welcher Krimifreund nicht Schimanski.

[14] osz-gegen-rechts

[15] Hufer, S. 118f.

steht, fehlt. Es wird der Maßstab der Faschisten sogar geteilt: Nützen oder schaden uns Ausländer, lautet erneut die gemeinsame Frage,[16] die von K.P. Hufer und Co. nur anders beantwortet wird. Deuten die Faschisten auf den erfundenen *Schaden*, so unterstreichen die Parolenkritiker den *Nutzen* der Zuwanderer, der im Übrigen gleichermaßen erfunden ist. Denn als Argument für ein Bleiberecht oder gar für die Einbürgerung von Immigranten hat deren Verpflichtung zur Zahlung von Sozialbeiträgen noch keiner deutschen Regierung getaugt. Kein demokratischer Politiker entdeckt im Ausländer den nützlichen *Beitragszahler* und holt ihn deswegen ins Land. Es verhält sich ein klein wenig anders: Nur als Glieder einer nützlichen *Arbeitsressource* werden Ausländer begutachtet. Und selbst wenn diese Begutachtung positiv ausfällt, ist dennoch nicht das Urteil gefällt, dass sie »uns« willkommen sind. Zuvor muss der mögliche Nutzen gegen den sicheren Schaden aufgerechnet werden, an den jeder Politiker zuvörderst denkt. Es handelt sich bei diesen Menschen eben für ihn um Ausländer, die erst einmal und ganz prinzipiell in Deutschland nichts zu suchen haben und außerdem dauerhaft dem Verdacht ausgesetzt sind, irgendwie als 5. Kolonne ihres Herkunftslandes unterwegs zu sein.[17] Überwiegt nach Maßgabe der Innenpolitiker der mögliche Nutzen, dann bekommen Ausländer zunächst eine mit allen möglichen Einschränkungen versehene, begrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Und wenn sie dann für deutsches Wachstum in die Arbeitspflicht genommen werden, haben sie natürlich all die Beiträge und Steuern zu zahlen, mit denen der deutsche Staat auch die Verdienste seiner lohnabhängigen deutschen Staatsbürger plündert. Aber das zählt alles nichts, wenn es darum geht, die Zuwanderer als Nützlinge vorzustellen, die »unser Sozialsystem sichern« und so zum »sozialen Frieden« beitragen. Ein hübscher Friede, der da vorgestellt wird: Er *basiert* darauf, dass Arbeitskräfte immer doppelt ausgeplündert werden, und *besteht* darin, dass sie ihren Frieden mit diesem System

[16] In dem Text von osz-gegen-rechts wird ein Bedenken geäußert. Man weiß, dass man sich auf eine Diskussion einlässt, die »*aus humanistischen Gründen sehr zweifelhaft ist*«, weil die Zuwanderer »*nicht ›gut‹ sind, weil sie einen ökonomischen Nutzen bringen, sondern weil sie Menschen* (!) *sind*«, wendet sich dann nicht gegen diese Diskussion, sondern macht sie ungerührt mit.

[17] Erzdemokratische Staaten wie die USA z.B. haben ihre Staatsbürger mit japanischem Migrationshintergrund beim Eintritt in den Krieg gegen Japan geschlossen kaserniert. (Vgl. dazu etwa: D. Guterson, Schnee, der auf Zedern fällt, München 1998.) Andere Staaten sind dem Beispiel gefolgt. Und Frankreich hat sogar die vor Hitler geflüchteten *Anti*faschisten – z.T. jüdischer Abstammung – während des Krieges in Lager gesperrt. Immerhin waren sie ja *deutsche* Antifaschisten.

machen, nur weil es sie als Kranke, Invalide, Arbeitslose oder als Rentner nicht verhungern lässt.

Diese Parteinahme für den Nutzen von Zuwanderern für deutsche Belange enthält eine geständige Umkehrung: Jeder Immigrant, der weder zur ökonomischen noch zur kulinarischen Bereicherung Deutschlands beitragen kann, der nicht als Fußball-Crack einzusetzen ist und auch keine Musik im Blut hat, der einfach nur in Deutschland um Asyl bittet, weil er zu Hause verfolgt, vertrieben oder seiner Subsistenzmittel beraubt worden ist, weil sein Land und sein Wasserzugang für Kapitalansiedelungen und die dafür nötige Infrastruktur gebraucht wurden, so ein Immigrant ist dann nichts als ein »Wirtschaftsflüchtling«, der Deutschland nur »ausnutzen« will. Das kann nicht zugelassen werden. Das Ausnutzen steht nur dem inländischen Kapital und dem deutschen Staat zu. Das sehen die Parolenzerleger auch so.

Überdies geraten die Einwände gegen die »Übervölkerung« dort zur *expliziten* Parteilichkeit für die Beschwerde der Faschisten, wo – wieder mit viel statistischem Material – der Nachweis geführt wird, dass »*es fast so viele Ausländer gibt, die wieder abwandern*«,[18] dass die Zuwanderungsquote zudem kontinuierlich abnimmt und dass die »Asylantenflut« ohnehin gestoppt ist.[19] Die Botschaft, die da den neuen Nazis überbracht wird, lautet im Klartext: »Ihr müsst keine Befürchtungen haben. Die nationalen Asylgesetze der demokratischen Regierungen greifen ebenso wie die Mauern, die Europas Staaten an ihren Außengrenzen gegen Migranten errichtet haben. Viele von ihnen gehen sogar von allein zurück in ihre Heimat.« Da wird der Sorge der Faschisten recht gegeben und es werden ihre Bedenken mit dem Hinweis gekontert, dass sie – nicht etwa falsch und gemein, sondern – *überflüssig* sind, weil die Demokraten ohnehin alle Ausländer abschieben, die hier nicht gebraucht werden.

3. »Ausländer belasten den Sozialstaat«

Die Parole ...

Das ist die freundliche Fassung jener Beschimpfung, die im Klartext den Ausländern vorwirft, sie würden hier Sozialleistungen abgreifen, ohne Beiträge gezahlt zu haben, daneben schwarz arbeiten und so den Sozialstaat ka-

[18] Hufer, S. 119.

[19] Hufer, S. 124ff. Er untersteht sich nicht, ein *Gegen*argument, in dem europäische Asylpolitik beschrieben wird, mit den beruhigenden Worten einzuleiten: »*Leicht ist es schon lange nicht mehr, als Flüchtling nach Deutschland zu kommen...«* (S. 125)

puttmachen. Dass dies auch auf einen nicht gerade geringen Teil deutscher Lohnarbeiter zutreffen würde, besonders auf deutsche Jugendliche, die gleich nach der Schule oder – wenn es hoch kommt – nach der Lehre den Übergang zu Hartz IV machen, irritiert die Verkünder solch nationalistischer Nachreden nicht. Denn ihnen geht es nicht um die Rettung des Sozialstaats, sondern erneut allein um den Nachweis, dass die Zugewanderten Deutschland nur schädigen (wollen). Deshalb kommt es bei ihrer unfreundlichen Behauptung nur auf die Sortierung nach *berechtigten* und *unberechtigten* Beziehern von Sozialtransfers an. Kenntnisse über das Funktionieren und die Zwecke des hiesigen Sozialstaats braucht es dafür nicht. Es reicht die Parteinahme für ein falsches Bild vom Sozialstaat, demzufolge er sich der Erledigung sozialer Hilfsdienste verschrieben hätte. Für in Not geratene Deutsche hätte er da zu sein, nicht aber für »Scheinasylanten« und »Sozialschmarotzer« aus dem Ausland – so heißt es auch im Programm der NPD.

... und ihre Kritiker

Die Garde der Stammtischkritiker sieht das im Prinzip genau so, wenn sie in ihren Gegenreden beschwichtigend darauf verweist, dass von der Anwerbung von Arbeitskräften ohnehin *»Alte und Kranke ausgeschlossen waren«*, dass sich überdies die Bundesrepublik mit der Beschäftigung von Ausländern jene Sozialkosten sparen würde, die der Herkunftsstaat für Erziehung, Gesundheit oder Wohnungswesen seiner abtrünnigen Bürger aufgewendet hat, und dass schließlich die Großfamilien von Migranten viele Soziallasten unter sich aufteilen und nicht gleich nach der staatlichen »Hängematte« greifen würden.[20] Wo Neofaschisten und andere hart gesottene Ausländerfeinde den Zugezogenen und Asylanten die *Zerstörung* des deutschen Sozialstaats vorwerfen, da entdecken die Parolenkritiker umgekehrt in den »Fremden« zwar nicht seine Retter, wohl aber einen Beitrag zur *Senkung* der Sozialkosten. Erneut werden die Bedenken der Neofaschisten und deren Maßstäbe nicht kritisiert, sondern nur *zerstreut*. Und erneut wird nicht die Ausländerfeindlichkeit angegriffen, für die der Hinweis auf die Sozialschmarotzer nur ein im Prinzip gleichgültiger Beleg sein soll. Man verbohrt sich stattdessen in das Belegmaterial – und ist dabei in der Wahl seiner Gegenargumente ebenfalls vergleichsweise gleichgültig. War eben erst die fehlende Qualifikation der Ausländer das Argument dafür, dass sie mit Deutschen gar nicht konkurrieren würden, so wird jetzt auf ihre Qualifikation verwiesen, deren Kosten sich der deutsche Staat erspart. Waren sie gerade noch als fleißige Beitragszahler ins Gespräch gebracht worden, die deswe-

[20] Vgl. Budzinski, S. 49ff.; Hufer, S. 124.

gen auch ein Recht auf Sozialleistungen hätten, so wird jetzt an ihnen gepriesen, dass sie einiges von den Sozialleistungen, auf die sie Anspruch haben, gar nicht abrufen und deswegen den Sozialstaat weniger als gesetzlich erlaubt belasten würden.

Konsequent wird der neofaschistische Angriff auf den (Sozial-)Staat, welcher seinen Versorgungspflichten gegenüber den unverschuldet in Armut geratenen Deutschen nicht nachkäme, mit seiner *Verteidigung* gekontert. Die Kritiker können an ihm und seiner Sozialpolitik erst einmal nichts kritikabel finden, sehen sogar umgekehrt in seiner Ausländerpolitik eine raffinierte Form der Kosteneinsparung. Was der Sozialstaat alter und erst recht derjenige neuer Prägung für Beitragszahler und Leistungsempfänger tatsächlich bedeutet, ist ihnen fremd. Seiner Verteidigung ist zu entnehmen, dass sie die Ideologien von »sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit«, die der Sozialstaat den Notleidenden zuteil werden lässt, teilen. Fest glauben sie daran, dass die Versicherungen für arme Leute zugleich eine Versicherung gegen ihre Armut sei. Wenig interessiert dabei die Frage, zu welchem Zweck soziale Transfers geleistet werden und wobei den Beziehern eigentlich geholfen wird. Dabei ist an G. Schröders Agenda 2010 abzulesen, dass eine sozialstaatliche Menschenbetreuung, die den Alten die Rente kürzt, allen anderen zusätzliches Geld für ihre medizinische Versorgung abnötigt und wieder andere durch die »Reform« von Sozial- und Arbeitslosenhilfe in Rekordzeit vom Status des »Normalverdieners« an den Rand der materiellen Verelendung – Prekariat heißt das heute – schickt, nichts mit Versicherung gegen Armut zu tun hat; und heutzutage auch nichts mehr von jener funktionellen Hilfe für die noch für brauchbar erklärten Opfer kapitalistischer Rentabilitätskalkulationen leistet, die sich der alte Sozialstaat hatte angelegen sein lassen. Umgekehrt geht es heutzutage zu: In Lohnsenkung für die Konkurrenzerfolge des nationalen Standorts mit der Konsequenz zunehmender Volksverarmung besteht heute der Service fürs Kapital, den der Sozialstaat leistet.[21]

[21] Vgl. GS, Heft 3/03, S. 56ff.: »Sozialstaatlicher ›Systemwechsel‹ in Deutschland.« Wo die Anzahl der berufstätigen Beitragszahler am Standort sinkt, wächst der Anteil der Anspruchsberechtigten und sorgt dafür, dass es für das vergrößerte Lager der »Leistungsempfänger« finanziell immer enger wird, je dringender die diese »Leistungen« brauchen. Da dies nicht über den Staatshaushalt und erst recht nicht über eine Anhebung der »Lohnnebenkosten« aufzufangen ist, bleibt eben nur der Weg, es den Lohnabhängigen so oder so aufzubürden.

4. »Ausländer sind krimineller als Deutsche«

Die Parole …

Ja und? So könnte man zunächst einmal fragen. Dass hiesige Gesetze für viele der Ausländer nichts als eine Behinderung und Beschränkung ihrer Versuche darstellen, in Deutschland irgendwie zu überleben, wird wohl so sein. Das spräche dann eher gegen die Gesetze als gegen ihre Übertreter. Doch so wollen die nationalistischen Stammtischstrategen wirklich nicht verstanden sein. Allerdings wissen sie aus eigener Erfahrung, dass es selbst für gute Deutsche nicht einfach ist, ohne Gesetzesübertretungen den Alltag zu meistern. Warum das so ist und zu einer Konkurrenzgesellschaft *notwendig* dazu gehört, das wissen sie nicht. Das macht aber auch gar nichts, denn es kommt ihnen allein auf den Komparativ – »kriminell*er*« – an, der wieder einmal für nichts anderes als für den Befund steht, dass Ausländer deutsche Ordnung nicht akzeptieren und deswegen den Rückzug in ihre Heimat anzutreten haben.

Dabei lässt die höhere Kriminalitätsquote von Ausländern diesen Schluss so ohne Weiteres gar nicht zu.[22] Es muss schon eine Qualitätsunterscheidung bei der Übertretung selbst ausfindig gemacht werden. Da tun sich diese besorgten Nationalisten leicht, wissen sie doch, dass die deutschen Gesetzesübertreter ein Bewusstsein von ihrem Rechtsbruch haben und insofern selbst bei kleineren oder größeren Eigentumsdelikten – dem Kaufhausdiebstahl oder der Steuerhinterziehung –, die das Gros aller Rechtsverstöße ausmachen, auf der Seite von Recht und Gesetz stehen, während dies bei den Ausländern zu bezweifeln ist. Kommen die doch aus wenig zivilisierten bzw. aus solchen Staaten, in denen mittelalterliches Recht gilt; weswegen sie eben nicht zur hiesigen Rechtskultur passen. Basta! Die hier herrschende freiwillige Unterwerfung unter die gültig gemachte Eigentumsordnung, dieser Kotau vor dem ganz zivilisierten Gewaltmonopol des Staates gilt den Faschisten als Inbegriff des deutschen Anstands. Solange wenigstens, wie sie in der Rechtsordnung das Wirken des starken und auf die Erhaltung der nationalen Volkssubstanz bedachten Staates entdecken.

… und ihre Kritiker

Die Kritiker dieser Parole teilen das Urteil, dass »*Kriminelle*« so oder so *bestraft* gehören. Deswegen wenden sie gegen den Befund der radikalen Ausländerfeinde nur ein, dass den Zugewanderten beim Strafen allzu häu-

[22] Bei welchem Vorstrafenregister müssten dann eigentlich deutsche Staatsbürger das Land verlassen?

fig *Unrecht* getan wird: »*Ausländer werden häufiger verdächtigt*«, nur weil sie Ausländer sind. Das ist ungerecht, meinen sie. Hinzu kommt, dass gegen sie wegen *»eines Verstoßes gegen das Ausländergesetz oder Asylverfahrensgesetz«*[23] ermittelt wird, gegen das Deutsche gar nicht verstoßen können. Weswegen es schon wieder ungerecht ist, dass die Kriminalitätsstatistik alle Delikte in einen Topf wirft.[24] Ungerecht ist es schließlich auch, dass bei den Ausländern nicht zwischen den Normalen und den »Problemgruppen« unterschieden wird. So dürfe zwar nicht verschwiegen werden, heißt es, dass bei der Problemgruppe *Jugendliche »die Anzahl der jugendlichen nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Gewaltdelikten«* zunimmt, doch verzerre diese Problemgruppe die Statistik. Außerdem sei ein großer Teil der Delikte auf das Konto von Touristen, Durchreisenden oder Soldaten fremder Streitkräfte zu verbuchen, was die Polizeistatistik ebenfalls nicht ausweise.[25]

Wie nicht anders zu erwarten laufen die Einwände gegen diese Losung erneut auf ein statistisch unterlegtes *Dementi* hinaus. Kritisiert wird nicht die ausländerfeindliche Beweisabsicht, angegriffen wird nicht der Maßstab der Parole, es wird allein der Nachweis erbracht, dass es *so schlimm* um die Kriminalität der Ausländer nicht bestellt sei, weil die Kriminalitätsstatistiken ungerechterweise die Ausländer schlecht wegkommen lassen; ja, dass sich

---

[23] Der Sachverhalt ist nicht zu bestreiten. Es ist schon brutal, welcher Vergehen sich Ausländer im Inland schuldig machen können. Asylbewerber z.B. können ausgewiesen werden, wenn sie nicht selbständig, d.h. ohne dass es behördlicherseits von ihm verlangt worden wäre, bei der Sammlung von Daten, die über ihren Status Auskunft geben können, tätig werden. Wehe also, der Asylbewerber trägt das Material nicht von sich aus zusammen, aufgrund dessen sein Antrag abgelehnt werden kann. Er kann dann sofort abgelehnt werden. Eine Befassung mit diesen und anderen Gemeinheiten führt zur Kritik nationaler Ausländerpolitik, die über ihr Interesse an staatsmaterialistischer Sortierung nach brauchbaren, vorübergehend brauchbaren, unbrauchbaren oder feindlich gesonnenen Ausländern allein schon durch die Ausdifferenzierung des Status der Ausländer Auskunft gibt: Das Gesetz unterschied bis 2005 zwischen der Aufenthaltsberechtigung, unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, befristeten Aufenthaltserlaubnis, der Aufenthaltsbewilligung, einer Aufenthaltsbefugnis, der Duldung und natürlich dem fehlenden Aufenthaltsrecht. Im neuen Zuwanderungsgesetz wird nur noch zwischen der Aufenthaltserlaubnis, die stets befristet ist, und der Niederlassungserlaubnis, die stets unbefristet ist, unterschieden. Dafür muss jetzt bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis der Aufenthaltszweck angegeben werden, von denen das Aufenthaltsgesetz etwa 60 (!) verschiedene unterscheidet: eine Zahl, die sich aus dem Interesse ergibt, keinen unerwünschten Aufenthaltszweck zu vergessen.

[24] Was sie seit geraumer Zeit nicht mehr macht. Aber nicht, um diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen, sondern allein, um genaueres statistisches Material gegen Ausländer zu haben.

[25] Hufer, S. 122ff.; osz-gegen-rechts, a.a.O.; Budzinski, S. 50ff.; Lanig/Schweizer, a.a.O., S. 112ff.

bei *»differenzierter Auswertung der Kriminalitätsstatistik«* sogar ergeben würde, dass integrierte Ausländer in Deutschland »*gesetzestreuer als Deutsche in gleicher sozialer Position sind*.«[26] Meint: »Wer sagt es denn: diese Ausländer sind gar nicht so!« So affirmiert das Dementi seiner Logik gemäß alles, was es inhaltlich an Urteilen über die Ausländer in Abrede stellt.

Als Freunde des Rechtsstaates, mithin als Freunde der Absonderung der schwarzen Schafe, der Kriminellen, von den weißen Schafen kommt es ihnen zudem nicht in den Sinn, dass man vielleicht einmal hinterfragen könnte, wodurch irgendeine *Handlung* – z.B. der Griff des Hungrigen in einen Brotkorb, eine Bahnfahrt durch Deutschland oder die Verweigerung einer Auskunft über das Geschlechtsleben – zum *Delikt* wird, was diese Handlung als *Gesetzesverstoß* ausweist und den Handelnden zum *Kriminellen* bzw. zum *Verbrecher* stempelt, der von der *Staatsgewalt* seiner *gerechten Strafe* zugeführt werden muss. Um das Resultat irgendeiner natürlichen, auf ewig gültigen Werten basierenden Ordnung kann es sich nicht handeln, wenn sich Staaten, die sich nicht mögen, wechselseitig zu Unrechtsstaaten erklären. Dass jede, also auch die demokratische Herrschaft ihren politischen und ökonomischen *Interessen* eine Rechtsform gibt, hinter der sie dann mit ihrer Gewalt steht, erklärt da schon eher so manches: Wenn der Brotkorb fremdes Eigentum ist und der Hungrige keinen Cent besitzt, ist der Zugriff Diebstahl und wird bestraft. Wenn der Bahnreisende mit gültiger Fahrkarte ein Ausländer ist, der sich in einem *»noch nicht vollziehbar abgeschlossenen Asylverfahren«,* wie es juristisch heißt, aus dem Bereich der für ihn zuständigen Ausländerbehörde entfernt, macht er sich strafbar. Und wer schließlich seinem Arbeitgeber bei der Einstellung seine Schwangerschaft verschweigt, darf sich nicht wundern, wenn der Einstellungsvertrag ungültig wird.[27] All das sagt wenig über inländische und ausländische Gesetzesbrecher, aber viel über die Anliegen der hiesigen Staatsgewalt aus.

Kriminell ist für diese Freunde des Rechtsstaats eben kriminell. Und an dem Urteil ändert sich für die Kritiker der neofaschistischen Stammtischlosungen offenbar auch dadurch nichts, dass Faschisten schon ihr eigenes Rechtsverständnis besitzen, das sowohl die bürgerliche Gewaltenteilung ablehnt, mit der der demokratische Staat jede Regierung fest an die von ihm selbst erlassenen Verfassungsgrundsätze bindet, als auch jenes System von Rechten und Pflichten, mit dem das Privatinteresse von Eigentü-

[26] Hufer, S. 122f.

[27] Erst im Jahre 2003 hob das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt diese Bestimmung auf; was nicht bedeutet, dass sie nicht weiterhin ein Einstellungskriterium ist.

mern und Nichteigentümern für staatliche Wachstumsinteressen fruchtbar gemacht wird.[28] Sei es drum!

5. »Der Drogenhandel ist fest in ausländischer Hand«

Die Parole ...

»Der Drogenhandel ist fest in ausländischer Hand und vergiftet die deutsche Jugend.« Die, so muss man den Gedanken weiterführen, dann nicht mehr gesund und stark, arbeitswillig, wehr- und gebärfähig und zu jedem Opfer für die deutsche Nation bereitstehen kann. Was Drogen in Geist und Körper anrichten, das wird hier nicht für sich, sondern nur als Verhinderung der Benutzbarkeit des Nachwuchses als nationale Ressource für den Auf- und Ausbau eines starken deutschen Staates angegriffen und sogleich in jene Schuldfrage verwandelt, auf die es den neuen Nazis ankommt. Das kann nur das Werk ausländischer Drogenhändler sein, die damit nicht etwa Geld verdienen, sondern das deutsche Volk in Gestalt seines wichtigsten Teils, der Jugend, zersetzen wollen. Dass sich ausländische wie inländische Gangs um den Drogenhandel erbitterte Kämpfe liefern, irritiert dabei nicht. Deutsche Drogendealer, die dem Nachwuchs in Discos oder auf Schulhöfen Drogen verkaufen, gelten dann als von den Ausländern verführt, erpresst, abhängig gemacht oder als Besitzer eines Migrationshintergrundes, also selbst nicht als richtig deutsch. Von guten Deutschen kann so ein Anschlag aufs Deutschtum nicht erfolgen. Dieses fest gefügte Dogma findet schnell die wahren, nämlich ausländischen Schuldigen, die hinter den deutschen Drogenhändlern stehen. Dass im Übrigen deutsche Jugendliche ganz ohne ausländische Initiatoren neuerdings dem Volkssport des »Koma-Saufens« huldigen – auch unter braunen Skins scheint das Brauch zu sein –, dabei deutsches Bier von Jever bis Becks, von Paulaner bis Krombacher in einem Umfang konsumiert wird, der erhebliche Zweifel an den von den Nazis an der deutschen Jugend festgemachten Tugenden aufkommen lässt, stellt für keinen Neofaschisten einen Einwand dar. Hat er doch immer und gar nicht zu allerletzt in den demokratischen Regierungen die Verantwortlichen für jede undeutsche Entwicklung in deutschen Landen zur Hand: Deutsche Politiker lassen es an Werteerziehung, an Erziehung zu Zucht und Ordnung fehlen.[29]

[28] Vgl. Hecker, S. 167ff.
[29] Vgl. NPD-Programm.

... und ihre Kritiker

Deswegen ist es auch verfehlt, dieser Beschuldigung entgegenzuhalten, dass organisierte Drogenkriminalität nicht nur in aus-, sondern auch in inländischen Händen liegt, dass sich die deutschen Täter keineswegs in der Minderheit befinden, dass es sie nicht nur hier, sondern überall auf der Welt gibt, dass deswegen die Frage nach der Nationalität der Täter vollkommen irrelevant ist und es *»auf dem Balkan beispielsweise mittlerweile so weit geht, dass Politik und Kriminalität eng miteinander verquickt sind.«*[30] Denn weder wollen die Neofaschisten mit ihrer Beschuldigung einen theoretischen Diskurs über Grund, Zweck und Verbreitung der internationalen Drogengeschäfte einleiten, noch über das Verhältnis von Politik und Kriminalität *allgemein*[31] philosophieren. Von den Balkanvölkern, die weit entfernt von der »arischen Rasse« sind, haben die neuen Nazis ohnehin nichts anderes erwartet; da würden sie sich dem Urteil ihrer Kritiker nicht nur anschließen, sondern es der »minderwertigen« Natur dieser Völker anlasten und daraus das Argument drechseln, dass sie allein schon deshalb eine Gefahr für Deutschland darstellen.

Natürlich ist so eine Querfront von den Kritikern nicht intendiert, aber eine Einladung zu ihr haben sie schon geliefert. Zufall ist es nämlich nicht, wenn gar nicht erst zum Thema wird, dass Drogenkonsum und das Dealen mit Drogen das – unerwünschte – Kollateralprodukt eines kapitalistischen Erfolgsprogramms sind. Wenn Teile der deutschen Jugend in Restschulen – heute als Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen »Oberschulen« genannt – verbracht und dort auf einen Arbeitsmarkt vorbereitet werden, der für viele von ihnen kein Angebot bereithält, wenn heute sogar offiziell von »Jugendarmut« die Rede ist, wenn Jugendliche durchaus ernsthaft als Berufswunsch »Hartz IV« oder »Dealer« angeben, dann steht das dafür, dass fürs nationale Wachstum längst nicht mehr alle diejenigen Jungen gebraucht werden, die nach dem Schulabschluss auf eine Verdienstgelegenheit hoffen. »Ausländischen Volksschädlingen« oder einem Versagen deutscher Werteerziehung lässt sich das nicht anlasten. Zu letzterer gehört bekanntlich, dass hierzulande jeder seines Glückes Schmied ist – egal, ob er dazu Mittel und Wege besitzt. Das Bedürfnis, sich per chemischer Manipulation des Hirns jene Glücksgefühle zu beschaffen, die für einen nicht geringen Teil des Nachwuchses im Alltag der Gesellschaft nicht zu haben sind, kann sich folglich mit Fug und Recht auf die nationale Grundwerteerziehung be-

---

[30] Lanig/Schweizer, a.a.O., S. 129f.

[31] An den deutschen Demokraten fällt den Faschisten schon so einiges an »Verquickung« auf, was gleich im nächsten Punkt zum Thema gemacht wird.

rufen. Anlässe und seinen grauen Markt findet der Drogi allemal. Auf dem tummeln sich Schicksalsgenossen, die allerdings ihre »Perspektivlosigkeit« nicht wegdröhnen, sondern zum illegalen Geschäftsmittel machen.

So ein Gegenstandswechsel von der Kritik der Parole hin zur Kritik jener demokratischen Verhältnisse, in deren Lob sich im Übrigen die vorgestellte falsche Befassung mit neofaschistischen Sprüchen auflöst, ist – wie schon bei den anderen Parolen – nicht nur zu empfehlen, sondern liegt nahe. Denn Demokraten, die über den Zustand des nationalen Volkes wachen, stören sich wie die Faschisten am Drogenkonsum vor allem deswegen, weil sie in einer zunehmenden Manipulation des Geistes, der daraus folgenden Abhängigkeit mit ihren Begleiterscheinungen in Gestalt von Beschaffungskriminalität und physischem Ruin vor allem die Zersetzung von Teilen des Volkskörpers sehen. Wenn die den Willen zur Arbeit und zur staatlichen Ordnung nicht mehr aufbringen, dann mutieren sie für die Politik von einer – wenn auch nur potenziellen – Ressource zum sozialen und Ordnungs-Problem. Das und nichts anderes ist dann der Gegenstand der Sorge, der hierzulande zur Einrichtung von Drogenberatungsstellen, zur Etablierung eines nationalen Drogenbeauftragten und zu einer Debatte über Pro und Kontra der Legalisierung von »weichen« Drogen führt – lauter Eingeständnisse, dass gegen den Grund dieser Selbstzerstörung nicht vorgegangen werden soll.

In der Legalisierung von bestimmten Drogen würden die Neofaschisten allerdings einen Beleg für die Unfähigkeit, wenn nicht gar für die Kapitulation der Politik sehen:

6. »Wir leben in einer Scheindemokratie. Die Macht ist in den Händen von unfähigen und korrupten Politikern«

Die Parole …

In dieser Anklage *treffen* sich neue Faschisten und neue Antifaschisten. Auch die linke Antifa weiß zu vermelden, dass die herrschende Demokratie nicht die wahre ist, und Unfähigkeit und Korruption entdeckt auch sie allenthalben. Doch sind Demokratie- und Politik-Ideale bei beiden nicht aus derselben Wolle gestrickt. Während die Antifa überall dort Versagen der Politik entdeckt, wo sie Interessen des Volkes nicht berücksichtigt sieht, da macht der neue Faschismus diese Unfähigkeit am Zustand der Volkseinheit und der nationalen Stärke fest. *Idealistisch* verfahren linke Antifas, die ihre Vorstellung vom guten Regieren als Auftrag der Demokraten festhalten; Faschos dagegen sind insofern etwas *realistischer*, als sie wissen, dass ihre Vorstellung nur gegen die demokratische Herrschaft durchgesetzt werden kann.

Wenn beide vom Schein von Demokratie reden und beklagen, dass das ganze Volk zu wenig Einfluss hat – *»Der Einfluss des Volkes muss durch Volksentscheide und direkte Wahlen gestärkt werden.«*[32] –, dann gehen Faschisten davon aus, dass staatliche Herrschaft immer *zugleich* Volksherrschaft ist, sofern eine echte Volksgemeinschaft existiert, in der Ausländer nichts zu suchen haben, und die den Egoismen von Interessengruppen keinen Raum lässt. Die Antifa dagegen will diese Identität als Werk der nationalen Bevölkerung – inklusive der hier lebenden Ausländer – immer von unten *hergestellt* haben. Volksentscheide und direkte Wahlen sind auch ihr ein Mittel, über das sich für sie zu entscheiden hat, *welche* Interessen Volksinteressen sind; wobei ihr erstens entgangen zu sein scheint, dass »das Volk« ein Ensemble von unterschiedlichen bis gegensätzlichen Interessen beherbergt, und dass zweitens selbst die Interessen der lohnabhängigen Volksmehrheit für sich weder als Berufungsinstanz taugen noch schon dadurch vernünftig sind, dass sie als Votum einer Majorität in den Urnen liegen. Beide Varianten haben nichts für sich.

Der Vorwurf der Korruption, den beide erheben, hat bei den Faschisten zum Inhalt, dass demokratische Politiker die Macht nur als Mittel ihrer privaten Bereicherung anstreben würden. Deswegen *gibt* es für sie nicht korrupte Politiker, sondern deswegen *sind* demokratische Politiker für sie korrupt. Dabei passt diese Schelte von Politikern so gar nicht zu ihren Beschwerden, in denen sie die politischen *Zwecke* wie internationale Bündnisse, Benutzung von Ausländern, Teilnahme an Kriegen unter US-Oberbefehl etc. als Staatsverrat brandmarken. Wo sie eindringlich auf einem Dissens zu den *Anliegen* demokratischer (Außen-)Politik insistieren, da wird es deren Protagonisten wohl darum gehen, diese mit *Überzeugung* und nicht mit privatmaterialistischen Hintergedanken zu verfolgen. Dass Politiker sich nur persönlich bereichern wollen, wenn sie mit anderen Staatsführern die EU gründen oder Soldaten nach Afghanistan schicken, mögen wohl nicht einmal Rechtsextremisten behaupten. Sie müssen schon die bekannt gewordenen Korruptionsfälle wie etwa den »Flick-Parteispendenskandal« heranziehen, um den Verrat der nationalen Sache zugunsten des eigenen Schweizer Nummernkontos zu belegen; wobei allein das Verfahren, sich auf Skandale zu berufen, ihrer eigenen Behauptung widerspricht. Dass Korruption hierzulande öffentlich als Skandal gebrandmarkt und juristisch als Strafsache verhandelt wird, belegt, dass sie gerade von der demokratischen Politik nicht geduldet wird. Niemand aus der Politikerriege und von den Amtsträgern der drei Gewalten

[32] Parteiprogramm der NPD (Fassung 2003) und Programm der Bewegung »Mehr Demokratie jetzt«.

würde aus der Korruption eine Affäre machen, wenn so etwas – wie in anderen Ländern durchaus üblich – eine *normale* Einnahmequelle von Politikern wäre. Korruption haben hiesige Amtsträger auch gar nicht nötig, weil sie erstens für ihren Beruf als Staatsmänner einen Verdienst erhalten, der inklusive aller sonstigen Vergünstigungen und Entschädigungen in aller Regel die Korruption überflüssig macht, und weil sie zweitens über die angemessene Höhe ihrer Diäten selbst mehrheitlich im Parlament befinden. Und so stellen sie Korruption unter Strafe und verfolgen sie. Hinsichtlich der Ächtung der Korruption könnte deswegen zwischen Faschisten und Demokraten Einigkeit herrschen – wie übrigens auch hinsichtlich der Tatsache, dass das Verdikt weder Demokraten noch Faschisten in Amt und Würden daran hindert bzw. gehindert hat, gelegentlich in die eigene Tasche zu wirtschaften. Es verhält sich ja genau genommen auch umgekehrt: Es bedürfte keines Gesetzes gegen die Korruption, wenn niemand korrumpierbar wäre.

… und ihre Kritiker

Deswegen taugt auch der Hinweis der Kritiker nichts, dass sich *»aus der unbestreitbaren Zunahme von Korruption ... nicht pauschal* (!) *schließen (lässt), dass alle Politiker korrupt sind.«*[33] Die wohlfeile Zurückweisung von Verallgemeinerungen rechtet – zum einen – mit den Faschisten nur darum, in welchem *Ausmaß* ihr Verdikt zutrifft, *teilt* es also im Prinzip und verfehlt damit – zum anderen –, dass und warum es demokratischer Politik selbst mit der generellen Bekämpfung der Korruption in ihren Reihen ernst ist, und dass die Politik zudem um die Motive für derartige Verfehlungen bei der Erledigung von Amtspflichten weiß. Wenn es einer Antikorruptionsgesetzgebung bedarf, dann gibt der Gesetzgeber zu erkennen, dass im hiesigen System der Amtsausübung die Korruption *allgemein* angelegt ist. In der Tat ist dort, wo Politik ein *Beruf* ist, also Arbeit gegen Geld bedeutet, die Neigung zur Annahme von Schmiergeldern allemal vorhanden. Der private Gebrauch der Amtsmacht lockt besonders dort, wo über Staatsaufträge entschieden wird, um die sich eine Meute konkurrierender Tief-, Hochbau- oder Rüstungskapitalisten streiten. Es kommt der nationalen Politik also schwer darauf an, dass sich gewählte Parlamentarier und andere politische Funktionsträger ganz ihrem Beruf in Opposition und Regierung hingeben, sich ganz ihrem Amt verpflichtet wissen. Der Demokratie ist es rein zweckrational daran gelegen, dass Amtsinhaber nichts anderes im Kopf haben als die politischen Inhalte des Amtes. Um ihr Einkommen sollen sich die leitenden Demokraten nicht sorgen müssen, sondern nur um den Erfolg der Nation. Deswegen ist

[33] Lanig/Schweizer, a.a.O., S. 222.

der Beruf auch so eingerichtet, dass Gehalt und Pension gesichert, Aufstieg eine Frage von Dienstjahren und Entlassung von Beamten ausgeschlossen ist. Es wird der privaten Neigung, die Machtfülle des Amtes für dieses oder jenes lukrative Nebengeschäft zu nutzen, folglich durch diese Form der staatlichen Bestechung ein Riegel vorgeschoben.

Die Begeisterung, mit der Parolenkritiker auf die faschistische Korruptionsschelte einsteigen, legt den Schluss nahe, dass die Amts*zwecke*, denen die Amtsinhaber ganz selbstlos zu folgen haben, für sie kein Gegenstand der Kritik sind. Welche Staatsaufträge an private Firmen vergeben werden, wozu die dann gelieferten Einrichtungen, Bauten und zivilen oder militärischen Geräte dienen, das ist nicht Gegenstand ihrer Befassung. Wer den Amts*missbrauch* anprangert, der steht dafür, dass der herrschende Amts*gebrauch* ordentlich vollzogen wird, mithin der Kauf und der Einsatz von Arsenalen von Gewaltmitteln, von Infrastruktur und Schulen, Krankenhäusern, Kasernen oder Flughäfen ausschließlich den *nationalen* Anliegen der Republik dient, d.h. allein der internationalen Standortkonkurrenz, subsumiert ist.

Erneut erweist es sich, dass die Parolenkritik nichts anderes als eine schlicht gestrickte Parteinahme für die demokratische Variante bürgerlicher Herrschaft darstellt.

7. »Die multikulturelle Gesellschaft ist der Untergang unseres Volkes im eigenen Land«

Die Parole ...

Damit radikalisieren die Neofaschisten ihre Parole von der »Überfremdung« noch einmal – Sarrazin lässt grüßen. Und ein Exemplum haben sie auch bei der Hand: »*Man muss immer daran denken: Die Indianer haben sich nicht oder nur erfolglos gegen die fremden Landräuber gewehrt, und heute leben sie in Reservaten ... Masseneinwanderung ist deshalb eine schleichende Form von Völkermord.*«[34] Eine gar schreckliche Vorstellung: Wir Deutschen hausen in Reservaten im eigenen Land, mit dem Verkauf von in Heimarbeit hergestellten Topflappen, Kerzenhaltern oder »Neger«-Puppen knapp die Existenz sichernd! Der Kern der Behauptung besteht darin, dass fremde Kulturen nicht nur die eigene, deutsche Kultur – welche das auch immer sein mag – durchdringen und zurückdrängen, sondern dass mit dem Absterben der Kultur der Untergang des autochthonen Volkes besiegelt sei. Ein merkwürdiges Urteil über ein Volk, von dessen Größe, Wehrhaftigkeit

[34] W. Wagner, S. 27.

und zu Siegen berechtigter Stärke die Faschisten doch andererseits so überzeugt sind, dass sie in ihrer Vorstellung von nationaler Außenpolitik jeden fremdstaatlichen Beistand und jedes militärische Bündnis ablehnen. Ebenso kehrt sich hier das Urteil über die Zuwanderer um: Wenn die nichts anderes aufzubieten haben als eine andere Kultur mit fremdländischen Speisen, Gesängen, Kleidern nebst sonstigen Gewohnheiten, dann müsste dem »deutschen Volk« doch nicht bange sein. Immerhin haben die amerikanischen Kolonisatoren die Indianer auch nicht mit europäischem Volksliedgut, Eisbein und gehobener Literatur von Goethe bis Dickens in Reservate verdrängt. Im Übrigen sei darauf verwiesen, dass sie stolz darauf sind, ihr Kulturvolk zum »melting pot« ausgestaltet zu haben, ohne dass dies an ihrer Weltführerschaft etwas geändert hätte.

Wenn sich die rechtsextremen Nationalisten zudem über »Ausländerghettos« beklagen, die politisch korrekter heute »Parallelgesellschaften« heißen, in denen sich hierzulande Russen, Türken und andere Zuwanderer vom Rest der Bevölkerung abgesondert hätten, dann passt auch das nicht recht zu ihrer Untergangsfantasie. Wenn die »unter sich« bleiben und den Kontakt mit »den Deutschen« aufs Nötigste reduzieren wollen, dann spricht das nicht gerade für Unterwanderungsabsichten. Gleichfalls könnten die neuen Nazis zur Kenntnis nehmen, dass die deutschen Regierungen ihnen mit ihrer Integrationspolitik einige Sorgen abnehmen; weniger getragen von der Angst um den Untergang des deutschen Volkes als vielmehr von der Absicht, den Ausländern nur dann Heimatrecht in Deutschland zu verleihen, wenn sie sich freiwillig *eindeutschen* – und zwar in jeder Hinsicht: sprachlich und was das verlangte Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, politischer Säkularität und deutscher Vergangenheit betrifft – und ihr Leben Deutschlands Zwecken förderlich ist. Sofern ihre Kultur auf jede *politische* Einmischung verzichtet, ist sie weiterhin als »Bereicherung« des deutschen Speisezettels und Kultusfahrplans willkommen. Der inzwischen in allen demokratischen Parteien einvernehmlich beschlossene Abschied von der Vorstellung einer »multikulturellen Gesellschaft« – A. Merkel: *»Der multikulturelle Ansatz ist gescheitert!«*[35] –, mit der die Grünen einst das Anwesensheitsrecht von Ausländern, die »uns ökonomisch nicht nutzen«, über die »uns bereichernde Kultur« rechtfertigen wollten, zielt denn auch weniger auf ein Döner- oder Islamverbot ab als vielmehr auf die Klarstellung, dass von Zuwanderern, die der Gnade des unbegrenzten Bleiberechts teilhaftig werden wollen, zuvörderst ein Beitrag zum deutschen Wachstum verlangt wird und nicht die Bereicherung des nationalen Kulturlebens – zumal

[35] www.dw-world.de/dw/article/0,,6118143,00.html

sich der Verdacht hartnäckig hält, unter dem Mantel der kulturellen Bereicherung würden sich die »Islamisten« einschleichen. Was die Verhinderung einer multikulturellen Untergrabung des deutschen Volkes betrifft, da könnten die Ausländerfeinde von Rechtsaußen getrost auf die Ausländerfeinde in den demokratischen Staatsämtern bauen. Denen ist zur Durchsetzung ihrer deutschen »Leitkultur« zwecks Pflege der nationalen Volkseinheit kaum ein Mittel zu gering.

… und ihre Kritiker

Einige Kritiker dieser Nazi-Parole erteilen dem »multikulturellen Konzept« eine eigenartige Absage. Von einer Gefahr könne nicht die Rede sein, denn es entspräche gar nicht der Realität in einem Einwanderungsland, dass fremde Kulturen in Deutschland dazu führen, dass die Menschen nicht wissen, »*wohin sie gehören*«. Eine Kultur, die rein ist, gäbe es nämlich gar nicht: Es »*beeinflussen sich* (vielmehr alle Kulturen) *gegenseitig*«, was »*ständig neue Formen hervorbringt, die höchst produktiv und lebendig sind*«.[36] Dass genau das aber Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen ist, die den Untergang der deutschen Kultur mit dem Untergang des deutschen Volkes gleichsetzen, wird geflissentlich ignoriert. Es wird sie der Hinweis, dass es eine »originäre deutsche Kultur« *nicht* gibt, kaum beruhigen. Eben, sagt da der Nazi.

Andere wiederum nehmen das mit der Indianerausrottung unterlegte Bild vom Untergang des deutschen Volkes so bierernst, dass sie kontern: »*Völkermord ist der Versuch, ein ganzes Volk auszurotten. Das bekannteste Beispiel von Völkermord haben die Nazis begangen, als sie versuchten, alle Juden in Europa zu ermorden.*«[37] Dabei sollte diesen Schlaumeiern vielleicht schon einfallen, dass die Neofaschisten – sofern sie nicht zu den Holocaust-Leugnern gehören[38] – die Vernichtung der europäischen Juden als Kampfmaßnahme gegen den inneren Feind begriffen haben, der die arische Rasse ausrotten wollte. Der Holocaust stellt für die Faschisten gerade die *Rettung* des *deutschen* Volkes vor einer semitischen Unterwanderung dar. Die Kritiker halten also den Neofaschisten als Einwand einen historischen Fall vor, der deren perfides Urteil gerade stützt: Ohne Holocaust wäre es den Deutschen wie den Indianern gegangen: Ihr Untergang wäre besiegelt gewesen!

Aber die Einlassung wird noch fürchterlicher: »*... selbst wenn die Einwanderer jemals die Mehrheit im Lande wären, würde dadurch kein einziger der Deutschen ermordet oder auch nur bedroht. Aller Wahrscheinlichkeit*

[36] Lanig/Schweizer, a.a.O., S. 165ff.
[37] W. Wagner, S. 27.
[38] Siehe die nächste Parole.

nach (!) *würden sie weiterhin das meiste Eigentum an Grund und Boden, die besten Arbeitsplätze und das meiste Vermögen haben.*«[39] So *beruhigt* der Autor die rechtsextremen Warner vor dem Untergang Deutschlands. So viele werden es nie, dass die nationale Grundsubstanz des hiesigen Reichtums nicht nach wie vor in deutscher Hand wäre; genauer: in der Hand deutscher Unternehmer und Grundeigentümer! Und wie es der Logik der Beruhigung entspricht, gibt er den Nationalisten damit ein weiteres Mal *recht*, heißt doch die Beruhigung im Klartext: Die machen sich schon recht mausig, aber so schlimm wird es schon nicht werden! Dabei könnte auch ihn ein Blick auf die nationale Ausländer- und Integrationspolitik nicht nur eines Besseren belehren, sondern vielleicht sogar darauf aufmerksam machen, dass man weniger die neuen Nazis mit ihren apokalyptischen Zukunftsfantasien ins Visier nehmen sollte, sondern jene demokratischen Regierungen, die gegenwärtig Ausländer abschieben, Ausländer massenhaft an Europas Grenzen verrecken lassen und ihnen nur dann ein Bleiberecht zugestehen, wenn sie – wie das deutsche Volk auch – ganz im Dienst an durchaus nicht sehr bekömmlichen nationalen Interessen aufgehen.

Ganz daneben liegen sie allerdings, sofern Nazis behaupten:

8. »Den Holocaust hat es nie gegeben ...«

Die Parole ...

»Den Holocaust hat es nie gegeben, vielmehr handelt es um eine von jüdischen Machtgruppen in die Welt gesetzte Lüge, mit der sie seit 60 Jahren den deutschen Schuldkult betreiben.«[40] Über Fakten streitet man nicht, was jedoch nicht ausschließt, dass über die Logik der behaupteten »Holocaustleugnung« sehr wohl gestritten werden kann. Die Ermordung der Juden Europas durch die Nazis soll eine Erfindung des Weltjudentums sein, das »uns«, den Deutschen, damit schaden will. Festzuhalten ist erstens, dass sich diese revisionistischen Neofaschisten hier allein von der fürchterlich konsequenten *Umsetzung* des Antisemitismus des Nationalsozialismus in den KZs, nicht aber vom *Antisemitismus selbst* distanzieren. An der *Erklärung* der Juden zum inneren Feind, zu dem Hitler sie in »Mein Kampf« erklärt hat, wollen sie nicht rütteln, die *Durchführung* der Kriegserklärung im Holocaust aber für eine Erfindung erklären. Das passt nicht zusammen. Der Grund für ihre Erfindung eines Lügenmärchens – »Auschwitz-Lüge« – liegt

[39] W. Wagner, S. 27.
[40] Nach W. Wagner, a.a.O., S. 40.

folglich nicht in einer Absage an den Antisemitismus und seiner Durchführung in den KZs der Nazis, sondern in der Befürchtung einer verheerenden polit-moralischen *Wirkung* des Eingeständnisses dieses Völkermords aufs deutsche Ansehen. Sowohl das nationale Selbstbewusstsein der Deutschen als auch die Geltung Deutschlands in der Welt sehen die Holocaust-Leugner angegriffen, wenn sich denn der Reichsnachfolger permanent rechtfertigt und Schuldbekenntnisse abgibt. Folglich hat es nicht gegeben, was diesen Schaden anrichten könnte. Das Bedürfnis nach dieser Leugnung ergibt sich also aus dem völkischen Weltbild nationalstolzer Deutscher, in dem für so ein »Verbrechen«, das Deutschland, die Deutschen und den deutschen Nationalsozialismus diskreditiert, kein Platz ist. Um Rehabilitierung des gesamten aktuellen und historischen Deutschtums bemüht, haben sie diese Lüge in die Welt gesetzt. Die fand ihre wissenschaftlichen Verteidiger und durchaus Anklang im deutschen Nachkriegsvolk. Letzteres nicht wegen der *Leugnung* von KZs, sondern wegen der politischen *Botschaft*, die dieser Lüge nur allzu offensichtlich zu entnehmen war: Es müsse – endlich – Schluss sein mit dem Kult von Schuld und Verantwortung für Taten der Faschisten. Neue Nazis haben also mit der Holocaustlüge den immer mehr um sich greifenden und auch in den Reihen der CDU/CSU auf Resonanz gestoßenen neuen Zeitgeist[41] einer gewachsenen deutschen Mittelmacht bloß aufgegriffen und – in übertriebener Weise – schon früh ins Recht gesetzt.

Zum zweiten ist interessant, was von den Neofaschisten als Lüge behauptet wird und was sie als Wahrheit, besser: als Faktum, gelten lassen. Warum sagen sie nicht gleich, dass auch der Hitler mitsamt seiner NSDAP eine Lüge war und »Mein Kampf« von jüdischen Intellektuellen verfasst wurde, um Deutschland als rassistische Nation zu diskreditieren.[42] Wenn schon, denn schon! Dann wäre aber auch sein bis heute von Neofaschisten – wenn auch nicht ungebrochen[43] – geteilter Antisemitismus eine Erfindung; und die neuen Nazis hätten keinen Grund, ihn weiterhin zu pflegen. Er wäre selbst eine nachträgliche Juden-Lüge, und auf so etwas würden die neuen Faschisten bekanntlich nicht mehr hereinfallen. Da wäre vielleicht Ärger über diese nach 1945 jüdisch angeleitete antideutsche Verschwörung angesagt, aber nicht das Festhalten an einer rassistischen Konstruktion, in der »der Jude« als innerer Feind ausgemacht ist, der seiner Natur nach gar

[41] Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an den ehemaligen Bundestagspräsidenten Philip Jenniger und dem Kandidaten für das Bundespräsidentenamt Steffen Heitmann.

[42] Die Fälschung der Hitler-Tagebücher wäre ihnen dabei doch willkommenes Belegmaterial.

[43] Vgl. Kapitel 6.2.

nicht anders kann, als mit erschlichener deutscher Staatsbürgerschaft wie eine »Rassentuberkulose« (Hitler) im Volkskörper zu wüten und für alle Leiden Deutschlands verantwortlich zu sein.

Sie belassen es jedoch bei der Holocaustlüge und der Anklage an »die Juden«, die angeblich mit dieser Erfindung Deutschland schaden wollten. Die müssten allerdings, nimmt man die Beschuldigung einmal ernst, längst zur Kenntnis genommen haben, dass sie diese ihre Absicht meilenweit verfehlt haben. Das »Weltjudentum« hätte glatt ein Eigentor geschossen und das wiederum hätte eigentlich auch die neuen Rechtsextremen freuen müssen. Denn die öffentliche Praktizierung des »Schuldkults« hat Deutschland nicht diskreditiert, sondern ihm umgekehrt – wie von den deutschen Nachkriegspolitikern kalkuliert – zumindest ein gewisses Maß an Hochachtung eingetragen. Denn eines ist allen Staatenlenkern bekannt: Dass sich Machthaber zu den Leichenbergen bekennen, die sie auf der Welt errichten, ist ganz und gar nicht selbstverständlich. Die staatsmoralische Selbstkritik, die sich zum Nazismus als einer deutschen Vergangenheit mit – fast[44] – all seinen Brutalitäten bekannte, war der passende Titel für alle weltpolitischen Vorhaben der neuen deutschen Nation. Die Erklärung der »Holocaustleugnung« zum Straftatbestand[45] hat dieses Vorhaben noch unterstrichen. All das hat so prima geklappt, dass Politiker heute mit den Leistungen des »Schuldkults« angeben und daraus einen ganz neuen, wenngleich etwas verwinkelten Nationalstolz begründen können: Wer jahrzehntelang in Sack und Asche herumläuft, sein Militär in der Kaserne lässt und mit anderen Staaten nur (!) Handel treibt, der darf auf seine Büßerleistungen stolz sein, sie damit beenden bzw. mit deren Erfolgen außenpolitisch zu punkten versuchen. Nicht dieser neue Nationalstolz stört die Revisionisten von Rechtsaußen, sondern nur die Büßermoral, mit der er auf den Weg gebracht wurde.[46]

Man sollte es folglich unterlassen, mit »Holocaustleugnern« über die Frage zu streiten, ob Hitler den Massenmord an den Juden verübt hat oder nicht. Das ist ähnlich falsch wie der Streit mit Gottesgläubigen über die Existenz Gottes. Wo ein *Glaube* das Urteil diktiert und selbst fest in einem Weltbild verankert ist, das unbedingt Deutschland und den deutschen Fa-

---

[44] Dass die Nazis in erster Linie dem (verjudeten) Bolschewismus den Kampf angesagt hatten, dass die deutschen Kommunisten das geschlossen zu spüren bekamen, liest man in deutschen Schulbüchern allenfalls im Kleingedruckten. Warum wohl?

[45] In Deutschland ist es nach § 130 Abs. 3 des Strafgesetzbuches verboten, den nationalsozialistischen Völkermord an den europäischen Juden öffentlich zu billigen, zu verharmlosen oder zu leugnen.

[46] Der hat seinen Grund natürlich in dem, was Deutschland politisch und ökonomisch inzwischen in der Welt angerichtet hat.

schismus rehabilitieren will, da ist auch jeder Auschwitz-Besuch und jedes Dokument über deutsche KZs fehl am Platze. Die Bestrafung der Leugnung allerdings erst recht. Aber mit der soll ja nicht die Einsicht bei neuen Nazis gefördert, sondern das neue unverdächtige deutsche Politik-Ethos unterstrichen werden.

… und ihre Kritiker

Die Hilflosigkeit der Parolenkritiker eskaliert noch einmal bei der Befassung mit der Leugnung des faschistischen Judenmords. Statt den Zweck dieser Leugnung anzugreifen und auf das antisemitische Konzept der Nazis zu verweisen, das zwangsläufig KZs mit ihren Massenliquidierungen einschloss, lassen sie sich auf die Bestreitung der Fakten durch die Neonazis ein und halten mit den gerade bestrittenen Fakten dagegen. Ihren Lesern wollen sie mit der Auflistung von Empirie und viel Literatur Angst machen. Sie verkünden: *»Je weniger man weiß, desto größer ist die Gefahr, dass rassistisches Gedankengut sich wieder verbreitet und aufbricht.«*[47] Dabei ist es gerade dieses *Wissen* über den Holocaust, das von einigen der neuen Nazis angezweifelt wird. Ein absurder Streit bricht aus, in dem jede Seite der anderen vorwirft, nicht über zutreffendes Wissen zu verfügen. Den Theoretikern der »Auschwitz-Lüge« – den Irvings, Leuchters oder Zündels – werfen die Kritiker der Parolen »unseriöse Arbeitsweise« und »Fälschungen« vor.[48] Dasselbe sagen die Faschisten den Dokumentationen über KZs nach: Fotomanipulationen seien es und potemkinsche Dörfer.[49] Wo die einen den

---

[47] Lanig/Schweizer, a.a.O., S. 199.

[48] Dabei geht es um so unappetitliche Fragen wie die nach der Absorption von Zyklon B durch die Wandbekleidungen von Gaskammern. Da hatte der Leuchter nichts gefunden und darauf seine »Auschwitz-Lüge« aufgebaut. Als Gipfel dieses Gegenbeweisverfahrens wird J.-C. Pressac zitiert, der als Holocaust-Leugner begonnen hatte, technische Details zur Untermauerung seiner politischen Sicht zu sammeln, und dabei schlussendlich zu dem Resultat kam, dass *»ein technisch* (!) *begründeter Zweifel am Geschehen von Auschwitz … nicht möglich«* sei. (Lanig/Schweizer, a.a.O., S. 209f.) Das politische Konzept des Antisemitismus der NSDAP, immer noch der beste »Beweis« für jedes KZ, wird damit explizit nicht angegriffen.

[49] Vgl. dazu auch: M. Tiedemann, »In Auschwitz wurde niemand vergast.« 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt, Mühlheim 1996, S. 129ff. Der Autor kontert die Behauptung, dass Filme gefälscht, Fotos manipuliert und Täteraussagen erzwungen wurden, mit dem Hinweis, es sei technisch gar nicht möglich gewesen, *»eine bis heute unüberschaubare Fülle von Beweismaterial ... künstlich zu schaffen*«, er erklärt die Verschwörungstheorie zur *»schlichten Dummheit*« und zu einer *»jede Realität leugnende(n) Wahnvorstellung*«. Ja, so argumentieren die Nazis auch. Den Holocaust hat es nie gegeben, er ist »eine jede Realität leugnende Wahnvorstellung«, von Juden oder den Siegermächten oder Moskau – all das gibt es – erfunden, um Deutschland zu schaden.

Holocaust zu einer »ungeheuerlichen« Lüge erklären, da kontern die anderen fast gleichlautend, es sei die Aussage, dass es den Holocaust nie gegeben habe, »eigentlich unfassbar«. Jede Seite wähnt sich national-moralisch im Recht und geht mit nichts anderem als dieser Moral auf den anderen los – nur dass die Parolenkritiker hier und heute eben die stärkeren Bataillone hinter sich haben. Die »Auschwitz-Lüge« ist Straftatbestand und wer sich auch noch über den hinwegsetzt, ist selbst ein Verbrecher oder gar von mörderischen Absichten beseelt: *»Jeder, der diese Wahrheit anzweifelt, kann nur einen Zweck verfolgen: Die Verharmlosung des NS-Staates heute und seine Wiedererrichtung morgen.«*[50] Und W. Wagner sekundiert: Damit sich so etwas nicht wiederholt, *»gibt es in Deutschland eine selbstverständliche Erinnerungskultur an die Untaten der Nazis. Das ist selbstverständlich nicht im Interesse der Rechtsextremen, die die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung von Juden und anderen, die sie nicht zu ihrer ›Volksgemeinschaft‹ zählen, wiederholen wollen«.*[51]

Das ist schon absurd: Die Holocaustleugner sollen wiederholen wollen, was ihrer Auffassung nach gar nicht passiert ist? Und wovon sie sich in der abstrusen Form der Leugnung distanzieren?

Wo die neuen Nazis der *Rehabilitations*-Gedanke umtreibt, dass die Anerkennung einer Schuld am Völkermord an den Juden Deutschlands Stellung in der Welt schwächen könnte, und sie den Holocaust deswegen leugnen, da tun diese verbohrten Antifaschisten es ihnen gleich und warten nicht etwa mit der *Kritik* des Rehabilitationszwecks, sondern ihrerseits mit dessen *Leugnung* auf. Irgendwie dreht sich bei ihnen alles um: Als Fanatiker der »Erinnerungskultur«, die von national-moralischen Schuld- und Scham-Deklarationen nicht lassen mögen, auch wenn die Erinnerungen verblassen und die Schuljugend – allerdings aus ganz falschen Gründen – nur noch genervt auf das Thema reagiert, suchen sie Material zu seiner Belebung und *erfinden* sich eine ausgerechnet in der »Auschwitz-*Lüge*« schlummernde Gefahr der Wiederholung des faschistischen Holocaust. Wie bei der linken Antifa – die Übergänge zu ihr sind fließend – fällt auch bei ihnen Faschismus mit Holocaust zusammen. Auch sie sind gelehrige Adepten jenes moralischen Faschismusbildes, das der Nachkriegsdemokratie bis heute dazu taugt, sich jeden Vergleich zwischen Faschismus und ihr zu verbitten; und die deswegen auch den Faschismus – den alten und den neuen – nicht kritisieren kann.

---

[50] osz-gegen-rechts, a.a.O.

[51] W. Wagner, a.a.O., S. 41; vgl. auch Lanig/Schweizer, a.a.O., S .211.

Anhang

1. Attac und NPD – eine Satire!

Warum sind Nationaldemokraten bei Attac aktiv?*

Attac ist eine parteiübergreifende Bewegung, die sich aus gutem Grund gegen die Globalisierung wendet: Umwelt- und Heimatzerstörung, Masseneinwanderung und Lohndumping werden von hemmungslosen Kapitalisten in Kauf genommen, die nur die Gier nach Profit umtreibt. Sozialisten aller Schattierungen wehren sich gegen diese Entwicklung und fordern ein Ende der weltweiten Gleichmacherei: Jede Nation soll sich auf ihre eigenen Stärken besinnen. Es kann nicht angehen, dass Arbeiter in Deutschland entlassen werden, nur weil ihre Landsleute billigere Produkte aus dem Ausland kaufen wollen. Denn das schadet allen. Der Arbeiter in der Dritten Welt wird ausgebeutet, und der Arbeiter bei uns wird seinen Job los. Am Ende dieses Prozesses sind alle bitterarm, bis auf die Profiteure dieses Elends: Die Kapitalistenklasse, also die großen Konzerne und die von ihnen gekauften Regierungen.

Leider sehen viele Sozialisten zwar diesen Zusammenhang, schlagen aber nicht die konsequenten Lösungen vor. Viele stellen die internationale Solidarität vor die nationale Solidarität. Doch wenn alle nur an alle denken, gibt es keinen mehr, der an sich denkt. Nur indem wir die Interessen unseres eigenen Volkes in den Vordergrund stellen, nutzen wir letztendlich allen. Wir sollten also Arbeit zuerst für alle Angehörigen des eigenen Volkes schaffen. Was wir nicht durch eigene Kraft schaffen, können wir dann immer noch einführen. So schützen wir auch die Arbeiter in anderen Ländern vor einer Lohn-Abwärtsspirale und vor weiterem Elend. Doch immer mehr Sozialisten und Kommunisten in aller Welt, von Serbien bis Simbabwe, sehen die Notwendigkeit, ihre Ideen mit nationalem Vorzeichen versehen zu müssen.

* Aus: Online-Satire-Magazin Gustloff; http://npd-attac.arcadepages.com/npdattac.htm

Unser Ziel ist es deshalb, die Leute in der Attac in die richtige Richtung zu stoßen. Deswegen bringen wir unsere Ideen zielgerichtet in Attac ein. Leider stoßen die NPD-Mitglieder, die sich in den Attac-Gruppen als solche zu erkennen gegeben haben, oft auf Ablehnung. Daher bekennt sich bislang nur ein kleiner Bruchteil der Nationalen in der Attac zu seinen patriotischen Idealen. Mit dieser Seite wollen wir deshalb erst einmal aufklären darüber, dass NPD und Attac bestens zusammenpassen, bevor wir unsere Identität innerhalb der Attac-Ortsgruppen preisgeben können.

Für eine Welt freier Völker

Nur freie und unabhängige Völker sind richtige Völker. Dazu gehört auch die Freiheit vor von fremden Völkern produzierten Waren, mit denen die Heimat überschwemmt wird. Das zersetzt die kulturelle Identität und sorgt heute für eine Amerikanisierung und Japanisierung vieler Kulturen. Globalisierung ist also letztendlich eine Methode, der Welt den American Way of Life oder die Pokemon-Kultur aufzustülpen, wie Michael Moore treffend festgestellt hat. Das Überschwemmen von Nationen mit fremder Kultur, fremden Waren und fremden Truppen bedeutet also Völkermord.

Daher treten NPD und Attac für freie souveräne Nationen ein, die sich auf ihre heimische Wirtschaft besinnen, ihre eigenen Arbeitsplätze sichern und sich vor grenzüberschreitendem Handel und Kriminalität schützen. Daher sind wir für gleiche Sozialstandards überall in der Welt. Erst dann können wir sicherstellen, dass unsere Heimat von Waren und Einflüssen aus Übersee verschont wird, erst dann können wir unsere eigenen Arbeitsplätze sichern.

Gleichzeitig müssen wir aber auch solidarisch sein mit den Nationen, die ihren eigenen Weg eingeschlagen haben, aber von den kapitalistischen Imperialisten der Ostküste mit Gewalt daran gehindert werden, sich zu entwickeln. Ohne die Wirtschaftsblockade des Westens gegen Kuba und Nordkorea würden die dortigen patriotischen Regierungen viel mehr Wohlstand für ihre Völker schaffen können. Im Gegensatz zu vielen anderen befürworten wir auch die Enteignung der Weißen in Simbabwe. Denn Afrika gehört den Schwarzen und Europa den Weißen. Da ist es nur folgerichtig, dass Patrioten wie Mugabe den Spieß umdrehen und artfremde Einflüsse austilgen. Von diesem Recht sollte jede freie Nation Gebrauch machen dürfen!

Nationaler Widerstand gegen Lohndumping

Schluss mit dem Lohndumping! Billigarbeiter und Krämerseelen aus dem Ausland strömen ungehindert nach Europa, um hier den großen Reibach zu machen. Sie nehmen bis zu vierzehn Stunden Arbeit am Tag in Kauf und verzerren damit den Wettbewerb gegenüber ehrlichen deutschen Steuerzahlern, die zu Recht ihre sozialen Errungenschaften nicht aufgeben wollen. Deswegen sollte illegale Beschäftigung von Ausländern, auch zu deren eigenem Schutze, strengstens verfolgt werden. Im Gegenzug sollten alle Arbeitgeber verpflichtet werden, arbeitslose Deutsche einzustellen, und zwar ohne Abstriche. Das wird die Firmen davon abhalten, große Gewinne zu machen und diese im Ausland anzulegen. Die NPD wird sich deswegen aktiv an allen Aktionen gegen Sozialabbau beteiligen. Wir wissen auch, dass viele Gewerkschaftsmitglieder mit uns einer Meinung sind, und dass immer mehr von ihnen den Mut finden, sich zu ihrem Standpunkt zu bekennen.

Gegen neoliberale Umtriebe!

Die historischen Differenzen zwischen Links- und Rechts-Sozialisten sollten endlich überwunden werden. Wir hätten heute eine globale gerechte sozialistische Weltordnung, wären da nicht die unnötigen Grabenkämpfe zwischen Nationalisten und Internationalisten gewesen. Heute erkennen immer mehr Nationale und Kommunisten ihre gemeinsamen Wurzeln, ihre gemeinsamen Ideen und ihre gemeinsamen Zukunftsvorstellungen. Dagegen wird immer klarer, wer unsere eigentliche Gegner sind: Turbokapitalisten, die unser Geld durch die ganze Welt jagen, Neoliberale, die nach dem Motto »Geiz ist geil« dorthin gehen, wo es am billigsten ist und Libertäre, die den Staat als Ordnungsfaktor für Gesellschaft und Wirtschaft zurückdrängen wollen. Wir erleben heute eine neoliberale Hetzkampagne, die durch alle Parteien geht: Von der SPD (Clement, Steinbrück, Stiegler) über die Schwesterwelle-FDP bis hin zur CDU (etwa Merz, Koch und Merkel). Nur konsequent sozialistische Parteien wie DKP, PDS und allen voran die NPD, aber auch große Teile der Gewerkschaften, erkennen diese Zusammenhänge und wehren sich, immer öfter auch gemeinsam, gegen diejenigen, die entgegen aller makroökonomischer Vernunft dem Kapital den Vorrang vor dem Arbeiter geben. Mit Oskar Lafontaine stimmen wir völlig überein: Steuerverweigerern sollte man die deutsche Staatsangehörigkeit aberkennen. Denn wer seinem Volk schadet, der hat bei diesem nichts mehr zu suchen!

Unsere Grenzen sichern!

Genau wie jede Familie ihr Zuhause und ihre vier Wände braucht, so braucht auch jedes Volk seine Grenzen, um ungebetene Leute oder Waren abwehren zu können. Unsere Regierung und die EU tun da zu wenig. Im Gegenteil wird immer frecher gefordert, dass Zölle abgeschafft werden, damit aus der Dritten Welt billige von Kinderarbeit oder von Islamistenhand angefertigte Waren unsere Märkte überschwemmen. NPD und Attac dagegen streben eine weitestgehende Autarkie der Nationen an. Jedes Volk soll erst einmal vor seiner eigenen Haustür kehren und für sich selbst sorgen, so wie jede Familie das auch tut. Natürlich muss auch zwischen den Familien Gerechtigkeit herrschen, das heißt, dass alle Ressourcen wie Land und Rohstoffe gerecht verteilt werden müssen. Kann ein Volk nicht aus eigener Kraft Waren herstellen, muss es sich halt einem größeren Volke anschließen, so wie jeder Junggeselle Anschluss an eine große Familie sucht. Das bedeutet, dass unsere Grenzen nicht für die Ewigkeit gemacht sind und stets neu nach den Prinzipien von Gerechtigkeit und Solidarität verhandelt und verändert werden müssen. Dabei muss vor allem vergangenes Unrecht getilgt werden. Nationaldemokraten in der Attac setzen sich daher für eine Überdenkung von Unrechtsgrenzen ein, egal ob im Nahen Osten oder in Mitteleuropa. Wir wehren uns gegen die Aufweichung von Grenzen durch die Globalisierung, denn jede Familie und jedes Volk braucht ein eigenes Heim, das groß genug sein muss, um alle Angehörigen aufzunehmen! Dabei werden wir uns gegen Wohnungsspekulanten genau so wehren müssen wie gegen unrechtmäßige Landräuber!

2. Ein starkes Volk verdient zu leben … – eine Satire?

»Ein starkes Volk verdient zu leben!*

… und ein krankes zu sterben! Das ist die einfache Formel, auf die sich die Beschreibung des natürlichen Wettstreites der Völker herunterbrechen ließe. »Natürlich«, das ist das Schlagwort und vor der Natur zählen keine wohlfeilen Worte und keine Moral! Dieser Vorgang, der Kampf verschiedener und vor allem verschieden rassiger Völkerschaften, hat schon unendlich viele Tote gefordert.

... so etwas ist niemals »schön«, »menschenwürdig« oder »moralisch«. Hier geht es um das Überleben eines Volkes und in dem Wettstreit der Völker ist jedes Mittel recht und jeder noch so friedliche Migrant ein Fußsoldat des Feindes, solange er sich in der Mitte des fremden Volkes befindet…

Die Vermischung (der Völker) muss gestoppt werden. Für ein friedliches getrenntes Miteinander der Völker! Wir treten dafür ein, dass die Ausbringung von Angehörigen fremder Völker, die ihren Krieg ja nicht bewusst führen, friedlich und respektvoll geschieht. Kein Türke ist weniger wert als ein Deutscher, kein Zypriot weniger wert als ein Türke, kein Afrikaner weniger wert als ein Weißer. Erst das unnatürliche Beieinander verschiedener Völker und Rassen schürt die Probleme zwischen ihnen. Noch mal: Schluss damit!

… Die Juden, ... die sich jahrtausendelang in der Diaspora befanden und als gespaltenes und geschwächtes Volk gar keinen anderen Ausweg sehen konnten, als sich in andere Nationen zu begeben, in eine Dialektik der Assimilation und der gleichzeitigen Wahrung ihres Blutes und ihrer Gebräuche..., sie erfuhren alles an Hass und Repression, was man sich vorstellen kann.

Es lag in der Natur des Zustandes der Diaspora, dass sie gar nicht anders konnten, als sich in anderen Völkern einzunisten. Wer kann es ihnen verdenken, dass sie den Schritt zur vollständigen Assimilation nie

* http://nasofi.blogspot.com/2008/05/ein-starkes-volk...

getan haben, dass sie immer – und erfolgreich – ihre völkische Identität gewahrt haben? Die Pogrome, die Vertreibungen, die Inquisition, sie sind ebenso verständlich: Selbstverteidigungsakte bedrohter Völker. In diesem Kontext ist auch der sog. »Holocaust« zu sehen, aber keinesfalls zu verteidigen. Damals hätte jeder Versuch unternommen werden müssen, die Organisation der zionistischen Bewegung zu unterstützen. Große Denker und Führer wie Th. Herzl gingen das gigantische Unternehmen an, die Juden aller Nationen zu vereinen und zurück in ihr angestammtes Siedlungsgebiet zu führen. Es sollte gelingen, doch zu welchem Preis. Die NSDAP, diese Partei von Bonzen und Reaktionären, die nicht zu allererst mit ihrem sozialistischen Flügel aufräumte und sich der Wirtschaft anhurte und das deutsche Volk in einen Bruderkrieg mit seinen Nachbarvölkern führte, sie machte sich an das Vernichtungswerk, das bis heute seines gleichen sucht. Die riesenhaften Kräfte des deutschen Volkes hätten für den Aufbau einer selbständigen, autarken Wirtschaft genutzt werden müssen und nicht für den Krieg mit den Nachbarn.

Auf in die Gegenwart: Die Juden, es gibt sie noch. Ihre völkische Bewegung hat, unterstützt durch gut organisierte und mutig kämpfende paramilitärische Verbände, ihre Recht auf Leben erkämpft. Ein Staat wurde gegründet, fremde Elemente vertrieben (das Säuberungswerk dauert immer noch an) und seit nunmehr 60 Jahren verteidigt einer Armee von jungen jüdischen Mädel und Jungen, die ihres gleichen in der Welt sucht, Israel gegen alle seine Feinde. Mit immer wiederkehrenden Donnerschlägen hat sich Israel sein Recht auf Leben in der Gemeinschaft der Völker erkämpft. Kein Gebrabbel auf Transparenten oder Weltnetzseiten, nein, rauchende Kanonen und Gewehre, fallende und marschierende Soldaten und Soldatinnen schufen einen wehrhaften und starken Staat. Die Juden sind ein gesundes und starkes Volk, immer mehr von ihnen ziehen nach Israel. Hört auf sie zu bekämpfen. Im Gegenteil: Der ergreifende (und hochinteressante!) Prozess eines Volkes, dass durch alle Schwierigkeiten zu sich selbst findet, muss unterstützt werden!

3. Thesen des NHB zum NPD-Verbot – keine Satire!

Fünf Thesen des NHB zum Verbot der NPD*

1) Der »Kampf gegen Rechts«, als dessen zentraler Bestandteil das Verbot der NPD geplant ist, reiht sich ein in die unheilvolle Tradition der Staatszerstörungen, die zu den Katastrophen des 20. Jahrhunderts führte. Sie hatten ihre Wurzeln in der Zerstörung der Staatsdialektik von Schutz und Gehorsam. Das an Julius Streicher erinnernde Spektrum verbalpornographischer Ausfälle selbst höherer politischer Repräsentanten wie »braune Ratten«, »rechtes Ungeziefer« oder mit »Stumpf und Stiel ausrotten« dokumentiert den Willen der politischen Klasse zur Exklusion der Patrioten vom Gemeinwesen. In dieser Hinsicht imitiert der »Kampf gegen Rechts« ironischerweise den historischen Nationalsozialismus und dessen Scheitern: »Des Scheiterns erster Hauptgrund war: das Dritte Reich fußte auf einem Fundamentalismus als Bürgerkriegspartei. Seine Volksgemeinschaft schloss sozialdarwinistisch zu viele aus: Sozialisten, Aristokraten, konservative Offiziere, Kirchen, Vertreter der deutsch-jüdischen Symbiose, ›entartete‹ Künstler, Homosexuelle. Eingliederungsbereitschaft nützte wenig. Sympathisierende Warnungen nützten nichts. Das Regime setzte sich propagandistisch unter Vollzugszwang.« (Hans-Dietrich Sander) Die NPD kann den Vorwurf des Neonazismus also getrost an die Absender zurückgeben.

2) Der »Kampf gegen Rechts« trieft vor Irrationalität. Man wähnt die deutsche Welt voller Dämonen und eine neurotisierte politische Klasse praktiziert ihren Exorzismus in Form des geplanten NPD-Verbots. Der »Kampf gegen Rechts« ist nur teilweise hypermoralisch verbrämter Wille zur Macht und Machterhaltungsstrategie, bei vielen ist er schon Wahn und Wirklichkeitsverlust. Dort wo der Antisemit überall die jüdische Weltverschwörung vermutet, sieht der Antifaschist überall das braune Gespenst, ob in Reden von Martin Walser, der Bildung einer bürgerlich-rechtsliberalen Regierung in Österreich oder überhaupt in jegli-

* Thesen des NHB sind an den Unis verteilt worden.

cher Kritik an Phänomenen der Moderne wie Beschleunigung, Abstrahierung, Quantifizierung oder Entortung. Merkwürdig ist dabei nur, dass die nationalsozialistischen Verbrechen einerseits zum tragenden, entrückten Element einer neuen Quasi-Religion gemacht werden sollen, andererseits aber bei jeder passenden und vor allem unpassenden Gelegenheit im tagespolitischen Streit verwurstet werden.

3) Mit dem NPD-Verbot soll ein »Symbol« gegen »rechts« gesetzt werden. Abgesehen davon, dass eine derartige Vorgehensweise das staatliche Instrument des Parteienverbots pervertiert, schwelgt nur der Staat in symbolischer Politik, der seine realen Gestaltungsmöglichkeiten schon längst an Wirtschaft und Globalisierung abgetreten hat. Übrig bleibt eine Regierung, die zwar keine Deutschen mehr, dafür aber nur noch Menschen kennt – der Staat als Lichterkette. Rot-Grün, dass nach zweijähriger Regierungszeit die saubere Bilanz eines Angriffskrieges und eines Antrags auf Parteiverbot vorweisen kann, vergisst dabei, dass es traditionelle Politikfelder wie Pazifismus, Bürgerrechte, Meinungsfreiheit und Gesellschaftskritik räumt und anderen Kräften überlässt. Die Unionsparteien, die in der antifaschistischen Einheitsfront natürlich nicht fehlen dürfen, vergessen, dass man sie bald für den verhassten rechten Rand der Republik halten könnte und dass sie bei einer Verselbständigung der Hetze »gegen Rechts« nur verlieren können. So sind die Unionsparteien zwar zur Vorspiegelung von Gegensätzen systemnotwendig, andererseits aber als neuer antifaschistischer Prügelknabe gerade gut genug. Den bisherigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung bei der an eine DDR-Staatsparade erinnernden Gutmenschen-Demo am 9. November in Berlin, als Paul Spiegel im Beisein der CDU-Vorsitzenden Merkel die vorsichtige Forderung der Union nach »deutscher Leitkultur« mit dem Verbrennen von Synagogen und dem Ermorden von Obdachlosen gleichsetzte.

4) Seit 1989, das eine ebenso gewaltige historische Zäsur wie das Jahr 1789 darstellt, treten überall auf der Welt wieder die Völker als die Subjekte der Geschichte hervor. Die politische Klasse in den europäischen Staaten meint aus ideologischer Verblendung, dass sie diesen Prozess zumindest in Europa aufheben könnte. Den Kampf gegen eine machtvolle historische Grundströmung kann man nur verlieren. In diesem Zusammenhang wäre ein NPD-Verbot so, als ob man nach Ernst Jüngers

treffendem Wort auf die Barometer einschlägt, wenn ein Sturm aufzieht. Die Deutschen sind dabei wieder mal am gründlichsten und fallen in ihre größte Schwäche, den Extremismus, zurück. Am deutlichsten wird dieser Umstand dadurch dokumentiert, dass Leute, die Carl Schmitt ansonsten für den Leibhaftigen halten, selbst nur dazu imstande sind, das Recht als Waffe zu sehen, das es gerade so hinzubiegen gilt, dass es für das Verbot einer 7000 Mitglieder starken Partei reicht. Deshalb soll das »G 10-Gesetz« geändert werden, um Abhörprotokolle der Verfassungsbehörden in das Verbotsverfahren einzuführen, und deshalb sollen die die NPD belastenden V-Leute der Verteidigung zu Befragungen nicht zur Verfügung stehen.

5) Eine Demokratie hat die konstitutionelle Pflicht, den Austrag politischer Debatten nicht zu behindern. Genau darin scheint aber das Hauptinteresse der politischen Klasse der Berliner Republik zu bestehen. Sie zerstört damit irreversibel die Grundlagen der Bundesrepublik, die immer mehr der Light-Version, dem Zerrbild einer anderen antifaschistischen Diktatur auf deutschem Boden gleicht, die vor 10 Jahren im Orkus der Geschichte verschwand. Auch das Hauptmerkmal des Niedergangs, die ideologische Erstarrung und Verhärtung, die die für jedes Gemeinwesen unerlässliche Zirkulation der Ideen und Eliten verunmöglicht, ist in der späten BRD das gleiche wie in der späten DDR. Die vielfältige Verzahnung der politischen und wirtschaftlichen Probleme wird die Krise zwangsläufig immer stärker vertiefen und eine Jugend auf den Plan rufen, die die manische Fixierung auf das Materielle, die das einzige Band ist, mit dem das System sie noch an sich fesseln kann, überwindet. Sie wird den Keim legen, aus dem später der Baum der europäischen und deutschen Freiheit wachsen wird.

4. Erlaubte Eingriffe nach den Notstandsgesetzen – erst recht keine Satire!

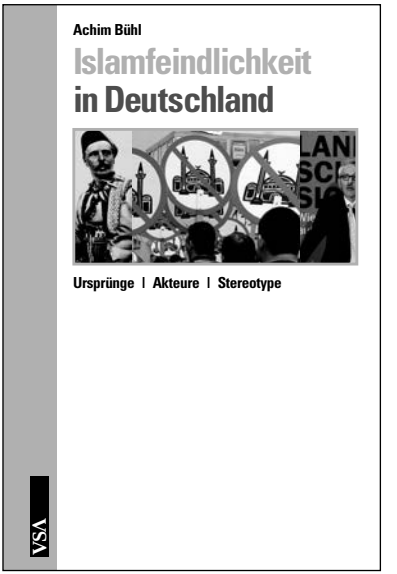
Verordnungen der Notstands-Gesetze[*]

Gesetz zur Sicherstellung von Arbeitsleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung
Verordnung zur Sicherstellung des Binnenschiffsverkehrs
Verordnung über die Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung
Gesetz über die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft
Verordnung zur Sicherstellung des Eisenbahnverkehrs
Verordnung zur Sicherstellung der Postversorgung der Bundeswehr durch eine Feldpost
Verordnung über die Sicherstellung der Gasversorgung
Verordnung zur Sicherstellung des Luftverkehrs
Verordnung zur Sicherstellung des Postwesens
Gesetz zur Sicherstellung des Postwesens und der Telekommunikation
Verordnung zur Sicherstellung der Post- und Telekommunikationsversorgung durch Schutzvorkehrungen und Maßnahmen des Zivilschutzes
Verordnung zur Sicherstellung des Seeverkehrs
Verordnung zur Sicherstellung des Straßenverkehrs
Verordnung zur Sicherstellung von Telekommunikationsdienstleistungen sowie zur Einräumung von Vorrechten bei deren Inanspruchnahme
Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs
Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung
Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs
Verordnung über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft.

[*] http://www.bwl-bote.de/20080326.htm

VSA: Argumentieren lernen

Rolf Gloël/Kathrin Gützlaff
Gegen Rechts argumentieren lernen
2. Auflage, 160 Seiten; € 12.80
ISBN 978-3-89965-414-1
Eine anschauliche Material- und Argumentationshilfe für die Fortbildung von Pädagogen oder in politischer Bildung Tätigen ebenso wie für das Selbststudium.



Achim Bühl
Islamfeindlichkeit in Deutschland
Ursprünge | Akteure | Stereotype
320 Seiten; € 22.80
ISBN 978-3-89965-444-8
Die Islamfeindlichkeit ist mehr als 1000 Jahre alt. Achim Bühl legt ihre Ursprünge offen und analysiert Akteure und Stereotype des aktuellen Diskurses.

Albert Krölls
Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern?
Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus
224 Seiten; € 16.80
ISBN 978-3-89965-342-7
Krölls' Antworten auf die Frage nach dem Gebrauchswert der staatlichen Ordnung fallen anders aus als in den üblichen Festtagsreden.

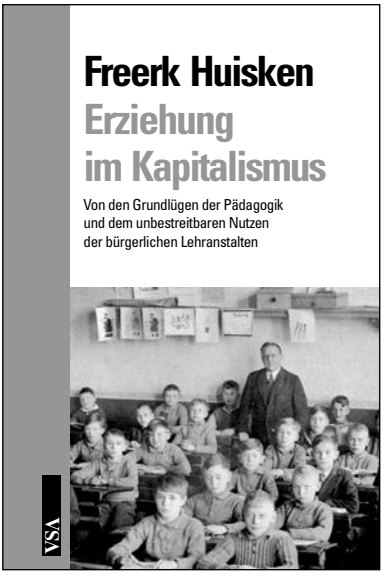
VSA

Prospekte anfordern!

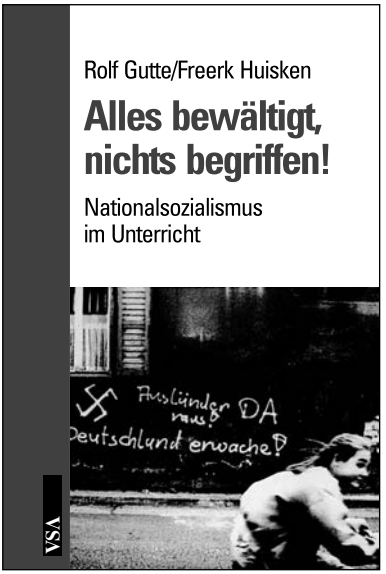
VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

Freerk Huisken bei VSA:



Freerk Huisken
Erziehung im Kapitalismus
Von den Grundlügen der Pädagogik
und dem unbestreitbaren Nutzen der
bürgerlichen Lehranstalten
Studienausgabe der Kritik der Erziehung,
Band 1 und 2
480 Seiten; € 20.40
ISBN 3-87975-722-4
»Huisken bewertet Erziehung politisch
und im Hinblick darauf, was sie bei
Menschen verursacht.« (ö-punkte)



Rolf Gutte / Freerk Huisken
Alles bewältigt, nichts begriffen!
Nationalsozialismus im Unterricht
344 Seiten; € 15.80
ISBN 978-3-89965-217-8
Rolf Gutte und Freerk Huisken untersuchen ein halbes Jahrhundert antifaschistische Erziehung. Ihr Resümee lautet: »Glaubt den Schulbüchern kein Wort!«

Freerk Huisken
Über die Unregierbarkeit des Schulvolks
Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw.
176 Seiten; € 12.80
ISBN 978-3-89965-210-9
Die Unregierbarkeit von Schülern, Schulklassen und ganzen Schulbelegschaften ist das unerwünschte Produkt sehr erwünschter Schul-, Sozial- und Ausländerpolitik.

VSA

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de